

MITTEILUNGEN
des
Mindener Geschichtsvereins

74 · 2002

Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, Jahrgang 74, 2002
(Vorabdruck im „Mindener Tageblatt“ unter dem Titel „Mindener Heimatblätter“)

Heimatkundliches Organ für den Kreis Minden-Lübbecke

Im Auftrag des Mindener Geschichtsvereins
herausgegeben von Monika M. Schulte

Bezug durch die Geschäftsstelle des Mindener Geschichtsvereins (Kommunalarchiv Minden)
Tonhallenstraße 7, 32423 Minden

Druck: J.C.C. Bruns, Minden

ISSN 0340-188X

INHALT

Nachruf Wilhelm Brepohl zum Gedächtnis von Monika M. S c h u l t e	7
--	---



AUFSÄTZE

Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg von Hans-Ulrich T h a m e r	9
Nationale Eintracht, konfessionelle Zwietracht? Sedantage in Minden und Münster im Deutschen Kaiserreich von Frank B e c k e r	23
Die Delegation des Freiherrn Wilhelm von der Recke durch den Westfälischen Schutz- und Wohlfahrtsverein nach Berlin im Sommer 1848 (Anhang: Edition des Tagebuchs des Freiherrn Wilhelm von der Recke) von Hanna W i l d e	51
9. März 1933: SA im Amtshaus Hausberge Die Absetzung des Amtsbürgermeisters Rudolf Günther von Ulrich H u s s o n g	113
Chorgebet und Minnesang Der Kanoniker und Dichter Everhard von Cersne aus Minden von Roland K ö h n e	125
Vertraut und vertraulich Die Geheimsprache der Buttjer in der Alt- und Fischerstadt Mindens von Klaus S i e w e r t	135
Kaiser Karl IV. in Minden (1377) Aus dem Reisetagebuch eines mittelalterlichen Herrschers von Monika M. S c h u l t e	149
Von Adel, Einwohnerschaft und Kirche getragen. Die Kirchspielschule in Preußisch Oldendorf ab 1584 von Dieter B e s s e r e r	167

BESPRECHUNGEN

Bernd Wilhelm Linnemeier, Jüdisches Leben im Alten Reich. Stadt und Fürstentum Minden in der Frühen Neuzeit, Bielefeld 2002 von Arno Herz ig	191
Anke Hufschmidt, Adlige Frauen im Weserraum zwischen 1570 und 1700. Status – Rollen – Lebenspraxis, Münster 2001 von Monika M. Sch ulte	193
Westfalia Picta. Erfassung westfälischer Ortsansichten vor 1900, Bd. VII: Minden Ravensberg. Stadt Bielefeld – Kreis Gütersloh – Kreis Herford – Kreis Minden-Lübbecke, bearb. von Michael Schmitt. Münster 2002 von Ulrike Fab er- Her man n	195
Klaus Siewert: „... und sie knospelte ihr ersten kutschabo“. Die Mindener Buttjersprache. Minden 2002 von Christian Ef i ng	197



Jahresbericht 2002 des Mindener Geschichtsvereins von Michael Fu nk	199
Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins	203
Arbeitsgemeinschaften im Mindener Geschichtsverein von Monika M. Sch ulte	207

MITARBEITER DIESES BANDES

PD Dr. Frank Beck er
Am alten Backhaus 19, 46145 Oberhausen

Dieter Besser er
Beethovenstraße 10, 32361 Preußisch Oldendorf

Christian E f i n g
Jahnstraße 124, 64285 Darmstadt

Dr. Ulrike Fa b e r - H e r m a n n
Hämelstraße 26, 32435 Minden

Michael Fu n k
Borkumweg 9a, 32427 Minden

Prof. Dr. Arno H e r z i g
Historisches Seminar der Universität Hamburg
Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg

Dr. Ulrich H u s s o n g
Friedrichstraße 28, 35037 Marburg

Roland K ö h n e
Fehmarnstraße 51, 33729 Bielefeld

Dr. Monika M. S c h u l t e
Bleichstraße 4, 32423 Minden

Prof. Dr. Klaus S i e w e r t
Robert-Koch-Straße 12, 48149 Münster

Prof. Dr. Hans-Ulrich T h a m e r
Historisches Seminar der Universität Münster
Domplatz 20-22, 48143 Münster

Hanna W i l d e
Uhlenweg 5, 21279 Appel

Wilhelm Brepohl zum Gedächtnis

Am 7. Januar 2002 verstarb in Petershagen unser Mitglied Wilhelm Brepohl. Er wurde am 12. August 1913 in Wietersheim bei Minden geboren. Nach dem Abitur am Ratsgymnasium in Minden und dem Studium mit den Schwerpunkten Geschichte und Volkskunde an der Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund wurde er Volksschullehrer. Seine Lehrtätigkeit wurde unterbrochen durch den Krieg mit Fronteinsatz im Westen und Osten als Infanterieoffizier (EK I) und Gefangenschaft. Bis 1958 war er Lehrer in Wietersheim, bis 1968 Hauptlehrer in Frille und bis 1976 Rektor der Hauptschule in Lahde.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit als Lehrer war ihm die Erforschung besonders der Heimatgeschichte und der Volkskunde wichtig. So wurde er 1949 als Ortsheimatpfleger in Wietersheim tätig und sollte es 20 Jahre lang bleiben. Am Herzen lag ihm dabei der Gebrauch der niederdeutschen Sprache. 1953 wurde Wilhelm Brepohl zum Mitglied der Volkskundlichen Kommission Westfalens gewählt. Vom Westfälischen Heimatbund wurde er in die Fachstellen Volkskunde und Denkmalpflege berufen. Zwischen 1962 und 1983 war er zunächst als Kreisheimatpfleger für Minden, dann für Minden-Lübbecke tätig.

Für seine ehrenamtlichen Leistungen auf dem Gebiet der Denkmalpflege wurde Wilhelm Brepohl 1979 der Deutsche Preis für Denkmalschutz verliehen. 1983 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und 1988 mit dem Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Auf Wilhelm Brepohl geht die Idee zurück, die im Kreisgebiet Minden-Lübbecke vorhandenen Mühlen zur touristischen Attraktion zu machen. Er ist wie Dr. Rolf Momburg, der dieses Vorhaben unterstützte, einer der Väter des Mühlenkreises Minden-Lübbecke. So war er von 1975 bis 1987 Vorsitzender des Mühlenvereins im Kreis Minden-Lübbecke, seit 1987 dessen Ehrenvorsitzen-



Foto: Kommunalarchiv Minden

der. Letztlich ist ihm die Erhaltung der durch das Mühlensterben bedingt nicht mehr benötigten Gebäudeensemble als technischer Denkmäler zu verdanken, die alljährlich viele Menschen aus der Region und aus der Ferne in den Mühlenkreis locken. 1983 wurde ihm aufgrund seiner Verdienste um die Region der Ehrenring des Kreises Minden-Lübbecke verliehen. Wilhelm Brepohl war 1987 Mitgründer und seitdem Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Mühlenkunde und Mühlenerhaltung und bis 1996 Vorstandsmitglied, seither Ehrenvorstandsmitglied. 2001 erhielt er den erstmals vergebenen Förderpreis für ehrenamtliches Engagement des Kreises Minden-Lübbecke.

1949 wurde Wilhelm Brepohl Mitglied des Mindener Geschichtsvereins und sollte es für mehr als ein halbes Jahrhundert bleiben. Seit 1957 hielt er Vorträge vor den Mitgliedern des Vereins und ab 1973 leitete er mehrere Studienfahrten und Exkursionen des Vereins. Für die Mindener Heimatblätter verfasste er zahlreiche Aufsätze, so zur Geschichte und Volkskunde der Region, zur bäuerlichen Tracht, über Erntegeräte, über das Spinnen und Weben, auch über die Gräfin von Wietersheim und den Landrat von Schlotheim. Als Bestseller über Jahrzehnte hinweg sollte sich der 1950 erstmals aufgelegte zweite Band der Mindener Beiträge entpuppen, in dem Wilhelm Brepohl sich der bäuerlichen Heilkunde in einem Dorf des Mindener Landes um 1900 annahm: 1995 erschien die vierte Auflage. Lange Jahre, von 1973 bis 1990, war er Vorsitzender des Mindener Geschichtsvereins und prägte die Vereinsaktivitäten nachhaltig. 1990 verlieh der Verein ihm die Ehrenmitgliedschaft und 2001 für sein Lebenswerk die bis dahin erst drei Mal vergebene höchste Auszeichnung des Mindener Geschichtsvereins, die Nicolaus-Meyer-Medaille.

Wilhelm Brepohl hat wesentlich dazu beigetragen, dem Kreis Minden-Lübbecke ein historisches Profil und den Menschen in der Region ein lebendiges Geschichtsbewusstsein zu vermitteln. Der Mindener Geschichtsverein wird seinem Ehrenvorsitzenden und Träger der Nicolaus-Meyer-Medaille Wilhelm Brepohl ein ehrendes Gedenken bewahren.

Monika M. Schulte

Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg*

Zwei heftige historisch-politische Kontroversen haben im vergangenen Jahrzehnt die öffentliche Diskussion um die nationalsozialistische Herrschafts- und Vernichtungspolitik bewegt und verändert: Die Debatte um das Buch von Daniel Goldhagen *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust* (1996) und die Auseinandersetzungen um die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung unter dem Titel *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*. Vor allem die Ausstellung, die 1995 eröffnet und 1999 geschlossen und einer kritischen Überprüfung durch eine Historikerkommission unterzogen wurde, hat jenseits aller Überzeichnungen und Einseitigkeiten, die sie zu einem öffentlichen Skandal machten, die zentrale Frage nach der Verantwortung der deutschen Gesellschaft für die nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere für die Judenvernichtung neu aufgeworfen und die öffentliche Wahrnehmung auf das Geschehen selbst, auf die Motive und Organisationen der Täter wie auch das Leiden der Opfer gelenkt.

Für die Geschichtswissenschaft waren die Thesen der Ausstellung grundsätzlich nicht neu und sie entsprachen in ihrem Kern durchaus dem Forschungsstand. War der Begriff Vernichtungskrieg seit den Studien von Ernst Nolte und Andreas Hillgruber in der Mitte der 1960er Jahre eingeführt, so hatten die großen Untersuchungen von Helmut Krausnick, dem ehemaligen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, über die Einsatzgruppen sowie von Christian Streit über die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und die schließlich einschlägigen Bände des großen Reihenwerkes des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* die Verstrickung der Wehrmacht in die nationalsozialistische Vernichtungspolitik im Zusammenhang des Ostfeldzuges 1941–1944 thematisiert. Es war bekannt, dass Wehrmachtsführung, Heeresführung und Befehlshaber der Verbände im Osten schon Monate vor dem Angriff auf die Sowjetunion ihr Einverständnis gegeben hatten, dass in dem geplanten Krieg jede völkerrechtliche Beschränkung beiseite geschoben wurde.

Was der Ausstellung eine besondere Wirkung verschaffte und sie für viele zur Provokation machte, war die dramatische Verdichtung der historischen Erzählung durch einzelne Fallbeispiele und vor allem die Einführung von Fotos als Mittel der Beweisführung. Die Wucht der Bildsequenzen, die teilweise unkommentiert die Massenhaftigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen zeigen

* Es handelt sich um die publizierte Fassung eines Vortrags vor dem Mindener Geschichtsverein vom 19. Februar 2002. Die Anmerkungen beschränken sich auf den Beleg der im Text zitierten Quellen. Die wichtigste Literatur, auf die sich der Verfasser stützt, wird im Anhang genannt. Wichtig für die Ausführungen ist die Darstellung im Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*, deren Mitglied der Verfasser war.

sollten, gab der Ausstellung zusammen mit einigen verkürzten und provozierenden Überschriften den Gestus einer öffentlichen Anklage und verkürzte die Darstellung von sehr viel komplexeren Zusammenhängen auf griffige Formeln.

Darum hatte Ulrich Raulff nicht unrecht, als er in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Ausstellung als das *riskanteste Experiment der deutschen Zeitgeschichte* (Raulff, Wehrmacht und Wahrheit, S. 53) bezeichnete. Denn was der wissenschaftlichen Literatur trotz der temporären Aufmerksamkeit, die sie bei ihrem Erscheinen jeweils fand, nicht gelungen war, hat die Ausstellung trotz oder gerade wegen ihrer Verkürzungen und provozierenden Überzeichnungen und trotz ihres didaktischen Konventionalismus erzielt, nämlich ein Ausmaß an Resonanz und an geschichtspolitischer Wirkung, wie es keine andere historische Ausstellung in der Bundesrepublik je erreicht hatte. Es ist für die Wissenschaft sicherlich beunruhigend zu beobachten, dass dies nicht auf eine differenzierte historische Darstellung zurückzuführen ist, sondern Folge der öffentlichen Erregung und Polarisierung, die die Ausstellung hervorgerufen hatte und die einen Besuch der Ausstellung schließlich zu einem Bekenntnisakt machte.

Zu dieser Art von Emotionalisierung gehörte es auch, dass die Ausstellung vorzeitig geschlossen wurde, und diese Nachricht auf Platz 1 in den Fernsehnachrichten auftauchte. Auch das folgende Interesse, das die Arbeit der Historikerkommission in der Öffentlichkeit fand, und die Tatsache, dass am Ende eine völlig überarbeitete Neuauflage präsentiert wurde, weist auf die ungewöhnliche Wirkungsgeschichte des Projektes. Zu dieser Wirkungsgeschichte gehört schließlich auch die Tatsache, dass die Ausstellung in der Öffentlichkeit sehr bald als *Wehrmachtsausstellung* bezeichnet wurde, was eindringlich belegt, dass durch die provokative Pauschalisierung der Ausstellungsmacher in der öffentlichen Wahrnehmung die Fallbeispiele als Aussage über den Gesamtkomplex Wehrmacht gewertet wurden.

Präsentation und Rezeption dieser Ausstellung weisen darum auch auf ein elementares Problem der Geschichtswissenschaft und ihre Rolle im öffentlichen Umgang mit Geschichte hin. Während die Geschichtswissenschaft auf Differenzierung und historische Einordnung angelegt ist und sich vorwiegend auf der kognitiven Ebene bewegt, zielt das öffentliche Geschichtsbewusstsein auf Vereinfachung und eine affektive Wahrnehmung; mehr noch, es lebt in der gegenwärtigen Mediengesellschaft von einem moralisierenden, bekenntnishaften und rituellen Umgang mit der Vergangenheit, der um so wirkungsmächtiger ist, je dramatischer die Zuspitzung und je größer der kulturelle Eventcharakter ist.

Das verdeutlicht auch der Vergleich mit einer früheren Ausstellung zum selben Thema, die Reinhard Rürup 1991 unter dem Thema *Krieg gegen die Sowjetunion* mit einem teilweise identischen Sachverhalt und mit ähnlichen Fotos, aber in einer mehr enzyklopädisch-typologisierenden Darstellungsweise präsentiert hatte. Zog Rürups Ausstellung unangefochten ihres Weges, ohne eine große öffentliche Wirkung zu erzielen, so wurde die didaktisch bescheidene, handwerklich fehlerhafte, auf Emotionalisierung und Polarisierung angelegte Hamburger Ausstellung zu einem Politikum mit Massenwirkung. Wenn nun mittlerweile der öffentliche Widerspruch zu den in der Ausstellung vorgebracht-

ten Thesen merklich abgeflaut ist und die neue Ausstellung weitgehend als Konsens-Ausstellung verstanden wird, dann ist nicht auszuschließen, dass dazu auch die Provokation der ersten Ausstellung beigetragen hat, indem sie gleichsam eine dicke Betondecke aufgebrochen hat, die sich in der öffentlichen Erinnerung ausgebildet und den Weg zur historischen Einsicht versperrt hatte.

Was waren nun die Grundthesen der ersten Ausstellung, wie verhielten diese sich zum damaligen Forschungsstand, was hat sich in den sechs Jahren nach der ersten Präsentation in der geschichtswissenschaftlichen Forschung an neuen Feldern und Themen ergeben, und wie sind die Kernaussagen der ersten Ausstellung im Lichte des damaligen und des aktuellen Forschungsstandes zu bewerten?

Die erste Fassung der Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*, die ursprünglich als Teil eines Gesamtprojektes zum Thema *Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945* gedacht war, gliederte sich in insgesamt sieben Abschnitte. Sie behandelte in einem Prolog *Bilderwelt der Nachkriegsjahre* die in der Nachkriegszeit vorherrschende Tendenz, den Zweiten Weltkrieg zu einem *ganz normalen Krieg* zu stilisieren und die Wehrmacht als *saubere Wehrmacht* zu charakterisieren. Einen Beitrag dazu leisteten die Memoiren von Wehrmachtsgenerälen und einschlägige, meist das Soldatentum heroisierende Illustriertenserien der 1950er Jahre. Es folgten dann im weiteren Aufbau der Ausstellung in vier Abschnitten Fallbeispiele, die allesamt belegen sollten, dass die Wehrmacht von 1941 bis 1944 auf dem Balkan und in der Sowjetunion keinen *normalen Krieg*, sondern einen Vernichtungskrieg gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung führte. Dabei sollte der Beleg dafür erbracht werden, dass die Wehrmacht *an allen dieser Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war*. Gerade dieses Eingeständnis habe, so die Generalthese weiter, die deutsche Militärgeschichtsschreibung bisher nicht gemacht, trotz aller ihrer Bemühungen um Aufklärung dieses Tatbestandes. Die Fallbeispiele im Einzelnen beziehen sich auf den Partisanenkrieg in Serbien 1941, auf die Verbrechen der sechsten Armee, die unter der hinter-sinnigen Überschrift *Unterwegs nach Stalingrad 1941–1942* präsentiert wurden. Es folgte ein größeres Kapitel über die deutsche Besatzungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944, mit zentralen Unterkapiteln wie *Wehrmacht und Holocaust*, *Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen* und *der Kampf gegen die Partisanen*. Schließlich folgte ein Kapitel, das sich unter dem Titel *Verwischen der Spuren. Vernichtung der Erinnerung* der Informations- bzw. Desinformationspraxis der Wehrmacht während und nach dem Krieg widmete. In einer abschließenden Inszenierung mit dem Titel *Das Eiserne Kreuz* wurden noch einmal die verbrecherischen Befehle der Wehrmacht und ihre Umsetzung vor Ort, der Alltag des Verbrechens durch Erhängungen und Genickschüsse, durch Gefangenschaft, Deportationen in langen unkommentierten Bildsequenzen dargestellt und in einer Inszenierung mit dem Eisernen Kreuz, dem Symbol deutscher Militärtraditionen, provozierend verbunden.

Die Kernthesen der Ausstellung wurden im Prolog und in der Ausstellung selbst bzw. im später verfassten Katalog unmissverständlich formuliert: Schon unmittelbar nach der militärischen Niederlage habe die Generalität damit begonnen, die *Legende von der sauberen Wehrmacht* zu schaffen, der zufolge

die Wehrmacht Distanz zu Hitler und dem NS-Regime gehalten und mit Anstand und Würde die soldatische Pflicht erfüllt habe. Diese Legende habe bis heute die öffentliche Meinung bestimmt. Nun sei es an der Zeit, sich von dieser Lüge endgültig zu verabschieden und die Realität eines großen Verbrechens zu akzeptieren. Die Ausstellung war mithin durch einen doppelten Anspruch bestimmt, nämlich zu beweisen, dass die deutsche Wehrmacht einen verbrecherischen Vernichtungskrieg geführt habe und zweitens darüber eine öffentliche Debatte zu initiieren. Die gewählten Fallbeispiele sollten das Geschehen an der Front wie auch im Hinterland repräsentieren, in dem sie charakteristische Momente des Massenmords und des Terrors dokumentierten, die die Wehrmacht in alleinverantwortlichen Aktionen wie im Zusammenspiel mit anderen bewaffneten Einheiten, vor allem der SS und der Polizei, zeigten.

Bald nach Eröffnung der Ausstellung haben Zeithistoriker darauf hingewiesen, dass die Thesen der Ausstellung grundsätzlich nicht neu seien und dem Forschungsstand entsprechen. Sie mussten auch eingestehen, dass gerade mit dem Kapitel Partisanenkrieg ein Thema angesprochen wurde, was bislang eher am Rande der Forschung stand. Auch die Fokussierung auf bestimmte Regionen als Fallbeispiel deutscher Besatzungspolitik stand zum Zeitpunkt der Ausstellungseröffnung noch in den Anfängen der Zeitgeschichtsforschung, hat sich aber mittlerweile als fruchtbarer Ansatz erwiesen und zu einer stattlichen Zahl von Untersuchungen geführt. Das heißt, bei der Bewertung der wissenschaftlichen Angemessenheit der ersten Ausstellung ist der damalige wissenschaftliche Erkenntnisstand zu bedenken und auch die forschungsinitiiierende Wirkung zu würdigen.

Kommen wir nun zu einigen Kernpunkten, die auch zu den Streitpunkten gehörten, sofern die öffentliche Auseinandersetzung sich überhaupt mit konkreten historischen Vorgängen und Deutungen beschäftigte und nicht nur pauschale Zustimmung oder Ablehnung formulierte. Einmal soll es um die Rolle der Wehrmachtsführung im nationalsozialistischen Staat und insbesondere bei der Vorbereitung des *Unternehmens Barbarossa* gehen, zweitens um die Rolle der Einsatzkommandos und ihr Verhältnis zur Wehrmacht, drittens um Verlauf und Funktion des Partisanenkrieges und viertens um die Verstrickung der Wehrmacht in die Erfassung, Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa. Dabei sollen jeweils die verschiedenen Verhaltensmöglichkeiten von Soldaten im Spannungsverhältnis von Mittäterschaft, passiver Loyalität, Verweigerung und Widerstand mit angesprochen werden.

Auch wenn die Wehrmacht in ihrem Selbstverständnis und in ihrer späteren Selbstrechtfertigung davon ausging, dass ihr Verhältnis zu ihrem nationalsozialistischen Bündnispartner als zentrales Element des nationalsozialistischen Herrschaftssystems mit dem Bild von den zwei voneinander unabhängigen Säulen zu beschreiben wäre, zeigt die Geschichte von Wehrmacht und Nationalsozialismus spätestens seit 1934, dass es sich bei der These von den zwei Säulen um eine Illusion handelte, die eine politische und ideologische Praxis überdeckte, die schrittweise in eine Form der Komplizenschaft vor allem der Wehrmachtsführung mit dem Nationalsozialismus mündete, aber darüber hinaus auch von einer mehr oder weniger großen, durch den Generationenwechsel und den Ausbau der Wehrmacht noch wachsenden ideologisch-mental

Affinität bestimmt war. Wenn es nach wie vor zu Trennlinien zwischen Wehrmacht und Nationalsozialismus, einschließlich der SS, kam, dann wurden diese weniger durch politisch-ideologische Differenzen geprägt als durch differente sozial-kulturelle Karriere- und Verhaltensmuster. Dies alles gilt freilich primär für die Wehrmachtsführung und die militärischen Befehlshaber. Die Aussage der ersten Ausstellung hingegen, dass die Wehrmacht *an allen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation* beteiligt war, lässt sich nicht beweisen und wurde auch in der Neufassung der Ausstellung nicht wiederholt. Denn angesichts der Tatsache, dass es sich bei der Wehrmacht im Kriege um ein 16-Millionen-Heer mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen, verschiedenen Alterskohorten und auch einem Offizierskorps handelte, das sich sozial und kulturell stark ausgeweitet hatte, und das überdies an ganz unterschiedlichen Fronten eingesetzt war, verbietet sich jedes pauschale Urteil. Denn schließlich bedeutet über die Wehrmacht im Kriege zu sprechen über fast die gesamte deutsche Gesellschaft zu sprechen, und deren Einstellungen und Wahrnehmungen lassen sich nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Auch an der Ostfront, an der schließlich das Gros der deutschen Soldanten eingesetzt war, finden sich alle Verhaltensmuster, die die deutsche Gesellschaft insgesamt in der NS-Zeit an den Tag legte; das reicht von Anpassung und ideologischer Mittäterschaft über starres Entsetzen und passive Hinnahme schließlich bis zu Verweigerungen und Widerstand, wobei die letztgenannte Verhaltensform sicherlich eindeutig in der Minderheit war. Um so wichtiger ist es, die Etappen der ideologischen Anpassung oder Indoktrination exemplarisch zu beschreiben und dies auch in der Korrelation zur Brutalisierung des Krieges, zur Erfahrung einer fremden Welt zu sehen, deren abstoßende Andersartigkeit und Unterentwicklung leicht mit eingängigen Propagandaformeln von der angeblichen rassischen Minderwertigkeit erklärt werden konnte. Dann konnte die alte Russenfurcht, die sich seit 1917/18 mit den neueren Feindbildern des Bolschewismus verbunden hatte, auch bei denen auf einen fruchtbaren Boden fallen, deren Weltbild nicht von radikalen Ausgrenzungsmechanismen und rassistischen Vorstellungen geprägt war. Es entstand eine ideologische Gemengelage, in der tradierte Einstellungen und ideologisierte Erfahrungen sich vermischten: ein radikaler Nationalismus und Antibolschewismus, die schon vor 1933 existierten und auch zum ideologischen Kern des Nationalsozialismus gehörten bzw. führten, daneben antisemitische Vorstellungen, die sich aus einer traditionellen Judenfeindschaft speisen konnten, dann aber durch den Nationalsozialismus aufgeladen wurden. Dieses ideologische Knäuel aus vertrauten Einstellungen, zusätzlichen Indoktrinationen und Kriegserfahrungen war schließlich dafür verantwortlich, dass, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum jemand aus der Wehrmachtsführung Einspruch gegen die Vorbereitung des Vernichtungskrieges und vor allem gegen die Verstrickung in die Vernichtungspraxis gegen die polnische und russische Zivilbevölkerung, gegen Juden, Partisanen und Kriegsgefangene, erhoben hat.

Die Bereitschaft, im geplanten Ostkrieg jegliche völkerrechtlichen Beschränkungen aufzuheben, zeigte sich schon in der Mitwirkung der Wehrmachtsführung bei der Konzeption und Ausführung der sogenannten verbrecherischen Befehle, d. h. dem *Kommissarbefehl*, dem Erlass zur Gerichtsbarkeit im Be-

reich des *Unternehmens Barbarossa*, sowie bei den Vereinbarungen des Oberbefehlshabers des Heeres mit dem Reichssicherheitshauptamt bezüglich der Zusammenarbeit mit den Mordeinheiten der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes; deren Praxis war zwar aus dem Polenfeldzug bekannt, doch wurde nun offiziell eine Arbeitsteilung zwischen Wehrmacht und Einsatzgruppen verabredet, die die Wehrmachtsführung zwar zum Mitwisser machte, aber die Truppe aus der aktiven Mitwirkung hätte heraushalten können. Doch erhielten die Einsatzgruppen in der Praxis von der Wehrmacht nicht nur logistische Unterstützung, sondern es kam auch zur Mitwirkung von einzelnen Wehrmachtseinheiten bei der Registrierung, Kennzeichnung und Absonderung der Juden. Die zahlreichen Einsatzmeldungen der Einsatzgruppen belegen, dass man seitens der SS mit der Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zufrieden war. Das bestätigen auch die Armeebefehle, die um Verständnis für den als *gerechte Sühne* bezeichneten Mord an den Juden warben. Angesichts des erdrückenden Materials, das diese Aussagen belegt, muss die apologetische Aussage, die Wehrmacht habe stets *Distanz zu Hitler und dem NS-Regime gehalten* und mit *Anstand und Würde* lediglich *ihre soldatische Pflicht erfüllt*, zurückgewiesen werden – darin stimmen Forschung und Ausstellung überein. Was die erste Ausstellung freilich nicht gezeigt hat, sind die Versuche einiger Offiziere und Soldaten, diese Grenzüberschreitungen über die Gebote des Völkerrechtes und die Humanität hinaus nicht mit zu vollziehen bzw. sich diesen zu verweigern.

Betrachten wir zweitens die Rolle der Einsatzkommandos und ihr Verhältnis zur Wehrmacht. Bereits während des Krieges in Polen haben die SS und die Polizei Erschießungen von Juden und Polen durchgeführt. Es entstanden Unruhe und Abscheu in der Truppe, auch kam es zur offenen Kritik einzelner Generale. Der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Blaskowitz, sprach vom *Bluttausch* der Einsatzgruppen; Generaloberst von Leeb schrieb, ein derartiges Verhalten sei einer Kulturnation unwürdig (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 79f.). Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, unterstützte diese Proteste jedoch nicht und machte sich stattdessen zum Anwalt nationalsozialistischer *Volkstumspolitik*. Er fürchtete nur, dass die Mordaktionen der Einsatzgruppen auch die Disziplin der Truppen gefährden könnten. Um derartige Konflikte zu vermeiden, war das Oberkommando des Heeres an einer eindeutigen Regelung der Zuständigkeiten interessiert. Die Heeresführung wollte sichergestellt wissen, *dass die Sonderaufgaben im Auftrag des Führers, die sich aus dem endgültigen auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben*, vom Reichsführer SS und seinen Einsatzgruppen *in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung* (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 98) durchgeführt wurden. Man wollte darum die Regelung erwirken, *dass Exekutionen möglichst abseits der Truppe vorgenommen werden* (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 108). Die Zusammenarbeit zwischen den Sonderkommandos und den militärischen Kommandobehörden im rückwärtigen Heeresgebiet war so geregelt, dass die Sonderkommandos ihre Aufgaben in *eigener Verantwortlichkeit* durchführten, hinsichtlich Marschversorgung und Unterbringung jedoch den Armeen unterstellt waren. Auch sollten die Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei den Armeebefehlshabern

ihre Maßnahmen rechtzeitig zur Kenntnis bringen, während die militärischen Befehlshaber auch berechtigt waren, Sonderkommandos Weisungen zu geben, *die zur Vermeidung von Störungen der Operationen erforderlich sind*. Welche Personen zu exekutieren waren, teilte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, auch den militärischen Befehlshabern mit: *Zu exekutieren sind alle Funktionäre der Komintern, Volkskommissare, Juden in Partei- und Staatsstellungen, sonstige radikale Elemente (Saboteure, Propagandeaure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.)* (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 135).

Dass das *Unternehmen Barbarossa* den Charakter eines Vernichtungskrieges annahm, lag nicht nur an den Führerbefehlen, sondern auch an der Bereitschaft der Heeresführung, die Truppe den *weltanschaulichen Kampf*, so Generalstabschef Halder, *mit durchfechten* zu lassen (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 108). Denn Brauchitsch, Halder und andere Truppenführer teilten oder akzeptierten schließlich Hitlers ideologische Sichtweise, die er ihnen am 30. März 1941 in der Reichskanzlei entwickelt hatte, dass es nämlich einen tiefen rassischen und weltanschaulichen Gegensatz zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und bolschewistischen Russland gäbe, der es erforderlich mache, für den *Vernichtungskampf* gegen die Sowjetunion die Gesetze *soldatischen Kameradentums* außer Kraft zu setzen (Halder, Kriegstagebuch II, S. 336f.). Selbst ein Mann wie Generaloberst Hoepner, der später aktives Mitglied im militärischen Widerstand gegen Hitler werden sollte, folgte der ideologischen Beschwörung traditioneller rassischer Vorurteile und ideologischer Ängste, als er in einem Marschbefehl vom 2. Mai aus Hitlers Parolen die gewünschten Folgerungen zog: *Der Krieg gegen Russland ist zwangsläufige Folge des uns aufgedrungenen Kampfes um das Dasein. Es ist der alte Kampf gegen das Slaventum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muss die Zertrümmerung des heutigen Russland zum Ziele haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden [...]. Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems* (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 189).

Wie die zentralen Befehle und Weisungen, die im Vorfeld des Ostkriegs erlassen worden waren, in der Wirklichkeit des Krieges umgesetzt wurden, hing von zahlreichen Faktoren ab, die sich aus den militärischen Strukturen ebenso wie aus den situativen Momenten ergaben. Die Verzahnung von ideologischen und militärischen, von strafenden und vorbeugenden Gesichtspunkten verdeckte teilweise den rechtswidrigen Charakter der verbrecherischen Befehle. Die Unsicherheit und Angst der Truppe, die in dem riesigen und fremden Raum bei einer dünnen militärischen Sicherung besonders ausgeprägt waren, machten überdies für das Argument empfänglich, dass man durch die rasche Liquidierung von wirklichen oder vermeintlichen Gegnern im Operationsgebiet *deutsches Blut* sparen könne. Kriegsvölkerrecht und soldatisches Ethos gerieten dann leicht ins Hintertreffen. So beteiligten sich Wehrmachtseinheiten entgegen der vorherigen Absprachen an der Verfolgung und Ermordung der sowjetischen Juden, indem sie vor allem personelle und organisatorische Unterstützung leisteten und auch an Massenerschießungen beteiligt waren.

Der wichtigste Arm der Besatzungs- und Vernichtungspolitik der SS waren die Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SD, die im Sommer 1941 in die besetzten sowjetischen Gebiete einzogen und im Winter 1941/42 in teilweise stationäre Dienststellen umgewandelt wurden. Sie bestanden aus Angehörigen von Kripo, Gestapo und Sicherheitsdienst sowie zugeteilten Kräften von Ordnungspolizei und Waffen-SS. Im Sommer und Herbst 1941 hatten die Einsatzkommandos Teilkommandos gebildet, um ihre Einsatzkräfte zum Zweck der Judenvernichtung und der politischen Überwachung über das gesamte Besatzungsgebiet zu verteilen. Neben der alltäglichen Überwachung und Repression hatten diese mobilen Einheiten Sonderaufgaben, vor allem bei den großen Massakern an Juden, bei Großrazzien, Umsiedlungen und schließlich Operationen im Zuge der sogenannten Partisanenbekämpfung. In der Praxis waren die SS- und Polizeieinheiten auf die Zusammenarbeit mit der Zivilverwaltung und vor allem auch mit der Militärverwaltung angewiesen. Dass es mit der Militärverwaltung relativ wenig Konflikte gab, lag einerseits an der eindeutigen Unterstellung unter das Heer, andererseits an dem provisorischen Charakter der Militärverwaltung. Diese bediente sich gerne der SS- und Polizeieinheiten. Was die dritte Panzerarmee über das Verhältnis zwischen der Geheimen Feldpolizei und Einsatzgruppen sagte, lässt sich generell für die Zusammenarbeit zwischen Militär und SS-Einheiten sagen: *Eine klare Abgrenzung zwischen den Aufgaben der GFP und denen des SD ist nicht möglich. Daraus ergeben sich jedoch im Armeegebiet keine Unzuträglichkeiten, erstens weil vertrauensvoll zusammengearbeitet wird, zweitens weil die Fülle der Aufgaben Zuständigkeitsstreit nicht aufkommen lässt* (Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 196). Bei der gewaltsamen Befriedung des Heeresgebietes wuchs die Bereitschaft der Truppe zur Kooperation mit den Einsatzgruppen. Die ideologische Behauptung der SS, dass der Widerstand der Zivilbevölkerung von Juden und Bolschewisten ausging, fand auch in der Truppe Resonanz, die in den Berichten der Einsatzgruppen ob ihrer *erfreulich guten Einstellung gegen Juden* gelobt wurde (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 207f.). Unterstützung und Kooperation bei Fahndungsaktionen, Evakuierung von Ghettos wie Hilfeleistungen bei Massenexekutionen durch Wehrmachtseinheiten in den rückwärtigen Operationsgebieten sind bezeugt. Die Vorgänge in der Schlucht von Babij Jar in der Ukraine sind zum Symbol geworden für die Untaten der Einsatzgruppen, aber auch für die Mitwisserschaft bzw. Unterstützung von Massenmorden der SS durch Wehrmachtsangehörige.

Das Ausmaß dieser Komplizenschaft lässt sich freilich nicht quantifizieren, und auch das Verhalten von Offizieren gegenüber den Vernichtungsoptionen der Einsatzgruppen lässt sich auf keinen einfachen Nenner bringen. Uns sind wenige Stimmen des Abscheus und der Hilflosigkeit bekannt, auch Befehle von Kommandeuren, die die Aufgabe von Einsatzgruppen und der Truppe zu trennen bzw. die Beteiligung von Soldaten an Ausschreitungen zu unterbinden versuchten. So stellte General Karl von Roques fest: *Der deutsche Soldat, der sich an Judenpogromen beteiligt, schädigt aufs schwerste das Ansehen der Wehrmacht und legt eine unsoldatische Gesinnung an den Tag* (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 200). Was Roques zu dieser Kritik an den Willkürakten bewog, war vor allem seine Sorge um seine Autorität als Befehlshaber; das bedeu-

tet nicht, dass er grundsätzlich gegen den Massenmord an Juden protestierte. Denn er wies ausdrücklich die Dienststellen in dem von ihm befehligten rückwärtigen Heeresgebiet Süd an, ein SD-Kommando *bei der Durchführung seiner sicherheitspolitischen Aufgaben* zu unterstützen. Zudem billigte er ausdrücklich den Tagesbefehl des Generalfeldmarschalls von Reichenau vom 10. Oktober 1941, in dem es hieß, dass der *Soldat für die Notwendigkeit der harten aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben müsse* (Überschär/Wette, Deutscher Überfall, S. 285f.). Sehr viel grundsätzlicher war hingegen der Einspruch von Oberstleutnant Helmut Großcurth. Er protestierte im August 1941 gegen die Erschießung von 90 jüdischen Kindern und Frauen in Belaja Zerkov und forderte, von der Aussichtslosigkeit seines Einspruchs überzeugt, dazu auf, *ähnliche Maßnahmen abseits der Truppe erfolgen* zu lassen (Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskriegs, S. 603). Umgekehrt gab es Befehle, die die Vermischung von militärischen und sicherheitspolitischen Aufgaben weiter vorantrieben, wie der Befehl von Generalfeldmarschall von Reichenau vom 10. Oktober 1941, der ganz im Sinne der Vorgaben Hitlers nicht nur die *völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis* als Hauptziel des Krieges bezeichnete, sondern überdies dabei der Truppe Aufgaben zuwies, die *über das hergebrachte Soldatentum* hinausgingen. Der Soldat, so Reichenau weiter, ist im Ostraum nicht nur *ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch ein Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und Rache für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugeführt wurden* (Überschär/Wette, Deutscher Überfall, S. 285f.).

Ideologische Feindbilder und situative Momente vermischten sich in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung auch im Partisanenkrieg, der zu den schwierigsten und besonders dunklen Kapiteln im Russlandkrieg gehört. Schwierig, weil es im Einzelfall kaum möglich sein wird, die militärischen Sicherheitsbedürfnisse der Truppe und die Ängste, die sich aus der Weite des Raumes ergaben, von den Vorurteilen über die *Hinterhältigkeit* des bolschewistischen Gegners zu unterscheiden, zumal auch Stalin nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion zu einem von der Partei zu führenden erbarungslosen Volkskrieg gegen den *deutschen Faschismus* aufgerufen hatte. Hinzu kommt die Notwendigkeit, zwischen einzelnen Etappen im Partisanenkrieg zu unterscheiden und die schwerwiegende und oft tödliche Gefährdung durch Partisanenüberfälle seit der Wende des Krieges 1942 nicht mit der Anfangssituation im Sommer und Herbst 1941 zu vermengen, als es neben der propagandistischen Aufforderung Stalins zum Partisanenkrieg kaum eine reale Partisanenbewegung, geschweige denn eine Volksbewegung gab, sondern es sich zunächst nur um versprengte Rotarmisten handelte, die oft keine Zeit hatten, sich freiwillig zu melden, bevor sie als Freischärler erschossen wurden. Dunkel und mit der Vernichtungspolitik aufs engste verbunden ist das Kapitel Partisanenkrieg darum, weil die Truppe ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass eine vorherige Festnahme von Geiseln zur Haftung für *zukünftiges Unrecht* nicht erforderlich sei und sie zu Sühnmaßnahmen im Falle von Sabotageakten aufgefordert wurde, ohne dass eine vorherige Täterfeststellung zur

Auflage gemacht wurde. Darum wurden die tatsächlichen oder vermeintlichen *Träger der feindlichen Einstellungen* und deren Sympathisanten von Anfang an unnachgiebig verfolgt, galten Juden und Kommunisten von vornherein als enge Verbündete oder gemeinsame Drahtzieher. Auch wer verdächtig war, Partisanen oder Versprengte in irgendeiner Weise zu unterstützen, wurde als *Partisanenhelfer* exekutiert. Die einheimische Bevölkerung geriet darum zwischen den sowjetischen Hammer und den nationalsozialistischen Amboss. Während die Partisanen von der einheimischen Bevölkerung materielle und personelle Unterstützung erwarteten und gegen Kollaborateure rücksichtslos vorgehen, erwartete die Besatzungsmacht von der Bevölkerung Loyalität und Hilfestellung bei der Bekämpfung der Partisanen.

Andererseits ist auch das subjektive Gefühl der Bedrohung durch die Partisanen bei den deutschen Soldaten als Faktum zu sehen. So existierte in der Wehrmacht und seit dem Ersten Weltkrieg eine nahezu traumatische Furcht vor Freischärlern, und die deutsche Führung hatte die Partisanenangst bewusst geschürt. Hitler hatte intern erklärt, der Partisanenkrieg habe *auch seinen Vorteil: er gibt uns die Möglichkeit auszurotten, was sich gegen uns stellt* (Richter, Partisanenkrieg, S. 845). Mit der Gegenoffensive der Roten Armee im Winter 1941/42 bildeten die inzwischen gut ausgebildeten und bewaffneten Partisanen hinter den deutschen Linien eine ernste Gefahr für die deutschen Truppen, zumal sie nun mit der Unterstützung der einheimischen Bevölkerung rechnen konnten. Denn die hatte ihre anfängliche Sympathie für die deutschen Truppen angesichts der rücksichtslosen deutschen Besatzungs- und Ausbeutungspolitik bald geändert. In dem Maße, in dem sich die Kluft zwischen Auftrag und tatsächlicher militärischer Stärke ständig vergrößerte, erschienen dem Heer auch die verschiedenen SS-Einheiten als willkommene Hilfe bei der Beseitigung der *gefährlichen Elemente* hinter dem Rücken der Front. Gerade die Polizeibataillone und die Brigaden der Waffen-SS wurden gezielt zur Befriedung des rückwärtigen Operationsgebietes eingesetzt. Diese führten jedoch nicht nur ihren militärischen Auftrag auf ihre Weise durch, sondern nutzten ihn zu reinen Mordaktionen, in erster Linie gegen Juden. Denn für die SS galt die einfache Gleichung, *wo der Jude ist, da ist der Partisan, wo der Partisan ist, da ist der Jude* (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 217f.). Bald färbte dieses Denken auf die Truppe ab, und es gibt viele Indizien dafür, dass das bloße Sicherheitsbedürfnis der Truppe allein ihr Verhalten nicht rechtfertigte. Denn dazu war die Selektion bestimmter Bevölkerungsteile und summarische Hinrichtung bei unaufgeklärten Sabotageakten, war die Diskrepanz zwischen den Zahlen getöteter Freischärler und Partisanen einerseits und den eigenen Verlusten andererseits sowie der geringe Unterschied zwischen den festgenommenen und erschossenen Personen in den Berichten der eingesetzten Kampfverbände zu auffällig. Hinter den militärischen Zwecken war die ideologische Motivation bzw. Überreaktion allzu offenkundig. Die Wehrmacht hatte dabei in vielen Fällen die Befehls- und Einsatzbefugnis. Dort, wo SS und Polizeiführer hauptverantwortlich waren, wurden diese immer wieder von Wehrmachts-einheiten unterstützt. Als Reaktion auf die wachsende Stärke und Gefahr durch die regionalen Partisanengruppen versuchten Wehrmacht und Waffen-SS zusammen mit Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und der SD soge-

nannte Großaktionen durchzuführen, d. h. ganze Gebiete abzusperren, Kessel zu bilden und konzentrische Angriffe auf Partisaneneinheiten zu führen. Die Todeszahlen solcher Aktionen mit den dabei erbeuteten Waffen zeigen erneut, dass weniger Partisanen als unbewaffnete Zivilisten die Opfer waren. Auch der Versuch des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets, angesichts des Anwachsens der Partisanenbewegung den Terror gegenüber der Zivilbevölkerung abzuschwächen, wurde weder von Hitler noch vom Oberkommando der Wehrmacht unterstützt.

Mit der These, dass die Wehrmacht durch die Maßnahme zur Kenntnis und Registrierung der Juden sowie mit der Vorbereitung und Errichtung von Ghettos gemeinsam mit der SS an der Judenverfolgung beteiligt war, hat die Ausstellung den Zusammenhang von Wehrmacht und Judenverfolgung erstmalig thematisiert, was mittlerweile in der Forschung sehr viel gründlicher behandelt worden ist. Doch auch dabei ist in der Bewertung eine Differenzierung erforderlich, die in der ersten Fassung der Ausstellung nicht vorgenommen wurde. Dazu gehört erstens die Unterscheidung zwischen der Ghettoisierung und der systematischen Vernichtung der Juden, zweitens der Hinweis auf die Hauptzuständigkeit von Einsatzgruppen und SS für die Vernichtungsaktionen. Es ist unübersehbar, dass es bei den ersten Stufen der Judenverfolgung, nämlich bei der Kennzeichnung und Entrechtung und Ghettoisierung, eine Zusammenarbeit zwischen Militärorganen und SS bzw. Polizeieinheiten gab. Wie weit bei diesen Maßnahmen die Weisungsbefugnisse der Militärorgane gegenüber den Einsatzgruppen gingen, wie weit die verbrecherischen Befehle bei der Wehrmacht selbst reichten, ist eine äußerst komplizierte und längst noch nicht hinreichend geklärte Frage. Sicher ist, dass längst nicht alle Truppenkommandeure, vor allem nicht die unteren Dienstgrade, an den antijüdischen Aktivitäten der Wehrmacht beteiligt waren. Auch die Ermordung der Landjuden, in der ersten Ausstellung als *Säuberung des flachen Landes* (Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, S. 112ff.) bezeichnet, ist ein Vorgang, bei dem Wehrmachtseinheiten beteiligt waren, ohne dass dies genauer festzustellen ist. Das Beispiel der 707. Infanteriedivision belegt jedoch, dass Wehrmachtseinheiten selbständig und systematisch Massaker an Juden mit vielen tausend Opfern organisierten und durchführten, dass sich einzelne Wehrmachtsangehörige an Massenmorden von SS und Polizei beteiligten und dass Wehrmachtseinheiten Massenmorde organisatorisch durch ihre Hilfestellung ermöglichten, die dann von SS und Polizei ausgeführt wurden. Sicherlich ist dies ein extremer Fall, und es fehlen Parallelvorgänge, die eine genauere Einordnung erlauben. Die Vorgänge waren, und das darf nicht übersehen werden, zugleich eine Etappe in der stufenweisen Dynamisierung der Judenverfolgung.

Auch in der Planung verstärkter Vernichtungsaktionen gegen Juden am 11. Oktober 1941 mit dem Reichskommissar Ostland war der Generalquartiermeister bei dem Generalstab des Heeres beteiligt. Ohne das Einverständnis der Hoheitsträger der militärischen Gewalt waren die Massaker in Mogilev Anfang Oktober nicht möglich; das zeigen nicht nur verschiedene Besprechungen, sondern auch ein Lehrgang zur Partisanenbekämpfung mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, bei dem die These, Juden seien mit Partisanen verbunden, verbreitet wurde. Dort wurde von SS-Vertretern gefordert,

entweder Ghettos anzulegen oder die Juden sofort auszurotten. Eine Woche nach dem Lehrgang begann die Judenvernichtung in Mogilev.

Wie groß der Anteil der Wehrmacht an der nationalsozialistischen Vernichtungspraxis in ihren verschiedenen Varianten war, wird sich nie quantifizieren lassen. Auch die Frage nach der politischen Verantwortung wird immer differenziert zu beantworten sein, da die Grenzen der Zuständigkeiten zwischen Militärorganen und SS-Einheiten in der Besatzungspolitik vor Ort immer fließender wurden. Überdies waren die Befehlssituationen vor Ort je unterschiedlich, wie die Neufassung der Ausstellung an den verschiedenen Handlungsmöglichkeiten zeigt. Sie waren sicherlich begrenzt durch die militärischen hierarchischen Strukturen und durch die jeweilige Position, die ein Soldat in der Hierarchie einnahm, aber es gab gleichwohl unterschiedliche Möglichkeiten und Reichweiten des Handelns. Was die Befehlssituation erlaubte, war beispielsweise die Rettung einzelner jüdischer Zwangsarbeiter, nicht aber der Schutz eines Ghettos vor Deportation und Vernichtung. Denn das verhinderten nicht nur die Herrschaftsziele des Regimes, die sich immer mehr durchgesetzt hatten, sondern auch und vor allem die Logik des polykratischen Systems der Besatzungsherrschaft, in der sich die miteinander rivalisierenden Machtapparate gegenseitig in Schach hielten.

Literatur

- O. Bartov, Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges, Reinbek 1995.
- O. Bartov u. a., Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, Manuskript November 2000.
- B. Chiari, Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944, Düsseldorf 1998.
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 5 Bde, Stuttgart 1979–1999.
- Ch. Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941–1944, Hamburg 1999.
- U. Herbert (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a. M. 1998.
- H. Krausnick, Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938–1942, Taschenbuch-Ausgabe, Frankfurt a. M. 1985 (Originalausgabe Stuttgart 1981).
- R. D. Müller / H. E. Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999.
- U. Raulff, Wehrmacht und Wahrheit. Bilder einer Ausstellung. Vor dem Bericht der Expertenkommission, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. November 2000, S. 53.
- T. Richter, Die Wehrmacht und der Partisanenkrieg in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, in: Müller / Volkmann, Die Wehrmacht, S. 837–857.
- Ch. Streit, „Keine Kameraden“. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Neuausgabe Bonn 1997.

- Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002.
- G. Überschär / W. Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984.
- Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1996.

FRANK BECKER

Nationale Eintracht, konfessionelle Zwietracht?

Sedantage in Minden und Münster im Deutschen Kaiserreich

Seit der 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit gefeiert wird, verbinden wir vor allem ein Szenario des Friedens mit diesem Datum. Schließlich war es eine friedliche Revolution, die den Wandel in der ehemaligen DDR herbeiführte, und der gesamte Prozess der Überwindung der Spaltung Deutschlands ging ohne Blutvergießen sowohl im zwischenstaatlichen Bereich als auch in der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Volk über die Bühne. Nationalfeiertage waren in Deutschland aber nicht immer so friedlich konnotiert. Im Kaiserreich, in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, galt das Gegenteil. Der Tag, an dem die deutsche Einheit gefeiert wurde, bezog sich auf eine Schlacht – die größte Schlacht des deutsch-französischen Krieges, der in den Jahren 1870/71 die Gründung des Deutschen Reiches ermöglicht hatte. Bei Sedan an der Maas war ein Sieg gelungen, der den Krieg zwar noch nicht beendet, aber den französischen Feind bereits entscheidend geschwächt hatte. Als eines Durchbruchs zur Einheit, als einer entscheidenden Weichenstellung zur Reichsgründung wurde der Schlacht alljährlich zu Anfang September gedacht.



Gedenkblatt an die Kriegsjahre 1870/71. KAM, Plakatsammlung, 1/1871-1915

Dass sich mit dem Ereignis auch der Tod von vielen Tausend Soldaten verband, tat der Feierlaune hierbei keinen Abbruch. Die Einheit war nun einmal mit Waffengewalt erzwungen worden. Außerdem erfreute sich das Militär im kaiserlichen Deutschland insgesamt höchster gesellschaftlicher Anerkennung.

Der Sedantag war aber nicht nur insofern wenig friedlich, als er an eine blutige Schlacht erinnerte. Er verband sich auch mit ganz konkreten Querelen. Diese Querelen hatten nichts mit einem äußeren Feind, dafür umso mehr mit inneren Auseinandersetzungen zu tun. Aus heutiger Perspektive denkt man bei inneren Auseinandersetzungen sofort an Parteien oder soziale Schichten, also an politische Richtungs- oder gesellschaftliche Verteilungskämpfe; im kaiserlichen Deutschland hingegen feindeten sich darüber hinaus noch Akteure an, die mittlerweile seit vielen Jahrzehnten in friedlicher Koexistenz leben: die beiden großen christlichen Konfessionen. Ob jemand Katholik oder Protestant war, hatte zu dieser Zeit noch höchste Relevanz; sogar Personen, deren Kirchenbindung sich schon gelockert hatte, grenzten sich noch vehement von der jeweils anderen Konfession ab. Im frühen Kaiserreich hatte der Kulturkampf die Fronten noch zusätzlich verhärtet. Dass Bismarck die katholische Kirche in ihren Rechten beschneiden und die Katholiken ins gesellschaftliche Abseits drängen wollte, bestärkte viele Protestanten in ihrem antikatholischen Ressentiment. Umgekehrt glaubten die Katholiken, um ihre Existenz kämpfen zu müssen. Warum aber wurden diese Gegensätze gerade am Sedantag ausgetragen? Warum wurde ausgerechnet das Fest der nationalen Einheit zur bevorzugten Bühne für den Streit der Konfessionen?

Um diese Frage zu beantworten, sind einige Vorüberlegungen nötig. Klären wir zunächst, welchen Status und welche Funktion Nationalfeste haben. Lange Zeit sind diese Veranstaltungen von Historikern wenig beachtet worden. Neben den großen Themen wie der Geschichte der nationalen Bewegungen und der Herausbildung des modernen Nationalstaats wirkte der öffentliche Rummel von Festveranstaltungen ausgesprochen nebensächlich. Diese Einstellung hat sich geändert, seit das Problem der nationalen Identität ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist.¹ Nationale Identität meint die Verständigung über die Frage, wodurch eine Nation eigentlich gekennzeichnet ist, und wer zu dieser Gemeinschaft aufgrund welcher Merkmale hinzugerechnet werden kann. Die andere Seite der Medaille ist die Frage der Abgrenzung nach außen, die Distanzierung von äußeren und inneren Gegnern, die durch abweichende Charakteristika kenntlich sind. Über beide Definitionen, über die Bestimmung des Eigenen wie des Fremden, muss ein ständiger Austausch stattfinden, um den Menschen die entsprechende Einteilung der Welt wirklich nahe zu legen. Öffentliche Kommunikation schafft und stabilisiert nationale Identität, und ein wichtiges Element dieser öffentlichen Kommunikation sind auch die nationalen Feste.²

Welche Bedeutung erhält vor diesem Hintergrund der Streit der Konfessionen? Wenn bei nationalen Festen wie dem Sedantag vor allem die nationale Identität, also konkret die Frage: wer oder was Deutschland und die Deutschen eigentlich sind, verhandelt wird, dann liegt es nahe, den Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken darauf zurückzuführen, dass es gerade in diesem Punkt einen Dissens gegeben hat. Neuere Interpretationen der gesam-

ten, viele politische, soziale und kulturelle Felder berührenden Auseinandersetzung zwischen den Konfessionen im frühen Kaiserreich, die unter dem Begriff Kulturkampf zusammengefasst wird, bestätigen diese Sichtweise. Im Gegensatz zu traditionellen Positionen, die den Kulturkampf als einen Kampf zwischen dem Staat und der Kirche *und bzw. oder* den Liberalen und der Kirche interpretiert haben, wird er nun primär als ein Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken darüber begriffen, wer die deutsche Nationalidentität definieren und bestimmen durfte.³ Solche Streitigkeiten mussten naturgemäß auch die Feste erfassen, die dazu beitragen wollten, den nationalen Selbstentwurf zu formen. Auch der Sedantag wurde also im Zeichen des Kulturkampfes zu einem konfessionellen und nationalpolitischen Zankapfel. Ein offensiv auftretender Protestantismus wollte den Tag nutzen, um hier seine Deutungsmacht über die Nation auszuspielen, um auch die nationale Vergangenheit – die Schlacht bei Sedan wandelte sich schließlich sehr schnell von einem politisch-aktuellen zu einem historischen Ereignis – in seinem Sinne zu interpretieren.⁴ Genau dieser Zumutung entgegenzutreten, war umgekehrt die Absicht der Katholiken, wenn sie den Sedanfeiern ostentativ fernblieben; sie wollten zeigen, dass sie es nicht hinzunehmen bereit waren, dass die Protestanten die deutsche Nation und Nationalidentität ausschließlich mit *ihrer* Konfession gleichsetzten und für die Katholiken nur die bedingungslose Anpassung oder den kulturellen Ausschluss vorsahen.⁵

Ob solche Tendenzen allerdings wirklich flächendeckend zu beobachten waren, ist nach wie vor offen. Dass der Kulturkampf in der Hauptsache oder doch zumindest in wesentlichen Zügen ein interkonfessioneller Kampf um die Deutungshoheit über das Projekt ‚Nation‘ gewesen ist, und dass in Einzelfällen auch der Sedantag in die Mühlen dieses Konfliktes geriet, muss nicht bedeuten, dass dieses Fest überall und zu jeder Zeit zum Schauplatz protestantisch-katholischer Rivalitäten gemacht worden ist. Die bisherige Forschung hat oft aus einzelnen Befunden sehr weitreichende Verallgemeinerungen hergeleitet. Der viel zitierte Aufruf des Mainzer Bischofs Ketteler von 1874, der die Katholiken zum Boykott des Sedantages aufrief, weil er von einem Nationalfest zu dem Fest einer einzigen Partei, der antikatholischen Nationalliberalen Partei nämlich, verkommen sei, wurde gerne zum Symptom für eine allgemeine Stimmung im deutschen Katholizismus der Kulturkampffära erklärt, ohne zu bedenken, dass Ketteler letztlich nur für seine eigene Diözese sprechen konnte, und dass es andere Bischöfe gab, die ihre Schutzbefohlenen nach wie vor zur Teilnahme an den Festen regelrecht aufforderten.⁶ Detailstudien für einzelne Regionen oder Städte, die hier zuverlässige Angaben machen könnten, fehlen nach wie vor fast gänzlich; so oft die wichtigen Stimmen in der nationalen Debatte über die Einführung und Aufrechterhaltung des Festes zitiert werden⁷, so wenig ist über die konkrete Durchführung der Veranstaltungen vor Ort bekannt, über die Gestalt, die sie in der Praxis – und im Zeitverlauf – tatsächlich angenommen haben.

Die Stadt Minden zum Gegenstand einer solchen Untersuchung zu machen, kann einen kleinen Beitrag zur Schließung dieser Wissenslücke leisten. Wie verhielten sich die Mindener Protestanten am Sedantag, was ließen die Mindener Katholiken verlauten? Zu beachten ist dabei freilich zuerst das Mischungs-

verhältnis der beiden Konfessionen in der Stadt. Für das Jahr 1890 liegen exakte Zahlen vor: Mehr als vier Fünftel der Bevölkerung sind evangelisch getauft, der Katholikenanteil liegt bei nur 15,6 %.⁸ Das Verhalten von sozialen Gruppen, das ist aus vielen anderen Kontexten bekannt, hängt aber in sehr hohem Maße von ihrem quantitativen Gewicht im Vergleich zu konkurrierenden Gruppen ab. Die Ereignisse in Minden lassen also nur Rückschlüsse auf das Verhalten von Katholiken in einer Minderheitensituation zu. Um den Fokus zu erweitern, sollte noch eine Stadt herangezogen werden, die, um den Vergleich zu motivieren, viele Ähnlichkeiten zu Minden aufweist, in konfessioneller Hinsicht aber ganz unterschiedlich zusammengesetzt ist. Hier ist die Wahl auf Münster gefallen. Schon die Größe der beiden Städte ist fast identisch. Eine Volkszählung vom 1. Dezember 1871 stellt für Münster 21 377 Einwohner fest, während Minden im Jahre 1890 genau 20 224 Einwohner zählt. Beide Kommunen sind Verwaltungszentren, beide beherbergen eine bürgerliche Bevölkerungsmajorität und nur relativ kleine Arbeiterschichten. Hier wie dort gibt es Garnisonen, so dass das Militär, im Kontext der Sedanfeiern kein unwesentlicher Faktor, ungefähr dieselbe Präsenz besitzt.⁹ Gleichzeitig sind die konfessionellen Verhältnisse jedoch fast spiegelverkehrt. So gering der Anteil der Katholiken in Minden ist, so schwach sind die Protestanten in Münster vertreten. Die genannte Volkszählung von 1871 registrierte 19 205 Katholiken, 1796 Protestanten, 371 Juden, 4 Altkatholiken und eine *unbestimmte* Person.¹⁰

Die erste Sedanfeier, die in Minden und Münster begangen wurde, ist im Grunde schon der spontane Freudentaumel im unmittelbaren Anschluss an die Schlacht gewesen. Als der elektrische Telegraf die Siegesmeldung nach Deutschland brachte, gingen in den meisten Städten die Menschen auf die Straße, um ihrer Begeisterung Ausdruck zu verleihen. Auch Minden machte hier keine Ausnahme. *Als am 3. September 1870, Morgens 10 Uhr, die Nachricht von dem Siege der deutschen Armee bei Sedan eintraf, heißt es im Mindener Verwaltungsbericht, war die Freude, so groß sie schon bei dem Eingang der Siegesnachrichten von Weißenburg, Wörth, Spichern und Metz gewesen war, wie überall im deutschen Vaterlande, auch hier eine übervolle*¹¹. Während des ganzen Tages *wogten große Volksmassen aus Stadt und Land durch die festlich geschmückten Straßen, deren Häuser vom größten zum kleinsten herab Abends reich illuminiert wurden*¹². Den krönenden Abschluss bildete schließlich noch ein *glänzender Fackelzug mit Zapfenstreich*¹³. Diese Begeisterung überrascht wenig, wenn man sich vor Augen führt, dass die Garnisons- und Festungsstadt an der Weser bereits seit dem 17. Jahrhundert zu Preußen gehörte und die Treue zum Hohenzollernstaat hier traditionell eine sehr große Rolle spielte. Viel eher wäre in Münster eine gedämpfte Stimmung zu erwarten gewesen. Um diese Erwartung zu widerlegen, musste allerdings gar nicht bis zum Sieg von Sedan gewartet werden; schon die Bekanntgabe der französischen Kriegserklärung am 19. Juli 1870 sorgte für klare Verhältnisse. *Abends gegen 8 Uhr verbreitete sich die Nachricht in Münster, weiß die Stadtchronik zu berichten, und versetzte die Bevölkerung sogleich in ungeheure Aufregung – die wilde Erregung machte sich bis in die Nacht auf den Straßen durch singende Scharen – Ich bin ein Preuße, Die Wacht am Rhein, Nieder mit Napoleon! – Luft*¹⁴. Besonders interessant ist dann noch der Nachsatz, den der

Chronist folgen lässt: Die *Soldaten sangen Vaterlandslieder*, heißt es hier, und *zeigten keine Spur jener Bedenklichkeit, welche 1866 in Münster und in Westfalen vielfach bemerkt wurde*¹⁵. Diese ‚Bedenklichkeit‘, ein verharmlosender Begriff, war in der Tat so weit gegangen, dass in Münster die Glocken geläutet wurden, als die Falschmeldung vom Sieg der Österreicher bei Königgrätz in der Stadt eingetroffen war.¹⁶ Die konfessionelle Bindung an das katholische Haus Habsburg hatte offensichtlich stärker gewirkt als die staatliche Zugehörigkeit zu Preußen. Natürlich hatte die schlechte Stimmung im Juni 1866 auch damit zu tun, dass der deutsche ‚Bruderkrieg‘ in der gesamten Bevölkerung ohnehin wenig populär war; in Münster kam aber noch ein konfessionspolitisches Moment hinzu, das der Stadt den Eindruck vermittelte, in einer auch religiös konnotierten Auseinandersetzung zwischen den Vormächten des Katholizismus und des Protestantismus auf der falschen Seite zu stehen.¹⁷

Solche Bedenken haben nun, wenn der Auskunft des Stadtarchivars zu trauen ist, während des deutsch-französischen Krieges überhaupt keine Rolle mehr gespielt. Obwohl der Gegner wieder ein katholischer Staat war, und obwohl man wieder primär für das protestantische Preußen einzustehen hatte – erst im Laufe des Krieges dann mehr und mehr für das entstehende Deutschland –, gab es in Münster offensichtlich keine Zweifel an der Loyalität gegenüber Berlin. Vielmehr zeigte sich eine Stimmungslage, die auch für die überragende Mehrheit der katholischen Bevölkerung in ganz Deutschland charakteristisch war: Patriotischer Überschwang verband sich mit einer starken Aversion gegen das als ‚Erbfeind‘ wahrgenommene Frankreich, und genau diese Verbindung war es, die auch die Emotionen des protestantischen Deutschland beherrschte.¹⁸

Welche Ursachen für diese Annäherung der Katholiken an die nationale Gefühls- und Vorstellungswelt auch immer verantwortlich gewesen sein mögen – vermutlich vor allem die schnelle Akzeptanz der Tatsachen nach der Weichenstellung von 1866 sowie die hohe Integrationskraft des Feindbildes Frankreich¹⁹ –, so steht doch fest, dass der katholische Patriotismus nicht nur ein Strohfeuer war, das die allgemeine Euphorie bei Kriegsausbruch angefacht hatte, sondern mit hoher Beharrungskraft während des gesamten Feldzugs wirksam blieb. In Münster etwa stellte das *bischöfliche Borromäum* einen *Theil seiner Räume für die Pflege Verwundeter zur Verfügung; zu gleichen Opfern erboten sich die verschiedenen Klöster, Jesuiten, Kapuziner und Franziskaner*²⁰. Als im frühen September dann die Siegesnachricht von Sedan eintraf, reagierte die Stadt mit einem regelrechten Freudentaumel. Der Stadtarchivar zieht sich sogar auf den Unsagbarkeitstopos zurück, als er die Stimmung auf den Straßen wiederzugeben versucht: *Die Ereignisse von Buzancy, Beaumont, Noiseville und die kolossale Katastrophe von Sedan riefen eine Begeisterung hervor, die keine Feder völlig wiederzugeben vermag. Das Böllerschießen schien kein Ende zu nehmen, die Fahnen trotzten Wind und Regen und so unwirthlich der Abend des 3. September war, er konnte es nicht hindern, daß sich viele Häuser, so gut es in der Eile gehen wollte, illuminierten. Tausende von Menschen wogten in den Straßen, sie hatten sich meist einem Musikcorps angeschlossen, welches mit Spiel die Stadt durchzog. Wild brausten vaterländische Lieder durch die Massen, welche [...] jubelnd aufschrien, wenn bengalische Flammen die bunte Menge grell beleuchteten.*²¹

Wenn die Tausenden, von denen der Chronist spricht, keine Übertreibung gewesen sind, dürfte bei einer Gesamtbevölkerung von rund 20 000 Menschen in der Tat ein Großteil der Bürgerschaft am Abend des 3. September 1870 auf den Beinen gewesen sein. Und auch bei anderen Anlässen, die den weiteren Verlauf von Krieg und Sieg markierten, war der Jubel in der Bevölkerung groß. Der Waffenstillstand am 29. Januar 1871 sah die *amtlichen Gebäude, das königliche Schloß, die Regierung, das Rathaus u. wie im Fluge die meisten Häuser der Stadt* in Fahنشmuck gehüllt. Die Kirchen trugen ebenfalls zur festlichen Stimmung bei, indem *von allen Thürmen die jubelnden Klänge der Glocken sich überboten*²². Besonders klerikales Engagement gab es auch bei der Betreuung der aus Frankreich heimkehrenden Soldaten. Nachdem am 27. März 1871 ein Landwehrebataillon in die Stadt zurückgekehrt war, ein Anlass, für den man sogar eine *via triumphalis* gestaltet hatte²³, führte der Kapuzinerpater Paulus eine Prozession der früheren Krieger nach Telgte, einem nahe gelegenen Wallfahrtsort, um Dank abzuleisten für die unversehrte Wiederkehr aus dem Felde.²⁴

Die Jubelfeiern im Gefolge der Siegesnachricht von Sedan hatten bei vielen Deutschen einen tiefen Eindruck hinterlassen. Sie legten auch den engagierten Patrioten, die nach der Reichsgründung über die Einführung eines Nationalfestes in Deutschland nachdachten, die Überlegung nahe, gerade an diesen Jubel anzuknüpfen. Ein Sedantag, alljährlich im frühen September zu begehen, sollte die Begeisterung des Jahres 1870 gleichsam auf Dauer stellen. Auch bei der konkreten Durchführung stand das Kriegsjahr Pate. So wie dort die Feier spontan entstanden war, verzichtete man auch bei den Sedantagen auf eine offizielle Organisation; die gesamte Planung und Durchführung blieb der Bevölkerung überlassen. In jeder Stadt sollte das Fest vom freiwilligen Engagement der Bürger getragen sein. Der Sedantag erfüllte damit als nationaler Feiertag eine doppelte Funktion: Er erinnerte an die große Schlacht in Frankreich, die die politisch-militärischen Voraussetzungen für die Gründung des Nationalstaats geschaffen hatte, und gleichzeitig an den Jubel, der die Menschen erstmalig emotional zu einer nationalen Gemeinschaft verschmolz.

Wie wurde der Appell, den Sedantag in eigener Regie zu gestalten, in unseren beiden Städten aufgenommen? Wenden wir uns zunächst wieder Minden zu. Über Stimmung und Aktivitäten der Bevölkerung informieren neben der Stadtchronik vor allem die örtlichen Zeitungen. Im Minden des Kaiserreichs beherrschten zwei Blätter die öffentliche Meinung: die Bürger-Zeitung, die sich ab 1874 Mindener Zeitung nannte, und das Minden-Lübbecker-Kreisblatt²⁵. Beide Blätter waren nicht nur national, sondern auch entschieden protestantisch.²⁶ Als der Kulturkampf begann und sich abzeichnete, dass der Sedantag zum konfessionellen Zankapfel wurde, appellierten sie einhellig an die Bevölkerung, die Eintracht zu wahren und allen Spaltungsversuchen durch die Katholiken zu widerstehen. Eine erste Angriffsfläche bot ihnen dabei schon die Diskussion um die Eignung des Sedantages für einen nationalen Festakt. All jenen, die davor warnten, dass Frankreich durch dieses Erinnerungsritual provoziert werden könnte, die in einer blutigen Schlacht keinen Anlass zum Feiern sehen wollten oder einfach darauf hinwiesen, dass die Nation zu diesem Zeitpunkt ja de facto noch gar nicht bestanden habe, ein anderer Zeitpunkt, etwa

derjenige der Kaiserproklamation, also geeigneter sei, wurde der Vorwurf gemacht, mit diesen (scheinbaren) Einwänden nur Verwirrung stiften zu wollen, um den Erfolg des Sedantages zu schmälern.²⁷ Für alle national gesonnenen Kreise müssten solche Attacken erst recht der Anlass sein, das Fest mit allen Kräften zu unterstützen – eine Sichtweise, die für die Mindener Zeitungen in den nächsten Jahren zu einer regelrechten Obsession wurde. Immer wieder beklagte man das mangelnde Engagement der Mindener Bürger und rief zu vermehrten Aktivitäten auf.

Schon im Jahre 1871, als noch gar keine Einigkeit darüber bestand, ob der Sedantag nun als Nationalfest etabliert werden sollte oder nicht, beschwerte sich die Bürger-Zeitung darüber, dass der *erste Jahrestag des Sieges bei Sedan [...] hier leider nicht in der Weise gefeiert worden [ist], wie man es hätte erwarten können*²⁸. Sogar die Regierung selbst habe versagt – bei der abendlichen Illumination seien auch die öffentlichen Gebäude nur spärlich beleuchtet gewesen. Kein Wunder also, dass auch die Bürgerschaft sich zurückgehalten habe. Zwei Jahre später richteten sich die Vorwürfe dann vor allem gegen die Kirchen, die sich *sehr stille [verhielten], obgleich es anderwärts lebendig über ganz andere Bekenntnisse in Streitigkeiten hergeht. Sie hatten hinreichend Veranlassung, ihren Gemeinden eine Festpredigt an diesem Tage zu widmen, und jeden Patrioten berührte es unangenehm, daß dies unterblieb*²⁹. Obwohl der Kulturkampf, der sich hinter der blumigen Formulierung von den ‚Bekenntnissen‘ und ‚Streitigkeiten‘ verbirgt, in vollem Gange ist, verzichten die evangelischen Pfarrer darauf, den Sedantag zum Forum für eine eindeutige Stellungnahme gegen den konfessionellen Gegner zu machen. Jeder ‚Patriot‘ musste von dieser Zurückhaltung enttäuscht sein – das Minden-Lübbecker-Kreisblatt möchte dort Kampfgeist und klare Fronten sehen, wo in der städtischen Wirklichkeit offensichtlich eine relative Gelassenheit das Handeln bestimmte.

Von dieser Gelassenheit ließen sich die Mindener Blätter aber nicht abhalten, ihre eigene konfessions- und nationalpolitische Auseinandersetzung zu führen. Bereits 1872 wurde jene Radikalposition bezogen, die schon den deutsch-französischen Krieg selbst zu einem Religionskrieg erklärte. *Insofern als Frankreich und dessen Kaiserreich einundzwanzig Jahre lang den Schutz der päpstlichen Mißwirthschaft im Kirchenstaate zum unabänderlich leitenden Grundsatz einer nationalen Interessen-Politik erhoben hatten*, führte die Bürger-Zeitung aus, wurde *bei Sedan auch dem Jesuitenthume eine Niederlage beigebracht*³⁰; im Übrigen gebe es diese Sichtweise auch in Frankreich selbst, wo von den *Ultramontanen*, also den Anhängern des Papstes, längst *ausgesprochen* wurde, dass der *jüngste Krieg weit mehr als ein politisches ein konfessionelles Gepräge habe* und eine *Niederlage der allein seligmachenden Kirche durch protestantisches Ketzerthum sei*³¹. Von dieser Stilisierung des Krieges von 1870/71 zum Religionskrieg zwischen Jesuitentum und Ultramontanismus auf der einen, dem protestantischen Preußen auf der anderen Seite war es nur noch ein kleiner Schritt zur Forderung nach einem *Sedan im Innern*³², das den Feinden von Reich und Nation zu bereiten sei. Die Frontstellung des Staatenkrieges wurde auf die Frontstellung eines Bürgerkrieges übertragen, in dem der Gegner ebenso vernichtend geschlagen werden müsse, wie

es den Franzosen in der Schlacht des 1. September 1870 geschah. In besonderem Maße entzündete sich der Kampfgeist der Mindener Blätter an der Gestalt des Mainzer Bischofs Ketteler. Die Mindener Zeitung leitete ihren Kommentar zu Kettelers bekanntem Aufruf von 1874 mit den Worten ein, dass eigentlich keine Partei in Deutschland es nötiger habe, sich an den Sedanfeiern zu beteiligen, als die Partei der Ultramontanen; schließlich sei das Nationalfest eine ideale Gelegenheit, aller Welt zu beweisen, dass der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit keine Berechtigung habe. Der Aufruf Kettelers gehe aber jetzt in eine ganz andere Richtung: *Und nun erhalten wir nach allerlei Präludien ein Manifest der Partei aus der Feder ihres streitbarsten geistlichen Führers, das uns meldet, wie sie streitwillig sich von der Nationalfeier ausgeschlossen habe [...]. Das Band[,] welches recht eigentlich dazu bestimmt und danach beschaffen war, die ultramontane Partei mit ihren Widersachern zusammenzuhalten und den gänzlichen Auseinanderfall zu verhüten, wird sozusagen offiziell durchschnitten. Nicht mehr durch ein schweigendes Sichfernhalten, durch ein unfreundliches Beiseitestehen, sondern durch eine ausdrückliche, nicht zu deutende Erklärung sagt sich der Ultramontanismus von der Nationalfeier los.*³³

Wenn die Ultramontanen sich an den Sedanfeiern beteiligen, werden sie dort angefeindet; bleiben sie fern, dann beweisen sie damit die Berechtigung der Anfeindungen: Aus diesem Teufelskreis lässt auch die Mindener Zeitung ihren Gegner nicht entkommen. Zudem, und dieser Aspekt vervollständigt das Dilemma, kann der Aufruf Kettelers der Sedanfeier nur zusätzlichen Auftrieb geben, denn mancher Gleichgültige wird das Nationalfest nun allein deshalb unterstützen, weil er den Ultramontanen den Triumph nicht gönnt, es erfolgreich sabotiert zu haben. Der eifernde Bischof wird im Übrigen wohl hauptsächlich in Frankreich Beifall finden; die Mindener Zeitung schlägt die Brücke zurück vom inneren zum äußeren Feind, indem sie Ketteler für eine Spaltung der Nation verantwortlich macht, die Wasser auf die Mühlen des westlichen Nachbarn leitet.³⁴

Auch für das Minden-Lübbecker Kreisblatt steht fest, dass Ketteler die Nation zwar zu spalten *versuchte*, mit diesem Anliegen tatsächlich aber nur das Gegenteil bewirkte – und zwar nicht nur insofern, als er die Protestanten zu einem besonderen Engagement am Sedantag bewegte, sondern auch dadurch, dass viele Katholiken, denen der Eifer ihres Hirten einfach zu weit ging, jetzt Farbe bekannten zugunsten der Nation und ihrer symbolischen Selbstdarstellung. Gegen den *verblendeten Priesterhochmuth* machte sich vielerorts eine *Reaktion* geltend, die *Niemand erwartete*³⁵; in *denjenigen katholischen Kreisen, die noch auf Anstand und Bildung Anspruch machen*, weckte Ketteler die *ationale Scham und den nationalen Muth, und durch eine Betheiligung an der Feier, die sonst vielleicht unterblieben sein würde, zeigten sie selbst in seinem Wohnsitz Mainz dem verbissenen Römling die Grenzen seiner Herrschaft über deutsche Gemüther*³⁶. Schnell ist das Kreisblatt damit bei der Hand, hier bereits die *erste eklatante Niederlage des reichsfeindlichen Gedankens des Ultramontanismus*³⁷ auszurufen. Auch bei anderen Gelegenheiten wird immer wieder der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass die *weit überwiegende Mehrzahl unserer katholischen Brüder dem Zug ihres Her-*

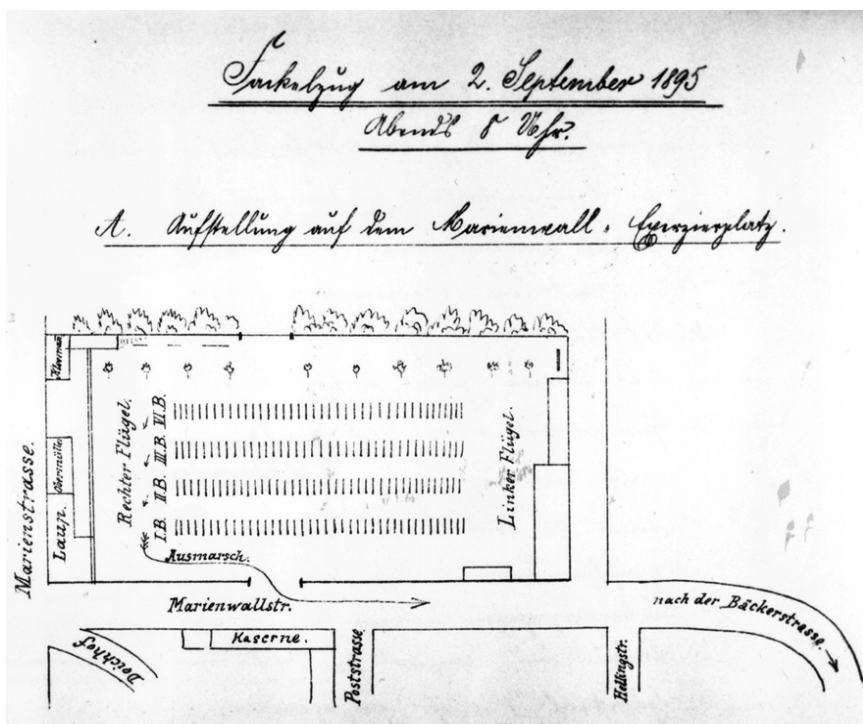


Klassenporträt der Mittelschule zu Minden zur Erinnerung an die Sedanfeier vom 2. September 1895. KAM, Bildsammlung, D, Mittelschule

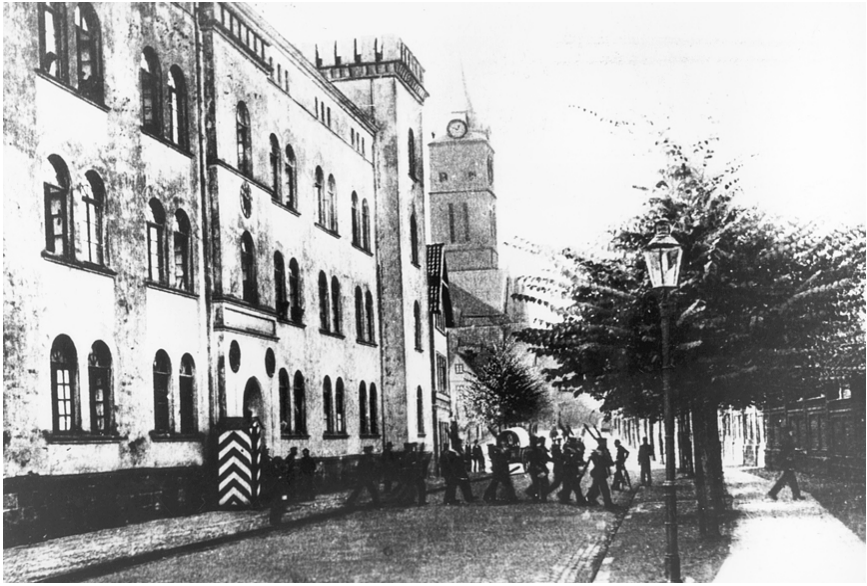
zens und nicht Aufstachelungen fanatischer Priester und Dämagogen [sic] folgen und insofern mit uns in freudiger Begeisterung ihre Gefühle für Kaiser und Reich kund geben³⁸ werden. Möglicherweise ist dies ein Wunschdenken gewesen, möglicherweise der Versuch, etwas herbeizureden, was in der Wirklichkeit gar nicht bestand – es kann aber auch mit ganz konkreten Beobachtungen zu tun haben, die die Redakteure des Kreisblattes in ihrer unmittelbaren Umgebung anstellten. In Minden nämlich war zwar einerseits das Engagement der Protestanten gering – trotz der notorischen Anfeuerung durch die Zeitungen –, andererseits konnte aber auch von einer katholischen Opposition keine Rede sein. In den Quellen fehlt jeglicher Hinweis auf Gegendemonstrationen, Unmutsbekundungen oder auch nur ostentative Zurückhaltung von katholischer Seite. Hier haben wir es offensichtlich mit einer katholischen Bevölkerung zu tun, die den protestantischen Lokalblättern sehr wohl den Eindruck vermitteln konnte, als seien die Aufrufe Kettlers auf wenig fruchtbaren Boden gefallen. Ein Dokument aus dem Jahre 1877 bestätigt diese Sichtweise mit wünschenswerter Eindeutigkeit. Ein Rundbrief des Berliner Komitees zur Durchführung des Sedantages an alle städtischen Magistrate in Deutschland hatte mit einem Fragebogen den Erfolg oder Misserfolg des Festes ‚vor Ort‘ klären wollen. Punkt 6 dieses Fragebogens hatte zum Thema gemacht: *Ist die Theilnahme an dem Feste eine allgemeine? Gibt es auch Gegner des Festes und aus welchen muthmaßlichen oder kundgegebenen Gründen?*³⁹ Ein Be-

amter der Mindener Stadtverwaltung antwortete auf den ersten Teil der Frage mit einem energischen *Ja!*, auf den zweiten Teil mit der Auskunft: *Gegner gibt es kaum, es seien denn einzelne verbißene Ultramontane. Die katholische Schule feiert ihr Sedanfest sehr lebhaft und die Betheiligung der Elternschaft [ist] eben so lebendig, wie bei den anderen Schulen*⁴⁰. Nur wenige Außenseiter, über die offensichtlich nicht einmal Genaueres bekannt ist, kommen als Oppositionelle in Betracht, die überragende Mehrheit der Mindener Katholiken jedoch steht hinter dem Fest. Indem der Beamte seinen Fragebogen abarbeitet, gibt er gleichzeitig – glückliche Fügung! – auch dem Historiker verlässliche Auskunft, vorausgesetzt natürlich, dass er die Stadt gegenüber den Honoratioren der Hauptstadt nicht in ein günstigeres Licht rücken wollte, als es den Tatsachen entsprach, indem er die Zahl der ‚Querulanten‘ einfach herunterspielte.

Aber auch andere Indizien sprechen für ein völlig angepasstes Verhalten der Mindener Katholiken. Bei der Nennung von Vereinen, die sich an den Veranstaltungen des Sedantages beteiligen, taucht regelmäßig auch der Katholische Gesellen-Verein auf.⁴¹ Die lokalen Zeitungen, die doch so dezidiert protestantisch eingestellt sind, finden nicht ein einziges Mal Anlass, irgendein katholi-



Aufstellung des Fackelzuges der Bataillone auf dem Exerzierplatz am Marienwall am Abend des 2. September 1895. KAM, Stadt Minden, F, Nr. 1259



Infanterie-Kaserne am Marienwall um 1900. KAM, Bildsammlung, A I 120

sches ‚Fehlverhalten‘ in der Stadt zu rügen. Wenn sie gegen den Ultramontanismus wettern, dann offensichtlich nur, weil sie eine in weiten Teilen Deutschlands verbreitete Stimmung aufnehmen wollen, und keineswegs deshalb, weil es in Minden eine ernsthafte katholische Opposition gäbe. Der lokale Protestantismus übernimmt einige Elemente einer bestimmten kulturkämpferischen Rhetorik, aber der Feind, der hier beschworen wird, hat innerhalb der eigenen Mauern seine Stimme nie erhoben. Die Anspielungen auf die vaterlandslose Papstkirche, mit denen auch die lokalen Honoratioren ihre Reden an den Sedantagen zuweilen spicken, wirken fast wie Luftgefechte – wenn etwa der Gymnasialdirektor Grauthoff seine Schüler ein kleines Hermanns-Drama aufführen lässt und dabei den Krieg des Cheruskerfürsten Arminius gegen Rom mit dem Kampf Kaiser Wilhelms gegen den römischen Katholizismus vergleicht, während sich die katholischen Schulen Mindens gleichzeitig ohne jeden Protest dem Nationalfest widmen.⁴²

Insgesamt lief der Sedantag in Minden so harmonisch ab, dass sich in der Stadtchronik von Jahr zu Jahr nur stereotype Hinweise auf eine stetig wiederkehrende Zeremonie finden. Die wichtigsten Elemente dieser Zeremonie waren Schulfeste, Kriegervereinsaufmärsche und Kranzniederlegungen. Die Schulfeste wurden in der freien Natur abgehalten; Wanderungen vor die Tore der Stadt, Geländespiele und die bereits erwähnten Theateraufführungen auf improvisierten Freilichtbühnen, bei denen die Schüler selbst einstudierte patriotische Szenen zum Besten gaben, bedeuteten eine willkommene Abwechslung vom Einerlei des Unterrichts. Die großen Plätze der Stadt, der Markt- und der Simeonsplatz, bildeten hingegen die Kulisse für die Aufmärsche der Krie-



Ansichtskarte aus den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts mit Abbildung der Mindener Tonhalle.
KAM, Bildsammlung, A I 105a

solche Termini sind für den Diskurs der bürgerlichen Presse zu den oppositionellen Arbeitern typisch. Im übrigen hat aber auch die sozial-demokratische Mindener Arbeiterschaft⁴⁵ das Sedanfest nicht wirklich systematisch bekämpft. Für die Lokalblätter ist sie trotzdem als bevorzugtes Feindbild mehr und mehr an die Stelle der Ultramontanen getreten.⁴⁶

Die Angriffe der Mindener Zeitungen auf den Katholizismus, denen das Verhalten der eigenen katholischen Stadtbevölkerung so

Denkmal von 1868 auf dem Domhof für die im Krieg um Schleswig-Holstein von 1864 und im preussisch-österreichischen Krieg von 1866 Gefallenen.

KAM, Bildsammlung, A I 54





Denkmal von 1876 am Wesertor für die im Frankreichfeldzug 1870/71 Gefallenen.

KAM, Bildsammlung, A I 107

ziemlich still vorüber⁴⁷ ging, kann keineswegs bereits als das erste Indiz für ein Abflauen der patriotischen Stimmung in der Stadt interpretiert werden. Ein verbindlicher Aufruf zur Durchführung von Sedanfeiern war noch nicht ergangen; die Lage war völlig ungeklärt, und vor diesem Hintergrund mutet es fast schon beachtlich an, dass im Herbst eines Jahres, das der Stadt schon sehr viele Feierlichkeiten gebracht hatte, überhaupt noch einmal die Häuser in den Hauptstraßen beflaggt wurden – und der Turnverein ein *festliches Schauturnen veranstaltete*⁴⁸. Signifikant wird die geringe Resonanz des Sedantages in Münster erst im Jahr darauf, als das zentrale Berliner Festkomitee seinen Aufruf an alle deutschen Städte, den Jahrestag der großen Schlacht gebührend in Szene zu setzen, bereits erlassen hatte, die Sachlage also geklärt war; nun nahm es sich in der Tat sehr sonderbar aus, dass die kurz zuvor noch so enthusiastisierte Stadt auf einmal wie gelähmt schien. Über die Ursache dieser Lähmung bestand jedoch kein Zweifel, wie auch der Stadtarchivar zu bemerken wusste: *Aber wie verschieden sind die Stimmungen zwischen damals [1870] und jetzt! Ein [...] Privat-Comité hatte von Berlin nur durch Aufrufe und Circulare an die deutschen Städte [versucht], den zweiten September zu ei-*

wenig Nahrung gab, können einerseits sicherlich durch den Streit in der überlokalen Öffentlichkeit, etwa um den Aufruf des Bischofs Ketteler, motiviert worden sein. Andererseits ist es aber auch denkbar, dass nicht Ereignisse in Minden selbst, aber Ereignisse in den Nachbarstädten die Redakteure zur Weißglut brachten. Hat es etwa in Münster Demonstrationen katholischer Opposition gegeben? Die Reaktionen, die während des Krieges in der Stadt an der Aa zu beobachten waren, deuten in die entgegengesetzte Richtung. Aber politische Stimmungslagen können sehr kurzfristig umschlagen. Wechseln wir wieder den Schauplatz, nehmen wir das Münster der 1870er und 1880er Jahre in den Blick.

Dass der erste Jahrestag der Schlacht von Sedan, der 2. September 1871 also,

nem deutschen Nationalfeste zu machen. So weit bis jetzt verlautet, hat der Plan wenig Anklang gefunden [...]. Man hat dabei [bei der Ablehnung durch den Münsteraner Magistrat] die Stimmung der katholischen Bevölkerung, welche bei den traurigen kirchenpolitischen Kämpfen im Reiche keine Lust zum Jubiläum empfindet, in Rechnung gezogen; auch wurde geltend gemacht, daß die Auswahl eines anderen Gedenktages, etwa der Aufrichtung des deutschen Reiches, sich mehr empfehlen dürfte.⁴⁹

Schon 1872 wird die Reserviertheit der Stadt Münster gegenüber dem Sedantag ausdrücklich mit den Querelen des Kulturkampfs erklärt. Trotz aller patriotischen Bekundungen der Münsteraner während des Krieges und in den Monaten unmittelbar danach hat sich

offensichtlich schon im Folgejahr die Auffassung herausgebildet, dass die Feier der Sedanschlacht eine Angelegenheit des aggressiv-antikatholischen Protestantismus ist, von der sich die Katholiken distanzieren sollten. Die Auseinandersetzungen des Kulturkampfs werden also in Münster sehr schnell auf die Haltung zum Sedanfest abgebildet; die Katholiken befürchten, dass dieses Nationalfest von protestantischer Seite zur Konstruktion eines genuin protestantischen Geschichtsbildes und einer genuin protestantischen Nationalidentität missbraucht wird, und sie sind unter diesen Bedingungen nicht bereit, den Gedenktag zu unterstützen und sich durch ihre Teilnahme den Deutungsvorgaben der Protestanten symbolisch zu unterwerfen. Der Hinweis am Schluss des Zitats, dass der Sedantag als Nationalfest grundsätzlich ungeeignet sei, ist vor diesem Hintergrund sicherlich als Ausflucht zu interpretieren; gerne zogen sich die Katholiken hinter das Argument zurück, dass die Sedanfeier nur unnötig den damaligen Kriegsgegner provoziere und außerdem ein Datum markiere, an dem die deutsche Nation ja eigentlich noch gar nicht bestanden habe – die Elsässer und Lothringer zum Beispiel standen noch auf der ‚anderen Seite‘ –, so dass es viel sinnvoller sei, etwa den 18. Januar, den Tag der Kaiserproklamati-



Denkmal am Wesertor nach der Bombardierung (Aufnahme vom 6. Dezember 1944), das 1947 abgetragen wurde.

KAM, Bildsammlung, A I 107

on, zum nationalen Feiertag zu erklären. Auch wenn die Katholiken ihre Emigration vom Sedantag zuweilen mit solchen und ähnlichen Argumenten tarnen, bemerkten die Protestanten doch sehr wohl die grundsätzliche Distanzierung, die in dieser Kritik zum Ausdruck kam. Die protestantische Absicht einer nationalpolitischen Exklusion der Katholiken und das katholische Bedürfnis, dieser Exklusion mit der eigenen Emigration vom Sedantag zu begegnen bzw. der Exklusion sogar zuvorzukommen, verschalteten sich zu einem Teufelskreis: Die Absens der Katholiken vom Sedantag bestärkte die Protestanten in ihrem Vorurteil, dass die Katholiken nicht voll und ganz auf dem Boden von Nation und Nationalstaat ständen, und die aus der Bestärkung dieses Vorurteils resultierende zusätzliche Aggressivität gegenüber der anderen Konfession verleidete den Katholiken nun jegliche Konzession gegenüber dem angeblichen Nationalfest, das sich doch offenkundig zum Fest einer einzelnen ‚Partei‘ gewandelt hatte. Zumindest in Münster schaukelte sich der Konflikt in dieser Weise hoch, und der Chronist des Jahres 1872 vermerkt mit Erleichterung, dass es zwischen der feiernden protestantischen Minderheit der (vor allem) Beamtenfamilien und der nicht-feiernden katholischen Mehrheit wenigstens nicht zu Handgreiflichkeiten kam, einmal abgesehen davon, dass einigen Geistlichen die Fensterscheiben eingeworfen wurden.⁵⁰

Im Jahr 1873 wiederholte sich dieses Szenario. Die Protestanten blieben beim Bestreiten des Festprogramms weitgehend unter sich, eines Festprogramms, das auch schon 1872 praktiziert worden war und sich nun bereits zum Ritual verfestigte. Der Sedantag wurde mit Kanonenschüssen eingeleitet, sah die öffentlichen Gebäude beflaggt, fand seinen Höhepunkt in öffentlichen Umzügen, die von Musikdarbietungen begleitet und von Ansprachen unterbrochen wurden, und klang dann bei abendlichen Festkommers aus, an die sich noch Feuerwerke anschlossen. Engagiert war vor allem die Schuljugend, die vom Regierungspräsidenten dazu angehalten werden konnte; außerdem der Kriegerverein, der ein vitales Interesse daran hatte, an die Leistungen der Soldaten während des Frankreichfeldzugs zu erinnern und die Öffentlichkeit zu Spenden für die Kriegsbeschädigten aufzurufen. Um ein wirkliches ‚Volksfest‘ sein zu können, wie es den Initiatoren des Sedantages vorschwebte, hätte sich allerdings auch die unabhängige Bürgerschaft der Stadt an den Programmpunkten beteiligen müssen; dies wurde erneut durch die *kirchenpolitischen Wirren*⁵¹ unmöglich gemacht. Schon Ende August war die katholische Mehrheit vom Westfälischen Merkur, der zusammen mit dem ebenfalls zentrumsnahen Münsterischen Anzeiger die Öffentlichkeit der Stadt beherrschte⁵², darauf eingeschworen worden, das Fest zu boykottieren. *Trotz dieser Lage der Dinge* – gemeint ist der fortdauernde Kulturkampf – *muthet man uns noch zu, zu jubeln*, empört sich das Blatt, *wir sollen frohlocken und Feste feiern, während wir geschlagen, verfolgt und verhöhnt werden*⁵³. Nichts machte im Ergebnis die Spaltung der Bevölkerung so augenfällig wie die Tatsache, dass es am 2. September 1873 nur die Verwaltungsgebäude waren, die den geforderten Fah-nenschmuck trugen.⁵⁴

Damit war eine Struktur vorgegeben, die bis in die frühen 1880er Jahre bestimmend blieb. Das Sedanfest wurde als eine Veranstaltung der Regierung und der Protestanten wahrgenommen, und die Katholiken gingen diesem Aktus

weitgehend aus dem Weg. Gerne zitierten die Münsteraner Zeitungen immer wieder Stimmen aus dem gegnerischen Lager, die zur Evidenz bringen sollten, dass die Protestanten nur die feindseligsten Absichten verfolgten. So hatte der Westfälische Merkur keine Probleme, sogar dem Autor eines entlegenen Organs wie der Deutschen Bühnengenossenschaft, dem Mitteilungsblatt der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger, mit dem folgenden Aufruf seine Spalten zu öffnen: *Die allgemeinste, großartigste Feier des 2. September als eine nicht zu mißdeutende Demonstration gegen den Jesuitismus und seine Anhänger ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes und damit auch der deutschen Künstler!*⁵⁵ Sogleich anschließend wurde der Vorstand des kulturkämpferischen Deutschen Vereins für die Rheinprovinz, dem als vielleicht prominentestes Mitglied der nationalliberalen Historiker Heinrich von Sybel angehörte, mit einer ebenfalls antijesuitischen Äußerung zitiert: *Deutsche Mitbürger, Ihr wißt, daß auf der ganzen Erde die Jesuitenpartei eine einige vaterlandslose Partei ist. Dieselbe Partei, die Napoleon zum Kriege trieb, wühlt jetzt im Herzen Deutschlands gegen die deutsche Einheit!*⁵⁶ Der letzte Satz verdient besondere Beachtung; er knüpft an Äußerungen fanatischer Protestanten schon während des Frankreichfeldzugs an, die Napoleons Kriegsentschluss auf den von seiner bigotten Gattin Eugénie vermittelten Einfluss von Jesuiten zurückführten, die den preußischen Staat und damit eine der Vormächte des Protestantismus in Europa vernichten wollten. Der deutsch-französische Krieg wird insofern zu einem Religionskrieg erklärt, zu einer Auseinandersetzung, bei der sich die Fronten des Kulturkampfes bereits in einem zwischenstaatlichen Konflikt aufgetan hatten. Dieselbe Sichtweise liegt einer Äußerung zugrunde, die zeitgleich – und mit ebensolcher Empörung – im Münsterschen Anzeiger abgedruckt wird; auch hier ist die Quelle wieder nicht von allerhöchstem Rang, aber die Zeitung ist offensichtlich froh, einen so schlagenden Beleg für ihre Verdächtigungen präsentieren zu können: *Gegenüber den Salbadereien, womit die Liberalen die Katholiken zur recht gemüthlichen Mitfeier des Sedantages beschwätzen wollen, thut es gut, an die Art und Weise zu erinnern, wie die „Patrioten“ dieses Fest gefeiert haben wollen. In den ‚patriotischen Reden bei Schulfeierlichkeiten von Rector Struck‘ steht gedruckt zu lesen: ‚Der 2. September [...] bedeutet das Einläuten einer neuen Epoche [...], die Fanfaren verkünden, daß Deutschland zu neuem Leben aufstanden sei [...]. Aus dem Krachen der Geschütze [...] heraus klang das vorahnende Echo des Victoriarufes in dem Geisterkriege wider Rom. Sedan ist zum Marathon der modernen Kultur geworden. Deutschland muß wider die Seelenhenker den Kampf auf geistigem und politischem Gebiete zu Ende führen!‘.*⁵⁷ Mit einer gewagten Geschichtskonstruktion stimmt der zitierte Schulrektor das Bild des deutsch-französischen Krieges mit den Bedürfnissen und Interessen des Kulturkampfes ab. Obwohl die deutschen Katholiken realiter an der Seite ihrer protestantischen Landsleute gegen Frankreich fochten, und obwohl realiter auch die katholische Öffentlichkeit in ihrer überragenden Mehrheit hinter Krieg und Reichsgründung stand, wird die Schlacht bei Sedan nun zum Endkampf zwischen Rom und Wittenberg stilisiert, zu einem Sieg des Protestantismus, der nicht nur Napoleon III., sondern auch das Papsttum zu Boden warf. Solche Geschichtsbilder sind für die deutschen Katholiken uner-

träglich, stellt auch der Münsterische Anzeiger fest, und halten die Anhänger der römischen Kirche von Veranstaltungen fern, bei denen sie propagiert werden – auch wenn die Protestanten heuchlerisch genug sind, die Katholiken zur Teilnahme an eben diesen Veranstaltungen herzlich einzuladen, wie es am Anfang des Zitats heißt. Diese Einladungen sind aber, wie auch der Westfälische Merkur bemerkt, widersprüchlich in sich; wären die Katholiken tatsächlich Reichsfeinde, so dürfte man sie zu einem nationalen Fest erst gar nicht einladen, wären sie es hingegen nicht, so müssten sie sich bedanken *für Festgemeinschaft mit denjenigen, die es dahingebracht haben, daß die Nation in zwei feindliche Lager geteilt erscheint*⁵⁸.

Als Bekenntnis für oder wider den Sedantag wird in der Stadt das Beflaggen oder Nicht-Beflaggen des Hauses gewertet. Es gilt als öffentliche Zurschaustellung der eigenen Gesinnung. Mit fast schon inquisitorischer Strenge registrieren die Münsteraner Blätter folglich die Beflaggung der Gebäude. Der Westfälische Merkur hat keine Bedenken, sogar die Identität der Hausbesitzer preiszugeben, die ihr Heim am Sedantag mit einer Fahne geschmückt haben. Bei einem *Gang über zwei der Hauptstraßen, in welche wir aus unserer Druckerei über die Lütkegasse, in welcher nur die Freimaurer-Loge* – wie könnte es anders sein! – *beflaggt ist, zunächst gelangen*, stellt ein Autor der Rubrik *Locales* mit der Akribie des echten Gesinnungsschnüfflers fest, seien ihm auf der Aegidiistraße vor allem zwei Häuser im Fahنشmuck aufgefallen, die allerdings Handwerkern gehörten, von denen man wisse, dass sie häufig Aufträge von den Behörden erhielten. *Auf der langen Königstraße*, heißt es dann weiter, *haben nur geflaggt zwei Israeliten, zwei protestantische Geschäftsleute, zwei Beamte und ein königlicher Justizrath*⁵⁹. Die Aussageabsicht dieser Auflistung ist nicht schwer zu erraten; offenkundig will der Autor suggerieren, dass nur solche Personen geflaggt haben, die entweder direkt auf der Regierungsseite stehen, von dieser abhängig sind – wie die ökonomisch interessierten Handwerker – oder aber so viel Distanz zum katholischen Milieu in der Stadt haben – die ‚Israeliten‘ sind hier als Beispiel zu nennen –, dass sie sich mit dessen Anliegen nicht solidarisieren wollen. Jeder gute Katholik, der sich frei entscheiden kann, so das implizite Fazit, bringt am Sedantag seine Opposition zum Ausdruck.

Gegen Ende der 1870er Jahre verringerte sich die Zeitungsberichterstattung zu den Sedanfeiern merklich. Gleiches galt für die Aufmerksamkeit, die der Stadtchronist diesem Ereignis widmete. Mit dem Abflauen des Kulturkampfes, mit der Entspannung des konfessionellen Konflikts waren offensichtlich auch die Querelen zurückgegangen, die sich so lange um das strittige Nationalfest rankten. Aus dem Zankapfel wurde ein starres Ritual, das weder bei den Protestanten noch bei den Katholiken allzuviel Ehrgeiz hervorrief, symbolträchtige Demonstrationen gegen den konfessionellen Gegner in Szene zu setzen. Vielmehr beschränkte sich der Sedantag mehr und mehr auf Feierlichkeiten von Schule, Militär und Kriegerverein, an denen das Stadtbürgertum nur noch geringen Anteil nahm. Das öffentliche Ereignis, das alle gesellschaftlichen Kräfte zur Stellungnahme herausforderte, wandelte sich zum Gedächtnisritual bestimmter Institutionen, das auf der einen Seite – im Falle der Schulen – als Mittel zur nationalpolitischen Erziehung, ja als ‚Ansporn‘ für die Jugend

genutzt wurde und auf der anderen Seite – bei den Militärs und Kriegervereinen – zur Beweihräucherung eigener Taten aus der Vergangenheit diene.

Am Ende der 1880er Jahre zeigt sich also in Minden und Münster dasselbe Bild. Der Sedantag ist zur Zeremonie erstarrt, die Beteiligung der Bevölkerung hält sich in engen Grenzen. In Münster bedeutet dieser Zustand freilich die Ruhe nach dem Sturm heftiger konfessioneller Auseinandersetzungen, während in Minden der weitgehende Konsens der Bevölkerungsgruppen dafür gesorgt hat, dass dieser Feiertag nie all zuviel Brisanz erhielt und sich vielleicht gerade deshalb nun totzulaufen beginnt. Das Jubiläumsjahr 1895, in dem der 25. Jahrestag des Sieges den Anlass bot, das Fest mit neuem Leben zu erfüllen, stellte deshalb für beide Städte ganz unterschiedliche Herausforderungen dar. Schauen wir zunächst wieder nach Minden.

In der Garnisonsstadt an der Weser wurde der ehrgeizige Plan gefasst, das in den Jahren zuvor so deutlich vernachlässigte Nationalfest mit ganz neuem Prunk zu versehen. Schon in den Augustwochen stimmten die Lokalblätter die Bevölkerung mit einer Chronologie der Schlachtstage des Kriegsjahres, die sich mit eindringlichen Gefechtsschilderungen verband, auf das kommende Großereignis ein.⁶⁰ Rechtzeitige Aufrufe an Behörden, Vereine und Bevölkerung sorgten dafür, dass jedermann über die Bedeutung des Tages und des eigenen Mitwirkens ins Bild gesetzt wurde. Das umfangreiche Festprogramm zog noch einmal alle Register. Im Mittelpunkt stand ein Festzug, an dem sich sämtliche Vereine der Stadt beteiligten. Morgendliche Sammelstelle war der Simeons-



Porträt Ernst Graeves, des Superintendenten und Pfarrers an St. Marien, Minden.

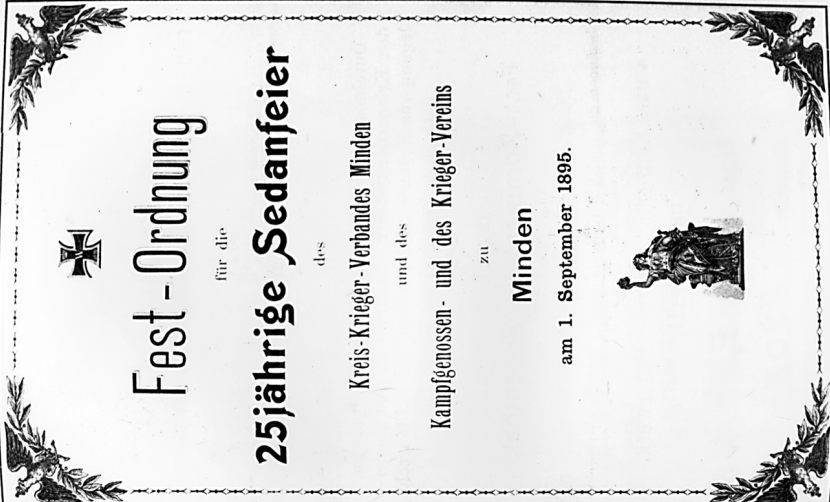
KAM, Bildsammlung, D / Graeve



Ansichtskarte (90er Jahre des 19. Jahrhunderts) mit Abbildung des Mindener Lokals im Rosental. KAM, Bildsammlung, A I 501, Rosentalstraße

platz, wo ein Feldgottesdienst abgehalten wurde; Pastor Graeve von St. Marien hielt die Predigt, die gleichzeitig die erste Ansprache des Tages war. Anschließend marschierte der Festzug zu den Kriegerdenkmälern auf dem Domplatz und am Wesertor. Dort wurden Reden gehalten und Kränze niedergelegt. Nächste Station war ein Lokal im Rosental, wo sich die Festgemeinde stärken konnte. Der Nachmittag sah dann noch ein großes Konzert, bevor zu späterer Stunde Feuerwerk und Ball den Tag beschloßen. Am Abend darauf gab es sogar noch eine Zugabe. Krieger- und Kampfgenossenverein, Freiwillige Feuerwehr und katholischer Gesellenverein kamen auf dem Exerzierplatz am Marienwall zusammen, um das Gedenken an Schlacht und Nationswerdung noch einmal in die schaurig-schöne Ästhetik eines Fackelzuges zu kleiden.⁶¹

Und tatsächlich: Dieses Programm mobilisierte die Bevölkerung in hohem Maße. Der Sedantag wurde von einem Fest der Schulen und des Kriegervereins wieder zu einer Angelegenheit der ganzen Stadt. Auch die Katholiken wirkten daran mit. Sie hatten zu keinem Zeitpunkt opponiert, und wenn sie jetzt in größerer Zahl zu den Veranstaltungen strömten, dann nur, um jenem Vorwurf der Lethargie zu begegnen, der ihren protestantischen Mitbürgern in derselben Weise gemacht worden war. Eine Veränderung ergab sich für die Katholiken nur insofern, als der Ultramontanismus – wer immer sich in Minden mit dieser Geisteshaltung identifiziert hatte – jetzt auch von den Mindener Zeitungen nicht mehr angegriffen wurde. Deren Redakteure ritten zwar weiterhin, wahrscheinlich aus alter Gewohnheit, ihre verbalen Attacken auf vermeintliche Feinde des Vaterlandes, aber diese Feinde hatten sich nun von konkreten sozialen Gruppen längst zu diffusen Charaktermerkmalen, zu „schlechten Eigen-



Fest-Ordnung

für die

25jährige Sedanfeier

des

Kreis- Krieger- Verbandes Minden

und des

Kampfgenossen- und des Krieger-Vereins

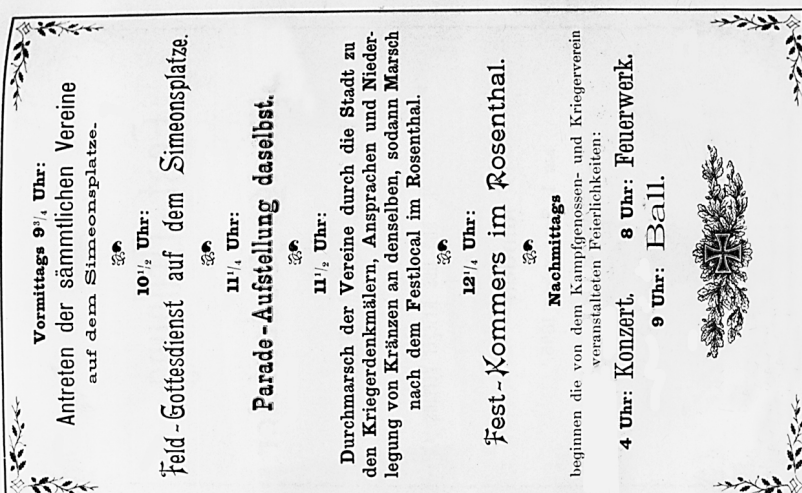
zu

Minden

am 1. September 1895.



Festordnung militärischer Verbände zum 1. September 1895 im Mindener Lokal im Rosenthal. KAM, Stadt Minden, F, Nr. 1259



Vormittags 9^{3/4} Uhr:

Antreten der sämtlichen Vereine
auf dem Simeonsplatze.

10^{1/2} Uhr:

Feld-Gottesdienst auf dem Simeonsplatze.

11^{1/4} Uhr:

Parade-Aufstellung daselbst.

11^{1/2} Uhr:

Durchmarsch der Vereine durch die Stadt zu
den Kriegerdenkmälern, Ansprachen und Nieder-
legung von Kränzen an denselben, sodann Marsch
nach dem Festlocal im Rosenthal.

12^{1/4} Uhr:

Fest-Kommers im Rosenthal.

Nachmittags

beginnen die von dem Kampfgenossen- und Kriegerverein
veranstalteten Feierlichkeiten:

4 Uhr: Konzert. 8 Uhr: Feuerwerk.

9 Uhr: Ball.



schaften' gleichsam, gewandelt. *Ja wohl*, empörte sich die Mindener Zeitung, *der Rassenhaß, der Klassenhaß, der chauvinistische Dünkel, die gedankenlose Unsittlichkeit, die bigotte Heuchelei, die freche Interessenpolitik, feiles Strebertum und der entkräftigende Indifferentismus, das ist unser innerer Feind, der noch mit seinen Truppen im Felde steht*⁶². Wichtig ist es nun, den *Kampf gegen den inneren Volksfeind mit derselben Hingebung zu führen*, damit *wir in weiteren 25 Jahren ein Doppel-Sedan feiern. Ein Sedan über den äußeren Feind und ein Sedan über den inneren Feind*⁶³. Wieder taucht das Motiv des inneren Sedan auf, aber die Schlacht, die hier anvisiert wird, ist eine Schlacht auf dem Feld der Sitte und Moral, von der die Katholiken nichts mehr zu befürchten haben. Der konfessionelle Friede in Deutschland nach dem beendeten Kulturkampf hat auch den eifernden Lokalredakteuren das Schwert aus der Hand genommen, mit dem sie, bezogen auf die Situation in den eigenen Stadtmauern, seit vielen Jahren nur Luftlöcher geschlagen hatten.

Auch in Münster wurde 1895 der Versuch unternommen, den ‚Rückzug‘ des Sedantages aus der politischen Öffentlichkeit zu stoppen. Gerade im Zeichen der konfessionellen Versöhnung, so lautete nun das Argument, müsse es doch möglich sein, dem Sedantag mit vereinten Kräften neuen Glanz zu verleihen. Der Jahrestag der Schlacht könne damit zum besten Beweis dafür werden, dass die Nation nunmehr einig dastehe; wo sich früher der konfessionelle Hader besonders stark bemerkbar gemacht habe, werde im Gegensatz dazu nun auch die neue Eintracht besonders schlagend sichtbar. Der Kontrast zu den Sedantagen der 1870er Jahre sei der beste Ausweis des neuen Geistes.

Schon einige Wochen vor dem Jahrestag trat ein Komitee von Münsteraner Honoratioren zusammen, das sich die Aufgabe stellte, die Sedanfeier des Jahres 1895 zu einem städtischen Großereignis werden zu lassen. Gerade durch die Einbeziehung der Vereine sollte sichergestellt werden, dass die Bevölkerung sich tatsächlich mobilisieren ließ. Der rituelle Festzug und ein abendlicher Fackelzug, zwei Veranstaltungen, bei denen zuvor praktisch nur noch die Schülerschaft und der Kriegerverein engagiert waren, dienten als Forum für einen großen Aufmarsch der Münsteraner Vereine. Diesmal schlossen sich auch die dezidiert katholischen Vereine nicht aus, ein sprechender Beleg für die neue konfessionelle Eintracht im Zeichen des inzwischen allgemein akzeptierten Nationalstaates.⁶⁴ In denselben Kontext gehören die Dankgottesdienste, die am 1. September in allen Münsteraner Kirchen, auch im Dom, abgehalten wurden.⁶⁵ Beim abendlichen Festcommer, den auch der Stadtdechant Prälat Dr. Kappen besuchte, fand Landrat Schmedding auch aus katholischer Perspektive an der Reichsgründung nur Positives zu bemerken. *Kirchen und Capellen hätten sich vermehrt*, zitiert ihn der Westfälische Merkur, *und auch die Werke der christlichen Charitas hätten sich in so ungeahnter Weise vermehrt, wie sie selbst das Mittelalter nicht erlebt habe*⁶⁶.

Insgesamt wurde an diesem Sedantag an Aufwand und Ausstattung nicht gespart. Auf dem Neuplatz wurde ein Triumphbogen mit der Aufschrift *Mit Gott für Kaiser und Reich* errichtet; auch eine Statue der Germania schmückte die Innenstadt. Der Festzug machte auch am Kriegerdenkmal halt, wo mehrere Kränze niedergelegt wurden. Gesangsdarbietungen durften ebenso wenig fehlen wie Reden des Oberbürgermeisters und des Oberkommandierenden der

Garnison. Eine besondere Geste hatte sich die Firma Münch ausgedacht: Sie stellte in ihrem Schaufenster am Prinzipalmarkt ein Modell desjenigen Denkmals aus⁶⁷, das kurz zuvor, am 14. August, im französischen Colombey zur Erinnerung an das in Münster stationierte 13. Regiment enthüllt worden war.⁶⁸ Das Modell des Denkmals erinnerte an das reale Denkmal, das wiederum an die Toten der Schlacht bei Colombey-Nouilly erinnerte. In einer regelrechten ‚Erinnerungskette‘ wurden die Münsteraner Kriegstoten in das Gedenkritual des Sedantages von 1895 einbezogen. Ein solcher mehrfacher Bezug der Erinnerung wurde aber auch im Hinblick auf die Stimmung in der Stadt im Sommer und Herbst 1870 festgestellt; die Euphorie des Jubiläumsfestes ließ die Eintracht des Buß- und Bettages im Juli 1870⁶⁹, den der König im Angesicht des bevorstehenden Krieges verkündet hatte, und den Jubel nach der Siegesnachricht von Sedan⁷⁰ wieder im Gedächtnis aufleben. Der charakteristische Doppelsinn des Sedanfestes, das schon nach dem Willen seiner Initiatoren gleichzeitig an die Schlacht und an die spontanen Feiern in ihrem Anschluss, die die Nation symbolisch vorweggenommen hatten, erinnern sollte, schien hier tatsächlich realisiert zu sein.

Der Vergleich zwischen Münster und Minden zeigt also zwei völlig unterschiedliche Szenarien. In Münster wird der Sedantag in den Jahren des Kulturkampfes von den Katholiken weitgehend boykottiert; nur die protestantische Minderheit in der Stadt beteiligt sich an den Festveranstaltungen. Nach einer Phase des Desinteresses wird das Jubiläumsjahr 1895 dann zur Bühne für die Demonstration der Aussöhnung von Katholizismus und Nationalstaat. Dieses Verlaufsmuster ist von der bisherigen Forschung oft als typisch klassifiziert worden. Schon ein Blick auf das unweite Minden zeigt jedoch, dass eine Verallgemeinerung dieses Musters nicht möglich ist. In Minden gibt es keinen katholischen Boykott des Sedantages und umgekehrt auch keine ausgeprägte Neigung der Protestanten, diesen Tag für eine aggressive Zurschaustellung der eigenen Definitionsmacht über den Nationalstaat zu nutzen. Beide Konfessionen schwanken vielmehr zwischen Phlegma und pflichtgemäßer Unterstützung der Feierlichkeiten hin und her.

Offensichtlich hat also die unterschiedliche Verteilung der Konfessionen in den beiden Städten gravierende Auswirkungen auf das politisch-kulturelle Verhalten. Wo die Katholiken eine überragende Mehrheit besitzen, demonstrieren sie unverhohlen ihren Widerstand; wo sie hingegen fast nur den Status einer Randgruppe haben, passen sie sich vollständig an.⁷¹ Die Protestanten sind weit davon entfernt, allerorten offensiv – wie häufig unterstellt wird – die Nationalkultur für sich zu reklamieren und die Katholiken rigoros auszuschließen; in Münster ist das Verhalten der ‚Regierungstreuen‘ eher von Trotz geprägt, und in Minden sieht man aufgrund des guten Verhältnisses zu den Katholiken überhaupt keinen Grund, durch ein allzu triumphierendes Auftreten eine Verstimmung herbeizuführen.

Natürlich sind die reinen Zahlenverhältnisse nicht die einzige Erklärung für das hier wie dort gezeigte Verhalten. Die Mindener Katholiken sind nicht nur deswegen angepasst, weil sie nur eine kleine Minderheit repräsentieren und bei einem Konflikt mit den Protestanten um ihre Lebensperspektiven in der Stadt fürchten müssten: um ihre Geschäftsbeziehungen, um ihre Arbeitsverhältnisse,

um ihre Heiratschancen. Sie verhalten sich auch deshalb konform, weil es in der alten preußischen Festungsstadt an der Weser eine lange Tradition der Königstreue und des Konservatismus gibt, die auch für die Einstellung zum Kaiserreich noch prägend bleibt. In der Frage des Bekenntnisses zu Preußen und zur Krone hatte es nie einen Dissens gegeben, und schon gar keinen Dissens, der an einer konfessionellen Konfliktlinie hätte festgemacht werden können. In Münster sind die Katholiken umgekehrt auch nicht nur deswegen renitent, weil eine überragende Mehrheit keine Angst vor gesellschaftlichen Sanktionen haben muss. Hier sahen sich viele Bürger schon seit 1815 als ‚Beutepreußen‘, die stets auf der Hut sein mussten, um von Berlin nicht benachteiligt zu werden. Der Kulturkampf reaktivierte insofern alte Ängste, die durch den Jubel über die Siege von 1870/71 nur oberflächlich verdeckt worden waren. Darüber hinaus wurden die politisch-sozialen Eliten der Stadt und des umgebenden Münsterlandes durch die Kulturkampfgesetze auch ganz konkret benachteiligt: Das Verbot des Jesuitenordens etwa beseitigte Versorgungsstellen für die Söhne des westfälischen Adels. Folglich standen hinter dem Widerstand in der Stadt oftmals nicht nur religiöse und politisch-kulturelle, sondern auch ganz handfeste materielle Interessen.

Insgesamt machen die Untersuchungen zu Münster und Minden deutlich, dass für das Verhalten am Sedantag offensichtlich lokale Gegebenheiten von größerer Bedeutung waren als jene (vermeintlichen) nationsweiten Trends, die sich in die pauschalen Kategorien einer protestantischen Deutungsoffensive und einer katholischen Exklusion bzw. Emigration einfügen lassen. Die nationalen Konfliktlinien konnten nur dann auch vor Ort wirksam werden, wenn sie sich mit lokalen Strukturen überlappten, wenn sie sich auf diese Strukturen quasi abbilden ließen; dann konnte ein Prozess der wechselseitigen Verstärkung in Gang gesetzt werden. Standen die städtischen Verhältnisse jedoch quer zu den nationalen Konfliktlinien, dann ergaben sich paradoxe Situationen wie in Minden, wo die Zeitungen einen Streit beschwören wollten, der in der Stadt realiter gar nicht existierte – und die Macht der Presse reichte keineswegs dazu aus, diesen Streit künstlich zu erzeugen. Letztlich sind es die kulturellen und materiellen Interessen der Bürger einer jeden einzelnen Stadt, die darüber entscheiden, ob der Tag der nationalen Eintracht von konfessioneller Zwietracht überschattet wird.

Anmerkungen

- 1 Zur Konstruktion nationaler Identität grundlegend Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a. M. / New York 1988; Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991, S. 16ff. und 83ff.; Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt a. M. / New York 1991, S. 19ff.; Etienne Francois / Hannes Siegrist / Jakob Vogel, *Die Nation. Vorstellungen, Inszenierungen, Emotionen*, in: *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich – 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von dens., Göttingen 1995, S. 13–35, hier S. 14f.
- 2 Rainer Noltenius, *Schiller als Führer und Heiland*, in: *Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*, hrsg. von Dieter Düding, Peter Friedemann u. Paul Münch, Reinbek 1988, S. 237–258; Fritz Schellack, *Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945*, Frankfurt a. M. u. a. 1990; Wolfgang Hardtwig, *Nationsbildung und politische Mentalität. Denkmal und Fest im Kaiserreich*, in: ders., *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, S. 264–301.
- 3 Zu dieser Sichtweise vor allem Helmut Walser Smith, *German Nationalism and Religious Conflict. Culture, Ideology, Politics, 1870–1914*, Princeton / N. J. 1995, S. 19f. und 169.
- 4 Solche Deutungskämpfe um die Vergangenheit spielen allgemein im Kontext der Forschungen zum kulturellen Gedächtnis bzw. zur Erinnerungskultur eine besondere Rolle – zeigt sich doch hier, durch den Streit, durch den Konflikt zugespitzt, in besonders deutlicher Weise die identitätsstiftende Wirkung und damit auch die politisch-kulturelle Relevanz von Vergangenheitsbildern. Zur theoretischen Reflexion des Phänomens der ‚gespaltenen‘ oder auch ‚umkämpften‘ Erinnerung siehe etwa Peter Burke, *Geschichte als soziales Gedächtnis*, in: *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*, hrsg. von Aleida Assmann / Dietrich Harth, Frankfurt a. M. 1991, S. 289–305, hier S. 298, sowie Dirk Reinhardt, *„Kollektive Erinnerung“ und „kollektives Gedächtnis“*. Zur Frage der Übertragbarkeit individualpsychologischer Begriffe auf gesellschaftliche Phänomene, in: *Die Legitimität der Erinnerung und die Geschichtswissenschaft*, hrsg. von Clemens Wischer, Stuttgart 1996, S. 89–110.
- 5 Barbara Stambolis, *Nationalisierung trotz Ultramontanisierung oder: „Alles für Deutschland. Deutschland aber für Christus“*. Mentalitätsleitende Wertorientierung deutscher Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 269, 1999, S. 69ff.
- 6 So praktiziert vom Dresdner Titularbischof Vorwerk. Diese Information schon bei Georg Müller, Friedrich von Bodelschwingh und das Sedanfest, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 14, 1963, S. 77–90, hier S. 88.
- 7 Ebd., S. 77ff.; Theodor Schieder, *Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*, Köln / Opladen 1961, S. 125ff.; Hartmut Lehmann, *Friedrich von Bodelschwingh und das Sedanfest*, in: *Historische Zeitschrift* 202, 1966, S. 542–573; Claudia Lepp, *Protestanten feiern ihre Nation – die kulturprotestantischen Ursprünge des Sedantages*, in: *Historisches Jahrbuch* 118, 1998, S. 201–222.
- 8 Thomas Mergel, *Gute Katholiken und gute Preußen. Die Katholiken im wilhelminischen Minden*, in: *Unter Pickelhaube und Zylinder. Das östliche Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus 1888 bis 1914*, hrsg. von Joachim Meynert, Josef Moser u. Volker Rodekamp, Bielefeld 1991, S. 157–176, hier S. 161.
- 9 Zu dieser Charakterisierung auch Hans Nordsiek, *„Kaiserwetter“ in Minden. Stadtentwicklung in wilhelminischer Zeit*, in: *Pickelhaube*, hrsg. von Meynert u. a., wie Anm. 8, S. 29–133, hier S. 33.
- 10 StadtA Münster, HS I, Nr. 15: Adolf Hechelmann, *Chronik der Stadt Münster 1870–73*, S. 91.
- 11 Bericht des Magistrats der Stadt Minden über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten für das Jahr 1871, Minden 1872, S. 4; ebenso äußert sich auch die Chronik der Stadt Minden 1801–1884, S. 211f.
- 12 Bericht des Magistrats der Stadt Minden, S. 4.
- 13 Ebd.
- 14 Hechelmann, Münster, wie Anm. 10, S. 17.
- 15 Ebd.
- 16 Jonathan Sperber, *Popular Catholicism in Nineteenth-Century Germany*, Princeton, N. J., 1984, S. 155.
- 17 Zur ‚großdeutschen‘ Stimmung in Münster im Jahre 1866 auch Bernhard Si-

- cken, Münster als Garnisonstadt – Allgemeine Wehrpflicht und Kasernierung, in: Geschichte der Stadt Münster, Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert (bis 1945), hrsg. von Franz-Josef Jakobi, Münster ²1993, S. 727–766, hier S. 741.
- 18 Hans Fenske, Die Deutschen und der Krieg von 1870/71: Zeitgenössische Urteile, in: La Guerre de 1870/71 et ses conséquences, hrsg. von Philippe Levillain u. Rainer Riemenschneider, Bonn 1990, S. 167–214, sowie exemplarisch auch Erich Schneider, Die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf den Kriegsbeginn. Das Beispiel der Bayerischen Rheinpfalz, in: ebd., S. 110–157.
 - 19 Karl-Egon Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1986, S. 151ff.
 - 20 Hechelmann, Münster, wie Anm. 10, S. 21.
 - 21 Ebd., S. 26f.
 - 22 Ebd., S. 51.
 - 23 Ebd., S. 62.
 - 24 Ebd., S. 65.
 - 25 Mergel, Gute Katholiken, in: Pickelhaube, hrsg. von Meynert u. a., wie Anm. 8, S. 159.
 - 26 Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, dass der Herausgeber der Mindener Zeitung ein Katholik war. Offensichtlich gehörte er zu jenen Vertretern seiner Konfession, die durch ihren ausgeprägten Nationalismus in einen schroffen Gegensatz zu den ultramontanen Glaubensbrüdern und in eine große Nähe zum protestantischen Lager manövriert wurden. Zu diesem Phänomen am Beispiel des rheinischen Katholizismus auch Thomas Mergel, Grenzgänger. Das katholische Bürgertum im Rheinland zwischen bürgerlichem und katholischem Milieu 1870–1914, in: Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen, hrsg. von Olaf Blaschke u. Frank-Michael Kuhlemann, Gütersloh 1996, S. 166–192.
 - 27 Minden-Lübbecker Kreisblatt, 7. Sept. 1875, Nr. 105, S. 1; 4. Sept. 1877, Nr. 103, S. 2; 1. Sept. 1881, Nr. 103, S. 1.
 - 28 Bürger-Zeitung, 6. Sept. 1871, Nr. 71, S. 5.
 - 29 Minden-Lübbecker Kreisblatt, 6. Sept. 1873, Nr. 72, S. 2.
 - 30 Bürger-Zeitung, 30. Aug. 1872, Nr. 70, S. 1.
 - 31 Ebd.
 - 32 Minden-Lübbecker Kreisblatt, 1. Sept. 1881, Nr. 103, S. 1.
 - 33 Mindener Zeitung, 27. Aug. 1874, Nr. 131, S. 1.
 - 34 Mindener Zeitung, 4. Sept. 1874, Nr. 137, S. 1.
 - 35 Minden-Lübbecker Kreisblatt, 8. Sept. 1874, Nr. 81, S. 1.
 - 36 Ebd.
 - 37 Ebd.
 - 38 Minden-Lübbecker Kreisblatt, 1. Sept. 1874, Nr. 78, S. 1.
 - 39 KAM, Stadt Minden, F, Nr. 1957: Acta des Magistrats der Stadt Minden betreffend das Andenken an die Großthaten des Krieges 1870/71, und die Wiederrichtung des deutschen Reiches.
 - 40 Ebd.
 - 41 So etwa im Schreiben des „Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung einer allgemeinen Sedansfeier am 2. September 1890“ (KAM, Stadt Minden, F, Nr. 1957).
 - 42 Minden-Lübbecker Kreisblatt, 4. Sept. 1875, Nr. 104, S. 2f.; ähnliche Seitenhiebe auf den Ultramontanismus hatte Grauthoff auch schon in der Festrede des Vorjahres untergebracht (ebd., 5. Sept. 1874, Nr. 80, S. 3).
 - 43 Rolf Westheider, Krieg, Einheit und Denkmal. Beispiele politischer Symbolik in Minden-Ravensberg, in: Pickelhaube, hrsg. von Meynert u. a., wie Anm. 8, S. 487–502, hier S. 489 u. 492.
 - 44 Mindener Zeitung, 3. Sept. 1875, Nr. 203, S. 2.
 - 45 Angaben zur Mindener Arbeiterschaft nach Nordsiek, „Kaiserwetter“, in: Pickelhaube, hrsg. von Meynert u. a., wie Anm. 8, S. 47ff. und 89ff.
 - 46 Zu dieser Verschiebung der Priorität siehe etwa Minden-Lübbecker Kreisblatt, 2. Sept. 1886, Nr. 103, S. 3.
 - 47 Hechelmann, Münster, wie Anm. 10, S. 83f.
 - 48 Ebd.
 - 49 Ebd., S. 114.
 - 50 Ebd., S. 115. Mit dem Einwerfen von Fensterscheiben müssen sich auch noch in späteren Jahren die Aggressionen von Festteilnehmern gegenüber vermeintlichen ‚Vaterlandslosen‘ Luft verschafft haben. 1876 nimmt der Münsterische Anzeiger diese Streiche zum Anlass für eine ironische Spitze, die sogleich auch vom Westfälischen Merkur aufgegriffen wird: *Der hiesige ‚Anzeiger‘ stellt die Bitte, am Sedantage das Bombardement künftig fortfallen zu lassen. ‚Es gibt manche Kranke und Schwache‘, schreibt er, ‚die dadurch sehr unangenehm berührt werden und die Erschütterung ist so stark, daß sogar die Nacht darauf noch verschiedene Fensterscheiben zersplitterten; denn einem anderen Grunde können wir bei dem hohen Bildungsgrade der Festtheilnehmer dieses Factum nicht zuschreiben‘* (Westfäli-

- scher Merkur, 6. Sept. 1876, Nr. 242, S. 2).
- 51 Hechelmann, Münster, wie Anm. 10, S. 140.
- 52 Horst Gründer, „Krieg bis auf's Messer“ – Kirche, Kirchenvolk und Kulturkampf (1872–1887), in: Geschichte der Stadt Münster, Bd. 2, hrsg. von Jakobi, wie Anm. 17, S. 131–165, hier S. 133 u. 145.
- 53 Westfälischer Merkur, 31. Aug. 1873, Nr. 237, S. 1. Einige Tage später bringt dieselbe Zeitung auch noch eine Stimme aus Warendorf zu Gehör, die mit ähnlicher Emphase ausruft: *Gegen die Kirche aber wüthet gegenwärtig die Verfolgung; ihre Oberhirten werden vor's Gericht geladen, verurtheilt und wenn sie die Pflichten erfüllen, welche ihr berufstreues Gewissen von ihnen verlangt, mit Strafen belegt. Ist es möglich, daß ein treuer Katholik ein Fest feierlich begehen kann, welches in ihm die Erinnerung an den Anfang solch' trauriger Zeiten wachruft?* (Westfälischer Merkur, 4. September 1873, Nr. 241, S. 3). In Warendorf lag der Katholikenanteil, ähnlich wie in Münster, bei über neunzig Prozent der Stadtbevölkerung (Peter Burg, Warendorf im Zeitalter der Reichsgründung und des Kaiserreichs [1850–1918], in: Geschichte der Stadt Warendorf, Bd. 2: Die Stadt Warendorf im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Paul Leidinger, Warendorf 2000, S. 79–116, hier S. 81).
- 54 Hechelmann, Münster, wie Anm. 10, S. 140.
- 55 Westfälischer Merkur, 1. Sept. 1874, Nr. 239, S. 1.
- 56 Ebd.
- 57 Münsterischer Anzeiger, 2. Sept. 1874, Nr. 200, S. 1.
- 58 Westfälischer Merkur, 3. Sept. 1874, Nr. 241, S. 1.
- 59 Westfälischer Merkur, 3. Sept. 1876, Nr. 239, S. 3.
- 60 Auch der Jubelszenen aus dem Sept. 1870 wurde sehr plastisch gedacht – so dass hier ebenfalls der Doppelcharakter des Sedantages – gleichzeitig Erinnerung an die Schlacht und an die Stimmung in ihrem Gefolge zu sein – deutlich zum Ausdruck kam (Minden-Lübbecker Kreisblatt, 3. Sept. 1895, Nr. 206, S. 3).
- 61 Zu 1895 siehe KAM, Stadt Minden, F, Nr. 1259 (Acta des Magistrats der Stadt Minden betreffend die 25jährige Nationalfeier der Schlacht von Sedan 2. September 1895); auch die Berichterstattung in der Mindener Zeitung, 2. Sept. 1895, Nr. 205, S. 2, u. ebd., 3. Sept. 1895, Nr. 206, S. 2, sowie im Minden-Lübbecker Kreisblatt, 2. Sept. 1895, Nr. 205, S. 2 u. ebd., 4. Sept. 1895, Nr. 207, S. 1f.
- 62 Mindener Zeitung, 31. Aug. 1895, Nr. 204, S. 1.
- 63 Ebd.
- 64 Die Zugordnung, die die genaue Aufstellung der Vereine festlegte, nennt ausdrücklich den Katholischen Arbeiter-Verein, den Katholischen Gesellen-Verein und die Marianische Congregation junger Kaufleute (StadtA Münster, RN 322). Zur veränderten Einstellung der Katholiken allgemein auch Dietmar Sauermann, Zum Wandel der Festkultur, in: Geschichte der Stadt Münster, Bd. 2, hrsg. von Jakobi, wie Anm. 17, S. 509–539, hier S. 513.
- 65 StadtA Münster, RN 322; auch Münsterischer Anzeiger, 2. Sept. 1895, Nr. 237, S. 1.
- 66 Westfälischer Merkur, 2. Sept. 1895, Nr. 242, S. 1.
- 67 Münsterischer Anzeiger, 2. Sept. 1895, Nr. 237, S. 2.
- 68 Zu diesem Denkmal auch Westheider, Krieg, wie Anm. 43, S. 495.
- 69 Münsterischer Anzeiger, 2. Sept. 1895, Nr. 237, S. 3.
- 70 Münsterscher Morgen-Anzeiger, 3. Sept. 1895, Nr. 242, S. 1.
- 71 Zur Wechselwirkung von Bevölkerungsanteil und politischem Verhalten bei den Katholiken auch Thomas Mergel, Christlicher Konservatismus in der Provinz. Politischer Katholizismus in Ostwestfalen 1887–1912, in: Pickelhaube, hrsg. von Meynert u. a., wie Anm. 8, S. 283–301, hier S. 285ff.

HANNA WILDE

Die Delegation des Freiherrn Wilhelm von der Recke

durch den Westfälischen Schutz- und Wohlfahrtsverein nach Berlin
im Sommer 1848

Die Herausbildung parteipolitischer Interessen unter Gutsbesitzern im Verlauf des Revolutionsjahres 1848

Wilhelm Freiherr von der Recke – so die ältere, in den Quellen benutzte Form des Namens (1819–1910) – gehörte im Jahre 1848 noch nicht zu der politisch führenden Schicht der Rittergutsbesitzer in Westfalen. In diese Position ist er erst später als Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses (1879–1888), als stellvertretender Vorsitzender des Westfälischen Bauernverbandes (seit 1882), Mitglied der Provinzialsynode und Mitbegründer der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg (1866) gelangt¹. Über seine politischen Ansichten im Revolutionsjahr war bisher wenig bekannt, während die damals einsetzenden Bestrebungen eines *Konservativismus von unten* im Zusammenhang mit der Erweckungsbewegung vielfach beleuchtet worden sind. Die Bielefelder Ausstellung unter dem Thema *Frommes Volk und Patrioten* und das zugehörige Buch haben sie in das Bewusstsein der Gegenwart gerückt². Der jüngste Überblick über die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/9 in Ostwestfalen unter dem Titel *Eine Region im Aufbruch* hat die politischen Bestrebungen sowie ihren gesellschaftlichen Hintergrund deutlich werden lassen. Der Anteil zumeist adliger Rittergutsbesitzer und Landräte wird darin mit Hinweisen auf ihre obrigkeitlichen Aktionen oder Ansichten nur wenig konkret gekennzeichnet³. Durch das jüngst aufgefundene Tagebuch des Freiherrn von der Recke über seine Delegation nach Berlin im Sommer 1848 wissen wir inzwischen Genaueres über diese Bestrebungen, die später zur Gründung der konservativen Partei geführt haben.



Wilhelm Freiherr von der Recke
(1817–1910) etwa im Jahre 1860.

Privatbesitz von der Recke

Die politische Situation in der preußischen Hauptstadt, gekennzeichnet durch den Machtkampf zwischen Anhängern der Revolution und der Reaktion, war im Sommer 1848 durchaus noch unentschieden⁴. Während im Anschluss an die kämpferischen Märzereignisse bis hin zur feierlichen Eröffnung der preußischen Nationalversammlung am 22. Mai die Anhänger der Revolution den Ton der Auseinandersetzungen eindeutig bestimmt hatten, war es danach zu ersten Machtdemonstrationen durch die Anhänger der Krone gekommen. Sie äußerten sich u. a. in Feiern zur Rückkehr des Prinzen von Preußen, den die Berliner als *Kartätschenprinzen* schmähten, in der Dislozierung mehrerer Regimenter in der Hauptstadt, in der Aufstellung einer uniformierten Polizei, der Konstabler, neben der Bürgerwehr, sowie in der Formierung konservativer Presseorgane. Unter ihnen war die Neue Preußische Zeitung, die Kreuzzeitung genannt, von besonderem Einfluss. Sie war das Sprachrohr der konservativen Kamarilla, die sich um König Friedrich Wilhelm IV. gebildet hatte. Ihr Herausgeber war der bekannte Berater des Königs, Ludwig von Gerlach. In der Kreuzzeitung wurden die Protokolle der Generalversammlung preußischer Grundbesitzer publiziert, zu der Wilhelm von der Recke im August in die Hauptstadt anreiste.

Die Gedankenwelt dieser Konservativen war ganz auf Bewahrung der preußischen Traditionen gerichtet⁵. Man lehnte nicht nur die republikanischen und liberalen Ideen der Revolutionäre ab, sondern auch die im Bürgertum verbreitete nationale Begeisterung, wie sie in der Frankfurter Nationalversammlung deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Der Begriff einer ständisch gegliederten, preußisch – nicht deutsch – verstandenen Nation war diesen Konservativen selbstverständlich. Jüngere konservative Vertreter, zu denen Wilhelm von der Recke zählte, entwickelten daneben das Bild einer berufsständischen, neu gegliederten Gesellschaftsstruktur. An die Stelle des bislang auf dem Lande führenden adligen Standes der Rittergutsbesitzer sollte ein christlich gefestigter Bauernstand als Vertreter des landwirtschaftlichen Grundbesitzes insgesamt treten. Einen solchen einheitlichen Grundbesitzerstand hielt man nach einigen Reformanstrengungen als Fundament der gesellschaftlichen Ordnung auf dem Lande für zukunftsfruchtig. Die Generationen alten Gegensätze zwischen Adel und Bauerntum sollten überwunden werden, oder man hielt sie schon für obsolet⁶. Durch ein Zusammengehen mit besitzstolzen Bauern und ihrer politischen Mobilisierung für den preußischen König, gegen das aufsässige Berliner Bürgertum, erhofften sich die Konservativen im Kräftespiel des Sommers 1848 eine Verbreiterung ihrer politischen Machtbasis. Bekannt wurde diese Position damals durch die Aktionen des jungen Otto von Bismarck mit den märkischen Bauern in Potsdam.

Ähnlich dachten die Vertreter des westfälischen Schutz- und Wohlfahrtsvereins, die sich im August 1848 in der Hauptstadt zur Generalversammlung der in ihren Privilegien bedrohten Grundbesitzer aus allen preußischen Provinzen einfanden. Diese Versammlung von etwa 300 zumeist adligen Delegierten wurde in der liberalen Berliner Presse als Gegeninstanz zur Nationalversammlung charakterisiert und wohl nicht ganz zu Unrecht als *Junkerparlament* bezeichnet⁷. Zunächst mussten diese Interessenvertreter allerdings mit scharfem Widerstand gegen ihre Pläne seitens der einflussreichen linken Abgeordneten der

Nationalversammlung, der liberalen Minister und der politisch aktiven Berliner Bevölkerung rechnen. Diese verfolgten gerade das entgegengesetzte Konzept der Entmachtung des Adels und einer Agrarreform auf dem Lande, durch die auch die breite unterbäuerliche Schicht Zugangsrecht zur politischen Vertretung eigener Interessen finden sollte. Die Aufhebung der Steuerprivilegien des Adels spielte z. B. in den parlamentarischen Auseinandersetzungen und der Agitation auf den Straßen eine wichtige Rolle⁸. Freiherr von der Recke nahm daher nicht nur an der Generalversammlung am 18./19. August teil, sondern verweilte bis Mitte September in der Hauptstadt, um dem Einfluss seiner Standeskollegen zu mehr Geltung zu verhelfen. Damals hat er jene politischen Kontakte geknüpft, die ihn später zum Repräsentanten des Konservatismus in Minden-Ravensberg haben werden lassen.

Um die Aufbruchstimmung zu verstehen, die im Sommer 1848 nicht nur in Berlin sondern auch in der westfälischen Bevölkerung herrschte, muss man an die soziale Notlage und die aus ihr resultierenden Unruhen erinnern, die das Leben in den Dörfern seit dem Hungerwinter 1846/7 bestimmten. Sie fanden in den tumultuarischen Märzereignissen ihren ersten Höhepunkt und richteten sich gegen bäuerliche Gemeindevorsteher, Amtsbürgermeister, reiche Kaufleute und Bauern ebenso wie gegen Landräte und privilegierte Rittergutsbesitzer oder deren Rentmeister⁹. Erste politische Forderungen formten sich in dem kurzen Wahlkampf vor den allgemeinen und gleichen Wahlen der Volksvertreter für die preußische und die deutsche Nationalversammlung am 1. und 8. Mai. An den Verfassungsberatungen jener Versammlungen in Frankfurt und Berlin blieb die gesamte Dorfbevölkerung, die unterbäuerliche Schicht der Heuerlinge nicht weniger als die Bauern, während des anschließenden Sommers eminent interessiert. Ging es doch um so konkrete Pläne wie die Aufhebung der Eigenbehörigkeit und ihre Kosten, das Ende oder die Andauer des verhassten Jagdrechtes auf fremdem Grund, die von den Liberalen verlangte, von Konservativen abgelehnte Trennung von Kirche und Schule, die von vielen Bauern abgelehnte Vertretung der Heuerlinge im Gemeinderat u. a. m. Die Erwartungen der Bevölkerung im Hinblick auf soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen blieben selbst nach dem Abklingen der Tumulte auf dem Lande hoch gestimmt. Petitionen in großer Zahl richtete man aus westfälischen Dörfern an die Abgeordneten in Berlin und Frankfurt¹⁰. Denkschriften der liberalen, vom König berufenen Minister hatten bei den einen große Hoffnungen, bei den bisher Privilegierten starke Befürchtungen geweckt.

Als einige Wochen nach der Eröffnung der Berliner Nationalversammlung der liberale Finanzminister Hansemann und sein Kabinettskollege, Landwirtschaftsminister Gierke, umfassende Gesetzesvorlagen zur Änderung der gesamten ländlichen Agrarverfassung in Preußen vorlegten, war den Beratungen die Aufmerksamkeit im Lande sicher¹¹. Während die westfälischen Bauern auf ein möglichst kostenfreies Ende der Eigenbehörigkeit warteten, die Heuerlinge auf ihre Einbeziehung in die kommunale Selbstverwaltung, die ostelbischen Dorfbewohner auf das Ende der gutsherrlichen Ortspolizei und Gerichtsbarkeit, befürchteten viele Gutsbesitzer eben den Verlust entscheidender Privilegien. Daher hatte sich in Pommern schon im Juni der *Verein zur Wahrung der Rechte des Grundbesitzes* gebildet, während aus den Landgemeinden aller

preußischen Provinzen entgegengerichtete Petitionen bei den Abgeordneten des Parlamentes eingingen. Unter den Berliner Abgeordneten waren angesichts der adels- und besitzfeindlichen Stimmung zur Wahlzeit nur sehr wenige adlige Rittergutsbesitzer zu finden¹². In dieser Situation hatte eine Kommission des pommerschen *Vereins zur Wahrung der Rechte der Grundbesitzer und zur Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen*, wie er sich nun nannte, die oben erwähnte Generalversammlung der Interessenten aus allen preußischen Provinzen auf den 18. August nach Berlin einberufen. In der konservativen Presse und den Mitteilungsblättern der landwirtschaftlichen Vereine aller acht preußischen Provinzen wurden die Einladungen bekannt gemacht, so auch in Westfalen¹³. In Münster hatten sich schon am 24. Juli insgesamt 123 westfälische Grundbesitzer zum Protest gegen die erwähnten Agrargesetzesvorlagen versammelt und eine Denkschrift zur Verteidigung der eigenen Rechte verabschiedet. Unter ihnen waren der Besitzer der Güter Stockhausen und Obernfeld, Carl Freiherr von der Recke, sowie sein 29 Jahre alter Sohn Wilhelm. Letzterer war damals als Referendar bei der Mindener Regierung dem Landrat des Kreises Lübbecke zugeordnet. Der junge Recke hatte in Münster eine Proklamation vorgetragen, in der die Westfalen zum *Festhalten an Gesetz und Ordnung durch alle Stürme der Revolution* aufgerufen wurden¹⁴. Sie wurde von den Versammelten nicht zur Publikation angenommen, zeigte aber seine Handlungsbereitschaft. In der nächsten Versammlung am 10. August wurde er neben zwei angesehenen Landräten, dem Grafen Merveldt und dem Freiherrn Landsberg-Steinfurt, zum Vertreter der westfälischen Interessenten bei der bevorstehenden Berliner Generalversammlung benannt.



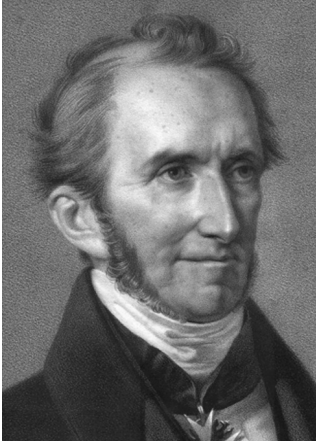
Farblithographie des Gutshauses Obernfeld von 1837, im Vordergrund die Familie des Carl Freiherrn von der Recke. Privatbesitz von der Recke

Der junge Freiherr von der Recke war schon im April mit dem Lübbecker Landrat, dem Freiherrn Adolf von der Horst, zusammen während des zweiten Vereinigten Landtages in Berlin gewesen und kannte die Interessen der Rittergutsbesitzer im Regierungsbezirk Minden sicher gut¹⁵. Zudem war seine Familie durch die frühere Freundschaft seiner Großmutter, der verehrten *Ministerin*, Witwe des preußischen Ministers Eberhard von der Reck, zur Königin Luise mit der Hohenzollernfamilie in vertrautem Kontakt geblieben¹⁶. Die westfälischen Grundbesitzer mögen zu Recht angenommen haben, dass ihrem jungen Delegierten als Enkel des einflussreichen Ministers in Berlin manche Tür zu den neuen Machträgern offen stehen würde. Kurz zuvor hatte er an der Sitzung der Lübbecker Kreisstände teilgenommen, in der ein Protest gegen die geplanten Aufhebungsgesetze direkt an das Staatsministerium von Auerswald abgeschickt worden war¹⁷. Auch dieser Akt mag ihn bekannt gemacht haben. Wie sehr es die Reckes nach politischer Aktion drängte, zeigt eine Audienz beim preußischen Innenminister Kühlwetter, zu der sein Vater mit dem früheren Lübbecker Landrat von dem Bussche-Münch und Kommerzienrat Delius zusammen am 13. August empfangen wurde. Während der Durchreise des Königs mit einigen Ministern auf dem Wege zum Dombaufest nach Köln durch den Regierungsbezirk Minden hatten die drei Interessenten den Minister aufgesucht, um ihren Protest an hoher Stelle anzumelden¹⁸.

Einen konkreten politischen Auftrag von Seiten der versammelten Grundbesitzer konnte Recke als westfälischer Delegierter nicht mit nach Berlin nehmen. Er fühlte sich aber an die Argumente der erwähnten Protestschreiben gebunden, in denen vornehmlich rechtliche Bedenken gegen die geplanten Agrargesetze erhoben und die Zuständigkeit der preußischen Nationalversammlung zu ihrer Abfassung bestritten wurden¹⁹. Ökonomische und fiskalische Einwände wurden in den westfälischen Verlautbarungen nicht genannt. Die gravierenden Unterschiede in den ökonomischen und verfassungsrechtlichen Interessen zwischen ost- und westelbischen Grundbesitzern waren ihm sicher bekannt. Letztere hatten z. B. in Westfalen schon 1839 die Exemption ihrer Rittergüter aus der Grundsteuerveranlagung verloren, während die Ostelbier eben jene Grundsteuerfreiheit noch genossen. Seit 1829 hatte das *Gesetz zur Beendigung der Eigenbehörigkeit* in Westfalen die Abhängigkeit der Bauern von den Rittergutsbesitzern aufgehoben, freilich zu dem hohen Ablösungspreis eines 25-fachen Betrages der Jahreslasten. Eine Neufassung des Gesetzes von 1841 hatte die Ablösungen beschleunigt. Carl Freiherr von der Recke hatte



Carl Freiherr von der Recke (1797–1873). Privatbesitz von der Recke



*Ernst von Bülow-Cummerow (1775–1851),
Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Inter-
essen der Grundbesitzer im Jahre 1848.*

Privatbesitz von Bülow

seit 1841 die Ablösung der meisten Eigenbehö-
rigen für seine Güter Stockhausen und Obern-
felde in Verträgen reguliert. Seit jenem Jahr war
er als Kammerrat am Hof in Bückeburg tätig
und wohnte mit seiner Familie dort. Der Sohn
reiste also nicht vorrangig in familiärem Inter-
esse im August 1848 mit der soeben fertig ge-
stellten preußischen Eisenbahn von Bückeburg
aus zur Generalversammlung des Grundbesit-
zervereins in die unruhige Hauptstadt. Nach

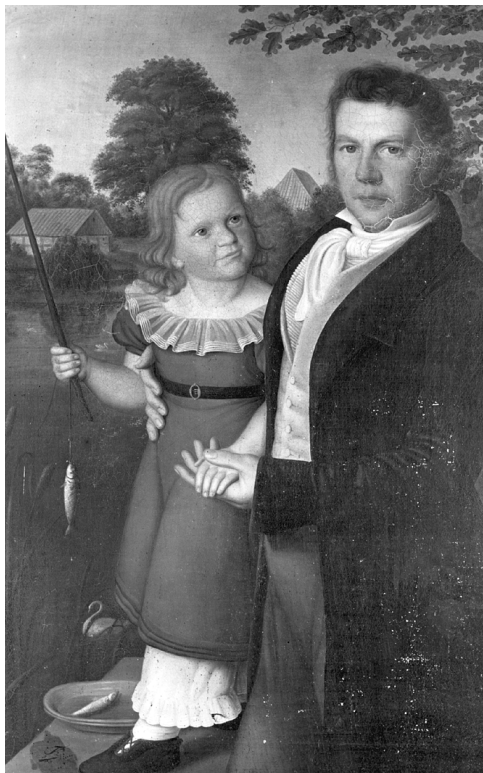
seinem pommerschen Vorsitzenden, dem Großgrundbesitzer und bekannten
Agrarpublizisten Ernst von Bülow-Cummerow, wurde der Verein damals als
Bülow-Cummerow-Verein bezeichnet²⁰.

Der aristokratische Verkehrskreis des westfälischen Vertreters in Berlin

Dem westfälischen Delegierten Recke, der mit einer Schilderung der Bahnreise
von Bückeburg nach Berlin am 17./18. August 1848 seine Tagebucheintragun-
gen begann, war die preußische Hauptstadt nicht unbekannt²¹. Er hatte nach
einigen Semestern in Heidelberg Jura und Kameralia an der Humboldt-Univer-
sität studiert. In Berlin hatte er sein Juristisches Staatsexamen im Jahre 1842
und eine Ausbildung für den höheren Justizdienst als Auskultator beim dortigen
Kammergericht begonnen. Im Jahr 1845 wechselte er die Ausbildungsrich-
tung und durfte als Referendar bei der Regierung in Magdeburg schon zeitwei-
lig den Landrat des Kreises Rammelsburg vertreten. Die weitläufige Verwandt-
schaft seiner Familie in der Hauptstadt hatte ihm oft Gelegenheit zu Besuchen
in Berlin gegeben. Im Sommer 1848 hielten sich hier mehrere seiner Jugend-
freunde, u. a. Bodo und Fritz von Borries, Söhne des Mindener Regierungsprä-
sidenten Franz von Borries, zur Ausbildung auf, ebenso sein jüngerer Bruder
Hermann von der Recke. Zu ihnen richtete er seinen ersten Gang nach Been-
digung der genüsslich erlebten Bahnreise über Magdeburg nach Berlin²². Es
folgten private Begegnungen mit dem Abgeordneten des Wahlkreises Herford,
Landrat Georg von Borries²³, Besuche bei nahen verwandten Familien z. B. im
repräsentativ gelegenen Hause des Oberlandesgerichtspräsidenten Karl Fried-
rich Freiherr von der Recke, beim vormaligen preußischen Außenminister von
Canitz, bei seinem Vetter Eberhard Graf von Stolberg-Wernigerode und der Fa-
milie des Grafen Arnim-Boitzenburg, des verantwortlichen Staatsministers im
März des Jahres. Später kamen Besuche bei der verwandten Familie des Ober-
hofmeisters Graf Keller in Potsdam hinzu²⁴.

Da alle diese Aristokraten über gute Verbindungen zum Hof und zu den Re-
gierenden verfügten, wurde der junge Westfale sogleich in die hauptstädtischen
Probleme aus der Perspektive der Angehörigen dieser preußischen Führungs-

schicht eingeweiht. Seit dem Sturm auf das Zeughaus im Juni waren sie wieder höchst beunruhigt über die Vorgänge auf den Straßen und Plätzen sowie über die Beratungen der Nationalversammlung in der Singakademie, in der es nach ihrer Meinung zu wenig adlige Mitglieder gab. Die Gespräche drehten sich oft um die Frage, welche Mitglieder aus ihren Familien in der engeren Umgebung des Königs die revolutionäre Wende im März zu verantworten hätten. Der ehemalige Staatsminister von Arnim wurde im besonderen verdächtigt, für das heftig abgelehnte allgemeine, gleiche Wahlrecht und die Vielzahl linker Abgeordneter im Parlament verantwortlich zu sein²⁵. Die ebenfalls verwandten Minister bzw. Berater von Bodelschwingh und von Vincke wurden beschuldigt, für den Befehl zum Abzug der Truppen am 19. März und die zeitweiligen Abdankungspläne des Königs verantwortlich zu sein²⁶. Die oben erwähnten Gesetzesvorlagen des liberalen Finanzministers Hansemann und des Landwirtschaftsministers Gierke zur Aufhebung aller Reste der Eigenhörigkeit und deren Beratung in der Nationalversammlung gaben Anlass zu heftigen Diskussionen in allen Gesprächsrunden, bei den adligen Studenten ebenso wie in den arrivierten Familien. Insofern wurde von der Recke als Vertreter der Grundbesitzer aus Westfalen hier sogleich in die Angelegenheiten eingeführt, zu deren Beratung sich zumeist adlige Vertreter aus allen preußischen Provinzen am 18. August versammeln sollten. Vielen von ihnen war er, sei es durch Verwandtschaft oder den gemeinsamen Besuch der Ritterakademie in Brandenburg, persönlich bekannt, wie er mit Befriedigung gleich am ersten Tag der Sitzungen im großen Mielentzschen Saal feststellte. Zu den anwesenden Bekannten oder Verwandten zählten u.a. der angesehene konservative Publizist und pommersche Landrat von Kleist-Retzow, der die Sitzungen am ersten Tag leitete und später langjähriger Reichstagsabgeordneter des Herforder Wahlkreises wurde, der pommersche Großgrundbesitzer und Erweckungsanhänger von Thadden-Triglaß und Otto von Bismark, der spätere Reichskanzler²⁷.



Franz von Borries-Eckendorf (1785–1858), Regierungspräsident in Minden im Jahre 1848. KAM, Bildsammlung, D / Borries

Der aristokratische Verkehrskreis seiner hochrangigen Verwandten und Bekannten schenkte dem jungen Verwaltungsmann aus Westfalen von Anbeginn der Beratungen in der Generalversammlung die besondere Aufmerksamkeit seiner Standesgenossen. Nicht ohne Grund erwarteten sie angesichts der immer noch existierenden autokratischen Beziehungskanäle, dass sich ihm die Türen der Ministerien und bei Hof leichter öffnen würden als anderen Provinzvertretern. Wie recht sie damit hatten, zeigte sich in der Septemberkrise, als die Mitglieder des Vereinsdirektoriums die Machtverhältnisse zwischen Militär, Ministerien, Volksvertretern und zum Aufstand bereiten Demokraten nicht sicher einschätzen konnten. Recke vermochte sich durch Besuche bei



Georg von Borries (1811–1870), Landrat des Kreises Herford und Abgeordneter in der Berliner Nationalversammlung. KA Herford



David Hansemann (1790–1864), preußischer Finanzminister im Jahre 1848. Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Oberhofmeister Graf Keller und Audienz beim Prinzen von Preußen ein Bild von der Lage zu machen. Nach der Aufzeichnung im Tagebuch hat er dem Prinzen unverhohlen seine Hoffnung auf einen Militärputsch vorgetragen²⁸, wobei er eine solche Wende als Wunschvorstellung westfälischer Bauern darstellte. Der Prinz lehnte den Ratschlag unter Hinweis auf die unsicheren Transportbedingungen des Militärs ab. Die Vorboten dessen, was sich im November dann als konservative Reaktion in Berlin abspielen sollte, hat Recke in der Audienz offenkundig richtig herausgehört.

Die eigene Meinungsbildung über die Fragen einer künftigen preußischen Verfassung und ihre Agrargesetze muss dem jungen Mann in dieser familiären Umgebung nicht leicht



Ernst Albert Carl von Bodelschwingh (1794–1854), preußischer Innenminister im Jahre 1848. KAM, Bildsammlung, D / v. Bodelschwingh



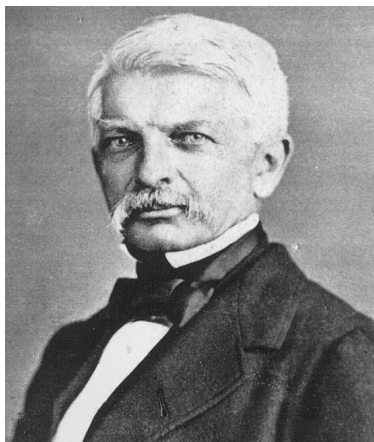
gefallen sein. Angereist mit der Absicht, dem Recht zur Geltung zu verhelfen, fragte er sich bald, was denn das Recht sei. Er hielt sich selbst für einen Konstitutionellen und hatte Kontakt zu einzelnen Volksvertretern, aber in Fragen der Agrarverfassung ordnete er sich und seine Standesgenossen nicht etwa unter die Stimmen des Volkes ein, sondern fand es selbstverständlich, dass sein Stand separat gehört werden müsse²⁹. Kritik am König war ihm trotz der Nähe zum Hohenzollernhaus nicht fremd, aber dessen gegenwärtige Minister verachtete er als *Krämerseelen* oder bezeichnete sie ironisch als *rheinische Koryphäen*³⁰. Auf die Liebe der Bauern zum König setzte er große Hoffnungen im Sinne einer Erhaltung der Monarchie; die adligen Privilegien in den Dörfern wollte aber auch er nicht entschädigungslos zugunsten der Bauern aufgeben. Dabei ging es ihm nicht vorrangig um geldwerte Vorteile, wie er im Widerspruch zum Vereinsvorsitzenden Bülow ausdrücklich feststellte, sondern um das, was er für das Recht seines Standes hielt³¹. Dessen Vertreter könnten solche *Opfer* nur selber beschließen, so meinte er. Die Revolution mit ihren in seinen Augen irrigen Errungenschaften war ihm ein Gräuel und selber wollte er keinesfalls zu illegitimen Mitteln greifen; bei seinen Standesgenossen in den Kommissionen des Ver-

Eberhard Graf von Stolberg-Wernigerode (1810–1872), Vetter des Tagebuchschreibers, im Jahre 1848 Deputierter aus Schlesien, später dort Oberpräsident.

Privatbesitz von der Recke

Hans von Kleist-Retzow (1814–1892), im Sommer 1848 Landrat des Kreises Belgard in Pommern, später langjähriger Abgeordneter des Kreises Herford/Halle im deutschen Reichstag.

Privatbesitz von Kleist-Retzow



eins fand er damit aber kein Gehör und grämte sich, wenn sein Votum ins Lächerliche gezogen wurde. In seinen hochgestimmten altpreußisch-konservativen Positionen ist er während der vier Wochen des Aufenthalts ernüchtert, zugleich aber auch bestärkt worden.

Der Verlauf der Generalversammlung, des Junkerparlaments, von August 1848 in Berlin

Schon am Vorabend des ersten Sitzungstages versammelte sich die Gruppe der Delegierten aus den verschiedenen Provinzen zur Vorbereitung des Tagungsprogramms bei dem Vereinsvorsitzenden von Bülow-Cummerow³². Recke muss mit seinen 29 Jahren einer der jüngsten Vertreter gewesen sein. Er empfand daher den Abstand zu dem 73 Jahre alten, greisenhaft aussehenden Herrn in besonderer Weise, lobte aber in seinem Tagbuch die Klarheit seiner Gedankenführung. Da bei bisherigen Vorbereitungsgesprächen westfälische Vertreter nie anwesend gewesen waren, wurde er besonders herzlich willkommen geheißen. Er war erfreut zu hören, dass man für die Delegierten an Diäten dachte, wie sie für die Abgeordneten der Nationalversammlung bezahlt wurden. Sie sollten durch Umlagen unter den vermögenden Vereinsmitgliedern in den Provinzen beglichen werden. Auf den jungen Westfalen wirkte es allerdings schon an diesem Abend befremdlich, wie stark die Argumente der übrigen Provinzvertreter auf ökonomischen, fiskalischen und allgemein politischen Interessen aufbauten. Als Begründung diente diesen Vertretern dafür eine – sonst heftig bekämpfte – revolutionäre Errungenschaft, das *freie Assoziationsrecht*. Der Vorsitzende Bülow gebärdete sich in der Sitzung so *regierungsamtlich*, dass man ihn versehentlich fast mit *Exzellenz* titulierte, berichtet der Tagebuchschreiber besorgt. Es bemächtigte sich seiner deshalb auch am nächsten Tag eine gewisse Unruhe bei der Frage, ob er sich auf dem Wege des Rechts und nicht etwa eines illegitimen Putsches befände³³.

Die erste Sitzung der Generalversammlung am 18. August konnte der Vorsitzende von Bülow wegen der Schwäche seiner Stimme angesichts der großen Zahl von etwa 300 bis 400 Besuchern nicht selber leiten. An seiner Stelle wurde Hans von Kleist-Retzow zum Versammlungsleiter benannt. Er lenkte die Anwesenden sehr zügig auf die politische Hauptfrage, nämlich öffentliche Stellungnahmen zur geplanten Aufhebung der gutherrlichen Rechte bzw. bäuerlichen Lasten und Abgaben sowie der Grundsteuerfreiheit von Rittergütern ge-

mäß Vorlage der Minister Hanseemann und Gierke. Diese Vorlagen waren inzwischen durch die Nationalversammlung mehrfach zustimmend beraten worden. Zwei Einwände wurden durch mehrere Redner dagegen erhoben.

Zum einen sei die Nationalversammlung zum Beschluss solcher Gesetze nicht *befugt*. Sie sei lediglich zur Verabschiedung einer allgemeinen Verfassung gewählt worden und müsse sich auf diese Aufgabe beschränken. Mit solchen Gesetzesbeschlüssen greife sie in die Rechte der Exekutive ein, an deren Spitze der König stünde; der Vorgang grenze an Hochverrat. Die Nationalversammlung sei überdies nicht *kompetent*, da ihr in Preußen, anders als in den Kammern der Mittelstaaten, Vertreter der betroffenen Grundbesitzer fehlten. Auf dieser Linie fanden die Argumente in der später formulierten Adresse an den König auch dessen Zustimmung, wie er in seinem Begleitschreiben zur Weitergabe der Adresse an das Ministerium von Auerswald mitteilte³⁴.

Zum anderen wurden ökonomische und kameralistische Argumente vorgebracht, etwa der Art, die gutsherrliche Ortspolizei und ihre Gerichtshoheit in den ostelbischen Provinzen erspare dem Staat den Aufbau unterer Verwaltungsinstanzen und sei eine öffentliche Pflicht, für die Dorfbewohner Lasten zu tragen und Abgaben zu leisten hätten. Die Ausübenden dürften nicht durch weitere Steuern bestraft werden. Dagegen wandte sich in der Versammlung der westfälische Vertreter Graf von Merveldt mit dem Hinweis, in Westfalen seien Gutsbesitzer seit Erstellung des Katasters normale Steuerzahler. Die Ablösung der Lasten sei in Westfalen durch ein Provinzialgesetz gut geregelt. Diese neue Ordnung dürfe durch die Nationalversammlung nicht gestört werden³⁵.

Zum Schluss des ersten Debattentages wurden Ausschussmitglieder zur Formulierung der gewünschten Protestadressen an die Nationalversammlung, das Ministerium und den König benannt. Recke gehörte zu ihnen. Darum hat er am zweiten Sitzungstag auch nicht alle Redner gehört, wohl aber die aus den sonstigen Einlassungen herausragende Rede des hochkonservativen Mitglieds der königlichen Kamarilla, Ludwig von Gerlach. Seiner ganz staatsrechtlich ausgerichteten Argumentation mit dem Appell an die Erhaltung der Monarchie und die Ablehnung ökonomischer Einwände stimmt er von Herzen zu, wie er im Tagebuch notierte. Im Rahmen der ständisch gegliederten Monarchie sei die Gutsverwaltung eben ein verpflichtendes Amt, das zur Erhaltung einer guten Ordnung beibehalten bleiben müsse. Die soeben gegründete *Neue Preussische Zeitung*, die *Kreuzzeitung*, druckte in ihren Beilagen vom 20. bis 24. August Berichte über den Tagungsverlauf und die Beiträge einzelner Debattenredner, so dass die Öffentlichkeitswirkung nicht nur in Berlin groß war. Vom *Ausschuß zur Abfassung der Adressen und Denkschriften* vorgelegte Entwürfe fanden die allgemeine Billigung, sollten aber vor Übergabe an die Nationalversammlung, das Ministerium und den König weiter überarbeitet werden.

Am Abend des zweiten Sitzungstages versammelten sich in Bülow's Berliner Residenz noch einmal die Vertreter jener Provinzen, deren Agrarverhältnisse dem Vorsitzenden fremd waren, unter ihnen Graf Merveldt und die Freiherren von Landsberg und von der Recke für Westfalen. Die verwaltungspolitisch erfahrenen Mitglieder des westfälischen Provinziallandtages Merveldt und Landsberg, deren Abreise kurz bevorstand, wurden gebeten, Informationsmaterial aus Westfalen zu beschaffen. Bevor sie Berlin am 23. August verließen,



Engelbert Freiherr von Landsberg (1796–1878), im Jahre 1848 Landrat des Kreises Steinfurt.

*Westfälisches Landesmuseum für Kunst
und Kulturgeschichte, Münster*

haben sie mit Recke als Repräsentanten des Adels im Regierungsbezirk Minden noch Absprachen über den notwendigen Aufbau eines Zweigvereins in Westfalen getroffen. Die dazu notwendige Korrespondenz mit befreundeten Gutsbesitzern im Münsterland wollten sie selber, jene im Regierungsbezirk Minden sollten der ehemalige Präsident von der Horst sowie Recke von Berlin aus übernehmen. An diese Absprachen haben sich die Beteiligten gehalten. Am zweiten Sitzungstag war die Bildung weiterer Ausschüsse für eine *permanente Interessenvertretung des Vereins* in Berlin beschlossen worden. Der Tagebuchschreiber wurde in den Ausschuss für Steuerfragen und in jenen zur Ausarbeitung eines allgemeinen politischen Pro-

gramms jeweils als westfälischer Vertreter gewählt. Der Gesamtausschuss benannte ihn am folgenden Tage zu einem der drei *Sekretäre* des neu gewählten Direktoriums unter der Leitung Bülows. Sein ursprünglicher Plan, nach Abschluss der Generalversammlung in den Kreis Lübbecke zurückzukehren, ließ sich also nicht verwirklichen. Offenkundig blieb er aber gern in Berlin³⁶.

Beobachtungen über das politische Treiben auf den Straßen der Hauptstadt und im Parlament

Wolfram Siemann hat in seiner Darstellung der Geschichte der Revolution von 1848/49 darauf hingewiesen, dass man bei der Betrachtung der damaligen Geschehnisse immer mindestens fünf Handlungsebenen zugleich berücksichtigen müsse: die Ebene der spontanen Tumulte, jene andere der Vereine und sich bildenden Parteien, sodann die Presse und Kommunikationsmöglichkeiten, das Militär mit Polizei und Bürgerwehren und schließlich die Ebene der Regierenden³⁷. In der preußischen Hauptstadt flossen für den Freiherrn von der Recke als Sekretär des Grundbesitzervereins diese fünf Handlungsebenen ständig ineinander. Ihre Verschränkung gibt den Tagebuchnotizen – immer aus der Perspektive seines Vereins – ein lebendiges Kolorit. Als für ihn klar war, dass er nach Beendigung der Generalversammlung langfristig in Berlin bleiben werde, hat er mit großem Interesse das politische Treiben auf den Straßen und Plätzen der Hauptstadt beobachtet, die Versammlungen in Gartenrestaurants und Lokalen, sowie die Zeitungssäle besucht und Plakatanschlätze studiert. Mit seinen jugendlichen Freunden und dem Bruder zusammen besichtigte er die Spuren der Barrikadenkämpfe rings um den Schlossplatz. Trotz seiner kurzen Wege zu



Gemälde „Unter den Linden in Berlin“, 1852, von Eduard Gaertner (1801–1877). Nationalgalerie, Staatliches Museum zu Berlin

den Vereinszusammenkünften und den verwandten Familien geriet er auch allein immer wieder in Demonstrationen und Versammlungen, z. B. in die großenteils spontanen *Lindenclubs*, hat eifrig Zeitungen, sowie Handzettel und Plakate gesammelt und darüber im Tagebuch Aufzeichnungen gemacht³⁸.

Schon am 21. August erlebte er Unter den Linden den erregten Tumult der Bevölkerung, die ihre Wut über eine pogromartige Verfolgung von Demokraten in Charlottenburg durch Royalisten am Vortage zum Ausdruck brachte³⁹. Mehrere Tausend empörter Bürger hatten sich auf diese Nachricht hin Unter den Linden versammelt und hörten, was einige Charlottenburger Augenzeugen vortrugen. Diese berichteten, wie Mitglieder des demokratischen Clubs in Charlottenburg von den *Monarchisten, diesen Wölfen, diesen Mördern überfallen, aus ihren Häusern geschleift, getreten und mißhandelt worden waren. Einer von den Demokraten, ein Mann namens Jakoby, sei tot geblieben*, viele Verwundete hätten versucht, sich nach Berlin in Rettung zu bringen. Ein Volksredner betonte, das sei neuerdings kein Einzelfall. Ein Abgesandter aus der schlesischen Stadt Schweidnitz wurde hochgehoben und erzählte, wie das Militär in seiner Stadt bei einer Versammlung vor drei Wochen 14 demonstrierende Bürger getötet habe. Man zählte weitere Opfer auf, die seit den blutigen Tagen des März schändlich dahin geschlachtet worden seien. Aus der Menge rief jemand, *denen Tyrannen sei neuerdings der Kamm wieder geschwollen. Das Volk müsse handeln und dürfe sich von der niederträchtigen Bourgeoisie und ihren Krämerministern nicht länger knechten lassen. Man müsse die Minister stürzen. Sie seien ja ganz nahe, der verhaßte Innenminister Kühlwetter wohne ja direkt Unter den Linden Nr. 74*⁴⁰.

Die Menge – der Tagebuchschreiber mitten in ihr – wandte sich dorthin. Man klopfte donnernd an das Tor. Der Beobachter glaubte, nun würde man hineinstürzen. *Aber nein! Man blieb davor stehen. Ich konnte genau jemanden unterscheiden, der noch in der Tür seinen Hut schwenkte und ihn zuletzt auf einem Stock in der Tür empor hielt.* Viele Bürger trugen sogenannte Kommunistenhüte mit schwarzen oder roten Hahnenfedern. Solch ein Hut ragte nun über die Menge hinaus. Ein Redner ließ sich vom Balkon hören, man sei hier falsch, nicht die Konstabler, eine polizeiähnliche Truppe, sei für das Massaker verantwortlich, sondern das Militär. *Nun ging's zu Schreckenstein, dem Kriegsminister. Ich mochte nicht länger mitgehen,* notiert er im Tagebuch, *da die Straßen dort zwar breit, doch nicht weit genug sind, um von den Tumultuanten in gehöriger Entfernung zu bleiben.* Mit seinem Bruder Hermann zusammen beobachtete er vom Lokal Rex aus, wie die Menge in ihrer Empörung Gaslaternen beschädigte, die Brustwehren von Zäunen abbrach, steinerne Pfeiler umwarf und hörte bis in die tiefe Nacht hinein, wie die Menge mit Geschrei weiterzog zur Villa des Staatsministers von Auerswald⁴¹. Noch im Rex ließen sich die Brüder von Passanten erzählen, man habe dort angefangen, eine Rampe zu zerstören und Pflastersteine aufzunehmen. Da endlich hatte die Bürgerwehr eingegriffen. Er notierte die Beobachtung, wie die Bürgerwehr nun in ganzer Straßenbreite geschlossen vorrückend die Menge zurückdrängte, den Anwohnern die Häuser zu verschließen befahl und die mit Pflastersteinen bewaffneten Bürger festnahm. Ein Polizist sei getötet worden, meinte er.

Die Abschlussbemerkung lässt eine gewisse Überraschung des Tagbuchschreibers erkennen. *Die Menge bestand durchgehend nicht aus Arbeitern sondern aus Männern in bürgerlicher Kleidung, Studenten, Handwerkern und halbwichsigen Buben.* In Adelskreisen hatte er dagegen gehört, in Berlin verbündeten sich bei solchen Tumulten eingeschleuste polnische Insurgenten mit dem städtischen Proletariat. Das entsprach seiner eigenen Beobachtung an diesem und an den folgenden Tagen nicht. Die Unzufriedenheit der Menge mit den *Krämerministern* notierte er dagegen mit Befriedigung. Bei dem nächsten ähnlichen Erlebnis am Abend des 23. August ergriff ihn jedoch eher eine gewisse Unruhe, weil er gehört hatte, dass Demonstranten an die Opfer der Märzgefallenen erinnerten und drohten, man würde notfalls noch 3000 Leichen im Friedrichshain auftürmen, ehe man sich solche Verschlechterung der Lage gefallen lasse. An jenem Abend endete die Versammlung mit dem Ausruf: *Es lebe Hecker!* Er eilte zum Haus der verwandten Recke-Familie und bot den dortigen Damen seinen männlichen Schutz an⁴².

Weniger aufregend, aber doch auch von Besorgnis begleitet, waren die Kontakte des Tagebuchschreibers mit den Abgeordneten der Nationalversammlung. Am 24. August hatte er im Auftrag des Direktoriums in der Singakademie einen Stapel gedruckter Texte, eben die Adresse der Generalversammlung, abzugeben. Über die dortigen Beschlüsse war in der Kreuzzeitung an den Vortagen schon berichtet worden. Die Berichte über das Junkerparlament in der liberalen Presse hatten nicht wenig zu der Unruhe in der Bevölkerung beigetragen. Für den gleichen Tag hatte der Herforder Abgeordnete und Landrat von Borries dem jungen Landsmann ein Billett für die Tribüne der Singakademie verschafft. Er erlebte, wie die Abgeordneten sich am Vormittag zur Debatte ver-



Rudolf von Auerswald (1795–1866), preußischer Staatsminister im Sommer 1848.

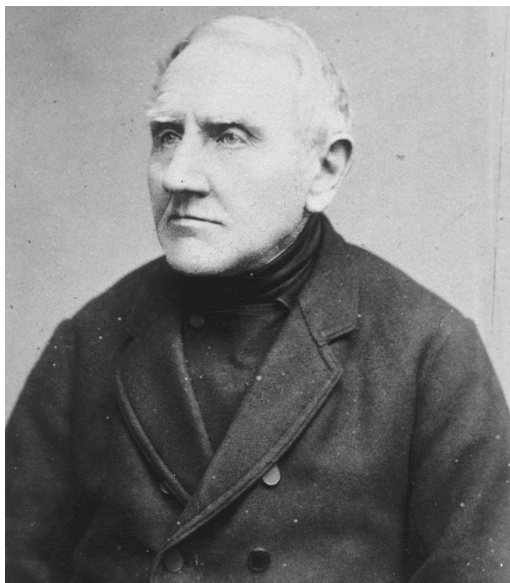
Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

sammelten und ließ sich namentlich die Volksredner der Demokraten zeigen, die er noch nicht kannte. Auf der Tagesordnung stand ein ganz aktueller, von Staatsminister Auerswald vorgelegter Gesetzentwurf gegen Tumulte, das *Tumultgesetz*. Die Wogen der Empörung unter den demokratischen Abgeordneten gingen hoch, der Präsident konnte nur mit Mühe Ruhe herstellen, indem er die Vorlage aus formalen Gründen vertagte. Das war selbst nach der Einschätzung des konservativen, ordnungsliebenden Herforder Landrats auch notwendig, denn hätte der Präsident auf einer Abstimmung über die schlecht vorbereitete Vorlage bestanden, so wäre das Ministerium wohl auf der Stelle gestürzt worden, so urteilte er⁴³.

In zunehmender Besorgnis versuchte der Tagebuchschreiber, den Abgeordneten des eigenen Wahlkreises Lübbecke / Herford, Johann Heinrich Keiser aus Gehlenbeck, in seinem Quartier zu treffen, fand ihn zwar nicht vor, empfing jedoch

am folgenden Morgen mit Freude dessen Gegenbesuch. Keiser war in Lübbecke von den Wahlmännern am 8. Mai mit großer Mehrheit gewählt worden, worüber das liberale Wochenblatt in den folgenden Ausgaben seinen Spott ausgoss⁴⁴. Er war nämlich für die Redakteure nur ein unbekannter *Kommerçant* und Kirchmeister, ein *Frömmeler* also, kein angesehener Jurist oder Beamter, wie man sich ihn als Abgeordneten erhofft hatte. In der bäuerlichen und armen Bevölkerung war Keiser um so bekannter, hatte er doch auf dem Höhepunkt des Hungerjahres in seinem Kirchspiel mit den dörflichen Vorstehern, Armenvätern und -müttern zusammen Suppenküchen organisiert und vielen Familien helfen können. Auch sonst hatte er einen guten Überblick über die ländlichen Verhältnisse, da er oftmals Auswanderer beriet. Fraktionspolitisch gehörte er in Berlin dem rechten Zentrum an. Die beiden Männer aus dem Kreis Lübbecke besprachen an jenem Morgen in Berlin sowohl die Probleme des Gutsbesitzes, die den jungen Freiherrn bedrängten, als auch jene, die Kei-

ser auf dem Herzen lagen, nämlich die Parlamentsvorlage zur Neuordnung der Landgemeinden und die Vorlage zur entschädigungslosen Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund. Der Freiherr freute sich über die *vernünftigen Argumente* des Kaufmanns und wird dessen Mahnungen, auf veraltete Rechtspositionen zu verzichten, wohl verstanden haben. Es ist auch später noch zu Treffen der beiden Landsmänner gekommen. Welchen Einfluss solche Begegnungen auf das Nachdenken des jungen Juristen gehabt haben, lässt sich nicht sagen. In der Theorie mag er weiterhin das Recht und die Kompetenz der Nationalversammlung zu den geplanten Aufhebungsgesetzen verfochten haben. Persönlich hatte er offenkundig keine



Johann Heinrich Keiser (1814–1892), Abgeordneter in der Berliner Nationalversammlung für den Kreis Lübbecke im Jahre 1848.

Fotosammlung Hanna Wilde

Bedenken gegen einen Gedankenaustausch mit ihm bekannten Abgeordneten⁴⁵. Voller Empörung notierte er übrigens seine Ablehnung der in Lübbecke offenkundig gewordenen Begeisterung für die Frankfurter Nationalversammlung während eines sommerlichen Sängersfestes in der Heimatstadt. Sein Bruder Ernst hatte ihm brieflich von den Hochrufen des Lübbecker Rats Herrn Rudolf Barre auf den Reichsverweser berichtet⁴⁶.

Gegenüber Vertretern der demokratischen Fraktion in Berlin war er rigoroser als gegenüber den Konservativen. Als der schlesische Graf Pfeil nach dem Ende der Generalversammlung in der Absicht, zur Überwindung der Gegensätze beizutragen, mit dem bekannten Demokraten Held zusammen einen Plakataufruf zur Ruhebewahrung unterzeichnet hatte, plädierte er entgegen dem Votum des Vorsitzenden für den Ausschluss des Grafen aus den Versammlungen des Grundbesitzervereins⁴⁷. In seinem Tagebuch begründet er seine regelrechte Unhöflichkeit gegenüber dem Älteren in der Sitzung damit, dass in der Öffentlichkeit die gegensätzlichen Interessen und Rechtspositionen deutlich werden müssten. Der Vorsitzende des Vereins von Bülow-Cummerow erwies sich in der Septemberkrise, vor dem Sturz des Ministeriums von Auerswald-Hansemann, sehr viel kompromissbereiter. Er versuchte, den König gegen den Rat der Kamarilla vom Nutzen eines neuen Ministeriums unter Einschluss liberaler Abgeordneter zu überzeugen und schlug dazu u. a. den bekannten Westfalen Waldeck vor. Recke hat ein solches Vorgehen strikt abgelehnt⁴⁸.

Fortgang der politischen Vereinsarbeit bis zur Ministerkrise im September 1848

Die Sitzungen der Ausschüsse von Ende August bis zum 6. September waren angefüllt mit der Abfassung eines allgemeinen politischen Programms. Der Tagebuchschreiber arbeitete am Konzept einer einheitlichen Grundsteuer für Grundbesitzer in allen Provinzen und holte sich dazu den Rat renommierter Fachleute wie z. B. den des Agrarpublizisten und ostpreußischen Landrats Lavergne-Peguilhen ein⁴⁹. Er studierte dessen Bücher und diskutierte mit ihm in abendlichen Vereinsrunden in verschiedenen Gasthäusern, wenn es draußen ruhig blieb. Die Familie der verwandten Grafen Stolberg, bei der er anfangs die Abende oft verbracht hatte, war an den Unruhetagen nach Schlesien abgereist. Im Tagebuch notierte er, dass der Fiskus bei gleichzeitiger landesweiter Gründung von Kreditinstituten ohne Einkommensteuer, nur mit einem Nebeneinander von Grund- und Gewerbesteuer – außer den indirekten Abgaben – auskommen könne. Letztere wollte er möglichst gering belassen sehen, um die kleinen Leute nicht mit Zucker- und Salzsteuern z. B. zu belasten. Den Antrag gegen die Zuckersteuer brachte dann der Lübbeker Abgeordnete Keiser auch tatsächlich in der Nationalversammlung durch. Seine ostelbischen Kontrahenten fürchteten für den Fall der Belastung des Grundbesitzes mit einheitlichen Steuern den Verlust der Kreditwürdigkeit ihrer Rittergüter, während sie eine Gewerbesteuer wegen geringerer Industrialisierung nicht für zweckmäßig ansahen. Der Westfale geriet dadurch in den Beratungen oft in eine Randposition.

Sein resolutes Eintreten für die Erhaltung der in Westfalen bewährten Fideikommissionen verstärkte diese Position. Auch in diesem Punkt stieß er auf den Widerspruch vor allem der wohlstuierten pommerschen Rittergutsbesitzer, die den Grundbesitz offenkundig weiter liberalisieren wollten als der Westfale. Die Harmonie der Beratungen litt unter solchen Gegensätzen, noch mehr aber unter der Direktion und Versammlungsleitung durch den Vorsitzenden von Bülow-Cummerow. Er gab immer wieder Pressenotizen an die Redaktionen der Berliner Zeitungen, die weder in den Ausschüssen noch im Direktorium abgestimmt waren und bereitete die Sitzungen schlecht vor⁵⁰. Lieber bastelte Bülow nach des Tagebuchschreibers Darstellung an eigenen Konzepten z. B. für eine Integration Preußens im künftigen Deutschen Reich. Er wäre bereit gewesen, eine vorübergehende Unterordnung des preußischen Königs unter die Regierung des Reichsverwesers zu akzeptieren. An diesem Punkt ertete er den heftigsten Widerspruch der hochkonservativen Altpreußen, die ein solches Konzept für Verrat am Vaterland ansahen. Der Tagebuchschreiber wusste sich in seiner Ablehnung einig z. B. mit dem Staatsminister a. D. von Arnim-Boitzenburg und Bismarck-Schönhausen⁵¹.

An der absoluten Stellung des preußischen Monarchen und summus episcopus sowie an seinem Gottesgnadentum wollte er auf keinen Fall rütteln lassen. Ob sich darin schon seine später ausgeprägten pietistischen Neigungen zeigen, lässt sich nicht sicher sagen. Sie brachten ihn bald in ein Lager mit dem oft anwesenden pommerschen Vertreter Hans von Kleist-Retzow, dem Ehemann seiner Cousine Charlotte geb. Gräfin Stolberg. Mit bewunderndem Staunen verfolgte er allerdings die Pläne des Vorsitzenden zur Kontaktaufnahme mit den Seestädten und dessen Pläne zur Ausweitung der Kreditanstalten. In die-

sem Punkt vertraute er *dem alten Fuchs*, vermutlich weil er bislang vom Geldwesen noch wenig verstand und eine starke Ablehnung gegen *Krämerseelen* hatte.

Neben all diesen Sitzungen, Ausarbeitungen und der laufenden Korrespondenz mit den Freunden in Westfalen nahm die Kontaktsuche zu Mitgliedern der Regierung und zum Hofe in diesen Tagen einige Zeit in Anspruch. Schon am 25. August hatte von der Recke persönlich die Adresse der Generalversammlung bei Landwirtschaftsminister Gierke abzugeben versucht, war aber nicht vorgelassen worden. Am folgenden Tag wurde er jedoch zu einer ausgiebigen Audienz empfangen⁵². In seinem Tagebuch schildert er ihn als einen geistreichen Juristen, der von Grundbesitzfragen freilich keine Ahnung und im übrigen Angst vor seinem Sturz habe. Zu einer Rücknahme einzelner seiner 18 Punkte in der Gesetzesvorlage konnte Recke ihn in der Audienz nicht bewegen. Am gleichen Tage fuhr er auch nach Potsdam, um die Adresse der Generalversammlung an den König abzugeben. Er vertraute dazu der Vermittlung des verwandten Oberhofmeisters Graf Keller, der sie tatsächlich am gleichen Tag dem König vorlegte⁵³. Wie oben schon erwähnt, gab der König das Schreiben befürwortend an seinen Staatsminister von Auerswald weiter. Hauptargument des Königs für die Befürwortung war, dass der Grundbesitz in der Nationalversammlung zu geringfügig repräsentiert sei und es an einer ersten Kammer zur Zeit fehle. Also möge man die Stimme der Generalversammlung dazu hören. Die Bezeichnung der Generalversammlung als *Junkerparlament* in der liberalen Presse wird durch eine solche Einschätzung des Königs gewissermaßen gestützt. Die Konservativen revanchierten sich mit der Bezeichnung der Berliner Nationalversammlung als *Tagelöhnerparlament*⁵⁴. Der Oberhofmeister schilderte dem jungen Westfalen als einem Augenzeugen die Geschehnisse vom 18. bis 22. März im Berliner Schloss. Nach seiner Darstellung war der *fatale Befehl* zum Abzug der Truppen nur auf ein Missverständnis zwischen dem Innenminister von Bodelschwingh, dem General von Prittwitz und dem König zurückzuführen.

Am 27. August wurde das gesamte Direktorium mit den Sekretären zur Audienz bei Staatsminister von Auerswald gebeten. Dieser warnte die Herren vor einem *Angriff auf die Staatsgewalt*. Ihm gegenüber zogen sich die Vertreter der Grundbesitzer auf einen Protest gegen das ungünstige Wahlgesetz zurück und wiesen die Unterstellung weit von sich⁵⁵. Ein solcher Angriff zur Unterminderung des Ministeriums Auerswald war zu diesem Zeitpunkt auch schon nicht mehr nötig, denn in Berlin wussten inzwischen die politisch Interessierten, dass dessen Macht wankte. Das Ministerium weigerte sich nämlich, den von der Nationalversammlung beratenen Antrag des linken Abgeordneten Stein zur Verpflichtung des Offizierkorps auf den Geist der konstitutionellen Monarchie zu akzeptieren⁵⁶. Die Konservativen und mit ihnen die Minister betrachteten das als Verstoß gegen die Gewissensfreiheit und setzten sich damit in unauflösbaren Widerspruch zu der Mehrheit des Parlamentes. Der Konflikt wurde in der Presse ausführlich behandelt und verstärkte die Spannungen in der Hauptstadt. Die Berliner Bevölkerung versammelte sich wieder vermehrt in politischen Clubs, demonstrierte heftig gegen das Ministerium und verlangte Verabschiedung und Vollzug des Gesetzes. Man hörte Drohungen mit er-

neuten Barrikadenkämpfen, und sogar die im Volk beliebtesten demokratischen Abgeordneten sahen Schwierigkeiten, die Empörung zu dämpfen. Ein Teil der Vereinsmitglieder, unter ihnen Recke selber, wollten die sich abzeichnende Ministerkrise für einen militärischen Putsch genutzt sehen, während von Bülow-Cummerow dem König zu einem neuen Ministerium unter Einschluss demokratischer Abgeordneter riet⁵⁷. Als dann am Abend des 7. September das Gesetz mit geringer Mehrheit verabschiedet wurde, triumphtierte die Bevölkerung, in den Lindencubs wurde gefeiert, und viele Gaststätten waren illuminiert. Der Tagebuchschreiber verfolgte das Treiben mit *traurigen Gefühlen* und setzte seine Hoffnung auf den Prinzen von Preußen, den man für einen Militärschlag gewinnen müsse, wie er und andere Vereinsmitglieder glaubten⁵⁸. Er wünschte nicht nur den Sturz des Ministeriums, sondern die Auflösung der Nationalversammlung notfalls mit militärischer Gewalt.



Adolf Graf von Arnim-Boitzenburg (1803–1868), preußischer Staatsminister im März 1848, Ratgeber des Tagebuchschreibers.

Privatbesitz Graf von Arnim-Boitzenburg

Die Audienz beim Prinzen von Preußen und das Ende der permanenten Ausschusstätigkeit

In den Tagen der Ministerkrise wurden die Spannungen zwischen dem jungen Delegierten aus Westfalen und den übrigen, erfahreneren Mitgliedern des Direktoriums unerträglich. Durch sein schroffes Vorpreschen gegen die Vermittlungsbemühungen der Grafen Pfeil und Itzenplitz, die mit dem linken Zentrum um den Abgeordneten Rodbertus Verbindungen aufgenommen hatten, zog er sich endgültig Bülowes Abneigung zu⁵⁹. Nach Ausweis des Tagebuchs wollte ihn jener nach Westfalen zurückschicken mit dem Auftrag, dort Zweigvereine zu gründen. Angesichts der Programmdifferenzen war Recke dazu allerdings nicht bereit, bat aber sicherheitshalber den befreundeten Gutsnachbarn und ehemaligen Lübbecker Landrat von dem Bussche-Münch brieflich, die Fortsetzung

seiner Delegation durch Gutsbesitzer in Westfalen zu besorgen. Das geschah in einer Versammlung interessierter Gutsbesitzer aus Ostwestfalen Anfang September⁶⁰.

Er sorgte sich inzwischen zunehmend wegen eines neu ins politische Programm aufgenommenen Projektes zur staatlichen Sozialpolitik. Der schlesische Vertreter Graf Goltz wollte mit dem Grafen Pfeil und Lavergne-Peghuilen zusammen Demokraten um den Abgeordneten Held die Hand für ein gemeinsames sozialpolitisches Programm bieten. Sie hatten vor, in Konkurrenz zum populären, in Berlin existierenden *Verein für Sozialpolitik* einen *Verein für sozialpolitische Reform* zu gründen⁶¹. Recke war zwar sehr für eine Stärkung der kirchlichen und privaten Sozialfürsorge, aber gegen staatliche Sozialpolitik. In diesem Punkte neigte er schon damals dazu, die Sozialfürsorge ganz im Rahmen der kirchlichen Diakonie zu belassen und höchstens private Stiftungen und wenige überregionale Landesanstalten z. B. für Blinde daneben zu begründen, wie es die evangelische Kirche mit der Gründung der Inneren Mission unter Führung Johann Hinrich Wicherns kurz darauf auf ihrem ersten Kirchentag in Wittenberg beschloss⁶². Diese Zuordnung der Sozialfürsorge zum Verantwortungsbereich der Kirche und privater Stiftungen wurde in pietistisch orientierten Adelsfamilien damals vielfach vertreten, so auch von den Grafen von Stolberg und von Keller.

Die scharfe Ablehnung des geplanten Vereins für Sozialpolitik verstärkte Reckes Randposition in der Vereinsführung. In seinen Tagebuchreflexionen darüber führte er die Tatsache hauptsächlich auf seine eigene Jugend und den Mangel an Regierungserfahrung zurück, auf die Bülow bei seinem Tadel nach dem Wortgefecht mit dem Grafen Pfeil auch angespielt hatte. Es war ihm aber auch bewusst, dass er im Falle der Mitwirkung an solchen Projekten die Absichten seiner westfälischen Auftraggeber überschritt. Am 6. September dachte er schon an eine baldige Abreise, ließ sich aber von dem ebenfalls altpreußisch denkenden Grafen Breßler umstimmen⁶³. Jener war in Potsdam beim König und beim Prinzen von Preußen gewesen und bat Recke um Hilfe im Sinne einer Adelsfronde für einen Militärputsch durch den Prinzen von Preußen zur Auflösung der Nationalversammlung⁶⁴. Mit allen nur denkbaren Ablenkungen versuchten die beiden und ihr schlesischer Freund Elsner nun, Bülow daran zu hindern, zum König zu gehen und eine neue Ministerrunde in Abstimmung mit liberalen Abgeordneten der Nationalversammlung vorzuschlagen. Als er in dieser Situation durch den Lübbecker Landrat von der Horst brieflich die Ankündigung erhielt, dass die Bestätigung seiner Delegation in Westfalen bevorstehe, beschloss er, in Berlin zu bleiben.

Er bemühte sich nun selber um eine Audienz beim Prinzen von Preußen und wurde für den 9. September nach Babelsberg bestellt. Wieder verdankte er die Einladung seinem Verwandten, dem Grafen Keller, erfuhr freilich durch ihn auch, dass Bülow für den gleichen Tag um Audienz beim König nachgesucht hatte. Für den Fall, dass er nicht zum Zuge kommen werde, hatte er dem befreundeten Grafen Breßler, der vor ihm einen zweiten Audienztermin bekommen hatte, einen Brief an den Prinzen von Preußen mitgegeben, in dem er ihn beschwor, nicht auf die ängstlichen Stimmen um sich herum zu hören, sondern vielmehr auf das Vertrauen der breiten bäuerlichen Bevölkerung und die Trup-

pen zu setzen. Bevor er zum Schloss ging, berichtete ihm Graf Keller persönlich, *wie die Sachen gehen. Der König will bis jetzt nicht aufgeben, aber möglichst lange auf dem legalen Weg bleiben. Er hat zu wenig Truppen bei Berlin und die Meuterer haben auf den verschiedenen Bahnlinien ihre Aufpasser, die, sobald bedeutende Truppensendungen bevorstehen, die Schienen aufreißen*⁶⁵. Im Vorzimmer hörte er von dem ihm persönlich bekannten Adjutanten, der Prinz sei kein Napoleon, halte aber mit großer Konsequenz, ja mit Eiegensinn an dem einmal für recht Erkannten fest. Über die Audienz schreibt er am gleichen Tage:



Wilhelm Prinz von Preußen (1797–1888), der spätere Kaiser Wilhelm I.

Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Der Prinz empfing mich in Erinnerung an Vater mit wohlwollender Freundlichkeit. Ich sagte ihm, bei der Entscheidung über die gegenwärtige Krisis scheine es mir für ihn von Interesse, die Stimmung der Provinz Westfalen zu berichten. Ich schüttete ihm nun ganz offen mein Herz aus, sagte, wie die Bauern an ihrem König hingen, aber seine Schwäche bedauerten, zeigte, wie ein abermaliges Verhaften der Krisis die Gefahr des Abfalls der Provinz hervorbringe. Der Prinz erkennt die Wichtigkeit des Moments, er erkennt die Schwäche des Königs, und geht ihm nicht von der Seite, wenn Beratungen stattfinden, und er hat den festen Willen, nicht zu weichen. Er mußte zum König, und forderte mich auf, ihn durch den Park zu begleiten, und sprach im Gehen wohl noch eine Viertelstunde höchst offen und vertraulich mit mir über die Lage der Dinge; beim Abschied sagte er, ich möge doch wiederkommen, wenn ich etwas wüßte, jedenfalls hoffe er mich zu sehen, wenn's zur Entscheidung durchs Schwert gehe. Ich sagte, ich stände ihm überhaupt zu Diensten.

Interessant ist an der hier wiedergegebenen Einschätzung des westfälischen Delegierten die Behauptung über die Anhänglichkeit der Bauern an ihren König. Er hatte eine ähnliche Einschätzung in seiner Audienz bei Landwirtschaftsminister Gierke abgegeben und jenen damit auffordern wollen, seinen Sturz besser durch *Kartätschen* als durch Verhandeln mit der Nationalversammlung zu verhindern. Die Bauern auf dem platten Lande würden unverbrüchlich zu den königstreuen Truppen stehen, meinte er in Abweichung zu

den Besorgnissen des Prinzen von Preußen. Wie er zu dieser sicher ernst gemeinten, aber höchst ungewissen Einschätzung gekommen ist, lässt sich nicht mehr feststellen⁶⁶. Zur Landbevölkerung hatte er seit Wochen keinen Kontakt mehr. Die seit Mitte Juli gehegten Hoffnungen der Gutsbesitzer auf Solidarisierung der größeren Bauern mit ihren Vereinszielen hatten sich offenkundig nicht erfüllt. Die Versammlungen des Vereins waren überall fast nur von adligen Rittergutsbesitzern besucht worden. Seine Korrespondenz mit Freunden in Westfalen beschränkte sich auf den Gedankenaustausch mit Adligen, die – sofern sie auch Verwaltungsbeamte waren – ein Interesse an einer solchen Darstellung haben mussten. Als wichtiger Zeitzeuge für die politische Einstellung der westfälischen Bauern kann Recke nicht dienen.

Möglicherweise hat ihn der gravierende Mentalitätsunterschied zwischen der großstädtischen Bevölkerung, in der er sich nun seit drei Wochen bewegte, und jener der Minden-Ravensberger Bauern zu dieser Einschätzung verleitet. Unter letzteren war, soweit sie der Erweckungsbewegung anhingen, allerdings die Dankbarkeit gegenüber König Friedrich-Wilhelm IV. groß, denn seit seinem Regierungsantritt hatte die Verfolgung der Konventikler ein Ende gefunden⁶⁷. Das machte aus ihnen zu diesem Zeitpunkt noch nicht kampfbereite Royalisten und hat schwere Unruhen auf dem Lande im Regierungsbezirk Minden während des Frühjahrs 1848 nicht verhindert. Erst seitdem die Bauern auf eine Erfüllung ihrer Forderungen nach Abschaffung adliger Privilegien durch das Parlament hoffen konnten, war eine Beruhigung eingetreten. Im ganzen gesehen tendierte das *fromme Volk* im Sommer 1848 wohl eher zum Patriotismus als zur Auflehnung gegen den König. Angesichts dessen ist der versteckte Hinweis Reckes auf einen *möglichen Abfall der Provinz Westfalen im Falle abermaligen Verhaftens der Krisis* kaum verständlich.

Am Tage nach der Audienz kam es noch einmal zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem westfälischen Freiherrn und dem Vorsitzenden Bülow. Letzterer hatte sein dem König vorgelegtes Konzept einer Zusammenarbeit zwischen ausgewählten liberalen Abgeordneten und Vereinsmitgliedern im Rahmen eines neuen Staatsministeriums vorgetragen⁶⁸. Im Tagebuch heißt es: *Wir alle waren mit seiner Ansicht uneinverstanden, und ich sagte endlich, ich setze voraus, daß, was er in diesem Sinne jetzt wirke, nicht im Namen des Vereins geschehe. Der alte Mann, der noch kurz vorher gesagt, er bleibe immer ruhig bei allem, was ihm begegne, geriet dadurch so in Harnisch, daß er mir die größten Grobheiten sagte. Es verstände sich von selbst, daß er nur im eigenen Namen handle, er werde sich darin aber am allerwenigsten von mir Vorschriften machen lassen. Es sei höchst ungalant, daß ein so junger Mensch sich so etwas gegen ihn herausnehme und dergl. Ich erwiderte ganz ruhig, ich würde bedauern, ihn beleidigt zu haben, da dies nicht meine Absicht gewesen, ich glaube aber ihm nicht als junger Mann dem alten, sondern als Vertreter einer Provinz gegenüber zu stehen, und fühle mich daher verpflichtet, das zu sagen und zu tun, was das Interesse meiner Provinz erheische.* Am folgenden Tage erfuhr die Öffentlichkeit von der Berufung eines neuen Staatsministeriums von Pfuel durch den König. In sein Tagebuch notierte von der Recke: *Die Spannung war vorüber, aber keine Befriedigung da.* Für ihn ergab es sich glücklich, dass am gleichen Tage die Mitteilung einer für



Schloss Babelsberg, Potsdam.

Fotosammlung Hanna Wilde

den 16. September nach Münster einberufenen Generalversammlung westfälischer Grundbesitzer kam⁶⁹. Mit dieser Mitteilung war die definitive Bestätigung seiner Person als westfälischer Delegierter der Grundbesitzer durch eine Versammlung in Herford vom 9. September verbunden. So war für ihn klar, dass er nach Münster abreisen musste. Das Tagebuch endet mit dieser Eintragung.

Fortsetzung der konservativen Bestrebungen in Westfalen bis zum Winter 1848/49

In Westfalen hatten führende Grundbesitzer wie Graf Bocholtz, Graf Merveldt und Freiherr von Landsberg während des Berlinaufenthalts ihres Delegierten Recke die Vorbereitungen zur Gründung eines Provinzialvereins zum Schutze des Eigentums fortgesetzt⁷⁰. Erwähnt wurde schon, dass in Herford am 9. September eine Gruppe von 15 Rittergutsbesitzern aus dem Regierungsbezirk Minden zusammen kam und Reckes Berlindeputation bestätigte. Zu diesem Treffen hatte der Landrat des Kreises Lübbecke, Adolf Freiherr von der Horst, auf Bitten der Münsteraner Standeskollegen eingeladen. Sie hatten ihn und die Mindener Grundbesitzer um eine Zusammenkunft in Münster gebeten, waren auf seinen Vorschlag zur Verlegung nach Herford aber sofort eingegangen. Tatsächlich haben sie an der vertraulich gehaltenen Begegnung in einem Herforder Gasthaus auch teilgenommen. Neben 13 adligen Interessenten kamen auch zwei Bürgerliche, die Kommerzienräte Delius und Roettger, aber keine Bauern⁷¹. Alle stimmten dem Vorschlag zur Gründung eines gesamtwestfälischen Vereins unter dem Namen *Verein zum Schutz des Eigentums und zur Förde-*

ung des Wohls aller Klassen zu. Erstmals wurde deutlich, dass man über den Zweck der Bekämpfung der Aufhebungsgesetze hinaus allgemeine politische Interessen, nämlich die Wohlfahrt aller Klassen, unterstützen wolle. Angesprochen waren damit vor allem die bisher nicht vertretenen, grundbesitzenden Bauern. So hätten sich aus dem Verein generelle konservative Bestrebungen entwickeln können, wenn eine solche Solidarisierung damals gelungen wäre.

Nach dieser Vorbereitung verlief die offizielle Gründung des westfälischen Grundbesitzer- und Wohlfahrtsvereins am 16. September in Münster dann ohne Probleme. Die Teilnehmer an der Berliner Generalversammlung, Graf von Merveldt, und die Freiherren von Landsberg und von der Recke, berichteten über deren Verlauf und Beschlüsse und ließen auch die Differenzen zwischen westelbischen und ostelbischen Provinzvertretern erkennen. So erklärt es sich, dass ein Zusammenschluss mit den entsprechenden Vereinen der anderen Provinzen abgelehnt wurde. Im § 1 wurde als Zweck des Vereins die Bekämpfung der Aufhebungsgesetze mit allen legalen Mitteln festgelegt, wie das andernorts auch formuliert worden war. Darüber hinaus, so hieß es in § 14 allerdings, sei man bereit, *die Mittel zu erwägen, welche sich als zeitgemäß zur Beförderung des allgemeinen Wohls herausstellen*⁷². Als Mitglieder kamen Grundbesitzer in ganz Westfalen in Frage, ihr Eintritt konnte jedoch nur auf Empfehlung zweier Vormitglieder erfolgen. Eine gewisse Exklusivität blieb auf diese Weise gewährleistet. Den Widerspruch solcher Festlegungen zum Ziel der Förderung aller Klassen scheinen die Mitglieder nicht bedacht zu haben. Die Gründung von Zweigvereinen mit der gleichen Zielsetzung in den drei Regierungsbezirken wurde vorgesehen, ist aber nicht erfolgt. Um möglichst viele Mitglieder außerhalb des Münsterlandes zur Teilnahme zu motivieren, wählte man in den folgenden Jahren wechselnde, an der Eisenbahnlinie gelegene Tagungsorte für die vierteljährlich stattfindenden Generalversammlungen aus. Den Vereinsvorsitz übernahmen weiterhin die Grafen von Bocholtz und von Merveldt mit dem Freiherrn von Landsberg zusammen. In ihrer Tätigkeit sollten sie von permanenten Ausschüssen unterstützt werden, die auch tatsächlich ihre Arbeit z. B. in der Kontaktpflege mit außerpreußischen Großgrundbesitzern aufgenommen haben⁷³. Als Deputierte für die Zusammenarbeit mit dem Verein von Bülow-Cummerow wurden der ehemalige Mindener Regierungspräsident von der Horst und Freiherr von der Recke nominiert. Die Vereinsmitglieder sollten sich vierteljährlich zu Generalversammlungen treffen und vereinspolitische Beschlüsse fassen. Bei dieser Gelegenheit hatten die Vorsitzenden über ihre Wirksamkeit Rechenschaft abzulegen. Wie den zumeist gedruckten Protokollen der späteren Generalversammlungen zu entnehmen ist, hat sich diese Organisation offenkundig bewährt. Auch die Finanzierung der Vertretungen durch Umlagen unter den Vereinsmitgliedern, über die in den vier Jahren der Existenz des Vereins gelegentlich neu gesprochen werden musste, hat keine großen Schwierigkeiten gemacht. Der Bericht von der nächstfolgenden Generalversammlung am 24. November 1848 zeugt von großer Aktivität des Vereins u. a. auch zur Erhaltung der Fideikomnisse. Die Vertretung der Interessen in Berlin durch den vormaligen Mindener Regierungspräsidenten von der Horst und den Regierungsreferendar von der Recke wird lobend hervorgehoben⁷⁴.



Wilhelm Freiherr von Recke als Sanitäts-offizier im Krieg von 1870/1.

Privatbesitz von der Recke

Dennoch hat diese schlagkräftige Organisation ihr politisches Hauptziel, die generelle Bekämpfung der Aufhebungsgesetze, nicht erreicht. Die beabsichtigte Solidarisierung der bäuerlichen Grundbesitzer ist ausgeblieben⁷⁵. Für eine gemeinsame Politik von Rittergutsbesitzern und ihren bisher dienstpflichtigen Bauern war die Zeit noch nicht reif. Im Jahre 1850 wurden durch die Regierung Manteuffel die Gesetzesvorlagen Hansemanns und Gierkes in leichter Moderation der Ablosungskosten zugunsten der Gutsbesitzer endgültig angenommen. Das Privileg der Jagd auf fremdem Grund wurde den Rittergutsbesitzern nach seiner Aufhebung durch die beiden deutschen Nationalversammlungen auch in der Ära der Restauration nicht zurückgegeben. Als dann im Jahre 1852 die neue preußische Gemeindeordnung erlassen und damit der Sonderstatus der Rittergüter aufgehoben

wurde, erübrigte sich die Fortsetzung des Interessenkampfes. Der Verein löste sich bald danach auf. Es erscheint wie eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet durch das Scheitern des Vereins in seinem rückwärtsgewandten Hauptzweck, nämlich der Verteidigung adliger Privilegien, die Basis für einen Neuanfang konservativer Bestrebungen in Minden-Ravensberg gelegt worden ist. Ohne den staatlich verordneten Interessenausgleich zwischen Rittergutsbesitzern und Bauern war offenbar an eine konservative parteipolitische Gruppierung der Landbewohner nicht zu denken.

Freiherr Wilhelm von der Recke ist zu einer permanenten Vertretung des westfälischen Vereins nicht mehr nach Berlin zurückgekehrt. Er hat dort nur noch gelegentlich für die westfälischen Grundbesitzer, so z. B. auf der zweiten Generalversammlung im November 1848, interveniert. Im September 1848 war er auf dem ersten evangelischen Kirchentag in Wittenberg Johann H. Wichern begegnet und zeigte sich tief beeindruckt von seinen Appellen zur *Inneren Mission*⁷⁶. Kirchliche Sozialfürsorge, nicht staatliche Sozialpolitik bestimmte hinfort sein gesellschaftliches Denken und Handeln für den *Landarbeiterstand*. In Potsdam hat er danach seine zweite Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst abgelegt und eine Ausbildung zum Sanitätsoffizier absolviert. Wäh-

rend dieser Zeit schrieb er Artikel für die Deutsche Wehrzeitung und gab darin seine politischen Einsichten aus dem Sommer 1848 kund. Er verbreitete sich über ähnliche Themen wie er sie schon für die Ausschüsse des von Bülow-Cummerow-Vereins bearbeitet hatte, z. B. über die neue Gemeindeordnung, die Erhaltung verschiedener Schichten und Stände, die Armut und Verfahren zu ihrer Bekämpfung u. a. m. Der hochkonservative Tenor dieser Artikel ist unverkennbar⁷⁷. Im Frühsommer 1849 hat er sodann sein dem Prinzen von Preußen gegebenes Versprechen, dass er ihm immer zu Diensten stehen werde, zumal *wenn's zur Entscheidung durchs Schwert gehen werde*, wahr gemacht und an dessen badischem Feldzug als Sanitätsoffizier teilgenommen. Nach fünfzehnjähriger Verwaltungspraxis in Pommern ist er 1865 nach Westfalen zurückgekehrt. Die Gründung und Förderung einer bäuerlich orientierten christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg wurde dann neben der Güterverwaltung sein Hauptanliegen.

Anhang

Tagebuch des Freiherrn Wilhelm von der Recke-Obernfelde

Quelle

Während der Delegation nach Berlin geführtes Tagebuch im Umfang von 34 dicht beschriebenen Seiten, im Besitz des Freiherrn Friedrich Wilhelm von der Recke-Obernfelde. Die Verfasserin dankt ihm für seine Mitarbeit an der Transkription des Textes, für Hilfen zur Bezeichnung der Personen und die Überlassung zahlreicher Fotos.

Editionsgrundsätze

Der Textabdruck folgt der Quelle in der Rechtschreibung. Die Interpunktion des Textes wurde beibehalten. Die Seitensprünge im Originaltext sind durch Folioangaben in recto (Vorderseite) bzw. verso (Rückseite) eingefügt z. B. <fol. 1r> bzw. <fol. 1v>. Die Blätter 2v, 12v und 22v sind leer.

Der Bülow⁷⁸-Cumerow-Verein in Berlin

<fol. 1r>

16ter August 1848,

Morgens Abreise von Bückeburg. Reisegesellschaft bis Wunsdorf ein Pastor Wittorf aus Bremen, der über die jetzigen Handelsfragen namentlich in Bezug auf Bremen sehr genau Bescheid wußte und sehr interessant darüber sprach; wir tauschten beim Abschied die Namen. In Wunsdorf traf ich General Busche aus Lieth⁷⁹ mit George, William und seiner jüngsten Tochter und fuhr mit ihnen nach Hannover. George war kürzlich erst aus Madeira zurück gekehrt, wo er sich sehr erholt hat. Er will jetzt seiner Gesundheit wegen Öconom werden. Von Hannover bis Braunschweig saß ich alleine mit einem Wiener Fabrikanten und einem Franzosen; wir kamen mit diesem ins Gespräch und lernten

in ihm einen Mann von soviel klarem Verstande, richtigem Urtheil und gealterter Gesinnung kennen, daß wir uns in Braunschweig gegenseitig über diese Bekanntschaft beglückwünschten. Von Braunschweig bis Magdeburg saß ich sehr gedrängt, es war warm und die Unterhaltung flau, ein österreichischer Officier, der mit dem Fabrikanten bekannt war, gefiel mir recht gut. <fol. 1v> In Magdeburg besuchte ich schnell einige Bekannte, und fuhr um 6 Uhr nach Berlin weiter; ich fand mich glücklich mit meinem Franzosen wieder zusammen und unterhielt mich bis Berlin auf das Angenehmste mit ihm. Er heißt Mâlinescot, ein wohlhabender Pariser, der ganz seinen Neigungen zu leben schien, d. h. kein bestimmtes Geschäft hatte, sehr gebildet, und zwar wie es scheint, nicht nach der gewöhnlichen oberflächlichen Art. Er las im Wagen eine Uebersetzung von Tacitus 'de Germania', weil dieß Buch in einer ähnlichen Zeit geschrieben sei, wie die jetzige. Er sah in der sittlichen Verderbnis der Zeit den Krebschaden unserer Zustände, wir fanden uns in allen Punkten über diesen Gegenstand vortrefflich zusammen, so sagte er mir z. B. Les hommes ne pensent aprésent qu' à leurs droits, personne ne parle de ses devoirs, si on fairait le contraire, tout serait bien et les droits seraient gardés mieux qu'aprésent⁸⁰ – ganz meine Ansicht. Er war auf dem Wege nach Konstantinopel, das er schon öfter besucht hatte und worüber er etwas zu schreiben gedachte. Ich kam erst um halb 12 Uhr hier an und brachte die Nacht im Gasthofe bei Mylius⁸¹. <fol. 2r>

den 17. August

Ich ging früh in Hermann's⁸² Quartier, fand ihn aber nicht zu Hause und besuchte dann Bodo und Fritz Borries⁸³. Beide waren sehr munter, und wir sprachen natürlich bald über die Zeitfragen, wobei es mir schien, als wenn Bodo Fritz gegenüber sich mehr dem Centrum näherte, wie er denn schon immer bis auf einige Punkte, die ihn exaltieren, viel gemäßigtere und weniger abstracte Ansichten hatte als Fritz. Beide waren übrigens entschieden gegen die beabsichtigten Rechtsverletzungen.

Von da ging ich zu George Borries⁸⁴, der mir in Beziehung auf die Gesetzesvorlagen⁸⁵ wenig Hoffnung gab. Er hatte die Absicht, im September auf längere Zeit nach Hause zu kommen. Seine Malice gegen Hansemann⁸⁶ war gründlich. Kühlwetter⁸⁷ hielt er noch für den Besten, auch Auerswald⁸⁸ wenigstens für einen rechtlichen Mann; auch Giercke⁸⁹, nur soll dieser von seinem Ministeriis nichts verstehen und dieß selbst bekennen mit der Entschuldigung, daß er dadurch vielleicht zum Heil des Volkes gezwungen sei, in allen Fragen Sachverständige zuzuziehen. Er meint, Hansemann sei leicht in der Kammer zu stürzen.

Von George ging ich zu Reckes⁹⁰ und wurde von ihnen zum Essen geladen, dann zu Eberhard Stolberg⁹¹, der Reconvaleszent von der Ruhr ist. Marie war zu seiner Pflege da. Beide waren ganz die Alten, natürlich sehr konservativ. Ihren Eltern geht es in Kreppelhof gut. <fol. 3r>

Eberhard war auf einer Deputation der Weber hier, um Erleichterungen und Hülfe zu erbitten, hatte aber wenig Erfolg bei den Ministern gefunden. Von ihm ging ich zu Bülow-Cumerow: ein alter siebenzigjähriger, magerer, grundhäßlicher Mann, fast ganz ohne Stimme, nur einen Zahn im Munde, dessen

oberer und unterer Theil in solchem Mißverhältniß stehen, daß er ihn gar nicht schließen zu können scheint. Ich war als Westphale sehr willkommen, und er sprach mit mir und einem Herrn von Hagen aus Pommern die ganze Angelegenheit seines Vereines gründlich durch, setzte mir auseinander, wie der jetzt eingeschlagene Weg des Ministers und namentlich die Maaßregeln des Finanzminister Hansemann den Staat binnen Kurzem unfehlbar ins Verderben stürzen würden, und wie deshalb die höchste Noth vorhanden sei, sich hiergegen mit aller Kraft zu stemmen. Er sprach sehr klaar und schien vortrefflich Bescheid zu wissen. Auf den Abend lud er uns mit zu einer Vorberathung ein, zu der ich mich dann um 6 Uhr begab, nachdem ich inzwischen mit Tante Reck und Luise Canitz⁹², deren ältester Sohn Fritz im Nebenzimmer an den Masern krank lag, zu Mittag gegessen hatte. **<fol. 3v>** Es waren etwa 15 Gutsbesitzer aus allen Provinzen zugegen. Bülows Plan ist großartig. Er will eine Art Fünfziger Ausschuß neben der Nationalversammlung bilden, der permanent unter Beziehung von Diäten hier bleibt, sich von den politischen Fragen lediglich fern hält und nur alle materiellen Fragen des Grundbesitzes vor sein Forum zieht. Dieß ist aber, so wie er es versteht, ein sehr weites Feld, denn der Ausschuß sollte sich auch mit der Schlesischen⁹⁵ und der Frage über Besoldung der Schullehrer beschäftigen. Ich konnte mich Anfangs nicht recht hinein finden, da ich nach meinem Rechtsgefühl dieß für eine revolutionäre und staatsgefährliche Maaßregel hielt. Nachher und namentlich Abends durch ein Gespräch mit Graf Pourtalés⁹⁴ bei Eberhard lernte ich einsehen, daß wir, um die factisch doch wirklich revolutionäre jetzige Regierung (Hansemann p. p.) los zu werden, uns aller durch die revolutionäre Gesetzgebung gegebenen Mittel zu bedienen, nicht bloß vollkommen berechtigt, sondern auch im Interesse des Restes von Preußen und Deutschland verpflichtet seien, und deßhalb das freie Associationsrecht⁹⁵ vollständig zu unserem Zwecke ausnutzen könnten.

18ter August

Morgens schrieb ich Briefe und verfügte mich gegen 11 Uhr zu der Versammlung, welche im Mielentzchen Saale⁹⁶ stattfand. Über 400 Gutsbesitzer aus allen Theilen der Monarchie waren zugegen, auch einige Bauern und Städter so wie ich nachher erfahren, auch der Secretair des Min. Hansemann, von meinen Bekannten: Solms Vater und Sohn⁹⁷, Graf Wartensleben⁹⁸, Bismarck-Schönhausen, Örzen⁹⁹, Maus Rochow¹⁰⁰, Itzenplitz, d. ält. Sohn des Landraths¹⁰¹, Kochberg¹⁰², Thadden¹⁰³, den ich begrüßte und ihm meine Gefühle über sein mannhaftes Auftreten aussprach, aus Westphalen noch zum Glück Landsberg¹⁰⁴ und Landrath Merfeldt¹⁰⁵, Präsident Gerlach¹⁰⁶ pp.

Die Verhandlungen lassen sich nicht so wiedergeben, allein es wurde auf Bülows Idee im Allgemeinen eingegangen, die Versammlung constituirte sich, wählte in dem Landrath von Kleist-Retzow¹⁰⁷ einen sehr tüchtigen Präsidenten, es tat sich eine sehr große Übereinstimmung kund, das Streben nach Aufrechterhaltung des Rechts, möglichste Fernhaltung aller Fragen, welche zu Entzweigungen führen **<fol. 4r>** könnten, ein gründlicher Haß gegen den Finanzminister Hansemann, dem sogar von Graf Pinto¹⁰⁸ in einer sehr kräftigen, gut vorgetragenen Rede vorgeworfen und durch Stellen aus seinen früheren Schriften bewiesen wurde, daß er wider besseren Wissens handle. Es wurden zwei

Adressen oder vielmehr Protestationen, die eine wegen der Grundsteuer, die andere wegen der unentschädigten Aufhebung und zu geringen Ablösung der gutsherrl. Rechte beschlossen, die den anderen Tag unterschrieben werden sollten.

Die besten und am meisten den Sinn der Versammlung betreffenden Reden waren Staatsminister Graf Arnim¹⁰⁹, der am klarsten war, Graf Bressler¹¹⁰, der am entschiedensten für das Recht sprach und Herr von Knebel-Döberitz¹¹¹, der sehr viel statistische Kenntnisse und große Klarheit besaß, und Bismarck, der mit sehr viel richtiger Auffassung und Freimuth sprach.

Ich selber sprach ein paar Worte über die Form der Adressen. Man wollte nämlich anfangs über jeden der drei Gegenstände eine besondere, und zwar wieder in verschiedener Form an König, Ministerium und Nationalversammlung, erlassen; ich schlug vor, sie über alle drei <fol. 4v> Gegenstände zusammen zu fassen, und brachte es wenigstens dahin, daß die beiden letzten zusammen gefaßt würden. Bismarck und Graf Arnim waren unter den Verfechtern meines Antrags.

Erst gegen 11 Uhr waren wir fertig, mit einer zweistündigen Unterbrechung zum Essen, während der ich Bodelschwingh¹¹² und Unruh¹¹³ aus Magdeburg beim Essen begrüßte und nachher mit Landsberg, Merfeldt und dem Offizier Kettler zu Kroll¹¹⁴ fuhr, wo alles in altem Glanz war.

19. August

Früh schrieb ich das Tagebuch nach und ging um 10 Uhr in den Ausschuß¹¹⁵ zur Verfertigung der Adresse wegen der Aufhebung und Ablösung der nutzbaren Rechte, in welche ich für Westphalen gewählt war. Herr von Plötz¹¹⁶, ein Jurist, hatte sie sehr gut verfaßt, ich brachte noch hinein, daß der Bauernstand selbst auf eine particuläre Gesetzgebung zu seiner Aufhülfe am vorigen Landtag verzichtet habe und protestierte gegen ein im Anfang gebrauchtes Parade Pferd: wir wollten gerne auf dem Altar des Vaterlandes alle von uns für nötig erkannten Opfer bringen, aber nur vermöge freier Entschließung, nicht gezwungen. <fol. 5r> Man wollte aber nicht darauf eingehen. Ich wollte nun bei der Berathung in pleno ein emendament¹¹⁷ dahin stellen: „Wir sind zwar weit entfernt, uns von Opfern, welche außerordentliche Zeiten von allen Staatsbürgern erheischen [zu distanzieren] und widerstreben keineswegs der Abänderung nicht mehr zeitgemäßer Rechtsverhältnisse, aber nur, soweit die wirklich nothwendig erscheine und unter unserer Zuziehung auf verfassungsmäßigem Wege erfolgt“. Ich sprach darüber mit Minister Arnim, der seine Unterstützung zusagte, und mit Bismarck, der es aber für unwesentlich hielt. Als aber die Adresse in pleno verlesen wurde, fand gerade diese Stelle sehr viel Beifall, und das Ganze wurde mit allgemeinem Applaus aufgenommen. Ich fürchtete deshalb, einen Zankapfel in die Versammlung zu werfen, denn ich wäre den alten Provinzen¹¹⁸, die Patronat-Patrimonialgerichtsbarkeit pp noch haben, sehr in die Quere gekommen. Ich ging deshalb zu Arnim und fragte, ob er meine, daß ich losschießen sollte. Er rieth ab und da ließ ich's gehen. Freilich nicht ohne mir Vorwürfe zu machen, ob es nicht aus Schwachheit oder Unentschlossenheit geschähe, denn der Punkt erscheint mir höchst wichtig. – Wir wurden mit der Ausschuß Beratung erst gegen 2 Uhr fertig. Ich ging darauf einen Augen-

blick in die Versammlung, die seit 12 Uhr tagte und in welcher Präsident Gerlach eine meisterhafte Rede über die Stellung und Aufgaben des großen Grundbesitzes gehalten haben soll, <fol. 5v> worin er unter Anderem den Gedanken aussprach: „der große Gutsbesitz ist ein Amt“.

Als die Beratung auf den Nachmittag vertagt wurde, traf ich Graf Pourtalés und ging mit ihm zu Eberhard, wo wir Bolko¹¹⁹ und Theodor fanden und zu Mittag blieben. Ich kämpfte gegen Pourtalés die Ansicht durch, daß wir die Revolution nur vom Rechtsboden aus besiegen können, und uns also vor nichts mehr hüten müssen, als vor Mitteln und Wegen, die außerhalb des Rechts liegen. Dieser, wie mir scheint, recht gescheute Kopf denkt aber: Wir sind in der Revolution, und da ist jedes Mittel erlaubt, die Revolution muß durch Revolution vertrieben werden. Die meisten Menschen sind jetzt Homöopathen; sie wollen Gleiches durch Gleiches vertreiben. Ich bin in der Hinsicht Allopath. Ich will das Leiden durch das Entgegengesetzte heilen, und das Entgegengesetzte der Revolution oder der Willkür ist das Recht. Die Schwierigkeit ist nur, sich immer klar zu machen, was Recht ist. Um 5 Uhr ging die Beratung wieder an. Unsere Adresse wurde angenommen, dann die von Arnim verfaßte an den König verlesen. Sie war meisterhaft und erregte allgemeines Beifallrufen. Eine Stelle, wo Hansemann beschuldigt wurde, daß er, aus seiner politischen demokratischen Ansicht, daß der große Grundbesitz im Staate gefährlich sei, alle seine Maaßregeln auf dessen Sturz berechne, schien einigen zu stark und die Beschuldigung übertrieben. Arnim aber erklärte, daß er dieß fern von Animosität, <fol. 6r> aus seiner, durch das lange Zusammenwirken mit diesem Manne, dessen anderweitige Tüchtigkeit er gern anerkenne, gewonnenen Kenntnis seiner Intention geschrieben habe, daß er genau wiße, daß Hansemann wirklich diese Absicht habe und er ihm deshalb mit voller Wahrheit dem Könige gegenüber habe schuldgeben wollen.

Der Punkt wurde genau und mit Unparteilichkeit von beiden Seiten erwogen und endlich fast einstimmig die Beibehaltung des passus beschlossen. Sodann hielt Arnim eine ganz vortreffliche Rede, worin er gewißermaßen sich und sein Ministerium wegen der Vorwahlen rechtfertigte. Damals, als von gewissen Personen der Gesetzesvorschlag, worin von Urwahlen die Rede gewesen, nicht ge-, sondern unterschrieben worden sei, habe man darunter ganz etwas Anderes verstanden, als jetzt. Nur das Zurückgehen auf die unterste Stufe der damals politisch wahlberechtigten Klassen, also in den Städten den Stadtverordneten, auf dem Lande den bauerlichen Besitzer. Auch habe man dabei das Zweikammersystem auch für diese zur Verfassungsberathung berufenen Versammlung vor Augen gehabt. Die Idee, daß auch der Geringste sich bei der Volksrepräsentation vertreten wissen solle, habe man ganz anders verstanden, als jetzt, wo nur die Geringen, die Vornehmeren aber nicht vertreten seien. Als Hansemann mit den jetzigen Ideen darüber hervorgetreten und die 1. Kammer beseitigt, <fol. 6v> hätten sie ihren Abschied¹²⁰ genommen.

Die Rede rief aber nicht so allgemeines Bravo hervor, als ich ihm aus vollem Herzen zurief, denn Arnim hat jetzt eigentlich die allgemeine Meinung der Aristokratie gegen sich; sie halten ihn für mantelträgerisch, schwankend und schwach vermittelnd und geben ihm viel Schuld an der ganzen Kalamität. Ich theile diese Ansicht von ihm nicht, er ist von je her mein Mann gewesen und ist

es auch noch. Er ist nicht Parteimann, sondern berechnet als weiser Staatsmann, der weiß, daß die fortschreitende Zeit, fortschreitende Entwicklung der Rechtszustände, welche bisher bestandene Vorrechte aboliert, nothwendig macht, er berechnet, in wie weit die eine Partei zu viel abolieren, die andere zu viel conservieren will, und macht es dadurch keiner Partei recht, sondern stößt bald die eine oder andere vor den Kopf, während er mitunter in ihr Horn zu blasen scheint.

Nach dem Auseinandergehen der Versammlung gingen wir Westphalen zu Bülow-Cumerow, der uns zu einer Besprechung geladen hatte. Es waren wieder Männer aller Provinzen bei ihm, und er besprach mit uns die ferneren Maaßregeln, bat um Herbeischaffung von Material über die <fol. 7r> verschiedenen zur Sprache kommenden Fragen, und gerierte sich überhaupt ganz wie ein Minister, so daß wir oft in Versuchung waren, ihn mit Exzellenz anzureden. Nachher schlenderte ich mit Örzen unter den Linden, sprach mit einem polnischen Proletarier, der ganz betrunken war, und bei dem mir auffiel, daß er beim Abschiede auf ganz besondere Weise von mir die Hand gedrückt haben wollte, und als ich dieß nicht that, mich ganz eigenthümlich bei der Hand zupfte, worauf er ausrief: *Ach, ich kenne Sie doch beßer als Sie glauben!*

Zuletzt ging ich noch gegen halb 11 Uhr zu Reckes, wo ich Hermann fand, und mit ihm bald heimzog.

den 20ten August

Um 9 Uhr ging ich statt zur Kirche zur Ausschuß-Conferenz zu Bülow-Cumerow, um das Statut zu berathen. Dieß dauerte bis gegen 4 Uhr. Arnim bewährte sich dabei wieder vortrefflich durch seine außerordentliche Klarheit und Gewandtheit. Gerlach strebte offenbar dahin, dem Verein auch in der Politik ein möglichst weites Feld frei zu lassen, und er setzte es auch durch, daß ein Pausus im Entwurf: Der Verein will sich von allen eigentlich politischen Tendenzen fern halten – beseitigt wurde. Ich brachte die Gefahr zur Sprache, die darin liege, wenn wir uns als administrierende Behörde zu gerieren anfangen, weil wir dann, wenn wir Anhang gewönnen, die Regierungsmacht an uns reißen und nicht bloß das jetzige Ministerium und die jetzige Nationalversammlung, <fol. 7v> sondern überhaupt die gesetzliche Staatsgewalt stürzen würden. Gerlach machte mich damit lächerlich, weil wir dazu viel zu schwach seien. Bei der Wahl des Direktoriums wurde Bülow natürlich zum Präsidenten, v. Hagen¹²¹ zum Vicepräsidenten, Graf Pourtalés zum Stellvertreter, und Herr von Arnim, v. Bethmann-Hollweg iun.¹²² und ich zu Sekretairen erkoren. Ich muß nun also schon hier bleiben und mich auf anstrengendes Arbeiten gefaßt machen. Nachdem ich mit Landsberg, Merfeldt, Flage¹²³ und Elsner¹²⁴, Bethmann-Hollweg und v. Arnim bei Meinhardt¹²⁵ gegessen, wobei es mir etwas wundersam schien, daß wir für die Flasche Rothwein 2 Thaler bezahlen mußten, redigierte ich mit Arnim die Statuten, brachte sie zu Bülow-Cumerow und schrieb sie bei ihm noch zweimal ab, für Vereinsmitglieder, die den Abend noch abreisen wollten und in den Provinzen Vereine bilden wollten, da kein Schreiber gleich aufzutreiben war. Bülow machte mir dabei Eröffnungen über unsere Finanzlage, wovon mir die Haare zu Berge standen. Er erklärte Hansemanns pompeuse Uebersicht für eine grobe Lüge, und sagte mir, er, der seit 40 Jahren

beständig in unserer Finanzverwaltung gelebt habe, und sie daher durch und durch kenne, habe den Nachweis geführt, daß unser König seit seiner Thronbesteigung schon 41 Millionen vergeudet habe. Die Finanzübersichten, die erst 56 Mill. Einnahmen nachgewiesen, habe er als um 9 Mill. zu niedrig nachgewiesen, worauf man denn seine Summe von 65 Mill. angenommen. Darauf habe er in der Domänenverwaltung noch ein plus von 1 ½ Mill. entdeckt, und den Minister Stolberg¹²⁶ zu öffentlicher Erwiderung öffentlich aufgefordert, man habe aber geschwiegen und in den Finanzetat, <fol. 8r> welcher dem vorigen Landtage¹²⁷ vorgelegen, endlich die richtige Summe angegeben, nun aber die Übersicht – er zeigte sie mir – auf höchst sinnreiche Weise verwirrt angefertigt, daß sich auch die besten Rechenmeister und Banquiers des vorigen Landtags nicht hätten darin zurechtfinden können. Er habe damals mit Minister Alvensleben¹²⁸ seine Meinung darüber ausgetauscht, der seine Ansicht getheilt habe. Ich dachte: entweder du bist ein heillosen Schurke, oder der König und seine ganzen Ministerien sind solche! Leider muß man fast das letztere vermuthen! Wer dies liest wird gebeten, nicht davon zu sprechen!

Nachher in der Conferenz lehnte noch Bülow die ihm angetragene Betheiligung bei der an den König zu sendenden Deputation mit der Bemerkung ab, daß er dem Könige keine angenehme Erscheinung werde sein können, weil er ihm noch drei Wochen vor der Katastrophe einen sehr starken Brief¹²⁹ geschrieben, worin er auf das unumwundendste ihm die jetzigen Kalamitäten vorher gesagt und die nothwendigen Maaßregeln angedeutet habe, wenn er nicht das Haus Hohenzollern stürzen wolle. Den übrigen Theil des Abends brachte ich bei Eberhard zu, der am anderen Morgen abreisen wollte. Senfft-Pilsach¹³⁰ war bei ihm.

den 21ten August

Von 9 Uhr an Ausschußsitzung. Bülow brachte sein Projekt der Grundsteuer-Ausgleichung zwischen den Provinzen, wobei ein durch Ermittlung der in verschiedenen Gegenden in den letzten Jahren stattgefundenen Preise der Güter gewonnener Maaßstab für die Steuerkraft in Anwendung kommen soll, aufs Tapet. Es wurde lange darüber debattiert. Ich bat so dringend als möglich, diese für jetzt noch ganz müßige Debatte fallen zu lassen und zu wichtigeren Gegenständen über zu <fol. 8v> gehen, wir befänden uns in einer der größten Revolutionen, da müße man alle Kraft darauf richten, die bestehenden Institutionen nur einstweilen aufrecht zu erhalten, bis gesetzliche Ordnung zurückgekehrt sei. Jede Neuerung sei ein neuer Zankapfel für das Volk. Wir hätten genug uns näher liegende Gegenstände der Berathung. Es wurde darauf nach einigen noch hinzugefügten Bemerkungen ohne Beschluß ein anderes Thema, die 18 Punkte des Aufhebungsgesetzes¹³¹, gewählt.

Mittags wollte ich Borries bei Tietz¹³² treffen, fand ihn aber nicht. Schon morgens waren 300 Proletarier vor Mildes¹³³ Haus gewesen, um Arbeit bittend, und nur unter den Linden war es etwas unruhig. Man sah verdächtige Gestalten in emsiger Bewegung mit Mühe von den Schutzmännern zerstreut. Auf dem Cöpniker Felde sollte Held¹³⁴ die Arbeiter vereinen. Kommunistenhüte mit den schwarzen oder rothen Hahnenfedern mit Nummern pp. Es bildeten sich kleine Gruppen, ein Plakat besprach einen Vorfall in Charlottenburg¹³⁵ von Tags

vorher, wo die Republikaner daselbst von den Bürgern tüchtige Schläge bekommen und eine Anzahl von ihnen, worunter ein Schneider, der eine Namenliste derselben hatte, gefangen genommen war. Gegen Abend, wo ich mir die Singakademie¹³⁶ zu besehen ausging, fand ich wenigstens einige Tausend Menschen, aber eigentlich keinen Proletarier, auf dem mittleren Raum unter den Linden versammelt. Bald darauf ließ sich von der Terrasse unter den Säulen des Opernhauses ein Volksredner hören. Alles sammelte sich dort, und die dichte Menge stand bis über die Hälfte des Weges zur Hauptwache, und weiter unten war auch alles voll zahlreicher Gruppen und Neugieriger. Der erste Redner erzählte den Vorfall in Charlottenburg, wie die Demokraten von den Monarchisten, diesen Wölfen, diesen Mördern, überfallen, an den Haaren aus den Häusern geschleift, getreten und <fol. 9r> gemißhandelt worden. Einer, Jacobie, sei todt geblieben usw., ein Anderer erinnerte an all die blutigen Revolutionsversuche seit der Märzrevolution: Trier/Schweidnitz¹³⁷, sprach, daß seit in Paris ihre Partei im Juli schändlich hingeschlachtet worden, den Tyrannen überall der Kamm gewachsen sei, und sagte: was thaten wir, als der erste Vorfall in Charlottenburg war? nichts! Was thaten wir, als Schreckenstein¹³⁸ uns knechtete? Nichts! Soll dieselbe Antwort auch heute gelten? Allgemeines Nein! und Geschrei war die Antwort. Ein Anderer sagte: Unsere Tyrannen, die uns die glorreichen Errungenschaften entreißen und uns auf das Schändlichste knechten, daß ist die niederträchtige Bourgeoisie. Gegen diese muß sich unser Kampf richten. Sie ist gestützt auf das jetzige, revolutionäre Ministerium, dieses Krämerministerium! Es muß stürzen, wir müssen Minister aus dem Volk haben! – Was sie eigentlich wollten, wurde mir nicht recht klaar, ich hörte nur noch den Ruf: Nach den Linden Nr. 74 – Kühlwetters Ministerium¹³⁹ – Alles zog lärmend dahin. Die Masse stand lange scheinbar untätig dort, schrie mitunter, klopfte an die Thür, bis endlich stark dagegen gedonnert wurde. Sie wich, und ich glaubte, nun würde Alles hineinstürzen. Aber nein! man blieb davor stehn, ich konnte jemanden unterscheiden, der noch an der Thür den Hut schwenkte, ihn zuletzt in der Thür auf dem Stock emporhielt. Plötzlich waren doch Einige hinaufgegangen, und ein Redner sprach vom Fenster herunter. Auf! Nach dem Kriegsministerium, um sofort die Freilassung der Gefangenen zu fordern! Nun ging's also zu Schreckenstein. Ich mochte nun nicht länger mitgehen, da die Straßen dort, wenn auch breit, doch nicht weit genug sind, um von den Tumultuanten in gehöriger Entfernung zu bleiben und ging zu Rex, wohin auch Hermann kam. Schreckenstein hatte ihre Deputation <fol. 9v> ablaufen lassen, worauf man zu Auerswald in die Wilhelmstraße¹⁴⁰ zog, dort alle Fenster einwarf, die Rampe vor dem Hause ganz zerstörte, die Gaslaternen zertrümmerte, sodaß die Gasflammen auf der Erde fort brannten, und allen möglichen Unfug verübte. Hier schritten die Schutz Männer ein, und hieben mit den Säbeln dazwischen, worauf die Menge weglief und sich unter den Linden sammelte. Dort wurden an der Seite nach der Behrenstraße¹⁴¹ die eisernen Stangen aus der Brustwehr zwischen Straße und Promenade ausgebrochen, die steinernen Pfeiler großtheils umgestürzt, und dann zog sich der Tumult nach dem Schloß und der Friedrichstraße¹⁴² zu, wovon wir keine näheren Details hörten. Man hörte nach der Gegend noch bis gegen 11 Uhr Geschrei. Die Bürgerwehr, deren Führer zu einem Diner bei Kroll waren, wurde

erst alarmiert, als das Demolieren bei Auerswald los ging, und sammelte sich so langsam, daß auch unter den Linden Alles längst geschehen war, als sie stark genug war, um die Straßen zu säubern. Nachher hielt sie die Straßen besetzt und verhinderte Aufläufe. Sie zieht dann, die ganze Breite der Straße einnehmend vorwärts, die Häuser müssen geschlossen werden, und wer nicht hinein gehört, muß vorn weg gehen.

Ein Schutzmann soll durch einen Pistolenschuß oder Steinwurf getödtet worden sein. Sonst ist nicht geschossen worden. Wir sahen bei Rex die Sache ruhig mit an, daherum standen oft starke Gruppen, man fing an das Pflaster aufzureißen, Herr v. Martens, Gesandter der sächsischen Randstaaten, war auch dort, <fol. 10r> ging aber bald fort, um jemand zu besuchen, und kam nachher um zu erzählen was geschehen. Dort hatte man ihn mit der Frage empfangen, ob er nicht bei Auerswald mit gesteinigt worden. Bei Auerswald war nämlich gerade Gesellschaft gewesen, das ganze diplomatische Corps war dort. Man hatte durch den Garten fliehen müssen. Der Volkshaufe von mehreren tausend Menschen bestand durchgehends nicht aus Arbeitern, sondern aus Menschen in bürgerlicher Kleidung, Studenten, Handwerkern und halbwüchsigen Buben.

den 22ten August

Vor 9 Uhr kam Georg Borries¹⁴³ auf einen Augenblick, und gab mir eine Charte zur heutigen Nationalversammlung, doch konnte ich davon wegen der Ausschußsitzung, die bis halb 3 Uhr dauerte, keinen Gebrauch machen. Wir berieten in derselben das Aufhebungsgesetz bis zu Ende. Es waren wenige Mitglieder zugegen und meist Junge, wodurch die Gründlichkeit wohl nicht eben gefördert wurde, auch wurden zu wenig Details aus den Provinzen beigebracht. Itzenplitz nahm mir das Protokollführen ab, was mir zwar sehr lieb war, da ich mich der Sache nicht so gewachsen fühle, wie er es vielleicht thut, was aber vielleicht deßhalb der guten Sache nicht sehr förderlich ist, weil er immer mit einer Menge juristischer Floskeln und Ausdrücke, die der Zelote nicht versteht, damit um sich wirft; sonst war das Protokoll freilich sehr hübsch gefaßt. Mittags aßen wir bei Rex zur Feier des Geburtstages mit Canitzes und den Seegefelderinnen. Wir hörten dort, daß eine Note von Arago¹⁴⁴ übergeben worden sei, worin Cavaignac¹⁴⁵ die Erneuerung des dänischen Krieges für einen casus belli und sich für einen Bundesgenossen Dänemarks erklärt. Westmoreland¹⁴⁶ hat erklärt, er warte nur noch ein Schreiben seiner Regierung ab, um eine gleiche Note zu übergeben. Canitz wüthete auch gegen Arnim, konnte ihm <fol. 10v> aber nichts vorwerfen, was ich mir nicht recht gut auf andere Weise zu seinen Gunsten erklären kann, wenn ich davon ausgehe, daß er nach seines Veters Friesen¹⁴⁷ fester Versicherung durchaus ein Ehrenmann ist. Aber er hat den Aristokraten des alten Styls seit einigen Jahren durch sein Handeln nach einer, wie mir scheint, sehr richtigen Auffassung der Zeit, zu viel Schaden gethan. Das können sie ihm nicht vergessen, und werfen ihm nun vor, er habe aus persönlichem Haß gegen den König gehandelt, er sei wetterwendisch gewesen, habe bei dem ersten Landtage eine Coalition der Aristokratie verhindert und dergl. m. Nachmittags war es wieder unter den Linden sehr lebhaft, es waren aufrührerische Placate vorhanden, und unter dem übrigen Gesindel

zeigten sich auch kleine Arbeitertrupps, die fest zusammen hielten. Dießmal war aber die Bürgerwehr besser bei der Hand, es war bekannt gemacht, es würde scharf eingeschritten werden, die Konstabler¹⁴⁸ zogen in langen Zügen durch die Straßen, was, wie mir scheint, weniger aufregt, als wenn Militaire kommt, wobei die Massen gleich viel drohender erscheinen. Ueberall war Bürgerwehr aufgestellt und reinigte die Straßen, und so ging es denn mit Lärmen und Umherziehen der Haufen ab, nur wurden unter den Linden einige Bänke zerstört. Abends nahm ich von Landsberg und Merfeld Abschied, die nach Hause reisten, und bat um baldige Ablösung. Dann ging ich zu Reckes, denen ich meinen Schutz während der Unruhen angeboten. Ich fand dort Herrn von Lauer, meinen Examinator¹⁴⁹, welcher bestätigte, daß, wenn es auch jetzt etwas besser zu gehen **<fol. 11r>** schiene, die Noth unter den Einwohnern doch noch sehr groß sei. Und dabei jagt nach den Erzählungen der Tante aus Seegefeld, die mit einer Bürgerfrau gesprochen, ein Fest das andere, die Männer campieren und vertun eine Menge Geld, entwöhnen sich durch den Bürgerwehrdienst der Arbeit, und haben zu Hause nicht satt zu essen. Wo soll das hinaus! Ein Drittel der Bürgerwehr hatte gewünscht, die Waffen abzugeben und den Schutz der Stadt wieder in die Hände des Militairs zu geben, die beiden anderen Drittel aber wollten selbst den Tumult bändigen, und verlangten Canonen. Die Minister haben in der Session der Nat.Vers. den gestrigen Vorfall zur Sprache gebracht, und werden in der nächsten Sitzung ein Tumultgesetz¹⁵⁰ in Vorschlag bringen.

den 23ten August

Morgens besuchte ich unseren Hausgenossen Kranach einige Minuten. Er meinte, die jetzigen Revolten seien ein letzter verzweifelter Anlauf der Demokraten. Diese Ansicht ist hier sehr verbreitet und scheint auch einen nach der offenen Sprache der Volksredner die richtige. Es wird ganz unumwunden zum erneuten Kampf aufgefordert. Heut war die Sprache in einer großen, vom demokratischen Clubb ausgeschriebenen Volksversammlung unter den Zelten, bei welcher ich mit Herrn von¹⁵¹, einem Ausschußmitglied, zuhörte, womöglich noch heftiger. Dowiat¹⁵² und Eichler¹⁵³ sollen unter den Rednern gewesen sein. Fulminante Ausfälle auf das Bourgeois-Ministerium jagten sich. Die Menge schrie: Nieder damit! Der Eine sagte, nachdem er erinnert, wie es seit dem 18. März nicht besser, sondern viel schlimmer geworden: ehe wir uns diesem Krämerministerium unterwerfen, wollen wir lieber mit offenem Visier vor die **<fol. 11v>** Aristokratie hintreten, und ihr sagen, daß ihr Regiment uns lieber gewesen als das der Krämer. „Diese Minister, deren ganzer bisheriger Wirkungskreis vom Comptoire zur Straße reichte!“ Man sagt, wir hätten am 18. eine Revolution gemacht? O nein! Wir hätten den Polizei- und Militairstaat gestürzt? O nein! Seht auf die Heere der Konstabler, welche die wehrlosen Bürger mit ihren Säbeln zerfleischen, seht auf die zahlreichen Regimenter, welche in und um Berlin stehen und überzeugt euch, daß der alte Polizeistaat noch lebt und schlimmer denn je! Aber er wird nicht mehr lange leben! Bald wird die Zeit kommen, wo das Volk Gesetze schreibt. Wir haben im Friedrichshain¹⁵⁴ aus den Leichen der Gefallenen einen Grundstein unserer ewigen Freiheit gelegt. Müßten wir auch noch 300, ja 3000 Leichen darauf thürmen, wir werden

es thun. Allgemeines Geschrei und Bravo. – Aber noch ist's nicht Zeit! Noch müßten wir der Regierung eine ruhige Haltung entgegen setzen, und uns nicht durch erfolglose Demonstration zersplittern. Wenn aber die Regierung unsere Freiheit antastet, wenn sie uns die freie Presse, das freie Assoziationsrecht p. p. nimmt, dann ist es Zeit zum Kampf bis auf den letzten Mann. Vorher schon sagte einer: Ihr habt jetzt 34 Fürsten zu ernähren, die kosten euch 72 Millionen, ein 35ter ist in dem Frankfurter Wechselbalg¹⁵⁵ hinzu gekommen, außerdem tagen drei gesetzgebende Versammlungen zu Frankfurt, Wien und Berlin. Aber Alle berathen sich über Eure Knechtschaft! Alle müssen fort! Als unser <fol. 12r> Brentano¹⁵⁶ in Frankfurt die Einberufung des Volksmanns Hecker¹⁵⁷ forderte und verlangte, daß dieser dem Prinzen von Preußen nicht nachstehe, da erhob sich ein Tumult in der Versammlung. Diese Rechte, die unsere Gesetze macht, stürzte auf ihn zu, Vincke¹⁵⁸ ergriff ihn am Rock. Man warf ihm Pistenforderungen ins Gesicht p. p. Die Menge schrie: Es lebe Hecker! Der Abend verging ruhig.

In unserem Ausschuß wurden laufende Geschäftssachen verhandelt, nachmittags lange über einen Passus einer von Bülow verfaßten Ansprache an das Publikum debattiert, wo er sagt: „Krieg den Sonderinteressen.“ Dieß fand die Hälfte der Versammlung zweideutig und gefährlich. Bei der Abstimmung waren die Stimmen gleich. Bülow behielt sich vor, die Sache noch zu überlegen.

Mittags aß ich mit Borries bei Medings, und sah dort den rothen Demokraten Held. Nachmittags besuchten wir George und gingen mit ihm in den Thiergarten. Er sagte, der Tumultgesetzentwurf werde, wenn er als definitiv vorgebracht werde, jedenfalls, wenn als interimistischer, nicht unwahrscheinlich das Ministerium stürzen. Dann droht eine provisorische Regierung. <fol. 13r>

den 24ten August

Um halb 8 fuhr ich mit unserem Protest nach der Singakademie, und ließ ihn an die Mitglieder der Versammlung vertheilen, sah ihn auch nachher von der Tribüne in den Händen der Abgeordneten, dann ging ich also auf die Tribüne B, zu der mir George ein Billett verschafft hatte, und fand noch in der vordersten Reihe neben zwei freundlichen Herren Platz, von welchen sich der eine bald als ein Landsmann kund gab; ich erzählte ihm von unserem Protest, und gab ihm auf Verlangen ein Exemplar davon. Die Abgeordneten erschienen langsam, und ich konnte mir Einige, wie z. B. Jung¹⁵⁹, Berends¹⁶⁰, Bauer¹⁶¹ – p. p. – von einem Bekannten zeigen lassen. Das Tumultgesetz stand auf der Tagesordnung. Der Präsident entwickelte die Sachlage. Es war erst nach dem Auftritt vor Auerswalds Hause der Entwurf vorgelegt worden, und beim Beginn der Ausschlußberatungen noch kaum in den Händen der Mitglieder gewesen. Aus diesen formellen und anderen materiellen Gründen hatte ein Ausschuß die Berathung abgelehnt, und 2 waren mit ihren Berathungen noch nicht fertig, als die Zeit zur Berathung des Zentralausschusses da war. Dieser wurde deshalb ausgesetzt, und die Sache ohne Berathung in diesem vorgelegt. Die Mitglieder der Linken protestierten deshalb gegen die Berathung wegen Verletzung der Geschäftsordnung, der Präsident gestand diese Verletzung ein. Einige sprachen auch für die Dringlichkeit des Gesetzes z. B. wegen der schamlosen Aufwiegelungen, die jetzt wieder stattfanden. <fol. 13v> Auerswald erklärte,

daß es auf einige Tage nicht ankäme, wenn nur von der Versammlung der beste Wille anerkannt würde, das öffentliche Vertrauen durch entschiedene Mittel wieder her zu stellen, und so wurde denn die Berathung, um die Form halber nachzuholen, auf Montag vertagt. Die eigentliche Sache aber war nach dem, was ich von George wußte, daß die Vorlage so mangelhaft und prinziplos war, daß sie unter keinen Umständen von der Versammlung als definitives Gesetz angenommen wäre, und daß, wenn auf der heutigen Berathung bestanden werde, der Sturz des Ministerii und eine provisorische Regierung drohte, – Eine sehr anständig gekleidete Dame wünschte noch mit auf unserer Bank Platz zu nehmen, auf der wir jedoch den einzigen noch leeren Platz neben mir schon einem Anderen reserviert hatten. Wir lehnten dieß unter Angabe des Grundes trotz wiederholter Bitten und Ausfälle auf unsere Unhöflichkeit ab. Da stieg sie ganz munter über die Lehnen weg, da sie nicht anders hinzu konnte, und war da, und worauf ich ihr erklärte, wir würden sie nur aus dem Grunde sitzen lassen, weil wir nicht gesonnen wären, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben.

Ich ging nach Beschlußnahme über das Aufbruchgesetz in unseren Ausschuß. Vor der Thür schon begegnete mir Präsident Arnim mit dem Ausruf: „Die Ansprache an das Publikum ist ganz geändert und ganz auf's politische Feld gegangen! Er war darüber sehr unzufrieden. Richtig hatte Bülow, obgleich wir Tags zuvor seinen Entwurf bis auf einige Konstruktionsfehler und den Ausdruck: „Krieg den Sonderinteressen!“ schon genehmigt hatten, die Einleitung ganz geändert und darin unter Anderem ausgesprochen, Preußen sei aus der <fol. 14r> Reihe der 5 Großmächte ausgeschieden, und gutgeheißen, daß es sich dem Reichsverweser unterordne. Mit aller Mühe wurden diese Redensarten ausgemerzt. Ich erklärte, daß ich den Ausschuß, ehe nicht, wie anfangs verabredet worden, die fehlenden Mitglieder zurückgerufen seien, zur Berathung der ganzen Aussprache, die ich für zu wichtig hielt, nicht kompetent hielt; man erwiderte mir, eine solche Aussprache sei aber augenblicklich dringend nöthig, um das Publikum über unsere Tendenzen aufzuklären, Bülow sagte, er werde von jedem auf der Straße darauf angedet. Ich meinte, man müsse das Publikum nicht durch schöne Worte gewinnen wollen, das ginge auf den Stutz nicht. Man solle sein Recht verteidigen und thun was man für Pflicht halte, und sich um das Publikum gar nicht scheren, dann würde man es eher gewinnen, als so. Als Alles nichts half, erklärte ich, daß ich mich jeder Abstimmung hierüber enthalten müßte, ließ dieß aber nachher fallen, als man in Folge dessen wenigstens an unserem gestrigen Beschlusse fest hielt, die neuen Abänderungen verwarf, und nur noch den Ausdruck: „Krieg den Sonderinteressen“, vornahm. Ich schlug vor, stattdessen zu setzen: „Gleicher Schutz für jedes Recht!“ Man beliebte aber: „Gleiche Rechte nach Verhältniß der Pflichten!“ was ich wieder für zweideutig und nicht erstrebbar halte. Auf die Tagesordnung hatte Bülow gesetzt: Berathung über Zuziehung von Vertrauensmännern aus allen norddeutschen Handelstädten. Er wollte, diese sollten schon auf den ersten September einberufen werden, <fol. 14v> und wir brachten es mit Mühe dahin, daß der Vorschlag zur nächsten Sitzung vom Präsidio näher vorbereitet werden soll. Diese verschiedenen Zweideutigkeiten, listigen Maneuvers und weit aussehende Pläne haben sie dahin gebracht, daß ich Bülow auch nicht im Mindesten mehr traue. Ich fürchte, er ist ein alter Kujohn, der tiefen Haß gegen den

König – diesen verheimlicht er gar nicht – und sowohl das frühere als das jetzige Gouvernement durchdrungen und von Eitelkeit und Selbstüberschätzung gespornt, den Verein zur Erreichung selbstsüchtiger Zwecke, Sturz oder doch Schwächung des Staates und Befriedigung seiner Leidenschaften benutzen will. Er hat aber nicht das Zeug dazu, denn bloße List und Klugheit reicht nicht aus. Aber wohl wird es ihm binnen Kurzem gelingen, eine gedeihliche Wirksamkeit des Vereins unmöglich zu machen. Dabei präsidiert er grundschlecht und der Vicepräsident wenig besser, hat bis jetzt noch nichts gethan, um einen ordentlichen Geschäftsgang herzustellen, und es weiß daher noch keiner recht, wer Koch oder Kellner ist, und wo die Sache hinaus will.

Alle diese Ueberlegungen bewogen mich, einen ganz offenen, vertrauensvollen Brief darüber an den Minister Arnim zu schreiben, und ihn zu bitten, zur nächsten Sitzung herzukommen, um Bülow die Spitze zu bieten. – Mittags reiste Hermann ab. Ich aß bei Reckes mit Fritz Seegefelfeld¹⁶² und Schlippenbachs¹⁶³. Nachmittags besuchte ich <fol. 15r> Kaiser¹⁶⁴, unseren Abgeordneten, verfehlte ihn aber, und besah mir dabei die breite Straße und die d'Heurensche Konditorei, welche mit Kugeln wahrhaft gespickt war. Fritz Seegefelfeld, der mich begleitete, erzählte mir von seinen Erlebnissen in jener Nacht. Er war in der Königsstraße¹⁶⁵ mit gewesen, wo aus allen Häusern geschossen wurde, jedoch mit merkwürdig wenig Erfolg. Dort hatte man überall die Fenster mit Nasen ausgebaut, große Massen von Steinen in die Häuser geschafft, und auf den Fensterbänken fanden sich große Vorräthe an Pulver und Kugeln. Beim Herausmarsch nach Rückziehung der Truppen am 19ten war er an der Seite seines Zuges von einer Menge Vorübergehender angespuckt worden.

Abends war alles ruhig, die Menge war wohl beim Stralauer Fischzug¹⁶⁶. Nur ein Konstabler soll unter den Linden arg mißhandelt worden sein – doch von solchen Kleinigkeiten spricht man nicht! Man sagt jetzt, die Revolution sei auf Sonntag und Montag verschoben. Die Bürger sollen, wenn es loß geht, ihre Häuser verschließen, damit das Gesindel auf den Straßen bleiben muß und der bewaffneten Macht nicht entgehen kann. Wer von der Bürgerwehr nicht Lust hat, auf das Volk zu feuern, soll ganz Zuhause bleiben dürfen. Die Auftritte in Charlottenburg sollen für die Zuschauer doch sehr empörend gewesen sein. Edgar Bauer z. B. soll man den halben Bart ausgerissen haben. Das sind allerdings schändliche Roheiten, aber was soll das ungebildete Volk machen, wenn <fol. 15v> die Staatsgewalt ihm keinen Schutz gewährt, gegen Republikaner und Anarchisten? Dann hilft es sich selbst, und vermöge seiner hohen politischen und moralischen Reife nicht eben mit zarten Mitteln. Abends erhielt ich einen Brief von Vater.

den 25ten August

Morgens erhielt ich Gegenbesuch vom Kommercianten Kaiser, wobei ich wieder Gelegenheit hatte, mich über sein gesundes Urtheil zu freuen. Er blieb wohl eine halbe Stunde, und wir sprachen über alle mögliche Zeitfragen: Beraubung der Gutsbesitzer, wobei er den Wunsch aussprach, die Gutsherren mögen Heimfallsrecht und Weinkauf aufgeben, Trennung der Schule von der Kirche¹⁶⁷, die jetzt in den Abteilungen beschlossen ist, Kommunal-Ordnung usw. Den Entwurf derselben ließ er mir zurück, um darüber später gründlicher

zu sprechen. Ich ging nachher zum Minister Giercke, um unseren Protest zu übergeben, fand ihn aber nicht, und ließ meine Adresse da, mit der Bitte um eine Audienz. Dann ging ich aus, um Graf Bressler und Präsident v. Arnim aufzusuchen und mit ihnen Komplott gegen Bülow zu machen, fand sie aber nicht. Um 12 Uhr fuhr ich nach Potsdam, um die Adresse an den König zu übergeben; ich fand Keller¹⁶⁸ zu Haus, und er versprach, die Eingabe den nächsten Morgen zu übergeben, wo der König sie sich dann von der Königin vorlesen zu lassen pflege. <fol. 16r> Keller erzählte mir höchst interessant von den verhängnißvollen Vorgängen am 18ten. Der König ist danach von einer Menge Deputationen ihm bekannter Prediger, die sich vor ihm auf die Knie warfen und seine Knie umklammerten, zur Aufgebung des Kampfes angefleht worden, hat aber immer zur Antwort gegeben, sie möchten ihren Einfluß zuvor beim Volke verwenden, daß es die Barrikade wegräume. Dann sei Vincke¹⁶⁹ gekommen, habe geschildert, wie es keine Revolte, sondern eine mächtige Revolution sei, darin die Truppen es nicht mehr lange halten könnten – dieß hat daß höhnische Lachen der Generale hervorgerufen – der König hat ihn dann in ein Fenster gezogen, sich noch länger mit ihm beredet, und ist hierauf mit diesem letzten Eindruck in sein Zimmer gegangen, wo er dann die Proclamation an meine lieben Berliner geschrieben hat. Bodelschwingh¹⁷⁰ ist damals schon ganz erschöpft nach Haus gegangen gewesen, der König hat ihm die Proclamation geschickt, um daran nöthigen Falls noch zu ändern und sie zum Druck zu befördern. Er hat überlegt, daß es für den Augenblick unmöglich sei, zum Könige zu gehen, um sie cassieren zu lassen, da es mitten in der Nacht sei, und daß er die Verantwortung nicht übernehmen könne, auf eigene Hand sie zu unterdrücken oder zu ändern, und er hat deshalb den königlichen Befehl ohne Weiters ausgeführt, sie selbst in die Druckerei getragen, und die ersten Exemplare angeheftet. Er ist darauf in Generalsuniform, den Tod suchend, an die Barrikaden herangegangen. Auch am 19ten ist noch immer vom Könige vorausgesetzt worden, daß die Truppen erst abzögen, wenn die Barrikaden <fol. 16v> fortgeräumt würden, und das frühere Abziehen ist ein Mißverständnis gewesen. Der Befehl hat gelaute, die Truppen sollten in ihre Positionen zurückkehren und demnächst in die Kasernen abziehen. Daß demnächst ist irrthümlich so verstanden worden, als sollten sie abziehen, sobald sie sich gesammelt hätten. Graf Schwerin¹⁷¹ hat zuerst die dreifarbigte Fahne aufs Schloß gesteckt, und wer die Fahne herbeigeschafft hat, die dem Könige, ganz gegen seinen Willen, bei dem ominösen Umzug vorangetragen ist, weiß man noch nicht. Der Verfertiger hat jetzt die Rechnung an das Großmarschallamt eingeschickt, und Keller die Zahlung verweigert. So findet sich vielleicht noch der Besteller. Weil dieser Umzug gegen den Willen des Königs geschah, so erklärt sich daraus seine mündlich während desselben vielfach ausgesprochene Verwahrung gegen eine darin seinerseits liegende Usurpation. Auch Keller ist gegen Arnim eingenommen, er legt ihm viele der revolutionären Rechte, die wir jetzt haben, zur Last, und hält ihn für sehr eitel. Daß der König die Minister noch dulde, erklärt er daher, weil man keine Anderen habe. Er sprach von Oberpräsident Bornemann¹⁷² und dem Magdeburger Bodelschwingh¹⁷³ als besonders wichtigen Leuten. In Bezug auf Letzeren, konnte ich dieß nur bestätigen. – Ich aß mit Jenny¹⁷⁴ und den Kindern, die ein sehr <fol. 17r> lebendiges, ja wildes Völkchen sind.

Nachmittags plauderten wir noch bis nach 4 Uhr, und fuhren zusammen in die Stadt, wo sie mich bei Bolko absetzte. Mit diesem und Heinrich brachte ich bei Letzterem den Abend zu, und hatte durch Heinrichs Klavierspiel einen großen Genuß. Ich fuhr mit Herrn v. Senfft-Pilsach, dem Wiesenriesler¹⁷⁵, hierher zurück. Bolko sagte mir beim Einsteigen, ich möchte Senffts Namen in dem coupé nicht nennen. Auch Costenoble fuhr mit. Auf diesen scheint man auch sehr große Stücke zu halten. Ich warnte Keller dagegen, weil es ein Geheimer Rath sei. Ich fand hier einen Brief von Vely¹⁷⁶ der um meine Adresse bittet, und beantwortete ihn gleich.

den 26ten August

Morgens kam Kommerçant Kaiser, um mit mir über die neue Gemeindeordnung zu sprechen, er mußte aber bald wieder zur Sitzung gehen. Nachher las ich dieses Gesetz mit den Motiven durch. Es ist m. E. erbärmlich, und die Motive sind oft schlechter wie gar keine. Zu unserer Ausschußsitzung, die durch einige zurückkehrende Mitglieder gewachsen war, unter denen aber Minister Arnim sich nicht befand, mußte ich wieder gegen den Herrn Präsidenten auftreten, indem er ohne Zuziehung des Direktorii im Namen desselben Schreiben erlassen hatte. Man gab mir recht, und ließ die Sache mit Beziehung darauf, daß die Berathung der Geschäftsordnung morgen beginnen solle, fallen. <fol. 17v> Ich saß mit mehreren Herren vom Ausschuß bei Meinhardt, und amüsierte mich recht gut. Es war in unseren Verhandlungen die Frage über Gewinnung tüchtiger Federn verhandelt, und ich hatte mich dagegen erklärt, daß man Leute, die keine eigene Gesinnung hätten, sondern jedem dienten, der ihn bezahlte, für unsere Sache durch Geld in Bewegung setze. Ich wollte, nur solche sollten für uns schreiben, die es aus Ueberzeugung thäten, fiel aber damit durch. Mittags bekämpfte mich darüber sogar mein guter Freund Buddenbrock, mit dem ich neulich die Volksreden gehört hatte, und meinte, das seien Jugendideen; wenn man älter werde, so werde man in dieser Beziehung jesuitisch, und nähme es mit solchen Mitteln nicht so genau, wenn sie nur praktisch seien. Ich erklärte dagegen, daß ich gerade die reinsten Mittel auf die Dauer auch für die praktischsten halte. Mein Nachbar, ein Rittmeister aus Schlesien, gab mir recht. Auf der anderen Seite war Oberpräsident Meding¹⁷⁷ mein Nachbar. Um 5 Uhr hatte ich Audienz bei Minister Giercke, und überreichte unseren Protest. Ein Exemplar desselben lag schon auf seinem Tische. Er ist ein gelbblonder Mann mittlerer Größe, von etwa 45 Jahren, sieht nicht sehr geistreich, aber wohlwollend aus, und erschien mir auch in der Unterhaltung so. Ich war gerade eine Stunde bei ihm. Er erkannte das Unrecht, was uns geschieht, sehr wohl an, und fand es ganz recht, daß wir uns mit aller Kraft wehrten, nur empfahl er Vorsicht. Er meinte aber, es sei nicht zu halten, die Wähler <fol. 18r> seien zu mächtig, nachdem einmal die Vorgänger die Concessionen angebahnt, könne man nicht mehr zurück. Er kämpfe jetzt nur dafür, daß uns der Staat 2% zu den 18 zulege, und daß wir statt der Rentenbriefe baar Geld bekämen. Mit Beidem kann er aber nicht durchkommen, weil es unpraktisch ist. Er meinte, die Sache stände überhaupt sehr schlimm, hatte aber doch große Angst vor energischen Mitteln, als ich ihm sagte, das Beste sei, wenn sie eine gute Portion Kartätschen kauften. Er war gar nicht davon zu überzeugen, daß

es in den Provinzen nicht so schlimm aussehe, als man hier denke. Er sagte, die Fäden der Wühler seien so weit verbreitet und so schändlich, fest und geschickt geknüpft, daß nicht viel zu machen sei. Beim Abschiede sagte er, es werde ihm lieb sein, Material von mir zu bekommen und wir schieden mit einem herzlichen Händedruck. Ich beklage, daß er nicht Gerichtsdirektor geblieben, was er vorher gewesen, denn auf diesem Posten würde er sich und Andere glücklich gemacht haben, wogegen er als Minister vollkommen untauglich ist. Ich ging nachher etwas im Thiergarten, und Abends ein Stündchen zu Tante Reck. Dann schrieb ich Briefe.

den 27ten August

Um 8 Uhr ging ich zu Bülow und von da mit dem Directorio zur Audienz bei Auerswald. Dieser sieht ehrwürdiger aus, als die anderen, aber es fehlt seinem Gesicht wie seinem Charakter der Ausdruck der Energie, dieser Mangel war auch in unserer Audienz recht zu fühlen. <fol. 18v> Er warnte uns vor Angriffen auf die Staatsgewalt und klagte, daß die Regierung durch uns schon sehr geschwächt sei. Wir verwahrten uns dagegen daß wir die Staatsgewalt schwächen wollten, und meinten, unsere Angriffe gälten nur den das Recht verletzenden Maaßregeln des Ministerii und der Versammlung. Er ließ uns sonst unserer Vereinigung nicht bloß Gerechtigkeit, sondern auch Anerkennung widerfahren; er wünschte selbst, daß wir alle uns verletzenden Punkte recht gründlich zur Berathung bringen und in's Licht stellen möchten. Auch er machte gerade dem Adel den Vorwurf, daß er die Kalamität verschuldet durch Annahme des Wahlgesetzes auf dem Landtag und durch mangelhafte Wahlumtriebe. Ersteres mußten wir zugeben. Doch trägt die damalige Regierung, welche die Vorlage gemacht hatte, wohl noch mehr Schuld, denn der Landtag nahm das Gesetz an, allerdings wider bessere Ueberzeugung, aber um die Regierung nicht in einem Augenblick zu stürzen, wo der ganze Staat umzustürzen drohte.

Er sagte, es nahe eine ernste Entscheidung, im Kampf mit der Demokratie. Wir waren fast eine Stunde <fol. 19r> bei ihm, und schieden, wenn auch ohne Erfolg, doch mit dem Bewußtsein, daß wir mit einem wohlwollenden Mann zu thun haben. Gegen Hansemann sprachen wir uns sehr entschieden aus, Auerswald aber nahm ihn in sofern in Schutz, als seine Absicht nicht revolutionär sei. Das verstanden wir nicht recht.

Nachher hielt das Directorium Konferenz über die Geschäftsordnung. Ich besuchte Mellenthin¹⁷⁸ wegen der Jagdfragen; er fing von selbst von meinem Auftreten gegen Bülow an, und lobte es als zweckmäßig und nothwendig, benahm mir aber den Verdacht, als meine es Bülow nicht ehrlich. Seine Absichten seien von je her stets ehrenhaft gewesen, nur sei er zu hitzig und lebendig und zu strebsamen Geistes, und bedürfe deshalb durchaus des Regulators. Ich aß bei Reckes mit Canitz, nachdem ich vorher mit Herrn¹⁷⁹ auf dem Kasino¹⁸⁰ eingeführt war, wo man die Zeitung lesen kann und die crème der Diplomatie und die haute volée kennen zu lernen Gelegenheit hatte. Auch war ich vor Tisch ½ Stündchen bei Borries, denen ich einiges aus meiner Beantwortung des offenen Briefes Vinckes vorlas. Fritz opponierte, d. h. meist ohne Gründe, er meinte in der Regel, er könne das und jenes nicht zugeben. Bodo aber verstand mich und war meist meiner Meinung. Ich will heut den Versuch

machen, das Ding drucken zu lassen. <fol. 19v> Nachmittags ging ich erst nach Haus und gegen 6 Uhr zu Präsident von Arnim wegen der Fideikommißfrage, Mellenthin kam auch hin, und so blieben wir zum Thee, und besprachen die Zeitereignisse. Arnim ist ein sehr lebhafter alter Mann. Seine Familie aber kam mir etwas wunderbar vor. Die Frau ziemlich ordinär. Der Sohn kam gerade von Frankfurt a. M. an, eine wunderbare Erscheinung. Seine Stiefmutter nannte ihn Sie.

Auch ein alter echt preußischer, allen Neuerungen fast feindlicher Vetter war da. Man hat einen Waffen- und Munitionsvorrath der Demokraten entdeckt. Heute Abend war es ruhig. Die Linke in der Nationalversammlung soll schon mehrere Versuche gemacht haben, sich mit uns gegen das Ministerium zu verbinden, was wir aber natürlich abweisen, denn wir wollen keine schlechten Mittel, und unser Bund würde doch nicht lange dauern. Abends ging ich einen Augenblick zu Reckes, und schrieb dann Briefe.

den 28ten August

Morgens Direktorialsitzung, worin die Geschäftsordnung endlich beschlossen wurde, dann arbeitete ich an der Steuergesetzfrage, worin ich zu referieren habe, und wobei ich auf die Ansicht kam, daß die ganze Grundsteuer wegfallen und eine Vermögenssteuer an die Stelle treten muß, wofür ich auch die praktische Form gefunden zu haben glaube. Ich aß mit Mellenthin, Hagen und Banck¹⁸¹ im Hôtel des Princes. Von 5 bis 9 Uhr war Ausschußsitzung. <fol. 20r> Abends nahm ich von Herrn von Roth aus Schlesien Abschied, den ich sehr schätzen gelernt, und den ich ungern scheiden sah, weil er sehr viel Verstand und gesundes Urtheil hat. Es standen überall zahlreiche Gruppen, und durch die Friedrichstraße zog ein Trupp, einen Menschen in der Mitte, dem der Kopf verbunden war, und rief: „Man hat im Kastanienwäldchen¹⁸² geschossen, dieser ist verwundet! Nur hat keiner Muth, wo es drauf ankommt!“

Keine Bürgerwehr, kein Schutzmann war zu sehen, um diese Rotte von etwa 20 Menschen zu arretieren!

Weitere Excesse kamen, so viel ich gesehen, nicht vor. Noch um 10 Uhr standen überall die Gruppen. Solche Gruppen bilden sich immer um die Sprecher, welche in der Regel fast verdächtig aussehende Menschen sind. Diese schwatzen von allerhand Dingen, machen Späße, und geben das Gericht der Aufwiegelung oft mit ganz unscheinbarer Sauce. So sagte gestern einer: „Ich errichte morgen eine Restauration, da gibt's zum Frühstück einmarinierte Minister.“ Das Weitere verstand ich nicht.

Ich ging auf einen Augenblick zu Tante Reck, und nahm von ihr Abschied, da sie den anderen Morgen nach Schlesien reisete. <fol. 20v>

den 29ten August

Um 9 Uhr Direktorialsitzung, um 11 Uhr Ausschuß. Die Nachricht von dem nahen Abschluß des Waffenstillstandes¹⁸³ mit Dänemark, welches die Bedingungen bereits genehmigt hatte, erweckte große Freude. Es wurde ein Aufruf, der schon vorbereitet war, zur Berathung gestellt, der vielleicht sehr wichtige Folgen haben kann, nämlich an Handel und Industrie von Norddeutschland, unsere Versammlung mit Vertrauensmännern zu beschicken, zur gemeinschaft-

lichen Berathung der Handels- und Verkehrs-Interessen. Diese Berathung soll am 15ten September beginnen. Der Plan ist großartig und vielleicht nothwendig, aber es fragt sich, ob wir der Aufgabe gewachsen sind. Die Hauptsache wird freilich sein, daß Schutzzöllner und Freihandelsmänner einmal sich gründlich gegeneinander aussprechen, und da brauchen wir unserer Seits eben nicht viel Grips mit zu bringen. Das Material ist von Bülow bereits vorbereitet und soll von einer Fachcommission noch mehr verarbeitet werden.

Der Aufruf wurde nach langer Debatte angenommen. – Ich erhielt heut Antwort von Minister Arnim, der meinen Brief zu spät erhalten, in dem ich ihn fälschlich nach Boizenburg an der Elbe geschickt hatte. Er erklärte sich mit **<fol. 21r>** meiner Ansicht ganz einverstanden und machte einige Andeutungen, worauf es zunächst ankommen und was bei der Nationalversammlung durchzusetzen wäre. Unwohlsein verhindere ihn, schon jetzt gleich zu kommen.

Ich aß wieder mit den Pommern im Hôtel des Princes, las dann Arnims Schrift über die Stellung Preußens zur Zentralgewalt, die mir ganz besonders gefiel, und machte dann einen Besuch bei Borries, denen ich meine Antwort auf Vincke's Brief vollends vorlas. Abends war wieder bedeutender Lindencubb¹⁸⁴, doch fielen keine Excesse vor. Die Aufwiegler von abends vorher haben durch das Volk selbst zuletzt ihr Fett bekommen. Man hat die Wunde sehen wollen, und dabei heraus gekriegt, daß es Betrug, und die Leute tüchtig durchgeprügelt. Ein Andrer, der ausgesprengt war, habe geschossen, ist von einem gewöhnlichen Bürger, der gesehen, das der Schuß von einem Straßenjungen geschehen, der Unwahrheit überführt und dann von den Umstehenden in den Rinnstein geworfen worden. So muß es nur öfter kommen! Die Bürger kommen überhaupt sehr zur Vernunft. Das Soldatenspiel, namentlich der Wachdienst **<fol. 21v>** ist ihnen höchst lästig, und es ist zu erwarten, daß sie bald, vielleicht noch ehe das Bürgerwehrgesetz fertig wird, die ganze Geschichte aufzugeben zu dürfen bitten.

Ich erhielt Briefe von Haus mit einer Einlage von Ernst¹⁸⁵, worin mir eine Bemerkung über meine Vermuthung der politischen Richtung von R. Barre¹⁸⁶ auffiel. Ernst erzählt, Barre habe bei einem großen Sängerfest, als man ein Hoch auf den Reichsverweser ausgebracht, mit Begeisterung sein Glas ergriffen und unserm Könige, dem wir alle jetzigen Errungenschaften verdankten, der mit dem großen Beispiele allen Fürsten vorangegangen und den May¹⁸⁷ angebahnt, der Preußen und Deutschland angebahnt, ein Hoch gebracht, das mit Begeisterung aufgenommen sei. Ernst setzt hinzu: Das war R. Barre, den Wilhelm verschreit und ihn kaum eines Blickes würdigt! O Ihr Gutmüthigen, kurzsichtigen Thoren! Macht doch endlich die Augen auf, erwacht aus Euren utopischen Träumen und seht die Sachen wie sie sind, nicht wie Ihr wünscht, daß sie sein möchten! Welches sind denn die bisherigen Errungenschaften? Zeigt sie mir doch! Denn das, was die besonnenen Männer, **<fol. 22r>** welche sich nicht vom Rausche des Augenblickes verwirren lassen, für Euch mit Gottes Hülfe vielleicht nach jahrelangem Kampf erringen werden, könnt Ihr noch nicht als Errungenschaft betrachten. Hat das moralische Wohl des Volkes gewonnen? O nein! Was haben wir denn errungen? Die Freiheit! Ja, aber eine Freiheit, welche zehnmal härtere Knechtschaft auf dem Fuße folgen wird, einen constitutio-

nellen König. Aber noch keine Konstitution. Wie könnt Ihr jetzt jubilieren und glauben, Ihr hättet's an allen 4 Zipfeln, während Ihr noch gar nichts habt! Wir sind einer Despotie des Königs, des Heeres oder des Pöbels viel näher, als wahrer Freiheit, wir sind der Prostitution viel näher, als der Konstitution, denn wir prostituieren uns bei Berathung der Konstitution auf das Heilloseste. Wir sind einer sicilianischen Vesper¹⁸⁸ vielleicht näher, als einer Zeit, wo man mit Recht Feste feiern, frohe Lieder singen und Toaste ausbringen möchte. Wenn wir jetzt feiern und jubilieren, so werden wir vielleicht unser ganzes übriges Leben in Knechtschaft und Elend verseufzen! <fol. 23r>

den 30ten August

Morgens fiel die Sitzung aus. Ich arbeitete an meiner Steuerfrage, hatte einen Besuch von Kaiser, mit dem ich über mancherlei Dinge sprach und mich auch seines vernünftigen Urtheils freute. In der Jagdsache ist er für Ablösung.

Ich aß im Hôt. des Princes, las und arbeitete wieder bis nach 7 Uhr, ging spazieren, besah mir Unter den Linden die Gruppen, und ging früh heim. Ein Reisender erzählte, daß von Jüterbock Artillerie hergeschafft werde.

den 31ten August

In der Ausschußsitzung hatten wir ein *démêle* zwischen Banck und Itzenplitz über die gestrige Kommissionsverhandlung über das letzte Referat. Itzenplitz war sehr kathegorisch und rücksichtslos gegen Banck verfahren, und hatte in der Form, auch der Sache nach entschieden Unrecht. Dieß wurde auch von der Versammlung anerkannt. Bülow forderte dabei als Präsident zur Abwehr persönlicher Animosität wegen Meinungsverschiedenheiten auf. Mittags saß ich bei Meinhardt, unserem Rittmeister Bessler gegenüber, der eine Schnurre nach der anderen erzählte. Vor Mittag schon war Hermanns Freund Waldow <fol. 23v> angekommen und war im Begriff, mich, als ich vor Tisch nach Hause kam, in der Meinung, ich sei Hermann, mit einem kleinen Kopfhieb zu empfangen. Er war sehr betrübt, Hermann nicht mehr zu sehen, erzählte mir allerlei und ging dann zum Essen.

Abends ist er wieder abgereiset. Den Abend hatten wir von 8 bis 10 Uhr Kommissionssitzung über die Jagdangelegenheit.

den 1ten September

Von 10 bis 2 Uhr Ausschußsitzung, in welcher die Frage über Kreditinstitute vorläufig berathen wurde. Mittags bei Meinhardt. Ich hatte hier eine lange Disputation mit einem hiesigen Aristokraten, der in Arnims Schrift eine juristische Unrichtigkeit und grobe Lügen fand. Für erstere erklärte er den Satz, daß die hiesige Nationalversammlung nicht competent gewesen sei, um über die Selbständigkeit Preußens oder dessen Unterordnung unter den Reichsverweser, zu berathen, denn dieß gehöre zur preußischen Verfassung. Ich aber wollte unter preußischer Verfassung nur das Verhältnis zwischen König und Volk in Preußen, nicht das Verhältnis Preußens zu einem Reichsoberhaupt oder in einem Bundesstaat verstanden wissen. Für letztere erklärte er seine Ansicht über Urwahlen worunter man eben nichts anderes verstehen könne, als was jetzt darunter – dieses beiläufig – verstanden werde, und das, was er über die Zeit seiner

Wirksamkeit im Ministerio sagte. Wieder die alte, soviel ich beurtheilen kann, ungerechte, zum Theil <fol. 24r> voreilige Animosität gegen ihn. Er ist ihnen zu parteilos und zu klug; beides können sie ihm nicht vergessen. Nachmittags hatte ich einen langen Besuch von Fritz Borries, der mit meiner Idee über die Steuern einverstanden war, und schrieb dann einen Brief an Bussche-Münch¹⁸⁹, um die Deputation unseres Vereins zu retten.

Abends fanden sich, der Verabredung gemäß, die meisten Ausschußmitglieder zur gemeinschaftlichen Unterhaltung beim Abendbrodt in Meinhardts Lokal zusammen, und wir unterhielten uns recht interessant bis nach 11 Uhr. Ich fand bei Herrn de Lavergne-Peguilhen¹⁹⁰, einem namhaften Schriftsteller im Felde der Volkswirtschaft, ganz andere, aber mir nicht verständliche Ansichten über das Besteuerungsrecht. – Mittags war wieder ein großes aufrührerisches Placat, welches im Nothfall zur gewaltsamen Beseitigung der Konstabler aufforderte, von Held unterschrieben, an den Straßenecken, doch paralysierte ein tüchtiger Landregen die ganze Wirkung. Der Lindenklubb fiel aus.

den 2ten September

Morgens war keine Sitzung und ich konnte daher ruhig an meinem Steuergesetz arbeiten. Nach Tisch ging ich gleich wieder dran, und brachte den Abend von 9 Uhr an in der gestrigen Gesellschaft zu. Man sprach über einen <fol. 24v> Ausschuß an das linke Zentrum. Itzenplitz war in der Versammlung dieser Partei gewesen und hatte lange mit Rodbertus¹⁹¹ gesprochen. Dieser hatte erst gemeint, wir verfolgten revolutionäre Tendenzen; als ihm aber Itzenplitz unsere Absicht und unseren Standpunkt entwickelte, hatte er erklärt, das seien ganz seine Ansichten: Aufrechterhaltung des Rechtsbodens in allen Konsequenzen. Geködert durch diese Sympathie, die vielleicht auch eine fingierte ist, wollen die Menschen nun gleich sich an diese Leute anschließen. Ich bin ganz dagegen, daß wir uns gemeinschaftlich – was Eingaben für sich thun, ist gleichgültig – gar nicht mit Theilen einer Versammlung abgeben, die einmal nichts taugt und die fort muß, wenn etwas Vernünftiges aus der Versammlung werden soll.

den 3ten September

Es war keine Ausschußsitzung, ich beendigte mein Referat über die Steuergesetzgebung, besuchte dann Peguilhen, um mir sein versprochenes Buch über die Landgemeinde in Preußen zu holen, und fand seinen Bruder, Deputierten zu Frankfurt bei ihm. Mittags aßen wir sämmtlich im Hôtel du Nord, wo es uns recht gut gefiel. Nachmittags besuchte ich Sack machte mit ihm einen Spaziergang im Thiergarten. Unter den Zelten¹⁹² war wieder Volksversammlung <fol. 25r> und der Demokrat Karbe¹⁹³ redete gerade. Er sprach aus, das Volk wolle kein Blutvergießen, es werde deshalb nur verteidigend verfahren. Wenn man aber von der anderen Seite das Blutvergießen anfangen, dann würden sie auch Blut vergießen.

Dann ging ich zu Graf Bressler, zu dem ich täglich mehr Verehrung und Hochachtung gewinne, und sprach mit ihm über meinen Steuerplan, und las ihm auf Verlangen meine Arbeit vor. Wir fanden uns fast überall zusammen in unseren Ansichten; er hielt das Ganze aber doch nicht für ausführbar, weil Ka-

pital und damit Intelligenz das Land verlaßen würde. Dieß glaube ich nicht. Denn gesetzt auch, eine solche Einrichtung, wodurch auch das Kapital besteuert wird, würde in den Nachbarländern nicht gleichfalls eingeführt, und unsere Kapitalisten wanderten aus, um der Besteuerung zu entgehen, so würden uns deshalb die zur Bodennutzung und zur Industrie nöthigen Kapitalien doch nicht fehlen; wir würden sie vom Auslande beziehen, und zwar zu niedrigerem, als dem Durchschnitts Zins Fuß, weil unsere geflohenen Kapitalisten den ausländischen Kapitalmarkt überschwemmen, also dort den Zins Fuß drücken würden. Wir würden freilich auch die Steuern für das Kapital mit zu zahlen haben, die uns aber nicht sehr drücken würden, weil wir weniger Zinsen, als bisher für die Kapitalien geben würden. Wir würden hauptsächlich nur die Börsenmänner und ihr Geld verlieren. Das wäre aber nur ein Vortheil, denn ihr Geld dreht sich immer in nutzlosen Hazardgeschäften, kommt niemandem zu Gute und kann daher mitsamt diesen Geschäften und den Tagedieben, die damit ihre Zeit verbringen, zum Teufel fahren. Abends vereinigten wir uns wieder bei <fol. 25v> Meinhardt. Auch Dr. Schmidt, – der Prätor¹⁹⁴ – kam hin, und harmonierte vortrefflich mit uns. Der Mann gefällt mir trotz seiner Doktormanieren, seinem Ausdruck und Pedantismus doch sehr gut; das, was er sagt, steht mit dem, was man hinter seiner hohen Stirn und seinen klaren Augen vermuthen kann, ganz in Uebereinstimmung.

Es wurde ausgemacht, daß Peguillen und Schmidt ein Programm über die Lösung der sozialen Frage entwerfen und recht bald zum Vortrag bringen sollten, und daß wir überhaupt unsere ganze Kraft auf diesen Kernpunkt aller Tagesfragen, dem weder Ministerium noch Versammlung irgend gewachsen sei, concentriren wollen. Herzliche Händedrucke und eine erhebende Uebereinstimmung in Absichten und Entschlüssen folgten jenem Beschluß. Wenn Gott seinen Segen gibt, und der Germanische Mann Regenerationskraft hat, so können wir vielleicht ein wirksames Organ für die Besserung der Zustände sein.

den 4ten September

Morgens besuchte ich George Borries, und vertheilte Velys¹⁹⁵ Stimme aus der Wüste in der Nationalversammlung. Um 10 Uhr begann unsere Ausschußsitzung, welche dießmal eine höchst peinliche war. <fol. 26r> Der Graf Pfeil¹⁹⁶ aus Schlesien, der von je her als Demokrat bekannt war, hatte sich gleich Anfangs unserem Vereine angeschlossen, und wohnte den Ausschußsitzungen täglich bei, zeigte sich dabei als ein confuses Haus mit vielen unausführbaren Plänen, aber als ein Mann, der wirklich das Gute wollte. Obgleich er oft unbequem war, so hatte doch niemand etwas Persönliches gegen ihn. Da erscheint vor einigen Tagen ein Placat an den Ecken, in Form einer Bitte an die Nationalversammlung, worin auf Entfernung der Schutzmänner und Errichtung einer ganz geringfügigen unbewaffneten Polizeimannschaft angetragen wird, unterschrieben: der Vorstand des Sozialvereins¹⁹⁷: Held, Karbe, Graf Pfeil p.p.

In der heutigen Sitzung wurde dieß nun in seiner Gegenwart zur Sprache gebracht und eine Aufforderung an ihn gerichtet, sich zu erklären, ob er jenes Placat unterschrieben habe, und mit Geld an der Spitze dieses Vereins stehe. Er gab letzteres zu, behauptete aber, daß sein Name zu diesem Placat, wie schon öfter, schändlich mißbraucht worden sei. Er sei aus der vollen Ueberzeu-

gung in diesem Verein, daß er dort der guten Sache dienen könne; so habe er z. B. das Aufhören der Katzenmusiken herbeigeführt p. p. Er sei in unserem Verein, um auch hier der guten Sache zu dienen; Helds Absichten würden <fol. 26v> verkannt; es tauchten dort oft Ansichten auf, die hier vollen Anklang finden würden; wir lebten in einem Krieg, und da müßte man wirken, wo man könne. Er minderte durch seine Entgegnungen, aus denen wieder seine ganze wunderbare Denkungsart, oder noch mehr seine redliche Absicht hervorleuchtete, die Kraft der Versammlung einen energischen Beschluß gegen ihn zu fassen, so sehr, daß viele sich zufrieden erklärten, wenn er den Nachweis führe, jenes Ding nicht unterschrieben zu haben. Es war schon vorher von Bressler ihm die Bitte ausgesprochen, unsere Sitzungen nicht eher wieder zu besuchen, als bis er öffentlich erklärt, sein Name sei hier gemäßbraucht. Man wolle davon abstehe, daß er sich erklären solle, welchem dieser beiden einander gerade entgegenstehenden Vereinen er ferner angehören wolle, und lud ihn auf den anderen Tag zur Kommissionssitzung über unseren ihm gemachten Antrag ein. Da fuhr ich einigemale dazwischen. Ich sagte, niemand kann zwei Herren dienen, und führte diesen Fall weiter aus, dann, als die Versammlung immer noch weich blieb, berührte ich den Punkt, daß ihn der Verdacht der Spionarie zwar nicht von uns, aber von dem Publikum treffen müßte, und das wir in dieser Hinsicht die Pflicht hätten, auf die Stimmen des Publikums zu sehen, so wenig ich sonst der Popularität Opfer bringen wolle, und endlich erklärte ich es sogar für einen Ehrenpunkt, daß er wenigstens bis zur Führung eines uns genügenden Nachweises auch die Kommissionssitzungen <fol. 27r> nicht besuche. Endlich bequeme er sich dann, einstweilen fortzugehen, nachdem er noch sein, wie ich glaube, ehrlich gemeintes Bedauern ausgedrückt hatte, unser Verein werde sich durch diesen Schritt in den Geruch reaktionärer Tendenzen bringen. Der arme Mann dauerte mich innig; er sprach es aus, daß er es auf sich nehmen müsse, um der guten Sache zu dienen, Schmach und Schande auszuhalten. Aber ich konnte ihm nicht helfen! Es war eine Lebensfrage. Waren wir hier nachgiebig, duldeten wir ihn unter uns, solange er noch im Sozialverein war, so hatten wir das allgemeine Mißtrauen gegen uns. Jede Revolte, jede Maaßregel der äußersten Linken wäre uns in die Schuhe geschoben worden, denn es hätte niemand sich ausreden lassen, daß wir mit Helds Partei in geheimer Verbindung ständen. Bülow machte mir nachher heftige Vorwürfe darüber, daß ich, wie immer, zu weit gegangen sei. Das muß die Zeit lehren! Ich bin der Meinung, daß ich leider oft in manchen wichtigen Wendepunkten noch lange nicht scharf und entschieden genug das Steuerrad zu handhaben gestrebt habe. Ich kann zwar auch nicht durchdringen, da ich zu wenig Macht an Jahren, Erfahrung und Beredsamkeit für mich habe, und mancher sich deßhalb oft <fol. 27v> nicht die Mühe giebt, meine Worte so zu bedenken, wie er thun würde, wenn sie ein alter gewiegter Mann spräche.

Weiter kam Bülow mit einer Adresse an die Nationalversammlung vor, wo dieser im Allgemeinen die Unhaltbarkeit und Ungerechtigkeit verschiedener Gesetze, als das über die Zuckersteuer¹⁹⁸, Grundsteuer p. p. vorgehalten und Hansemann scharf und in animosem Ton angegriffen wurde. Es fand allgemeinen Beifall, und alle meine Kämpfe gegen die ganze Haltung und einzelne unhaltbare Behauptungen waren vergebens. Es wurde gleich in pleno, statt, wie

vorgeschrieben, in einer Kommission, durchgenommen, und wir debattierten darüber bis halb 3 Uhr, namentlich über Bülows Behauptung, daß durch Auflegung der Grundsteuer von 500000 Thaler in den alten Provinzen das entsprechende Kapital von 12.500.000 Talern vernichtet werden würde. Bressler war für Bülow, – Lynar¹⁹⁹, Arnim und Elsner hielten mit mir. Itzenplitz natürlich mit Bülow. Wir legten die Frage mittags Peguilhen als Schiedsmann vor, der für uns entschied, indem er statt vernichten, rauben setzen wollte. Denn die Unterthanen verlieren allerdings <fol. 28r> das entsprechende Vermögen, indem sie nicht bloß soviel an den Revenuen, sondern auch an der Verpfändungskraft ihrer Grundstücke verlieren. Als Peguilhen diesen Ausspruch that, erhoben wir alle ein Jubelgeschrei. Wir waren überhaupt den Mittag ganz fidel. Nachmittags ging ich mit Arnim, Elsner und dem ameisigen Grafen Goltz²⁰⁰, dem vielgereiseten, zu Kroll. Abends kamen wir zur Sprechstunde zusammen. Das Ministerium ist jetzt in einer üblen Lage. Die Nat.Vers. hat den Antrag wiederholt, es den Offizieren zum Ehrenpunkt zu machen, daß sie abgehen, wenn sie nicht den neuen Ideen huldigen. Schreckenstein will nicht. Auerswald hat früh in der Sitzung erklärt, das Ministerium könne nicht darauf eingehen. Nun hat die Versammlung für Donnerstag den Beschluß vor, daß Ministerium zur Ausführung ihres Befehls anzuhalten. Das wird gut werden!

den 5ten September

Ich schrieb einen Brief an Horst²⁰¹ und Vely und arbeitete dann an meinem Referat über die Fideikommißfrage. Zu Mittag begegnete mir Pfeil, und ich redete ihn an, und sagte ihm einige Worte der Verständigung <fol. 28v> dahin, mein gestriges Auftreten gegen ihn kein persönliches habe sein sollen. Er ging aber gar nicht darauf ein, sondern sprach nur von seinem Rentengesetz. Ich sehe also, daß ich ganz richtig gegen ihn verfahren war; wir wären ihn fast nicht los geworden, er wollte noch immer zu uns zurück, sagte mir dann aber, als ich ihm sagte, wir seien von Held's Verein gerade am wesentlichsten in der Wahl der Mittel verschieden: wir lebten im Krieg und da müsse man nicht so ängstlich sein; es würde mir auch gewiß recht sein, wenn eine Rotte die Singakademie sprengte. Worauf ich ihm erwiderte, daß ich, trotz meiner Antipathie gegen die Versammlung, diese Leute doch [nicht] niederschießen lassen würde.

Wir aßen wieder alle zusammen im Hôtel du Nord. Ich saß dem Frankfurter Peguilhen gegenüber, und sprach mit ihm über ihre Leistungen. Er war ganz voll davon, was sie da construieren würden. Er sagte ungefähr: bei dem vorhandenen Streben nach Einheit wird die Einigkeit sofort vorhanden sein, sobald wir erst die materiellen Interessen vereint haben. Dieß wird uns durch Schaffung gemeinsamer polit. Vertretung, Volkssystem und Flotte gelingen. Auf meinen Einwand, wie sie die ohne Geld und ohne materielle Macht schaffen wollten, meinte er, das Geld würden die Regierungen <fol. 29r> schon geben, was ich gehorsamst in Zweifel zog. Wo nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht verloren. Ich meinte, die Konstruktion eines Staates werde auch der höchsten Intelligenz, die in Frankfurt gewiß versammelt sei, nicht gelingen, weil ein Staat organisch wachsen, oder in Nothzeiten durch Gewalt zusammen geschmiedet werden müsse, gab aber zu, daß die Verhandlungen in Frankfurt von dem höchsten Werth für die Entwicklung der Menschheit sein würden, wenn

sie auch nichts zu Stande bringen, und ihre Beschlüsse also werthlos sind. Von Arnim erzählte er, daß sein Auftreten ein Haschen nach Popularität verrathen habe, und daß er nicht habe aufkommen können, weil er Graf und Minister gewesen. Man habe, wenn er gesprochen, immer gesagt: Preußen spricht! Vincke hielt er für keinen Redner. Er spreche sogar unbeholfen, habe aber großen Gedankenreichthum. Er habe sich Anfangs zu oft verfahren, und gelte jetzt nicht viel, werde aber wohl wieder aufkommen. Robert Blum²⁰² gelte gar nichts; wenn er rede, ginge man frühstücken. Die hiesigen Unruhen schadeten der preußischen Sache dort viel. p. p.

Vormittags schon hatte ich Herrn von Damitz aus Preußen gesprochen, der es sich mit mehreren Anderen zur Aufgabe gestellt hat, die Deputierten zu bearbeiten. Er meinte, wir würden mit ihren Bemühungen zufrieden sein, denn Maischsteuer und Grundsteuer seien beseitigt **<fol. 29v>** und das Ablösegesetz werde wohl auch nicht kommen. Gegen Hansemann habe er einen neuen Pfeil parat. Derselbe habe nämlich gestern bei der Zuckersteuer auf den Einwand, die Fabrikanten würden nicht fortarbeiten können, geantwortet, dieß sei nicht zu befürchten, da sie die Rüben einmal gerodet hätten, also lieber mit Verlust arbeiten, als das Material wegwerfen würden. Darin liegt allerdings auch eine infame Perfidie. Es ist qualifizierter Raub! Nachmittags fing ich in Peguilhens Schrift²⁰³ über die Landgemeinde, die er mir selbst geschenkt, zu lesen an. Abends bei Meinhardt brachte Peguilhen nun sein Programm vor: Vorweg ein politisches Glaubensbekenntnis, das ich gar nicht unbedingt unterschreiben mag, dann Vorschläge über Gemeindeverfassung, und endlich Vorschläge über Lösung der sozialen Fragen. Eine vollständige Verrückung der Intentionen des Vereins! Geht die Sache durch, so trete ich aus, denn ich habe kein Mandat für einen solchen Verein, und bin selbst nur damit einverstanden, daß wir, wie das Anfangs wenigstens von mir unter diesem Programm verstanden war, uns über die Lösung der sozialen Wirren aussprechen, um Arbeiten und Material für unsere Zwecke zu erhalten. Das lag in unserer ursprünglichen Intention mit drin. **<fol. 30r>**

den 6ten September

Ich ging früh zu Graf Bressler, um diesem mein Herz über unser neues Programm aus zu schütten. Er war im Hemde, machte aus Versehen auf, und so wohnte ich denn seiner toilette bei. Wir kamen in so eifriges Gespräch, daß wir alles Andere vergaßen, und er hielt mir im blanken Hemde eine förmliche Rede über die höchsten menschlichen Zwecke und die Nothwendigkeit, den höchsten Zweck überall im Auge zu behalten, um nicht in Erreichung niedrigerer Zwecke der Erreichung des höheren entgegen zu arbeiten. Die Ansichten dieses außerordentlichen Mannes sind so geläutert, edel und religiös, daß ich gar nicht von ihm kann! Er war mit mir einverstanden, daß wir Pequilhens Programm in der jetzigen Form nicht in die Welt schicken dürften, und ging auf meine Idee ein, es vielmehr als unser Privatprogramm für Organisierung unserer Thätigkeit zu benutzen. Nachher hatten wir, d. h. Arnim, Lynar und ich, mit Elsner eine Vorberathung gegen die Uebergriffe von Bülow und Itzenplitz, und von 10 – 2 Ausschuß, wo wieder nichts zu Stande kam. Bülow hatte allerhand über die politischen Wirren, der Ministerkrise p. p. zu sagen, was wir dabei

thun sollten p. p., es wurde höchst lange darüber debattiert, ob eine Adresse heut oder morgen an die Nat.Vers. abgegeben werde solle, was ganz gleich ist, da sie weder heut noch morgen gelesen wird. Die schönsten Minister-Intriguen kamen dabei vor, und ich dachte mit Schmerz daran, in welchem Parteigetriebe das Wohl des Vaterlandes jetzt zermalmt werde! Bülow brachte <fol. 30v> dann die Dringlichkeit, uns zu verstärken, in Anregung, und trug darauf an, daß ich in Westphalen die Bildung von Lokalvereinen persönlich betreiben solle. Ich roch den Braten gleich, ging aber doch darauf ein, weil ich schon seit längerer Zeit die Ueberzeugung habe, daß ich hier nichts wirken kann, weil ich meine ganze Kraft in Bekämpfung von Dummheiten consumiere, und die Dummheiten dadurch doch nur halb verhindere. Dadurch mache ich das Übel bloß schlimmer, denn eine halbe Dummheit halte ich für schändlicher, als eine ganze. Ich erklärte also, ich sei bereit, hin zu gehen, müßte aber bitten, daß mir, um auch aus voller Ueberzeugung für den Verein sprechen zu können, eine Garantie dafür gegeben werde, daß der Verein seinen ursprünglichen Tendenzen treu bleibe, und deutete darauf hin, daß die sich kundgebende Lauheit der Provinzen von den falschen Maaßregeln, den zu großen Plänen p. p. herühre, mit denen wir gleich hervor getreten seien. Natürlich fand dieß wenig Anklang, man suchte mich zu überzeugen, daß ich solcher Garantien gar nicht bedürfe, ich könne ja die Statuten mitnehmen p. p. kurz, ich gehe also nächstens ab, und komme nicht wieder, werde zwar die Provinz zu vereinigen suchen, aber nicht streng für diesen Verein.

Abends war viel die Rede von dem bevorstehenden Sturz des Ministerii, von der möglichen Auflösung der <fol. 31r> Nationalversammlung und dem bevorstehenden Straßenkampf. Eine Explosion scheint allerdings bevorzustehen. Die Wühler wühlen stark. Das Volk im Lindenclubb war sehr gegen das Ministerium eingenommen wegen Verweigerung der Ausführung des Beschlusses wegen der Offiziere. Placate und Volksredner rufen zum Kampf auf. Schreckenstein ist gerüstet.

den 7ten September

In der Ausschußsitzung trug ich mein Referat über die Steuern vor, kam aber nur halb damit durch, da um 1 Uhr Kommissionssitzung sein sollte. Bülow sagte, sie wollten es zu den Akten nehmen. Die Übrigen hätten mich auch gern ausgelacht. Ich will aber abwarten, ob sie ein eben so folgerichtiges, und, wenn vernünftig behandelt, so wohlthätiges an die Stelle setzen können.

Es herrschte gewaltige Aufregung in Berlin und eine ängstliche Spannung über den heutigen Kampf in den Kammern. Von der Singakademie und im Kastanienwäldchen stand alles voll. Man hat Morgens in Arbeitergruppen dann sprechen hören, sie wären heut zu den Barricaden beordert, wozu das Material schon da und dort bereit läge p. p. Als Held einmal erschien, war große Sensation. Er bat, niemand möge Gewalt gebrauchen, er werde dieß in einem Anschlag weiter ausführen, wollte aber <fol. 31v> keine Rede halten. Der Maueranschlag war beruhigend und wies auf die imposante Militairmacht²⁰⁴ hin, die einen glücklichen Erfolg für jetzt unmöglich mache. Man erfuhr von einzelnen Deputierten dann und wann etwas über den Stand des Kampfes. Gegen halb 6 Uhr war er dahin entschieden, daß das Ministerium mit etwa 70 Stimmen un-

terlegen hatte. Nun freute sich jeder, nur aus verschiedenen Gründen. Das Volk jubilierte über seinen Sieg, und ein Haufen trug den Abgeordneten Stein, dessen Amendment gesiegt hatte, im Triumphe nach Hause. Kroll illuminierte sein ganzes Etablissement, das Volk bildete zahlreiche Lindenclubbs, sang, zog mit einem Birkenbusch, der wohl den Freiheitsbaum repräsentierte, und mit Fähnchen umher, und der Abend verging ohne Konflikt. Abends kam I. R. Bessel²⁰⁵ aus Bielefeld in unsere Vereinigung. Nachher ging ich noch mit Nesselhauff, der mir ganz gut gefällt, unter den Linden, und wir tauschten unsere traurigen Gefühle über die allgemeine Zerfahrenheit aus.

den 8ten September

Morgens arbeitete ich an dem Referat über Aufhebung der Fideikomiße, ging um 12 Uhr zum Frühstück, und traf einige Bekannte, worunter Elsner und Theodor Stolberg, bei Gerold. <fol. 32r> Bressler war schon gestern und noch heute in Potsdam beim Könige gewesen; ich sprach ihn im Vorbeigehen, wo er mir sagte, es sei bis jetzt noch nichts verloren. Er rechne aber bei dem, was er proponiere, auf unsere Hülfe. Also bleibe ich vorläufig hier. Wir aßen bei Meinhardt, wobei ich die Tochter unseres Papa Hänel, von der er so viel erzählt, kennen lernte.

Nachmittags arbeitete ich wieder und abends waren wir bei Meinhardt, aber nicht zahlreich, denn Bressler und Peguilhen, der auch in Potsdam zu wirken scheint, fehlten.

Unser alter Bülow wird jetzt von uns förmlich bewacht, wir wollten nicht, daß er zum Könige gehe. Er hatte auch Einzelnen gesagt, er wolle es nicht thun! Da man ihm aber nicht traute, so hatte man Vorkehrung getroffen, daß er nicht vorgelassen werde, und als er nun doch hin ging, ist er abgeblitzt. Der König ist nämlich seit gestern theils in Monbijou, theils in Charlottenburg, theils in Zehlendorf mit den Ministern in Berathung gewesen. Er soll sie vorläufig halten wollen. Hansemann soll sehr energisch aufgetreten sein. Das ist das größte Unglück! Prinz von Preußen ist auf Wunsch der Minister, und wie man sagt, zum Verdruß des Königs, auch bei den Berathungen gewesen. Ueber die Zusammensetzung eines neuen Ministerii verlautet noch nichts.

den 9ten September

Kaiser besuchte mich, und ich freute mich seiner richtigen Auffassung der jetzigen Krisis und seiner Beurtheilung des Auftretens der Kammer. <fol. 32v> Dann ging ich zu Bülow, der aber nach Potsdam gefahren war. Die sich sammelnden Ausschußmitglieder waren sehr niedergeschlagen, denn Allen fehlte das Vertrauen, daß der König diese Krisis richtig auffassen und consequent handeln werde. Namentlich war Nesselhauff sehr betrübt. Um 12 Uhr fuhr ich nach Potsdam, um von Keller zu hören, wie die Sachen gehen. Der König will bis jetzt nicht aufgeben, aber möglichst lange auf legalem Wege bleiben. Er hat zu wenig Truppen bei Berlin und die Meuterer²⁰⁶ haben auf den verschiedenen Bahnlinien ihre Aufpasser, die, sobald bedeutende Truppensendungen bevorstehen, die Schienen auf reißen.

Ich aß mit Jenny, und ging Nachmittags zu Heinrich, um von da zum Prinz von Preußen zu fahren. Heinrich begleitete mich. Der Adjutant Graf Goltz, den ich schon kenne, meldete mich; Bressler war gerade drin. Goltz beruhigte mich sehr über den Prinzen. Er sei zwar kein Napoleon, aber halte mit großer Konsequenz, ja Eigensinn, an dem einmal für Recht erkannten. Der Prinz empfing mich **<fol. 33r>** in Erinnerung an Vater mit wohlwollender Freundlichkeit. Ich fragte ihn, bei der Entscheidung über die gegenwärtige Krisis scheine es mir für ihn von Interesse, die Stimmung der Provinz Westphalen zu berichten. Ich schüttete ihm nun ganz offen mein Herz aus, sagte wie die Bauern an ihrem Könige hingen, aber seine Schwäche bedauerten, zeigte, wie ein abermaliges Verhaften der Krisis die Gefahr des Abfalls der Provinz hervorbringe. Sprach mich auch über das gebrochene Schwerth des Königs unumwunden aus, und fand überall vollen Anklang. Der Prinz erkennt die Wichtigkeit des Moments, er erkennt die Schwäche des Königs, und geht ihm nicht von der Seite, wenn Berathungen stattfinden, und er hat den festen Willen, nicht zu weichen. Er mußte zum Könige, und forderte mich auf, ihn durch den Park zu begleiten, und sprach im Gehen wohl noch eine Viertelstunde höchst offen und vertraulich mit mir über die Lage der Dinge; beim Abschied sagte er, ich möge doch wieder kommen, wenn ich wieder etwas wüßte, jedenfalls hoffe er mich zu sehen, wenns zur Entscheidung durchs Schwerdt gehe. Ich sagte, ich stände ihm überhaupt jederzeit zu Diensten. Abends war ich etwas bei Canitzs, fuhr um 9 Uhr zurück und traf bei Meinhardt Carl Bussche-Münch²⁰⁷. **<fol. 33v>**

den 10ten September

Morgens um 10 Uhr Ausschußsitzung. Bülow war sehr hoch, referierte über seine verschiedenen Bemühungen auf politischem Felde, eine entrevue mit Hansemann, der ihm seinen Sturz vorgeworfen, und kramte Ansichten über den gegenwärtigen Zustand aus, die, wenn sie oben zur Geltung kämen, den Staat ins Verderben führten. Der König soll nach ihm um jeden Preis einen Zusammenstoß vermeiden, weil dieser den Aufstand des ganzen Landes zur Folge haben würde. Welche Tollheit! Im Gegentheil! Der König soll die Kammer nicht auflösen, er soll mit ihr transigiren und aus ihr seine neuen Minister wählen. Dann sind wir verloren, die Krise ist ungenutzt verstrichen. Wir waren Alle mit seiner Ansicht einverstanden, und ich sagte endlich, ich setzte voraus, daß was er in diesem Sinne jetzt wirkte, nicht im Namen des Vereins geschehe. Der alte Mann, der noch kurz vorher gesagt, er bleibe immer ruhig bei allem, was ihm begegne, geriet dadurch so in Harnisch, daß er mir die größten Grobheiten sagte: Es verstehe sich von selbst, daß er nur im eigenen Namen handle, er werde sich darin aber am allerwenigsten von mir Vorschriften machen lassen. Es sei höchst ungalant, daß ein so junger Mensch sich so etwas gegen ihn herausnehme und dgl. Ich erwiderte ganz ruhig, ich würde bedauern, ihn beleidigt zu haben, da dies nicht meine **<fol. 34r>** Absicht gewesen; ich glaubte ihm aber nicht als junger Mann dem alten, sondern als Vertreter einer Provinz gegenüber zu stehen, und fühlte mich deshalb verpflichtet, daß zu sagen und zu thun, was das Interesse meiner Provinz erheische. Der Alte zog ab, um in seinen Intriguen weiter zu wirken. Die Anderen gaben mir vollständig Recht, und amüsirten sich über meine Ruhe. Um 2 Uhr fuhr ich mit Elsner und dem Rindvieh

Karbe nach Potsdam, dort fuhren wir gleich nach dem Leopoldberge, wo Elsner dem Prinzen seine Aufwartung machen wollte, und aßen in einer nahen Kneipe zu Mittag. Elsner hatte dann seine Audienz, in der er dem Prinzen sein Herz und seine Ansichten ganz in meinem Sinne ausgeschüttet hat. Ich ging mit Karbe in die Stadt, schüttelte ihn ab und besuchte Heinrich und Bolko und Jenny. Bei ihr fand ich eine recht gescheute ältliche Dame, die in der Politik gut Bescheid wußte, und ich legte ihr meine Ansichten auch über die Abdankung des Königs ans Herz. Abends kehrte ich nach Berlin zurück und hatte wenig Neues erfahren. Bei Meinhardt empfingen mich die Andern wegen meiner dé-mêle mit Bülow mit Acclamation. Die Spannung auf den Verlauf der Krise dauerte fort. Auf die Bürgerwehr ist nicht zu rechnen. Die Bauern der Umgegend haben aber schon ihren Beistand gegen die Stadt angeboten.

den 11ten September

Der König hat in der Versammlung eine Botschaft an die Minister verlesen lassen, in welcher er <fol. 34v> sich gerade nichts vergibt, aber doch die Gedanken an neue Transaction nicht ausschließt; er hat Beckrath²⁰⁸ mit Bildung eines neuen Ministerii beauftragt. Das ist verderblich! Diese Rheinischen Koryphäen der Opposition müssen erst alle verbraucht sein, wenn auch das Land darüber zu Grunde geht!

Wir waren Alle, namentlich Elsner, in einer sonderbaren Stimmung; die Spannung war vorrüber, aber keine Befriedigung da. Eine neue Krisis bringt jetzt das erste Auftreten des neuen Ministerii. Elsner brachte in Anregung, eine energische Adresse an den König zu verfaßen, und ihn bei Allem, was heilig ist zu beschwören, daß er fest bleibe und dadurch jetzt den Bruch herbeiführe, wo es noch Zeit sei. Ich entwarf sie Nachmittags, doch schien sie Manchen zu lang und nicht gefeilt, und Elsner nahm sie mit, um sie zu ändern.

Von Westphalen kam ein Schreiben der Versammlung zu Herford an²⁰⁹, wodurch ich zur ferneren Vertretung aufgefordert und zur Generalversammlung²¹⁰ in Münster auf den 16ten eingeladen wurde.

In der Stadt kreutzten sich Placate, die den Schritt der Versammlung angriffen und verteidigten; letztere riefen zur Vertheidigung der gefährdeten Freiheit auf.

Anmerkungen

- 1 Zum politischen Wirken des Freiherrn Wilhelm von der Recke vgl. Karl F. Wattermann, Politischer Konservatismus und Antisemitismus in Minden-Ravensberg 1879–1914, in: MittMiGV 52, 1980, S. 11–61, hier S. 35; Wilhelm Kellermann, Der Westfälische Bauernverein, in: Engelbert von Kerckerinck zu Borg (Hg.), Beiträge zur Geschichte des westfälischen Bauernstandes, Berlin 1912, S. 376–447, hier S. 409.
- 2 Vgl. Josef Mooser, Kirche, Erweckungsbewegung und politischer Konservatismus in der Revolution 1848/49. Das Beispiel Westfalen in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Bayerische Kirchengeschichte 62, 1993, S. 98–115; ders., Ländliche Klassengesellschaft 1770–1848, Göttingen 1984; ders., Erweckung und Gesellschaft, in: Josef Mooser u. a. (Hg.), Frommes Volk und Patrioten. Erweckungsbewegung und soziale Frage im östlichen Westfalen 1800–1900, Bielefeld 1989, S. 10–14.
- 3 Manfred Hettling, Die Vielfalt der Provinz. Die dynamische Ambivalenz von 1848, in: Reinhard Vogelsang u. Rolf Westheider (Hg.), Eine Region im Aufbruch. Die Revolution von 1848/49, Bielefeld 1998, S. 13–30, hier S. 13; einen umfassenden Überblick bietet Hans-Joachim Behr, Revolution auf dem Lande. Bauern und ländliche Unterschichten 1848/49, in: Westfälische Zeitschrift 150, 2000, S. 43–147. Auf den Seiten 62–85 werden die Interessen der konservativen Gutsbesitzer dargestellt; vgl. auch Eckhard Trox, Konservative Vereine und Kriegervereine in Westfalen 1848/49. Neue Aspekte und Perspektiven der Forschung, in: Westfälische Forschungen 49, 1999, S. 225–264. Wilhelm Freiherr von der Recke wird dort als Protagonist des *Vereins zum Schutz des Privatrechts und des Eigentums sowie zur Beförderung des allgemeinen Wohles* und als die *fraglos [...] schillerndste Figur* (S. 236) bezeichnet. Eine solche Führungsposition kam dem jungen Freiherrn damals sicher nicht zu. Angesichts seiner lebenslang bewahrten, konservativen Grundhaltung ist die Charakteristik eher irreführend. Zur späteren Gründung der konservativen Partei in Minden-Ravensberg vgl. E. Hoener, Die Geschichte der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg von 1866–1896. Ein Beitrag zur konservativen Parteiengeschichte, Diss. Bielefeld 1923.
- 4 Zur Situation des Sommers 1848 in der preußischen Hauptstadt vgl. Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Berlin 1997, S. 556–651.
- 5 Eine gründliche Einführung in die Gedankenwelt der Konservativen des Jahres 1848 findet man bei Wolfgang Schwentker, Konservative Vereine und Revolution in Preußen 1848/49. Die Konstituierung des Konservatismus als Partei, Düsseldorf 1988; vgl. auch die ältere Darstellung von Erich Jordan, Entstehung der konservativen Partei und die preußischen Agrarverhältnisse, München 1914; sowie Reinhart Kaeller, Die Konservative Partei in Minden-Ravensberg, Diss. Heidelberg 1912.
- 6 Die agrarpolitischen Interessen der westfälischen Grundbesitzer untersucht Hans Joachim Behr, Der „Westfälische Schutz- und Wohlfahrtsverein von 1848“. Eine agrarpolitische Vereinigung der Revolutionszeit, in: Westfalen 58, 1980, S. 191–202; für Preußen insgesamt vgl. Klaus Klatte, Die Anfänge des Agrarkapitalismus und des preußischen Konservatismus, Diss. Hamburg 1974; die Beschlüsse des Vereins wurden ediert von Gerhard Becker, Die Beschlüsse des preußischen Junkerparlaments von 1848, in: Zeitschrift für Geschichte 24, 1976, S. 889–917; ein Überblick über die agrarpolitischen Differenzen zwischen west- und ostelbischen Provinzen findet sich bei Reinhard Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution, Stuttgart 1981, S. 525.
- 7 Zur Verbindung des westfälischen Schutz- und Wohlfahrtsvereins zum schon zuvor in Stettin gegründeten *Verein zur Wahrung der Rechte der Grundbesitzer und zur Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen* vgl. Heinz Reif, Westfälischer Adel, Göttingen 1979, S. 418ff.; vgl. auch Behr, wie Anm. 3, S. 51ff.; Wolfram Siemann, Die Adelskrise 1848/49, in: Elisabeth Fehrenbach (Hg.), Adel und Bürgertum in Deutschland, München 1994, S. 231–246.
- 8 Zur Agitation in den Straßen Berlins vgl. Hachtmann, wie Anm. 4, besonders das Kapitel *Politische Polarisierung* (S. 605ff.). Sehr anschaulich schildert die Situation als Zeitzeuge Robert Springer, Berliner Straßenkneipen und Clubs im Jahre 1848, ND der Ausgabe von 1850, Leipzig 1985.

- 9 Die Notlage der ländlichen Bevölkerung in Norddeutschland sowie die Petitionen an die Nationalversammlungen in Frankfurt und Berlin im Frühsommer 1848 untersucht detailliert Behr, wie Anm. 3, S. 62ff. u. S. 113ff. Für den Kreis Lübbecke speziell vgl. Manfred Wolf, Erinnerungen des Landrats Adolph von der Horst, in: Westfälische Zeitschrift 143, 1993, S. 153-195.
- 10 Zum Gesamtgeschehen der Revolution in der Provinz Westfalen vgl. Wilfried Reininghaus, Fünfzehn Revolutionsmonate: die Provinz Westfalen von März 1848 bis Mai 1849, in: Wilfried Reininghaus / Horst Conrad (Hg.), Für Freiheit und Recht. Westfalen und Lippe in der Revolution 1848/49, Münster 1999, S. 32-73.
- 11 David Hansemann (1790-1864), rheinischer Bankier, im Sommer 1848 einflussreicher Finanzminister im Ministerium von Auerswald. Julius Gierke (gest. 1855), Stadtsyndikus in Stettin, Landwirtschaftsminister im Ministerium von Auerswald. Zur Vorlage der Agrargesetze an die Berliner Nationalversammlung durch das liberale Ministerium und ihre Bedeutung für Bauern und Rittergutsbesitzer speziell auch in Westfalen vgl. Behr, wie Anm. 3, S. 62-73.
- 12 Vgl. Hachtmann, wie Anm. 4, S. 295ff.
- 13 Zu den Zielen des Stettiner Vereins bis zur Einberufung der Generalversammlung vgl. Schwenker, wie Anm. 5, S. 100-117; sowie Klatte, wie Anm. 6, hier S. 213-296.
- 14 Carl Freiherr von der Recke (1794-1873), einziger Sohn des preußischen Staatsministers Eberhard Freiherr von der Recke. Den Ablauf der Versammlung in Münster schildert Behr, wie Anm. 6, S. 193. Als Wortführer wirkten die - wie Recke im August nach Berlin delegierten - Carl Graf von Merveldt-Freckenhorst (1790-1886) und Franz Engelbert Alexander von Landsberg (1796-1887). Die in Münster von Recke vorgetragene Proklamation findet sich im Staatsarchiv Münster (StAMs), Depot von der Recke-Obernfelde, Nr. 622 vom 20. Juli 1848; eine ähnlich lautende Proklamation hatte der Referendar im März 1848 der Magdeburger Zeitung eingereicht: ebd., Nr. 622 vom 20. März 1848. Die Veröffentlichung wurde abgelehnt.
- 15 Gemäß Eintragung im Memorabilienbuch der Familie von der Recke in Bückeburg vom März 1848. Freundlicher Hinweis von Frau Margarete Herzog geb. von Bodelschwingh.
- 16 Vgl. Hanna Wilde, Das Obernfelder Pflegehaus unter der Leitung von Caroline von der Recke. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Lübbecke Landes, in: Mitt MiGV 66, 1994, S. 135f.
- 17 StAMs, Depot von der Recke-Obernfelde, Nr. 575, Bl. 23.
- 18 Das Protokoll des Gesprächs mit dem Innenminister Christian H. von Kühlwetter (1809-1882) wurde ediert von Behr, wie Anm. 3, hier S. 145f. Die Abordnung des Regierungsreferendars von der Recke in den heimatischen Landkreis Lübbecke geschah im April 1848 aufgrund einer März-Initiative des Oberpräsidenten von Flottwell zur Behebung der Heuerlingsnot. Das zeitlich ausgedehnte Engagement Reckes zugunsten der Grundbesitzer im Sommer 1848 steht in merkwürdigem Widerspruch zu dieser Kommission; vgl. Behr, wie Anm. 3, hier S. 102.
- 19 Vgl. Reif, wie Anm. 8.
- 20 Ernst von Bülow-Cummerow (1775-1851), seit 1805 Großgrundbesitzer in Pommern, Mitbegründer des landwirtschaftlichen Zentralvereins in Pommern, Mitglied der preußischen Verfassungskommission, Begründer der ritterschaftlichen Privatbank Stettin (1824), vielbeachteter konservativer Publizist (1841-1851): vgl. Erich Krauß, Ernst von Bülow-Cummerow, ein konservativer Landwirt und Politiker des 19. Jahrhunderts, ND Vaduz 1965.
- 21 Die Edition des politischen Tagebuches vom 16. August bis zum 11. September 1848 befindet sich im Anhang zu diesem Beitrag. Hinweise auf den Tagebuchttext erfolgen künftig unter Angabe des Datums.
- 22 Die Bahnverbindung von Minden über Bückeburg nach Berlin war erst kurz zuvor fertig gestellt worden. Der Tagebuchschreiber hatte als Student und Auskultor in Berlin die Reisen von dort in den Heimatkreis noch oft per Kutsche zurücklegen müssen. Franz von Borries (1785-1850), Regierungspräsident in Minden (1785-1850): vgl. Dietrich Wegmann, Die Leitenden Staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815-1918, Münster 1969, S. 250.
- 23 Georg von Borries (1811-1870), Landrat in Herford seit 1838, Mitglied der Berliner Nationalversammlung.
- 24 Karl Friedrich Freiherr von der Recke (1773-1859), Oberlandesgerichtspräsident in Berlin, wohnhaft in der Behrenstraße im Regierungsviertel; Adolph von Canitz, preuß. Außenminister 1845, in zweiter Ehe verheiratet mit einer Cousine des Tagebuchschreibers; Eberhard

- Graf Stolberg-Wernigerode (1810–1872), Vetter des Tagebuchschreibers, später Oberpräsident in Schlesien; Bolko Graf Stolberg-Wernigerode (1823–1884), sein Bruder. Beider Vater Anton Graf von Stolberg-Wernigerode (1785–1834) war Kammerherr des Kronprinzen Friedrich Wilhelms IV. gewesen. Adolf Graf von Arnim-Boitzenburg (1803–1868), preußischer Ministerpräsident im März 1848, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung; Alexander Graf von Keller (1801–1879), Oberschlosshauptmann, Intendant der Königlichen Gärten in Potsdam. Seine Ehefrau Jenny Gräfin von Keller geb. Gräfin von Stolberg war des Tagebuchschreibers Cousine. Für Hinweise zu den aristokratischen Verwandten sei Frau Margarete Herzog geb. von Bodelschwingh gedankt.
- 25 Tagebucheintragung vom 17. August 1848.
 - 26 Ernst von Bodelschwingh (1794–1854), preußischer Innenminister während der Aufrührertage im März 1848; Georg Freiherr von Vincke (1811–1875), Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Landrat des Kreises Hagen, Vetter des Tagebuchschreibers. Zu ihrer Verwicklung in die Berliner Märzereignisse vgl. Hachtmann, wie Anm. 4, S. 183ff. u. S. 293f.
 - 27 Hans Hugo von Kleist-Retzow (1814–1892), damals Landrat des Kreises Belgard in Pommern, später Oberpräsident der Rheinprovinz, seit 1877 bis zu seinem Tod Abgeordneter der christlich-konservativen Partei des Deutschen Reichstages für den Wahlkreis Herford / Halle; Ehemann einer Cousine des Tagebuchschreibers; Adolf von Thadden-Triglaff (1796–1882), angesehenes, der pietistischen Erweckungsbewegung zuneigendes Mitglied im Vereinigten Preussischen Landtag, konservativer Politiker; Otto von Bismarck (1815–1898), der spätere Reichskanzler.
 - 28 Prinz von Preußen (1797–1888), der spätere Kaiser Wilhelm I.; Tagebucheintragung vom 23. August und 9. September 1848.
 - 29 Tagebucheintragung vom 17. August 1848.
 - 30 Tagebucheintragung vom 11. September 1848.
 - 31 Tagebucheintragung vom 17. August 1848. Rechtsgrundlage der offiziellen Standschaft der Rittergutsbesitzer in Preußen war das Gesetz vom 5. Juni 1823 über die Provinzialstände; vgl. Koselleck, wie Anm. 6, hier S. 525–559.
 - 32 Ausführliche Tagebuchberichte vom 19. und 20. August 1848.
 - 33 Tagebucheintragung vom 19. August 1848. Schon eine Zusammenarbeit mit dem liberalen Ministerium von Auerswald / Hansemann reichte im Urteil der hochkonservativen Brüder Leopold und Ludwig von Gerlach an die Grenze des Hochverrats. Vgl. Manfred Botzenhart, *Deutscher Parlamentarismus 1848–1850*, Düsseldorf 1977, S. 523f.
 - 34 Zum Ablauf der Generalversammlung am 18. August gemäß Berichterstattung in der Kreuzzeitung vgl. Jordan, wie Anm. 5, hier S. 207–273, sowie Klatte, wie Anm. 6, S. 247–272 unter starker Betonung der ökonomischen Interessen des Vereins.
 - 35 Den Redebeitrag des westfälischen Delegierten Graf von Merveldt erwähnt Recke in der Tagebuchaufzeichnung vom 19. August 1848.
 - 36 Tagebucheintragung vom 20. August 1848. In den gedruckten Protokollen der nachfolgenden Wochen taucht der Name Reckes als Sekretär des Vereinsdirektoriums nicht auf, da die Herausgeber seine Unterschrift *Reck* irrtümlich als *Bech* bzw. *Beck* entzifferten; vgl. Klatte, wie Anm. 6, hier S. 279, u. Becker, wie Anm. 6, hier S. 279.
 - 37 Wolfram Siemann, *Die Deutsche Revolution*, Frankfurt 1985, S. 59.
 - 38 Mehrere Abbildungen der von Recke gesammelten Plakate aus dem Depot von der Recke-Obernfelde im StAMs (Nr. 835) finden sich in dem von Reininghaus herausgegebenen Ausstellungsband *Für Freiheit und Recht*, wie Anm. 10, z. B. das Titelbild des Bandes.
 - 39 Tagebucheintragung vom 21. August 1848. Den Ablauf des Charlottenburger Vorfalles und seine Nachwirkungen in Berlin behandelt ausführlich Hachtmann, wie Anm. 4, hier S. 691f.
 - 40 Friedrich Christian H. von Kühlwetter (1809–1882), Oberpräsident in Westfalen 1871–1882, vgl. Anm. 18; Tagebucheintragung vom 21. August 1848.
 - 41 Ludwig Freiherr Roth von Schreckenstein (1789–1858), General, im Sommer 1848 preußischer Kriegsminister; Rudolf von Auerswald (1795–1866), Ministerpräsident der liberalen Regierung seit Juni 1848. Zu seiner und Hansemanns Politik vgl. Botzenhart, wie Anm. 33, hier S. 522ff.
 - 42 Tagebucheintragung vom 23. August 1848; Friedrich Hecker, Dr. jur., badischer Revolutionär.
 - 43 Tagebucheintragung vom 24. August 1848. Die Empörung der Linken in der

- preußischen Nationalversammlung über diesen Antrag sowie über die Regierung Auerswald / Hansemann resultierte aus ihrem Misstrauen gegenüber dem in Justiz und Verwaltung weiterhin herrschenden Geist aristokratischer und monarchistisch-absoluter Gesinnung. Wie recht sie damit hatte, zeigen Reckes Tagebuchnotizen über seinen aristokratischen Verkehrskreis, s. o. Die Linke betrieb daher eine *Demokratisierung der realen Machtmittel* neben den Beratungen über die Verfassung; vgl. Botzenhart, wie Anm. 33, S. 525.
- 44 Zur Person des Abgeordneten Johann Heinrich Keiser (1814–92) vgl. Hanna Wilde, Unruhen in den Kreisen Minden und Lübbecke im Revolutionsjahr 1848, in: MittMiGV 70, 1998, S. 7–45, hier S. 30ff.
 - 45 Tagebucheintragung vom 29. August 1848.
 - 46 Tagebucheintragung vom 29. August 1848.
 - 47 Tagebucheintragung vom 4. September 1848; Ludwig Graf von Pfeil, schlesischer Grundbesitzer; Friedrich Wilhelm Held (1813–1872), Demokrat, Mitglied der Berliner Nationalversammlung, Herausgeber der *Locomotive*, bekannter Redner in den Berliner Volksversammlungen, vgl. Hachtmann, wie Anm. 5, S. 944.
 - 48 Tagebucheintragungen vom 9. und 10. September 1848; zu Bülow's Absichten vgl. Krauß, wie Anm. 20, S. 166, sowie Klatte, wie Anm. 6, hier S. 193ff.
 - 49 Moritz von Laverne-Peguilhen, wie sein Bruder, der Frankfurter Abgeordnete Alexander von L.-P., ostpreußischer Landrat, bekannter Publizist, Berater des Vereins der Grundbesitzer; Tagebucheintragung vom 4. September 1848.
 - 50 Tagebucheintragung vom 4. September 1848.
 - 51 Zur politischen Position des von Recke hoch verehrten früheren Ministers und Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, Adolf H. Graf von Arnim-Boitzenburg (1803–1868), vgl. Botzenhart, wie Anm. 33, hier S. 623–625.
 - 52 Tagebucheintragung vom 25. August 1848.
 - 53 Die Fahrt nach Potsdam, der Besuch bei Jenny Gräfin von Keller, seiner Tante, die Audienz bei dem Oberhofmeister Graf von Keller mit der Übergabe des Schreibens an den König werden ebenfalls in der Eintragung vom 25. August 1848 geschildert. Bei dieser Gelegenheit erfuhr Recke eine detaillierte Darstellung der Ereignisse im Schloss vom 21. März aus der Sicht des damals anwesenden Grafen Keller, die er im Tagebuch ausführlich wiedergibt.
 - 54 Zur fortdauernden Bezeichnung des Grundbesitzervereins als *Junkerparlament*, sowie der Bezeichnung der Berliner Nationalversammlung als *Tagelöhnerparlament* durch die konservative Presse vgl. Behr, wie Anm. 3, S. 124.
 - 55 Tagebucheintragung vom 27. August 1848.
 - 56 Der Antrag des Abgeordneten der Nationalversammlung Stein (*Antrag Stein*) und seine Auswirkungen bis zum Rücktritt der Regierung Auerswald / Hansemann wird ausführlich dargestellt von Hachtmann, wie Anm. 5, hier S. 699ff.; vgl. auch Botzenhart, wie Anm. 33, hier S. 527f.
 - 57 Tagebucheintragung vom 10. September 1848; zu Bülow's Schreiben an den König vgl. Krauß, wie Anm. 20, sowie Klatte, wie Anm. 6, S. 294. Den Gegensatz des Vereinsvorsitzenden Bülow zu den alt-preußisch Konservativen, zu denen Recke gehörte, schildert ausführlich Jordan, wie Anm. 4, hier S. 260.
 - 58 Tagebucheintragung vom 7. September 1848. Zum Plan eines Militärputsches durch den Prinzen von Preußen vgl. Hachtmann, wie Anm. 5, S. 696f. Auch Ludwig von Gerlach sah während der Septemberkrise in der Armee und der Landbevölkerung die beiden Stützpfeiler der Konterrevolution, vgl. Trox, wie Anm. 3, hier S. 238.
 - 59 Johann Karl Rodbertus (1800–1875), Nationalökonom, Mitglied der Berliner Nationalversammlung, Fraktionsführer des linken Zentrums, vgl. Botzenhart, wie Anm. 33, hier S. 526–530; Graf von Itzenplitz, Regierungsrat, wie Recke einer der jugendlichen Sekretäre des Vereinsdirektoriums.
 - 60 Tagebucheintragung vom 11. September 1848. Zur Versammlung konservativer Gutsbesitzer Minden-Ravensbergs in Herford s. u.
 - 61 Robert Heinrich Graf von der Goltz, Kammerherr des Prinzen von Preußen; Moritz von Bethmann-Hollweg (1795–1877), konservativer Politiker; Moritz von Laverne-Peguilhen, vgl. Anm. 49; Friedrich Wilhelm Held, vgl. Anm. 47; zur Planung und Gründung eines *Vereins für sozial-politische Reform* durch die Genannten vgl. Schwentker, wie Anm. 5, hier S. 177ff.
 - 62 Über seine Begegnung mit dem Begründer der Inneren Mission, Johann Heinrich Wichern (1808–1881), in Potsdam berichtet Recke in einem privaten Proto-

koll vom 28. November 1848 während der Vorbereitung auf die zweite Staatsprüfung, vgl. StAMs, Depot von der Recke-Obernfelde, Nr. 785 vom 28. November 1848. Ihn interessierten angesichts der Pläne seiner Eltern zur Gründung eines privaten Rettungshauses in Obernfelde besonders Wicherns Ausführungen zu diesem Thema.

- 63 Graf Breßler, hochkonservativer schlesischer Grundbesitzer, zeitweilig Vizepräsident des Vereins, mit Recke befreundet.
- 64 StAMs, Depot von der Recke-Obernfelde, Nr. 622 vom 13. September 1848.
- 65 Tagebucheintragung vom 11. September 1848.
- 66 Zum Interesse der ländlichen Obrigkeiten an einer für den König günstigen Darstellung der Märzereignisse in ihren Landkreisen gegenüber Vorgesetzten vgl. Wilde, wie Anm. 44, hier S. 8. Das Interesse reichte bis zu regelrechten Zensurmaßnahmen. Die Stimmung in der Landbevölkerung war bei den Bauern wohl überwiegend royalistisch, aber nicht so ungeteilt, wie Recke es dem Prinzen von Preußen darstellte. Vgl. Behr, wie Anm. 3, hier S. 119f.
- 67 Die Wende in der Minden-Ravensberger Erweckungsbewegung von einer durch die Obrigkeit bekämpften *Sektiererei* zu der von König Friedrich Wilhelm IV. persönlich unterstützten Kirche beschreibt Mooser, wie Anm. 2, hier S. 28f.
- 68 Tagebucheintragung vom 11. September 1848.
- 69 Tagebucheintragung vom 11. September 1848.
- 70 Dietrich Graf Bocholtz-Alme (1797–1861), Mitglied des Provinziallandtages 1833–1858, sowie des Vereinigten Landtages. Schon am 26. März 1848 hatte er den Oberpräsidenten von Flottwell um Schutz des Eigentums gebeten, vgl. Behr, wie Anm. 3, hier S. 72.
- 71 StAMs, Depot von der Horst-Hollwinkel, Nr. 575, Protokoll vom 9. September 1848.
- 72 Die Statuten des Vereins im Depot von der Horst-Hollwinkel, wie Anm. 71, Bl. 40–44.
- 73 Die weitere Kontaktpflege des westfälischen Vereins mit Bülow's Vereins in Berlin beschreibt Behr, wie Anm. 6, hier S. 195f.
- 74 StAMs, Depot von der Horst-Hollwinkel, Nr. 575, Bl. 63/64 vom 24. November 1848.
- 75 Zur endgültigen gesetzlichen Regelung der Agrarverhältnisse in Westfalen vgl. Behr, wie Anm. 3, hier S. 127ff. Der Agrarexperte Freiherr von Patow, dessen

Aufruf im Frühsommer 1848 die Reformgesetzgebung in der Agrarpolitik bewirkt hatte, nahm im Dezember 1848 noch einen *tiefen Riß zwischen kleinen und großen Grundbesitzern* in Preußen wahr, *eine bedauerliche Spannung und theilweise große Verbitterung*. Die nach der Revolution – im Gegensatz zu Verbesserungen für die großen Bauern – fortdauernde Notlage der Heuerlinge in Westfalen schildert Behr, wie Anm. 3, hier S. 109ff., eindringlich. Reckes Tätigkeit zugunsten der seinem Schutz anvertrauten Heuerlinge des Kreises Lübbecke scheint sich auf seine Beteiligung an der Bielefelder Tagung der preußischen Nationalversammlung zur Behebung der Not der Spinner und Weber vom Oktober 1848 beschränkt zu haben. Diesem Kongress mit seinen rückwärts gewandten industriepolitischen Maßgaben zur Subventionierung der Handspinnerei und -weberei blieb für die Landkreise Minden und Lübbecke zumindest der Erfolg verwehrt, vgl. Wilde, wie Anm. 33, hier S. 37.

- 76 Tief beeindruckt zeigte sich Recke von der Persönlichkeit Wicherns in seinem Protokoll über seine Eindrücke vom 1. evangelischen Kirchentag in Wittenberg, vgl. StAMs, wie Anm. 62.
- 77 Reckes Mitarbeit an der 1848 gegründeten Deutschen Wehrzeitung beschränkte sich auf Beiträge vom Herbst 1848 bis zum Winter 1849/50. Die Entwürfe finden sich im StAMs, Depot von der Recke-Obernfelde, Nr. 622. Da er sich später als Reserveoffizier ganz dem Sanitätsdienst zuwandte, wurde er – obwohl sicherlich Anhänger der altpreußischen Militärmonarchie – nicht zum Typus eines Militaristen, den Trox, wie Anm. 3, S. 236, in ihm zu finden meint.
- 78 Bülow-Cummerow, wie Anm. 20.
- 79 Ludwig August Friedrich von dem Bussche (1772–1852), Herr zu Offelten (bei Oldendorf) und Liethe (bei Celle), Hanoverscher General.
- 80 Die Menschen glauben jetzt an nichts als ihre Rechte, keiner spricht von seinen Pflichten; wenn man das Gegenteil täte, würde alles gut sein, und die Rechte wären besser gewahrt als zur Zeit.
- 81 Gasthof im Regierungsviertel. Das früher im Besitz der Familie von der Recke befindliche Berliner Haus am Leipziger Platz war verkauft worden.
- 82 Hermann Freiherr von der Recke, Wilhelms 1822 geborener Bruder, später Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Verfasser eines Beitrages zur Lösung des Konflikts zwischen Krone und Volks-

- vertretung, der 1848 in Minden erschien; er war seit 1851 verheiratet mit Anna von Borries, Tochter des Mindener Regierungspräsidenten Franz von Borries, vgl. Anm. 22.
- 83 Söhne des in Anm. 22 genannten Franz von Borries und Schulfreunde des Tagebuchschreibers.
- 84 Georg von Borries (1811–1870), Neffe des in Anm. 22 genannten Franz von Borries, Landrat des Kreises Herford und dessen gewählter Vertreter in der Berliner Nationalversammlung.
- 85 Die von Hansemann und Gierke vorgelegten Agrargesetze vom 11. und 17. Juli 1848.
- 86 Hansemann, wie Anm. 11.
- 87 Köhlwetter, wie Anm. 11.
- 88 Auerswald, wie Anm. 41.
- 89 Gierke, wie Anm. 11.
- 90 Reckes: Familie des Freiherrn Karl Friedrich von der Recke (1773–1859), Oberlandesgerichtspräsident in Berlin, vgl. Anm. 24.
- 91 Eberhard Graf Stolberg / Wernigerode (1810–1872), Vetter des Verfassers, später Oberpräsident von Schlesien, Sohn des Grafen Anton St. (1785–1854), Staatsminister in Preußen und enger Ratgeber des Königs, und seiner Frau Luise geb. Freiin von der Recke, Besitzer des Gutes Kreppelehof.
- 92 Luise Canitz geb. Freiin von der Recke / Mansfeld, in 2. Ehe verheiratet mit dem vormaligen preußischen Außenminister Karl Freiherr von Canitz (1787–1850), Cousine des Verfassers.
- 93 Die sozialen Unruhen infolge des Aufstandes der Weber in Schlesien. Eine ähnliche politische Brisanz hatte die Not der Spinner und Weber in Minden-Ravensberg, mit der sich ein Ausschuss der Nationalversammlung im Herbst 1848 in Bielefeld zu befassen hatte.
- 94 Albert Graf von Pourtales (1812–1861), Großgrundbesitzer in Schlesien, später in diplomatischen Diensten in Preußen.
- 95 Die während der Märzrevolution gewährte Vereins- und Versammlungsfreiheit in Preußen.
- 96 Von Konservativen oft besuchtes Lokal im Regierungsviertel mit großem Saal, Versammlungsort der Generalversammlung. Die angegebene Zahl von über 400 Teilnehmern erscheint nach anderen Angaben leicht übertrieben, vgl. Schwentker, wie Anm. 5, S. 107.
- 97 Ludwig Graf Solms (1799–1877), verheiratet mit Caroline von der Recke / Mansfeld, Grundbesitzer in Klitschdorf.
- 98 Alexander Graf von Wartensleben (1807–1883), Rittergutsbesitzer in Carow / Brandenburg.
- 99 Wilhelm Dietlof von Örzen (1806–1849), konservativer Publizist und Mitglied des Grundbesitzervereins in Pommern.
- 100 Moritz Freiherr von Rochow, Gutsbesitzer in Golzow / Altmark.
- 101 Heinrich, Friedrich und August Graf von Itzenplitz (1799–1883), vgl. Anm. 59.
- 102 Graf von Kochberg, Großgrundbesitzer auf Fürstenstein / Schlesien.
- 103 Adolf von Thadden-Triglaff (1796–1882), Rittergutsbesitzer in Pommern, bekannter Führer der dortigen Erwerkbewegung.
- 104 Landsberg, wie Anm. 14.
- 105 Merveldt, wie Anm. 14.
- 106 Ludwig von Gerlach, wie Anm. 3; Autor vieler Artikel über die Generalversammlung in der Kreuzzeitung.
- 107 Kleist-Retzow, wie Anm. 27.
- 108 Graf Pinto, Großgrundbesitzer in Schlesien, Verfasser der Denkschrift: *Ein Schach dem Minister Hansemann*.
- 109 Arnim / Boitzenburg, vgl. Anm. 24.
- 110 Graf Bressler, Großgrundbesitzer in Schlesien, Agrarökonom und eifriger Publizist, im September 1848 verhaftet wegen Aufwiegelung der Bevölkerung Berlins, vgl. Schwentker, wie Anm. 5, S. 128ff.
- 111 Knebel / Döberitz, Großgrundbesitzer in Klebow, Pommern, Mitglied der Vorbereitungsgruppe der Versammlung.
- 112 Bodelschwingh, vgl. Anm. 26.
- 113 Hans Viktor von Unruh (1806–1886), Mitglied der Berliner Nationalversammlung, von November 1848 an ihr Präsident; Kritiker der Reaktion und des monarchischen Systems; er veröffentlichte 1851 einen Rückblick unter dem Titel *Erfahrungen der letzten drei Jahre*.
- 114 Kroll: elegantes Etablisement im Regierungsviertel.
- 115 Ausschuß: Gremium des Vereins zur Fortsetzung der politischen Arbeit nach Beendigung der Generalversammlung. Der Verfasser war für seine Heimatprovinz Westfalen Mitglied im Unterausschuss zur Abfassung der Adressen und zum Programm der geplanten Partei gegen Aufhebung grundherrlicher Rechte. Der Ausschuss wählte ihn am 20. August zum Sekretär, vgl. Becker, wie Anm. 6, S. 907–917.
- 116 von Plötz, konservativ agierender Grundbesitzer aus Kursachsen.

- 117 Emendament: Ergänzungsantrag.
- 118 Wie Anm. 117.
- 119 Bolko Graf von Stolberg / Wernigero-
de (1823–1884), Vetter des Verfassers.
- 120 Graf von Arnim nahm am 29. März
1848 seinen Abschied. Im Anschluss
daran wurde die Regierung Camphaus-
sen-Hansemann gebildet; vgl.
Schwentker, wie Anm. 5, S. 208.
- 121 Heinrich von Hagen (1803–1865),
Großgrundbesitzer zu Langen und Da-
merow, Pommern. Mitglied der Vorbe-
reitungsgruppe des Vereins, des Verfas-
sers späterer Schwiegervater.
- 122 Moritz, August von Bethmann-Holl-
weg (1795–1877), Mitbegründer des
Vereins für sozial-politische Reform,
angesehener Publizist und Agraröko-
nom.
- 123 Flage: Person nicht bekannt.
- 124 von Elsner, Grundbesitzer in Adelsdorf
/Schlesien, Mitglied zahlreicher Aus-
schüsse des Vereins.
- 125 Restaurant im Regierungsviertel, häufi-
ger Treffpunkt der Vereinsmitglieder.
- 126 Minister Stolberg, vgl. Anm. 24.
- 127 Der zweite, über alle Provinzen verein-
igte Preußische Landtag tagte vom 2.
bis 10. April 1848.
- 128 Albrecht Graf von Alvensleben (1794–
1858), preußischer Finanzminister
1835–1842.
- 129 Der erwähnte 'starke Brief' befindet
sich u. a. im GStA Berlin, Königl.
Hausarchiv Rep. 50, J Nr. 113.
- 130 Ernst Freiherr von Senfft-Pilsach
(1795–1858), Großgrundbesitzer in
der Mark, hochkonservatives Mitglied
der königlichen Kamarilla, später
Oberpräsident von Pommern und Füh-
rer der pietistischen Erweckungsbeweg-
ung.
- 131 Gierkes Gesetzesvorlage zur Agrarre-
form, vgl. Anm. 11.
- 132 Tietz: Gasthaus im Regierungsviertel,
Treffpunkt der Demokraten.
- 133 Karl August Milde (1805–1861), schles-
ischer Industrieller, Abgeordneter in
der Berliner Nationalversammlung,
von Juni bis September 1848 preußi-
scher Handelsminister.
- 134 Friedrich Wilhelm Held, geb. 1813 in
Neiße/Schlesien, bekanntes Mitglied
des demokratischen Klubs, bewunder-
ter Volksredner, Radikalreformer, vgl.
Hachtmann, wie Anm. 4, S. 944.
- 135 In Charlottenburg ereignete sich am
20. August eine pogromartige Verfol-
gung der dortigen demokratischen
Klubs durch Konstabler und konserva-
tive Parteigänger; Anlass zur Berliner
Protestdemonstration am 21. August,
vgl. Hachtmann, wie Anm. 4, S. 693.
- 136 Die Singakademie war Tagungsort der
Nationalversammlung mit weitem Vor-
platz 'am Kastanienwäldchen'.
- 137 In Schweidnitz/Schlesien waren am
31. Juli 1848 demonstrierende Bürger
erschossen worden; der Exzess wurde
zum Anlass der Auseinandersetzung
zwischen Nationalversammlung und
Ministerium über die Loyalität der Of-
fiziere.
- 138 Schreckenstein, vgl. Anm. 41.
- 139 Das Ministerium des Kriegsministers
Kühlwetter lag in der Allee unter den
Linden; zum Ablauf des Geschehens
vgl. Hachtmann, wie Anm. 4, S. 688f.
- 140 Die Wilhelmstraße ist Querstraße zur
Straße Unter den Linden.
- 141 Behrenstraße, wie Anm. 139.
- 142 Friedrichstraße, wie Anm. 139.
- 143 Georg von Borries, vgl. Anm. 84.
- 144 François Victor Arago, französischer
Gesandter in Berlin.
- 145 Louis Eugène Cavaignac, Anführer der
blutig verlaufenden Gegenrevolution
in Frankreich, Repräsentant der dortigen
Neuordnung.
- 146 Westmoreland, englischer Gesandter
in Berlin.
- 147 Friesen, nicht näher bestimmbares
Mitglied der sächsischen Familie von
Friesen.
- 148 Die seit Sommer 1848 neu aufgestellte,
bewaffnete, uniformierte Miliz, die zur
Unterstützung der angeblich unzuver-
lässigen Bürgerwehr nun von Woche
zu Woche schärfer durchgriff, vgl.
Hachtmann, wie Anm. 4, S. 596.
- 149 Justizrat von Lauer, Vorsitzender des
Preußenvereins in Berlin.
- 150 Gesetzesvorlage zur Verhinderung von
Tumulten durch die Miliz. Sie wurde
angenommen.
- 151 Name fehlt in der Quelle.
- 152 Dowiat, Volksredner der Demokraten.
- 153 Dr. phil. Eichler (1815–1870), führen-
des Mitglied des demokratischen
Klubs, Biographie bei Hachtmann, wie
Anm. 4, S. 941.
- 154 Am Friedrichshain lag der Begräbnis-
platz der Märzgefallenen.
- 155 Der Reichsverweser Erzherzog Johann
von Habsburg, Leiter der provisori-
schen Exekutive in Frankfurt.
- 156 Lorenz von Brentano (1813–1891), li-
beraler Abgeordneter in der Frankfur-
ter Nationalversammlung.
- 157 Friedrich Hecker (1811–1871), Abge-
ordneter der Linken in der Frankfurter
Nationalversammlung, Führer des mi-
litärischen Widerstandes im Jahre
1849.

- 158 Georg von Vincke (1811–1875), vgl. Anm. 26.
- 159 Georg Jung (1814–1886), Hauptredner am Grabe der Märzgefallenen, Demokrat.
- 160 Julius Berends (1817–1891), Abgeordneter der Nationalversammlung, Barrikadenkämpfer.
- 161 Edgar Bauer (1820–1886), Abgeordneter der Nationalversammlung, Vizepräsident des demokratischen Klubs, Publizist, mehrfach verhaftet.
- 162 Fritz von der Recke/Seegefeld, vgl. Anm. 24 u. 90.
- 163 Familie des Karl Graf von Schlippenbach, des verstorbenen ersten Ehemannes der Luise von Canitz geb. Frein von der Recke, vgl. Anm. 24.
- 164 Kaiser, Johann Heinrich Keiser (1814–1892), Abgeordneter des Wahlkreises Lübbecke, wie Anm. 44.
- 165 Die Königstraße mündete in den Schloßplatz, wo im März 1848 heftige Barrikadenkämpfe tobten; zum Ablauf vgl. Hachtmann, wie Anm. 4, S. 183ff.
- 166 Der Stralauer Fischzug war ein sommerliches Volksfest der Berliner Bürger.
- 167 Heftig umstrittene Gesetzesvorlage aus dem Sommer 1848 zur Beendigung der kirchlichen Schulaufsicht, zu der ungewöhnlich viele Petitionen aus den Gemeinden, u. a. auch aus der Synode Lübbecke, eingingen.
- 168 Keller, wie Anm. 24.
- 169 Vincke, wie Anm. 158.
- 170 Bodelschwingh, wie Anm. 24.
- 171 Maximilian Graf von Schwerin-Putzar (1804–1872), preußischer Kultusminister bis März 1848.
- 172 Friedrich Wilhelm Ludwig von Bornemann (1798–1864), Justizminister im März 1848, später Oberpräsident von Sachsen-Anhalt.
- 173 Ludwig von Bodelschwingh (1811–1879), später Regierungspräsident in Minden.
- 174 Jenny Gräfin Keller, des Verfassers Tante, vgl. Anm. 53.
- 175 Senfft von Pilsach, vgl. Anm. 130; er erhielt beachtliche staatliche Kredite zur Erprobung von Berieselungsanlagen in einer sog. Wiesenschule. Der erwähnte Costenoble arbeitete als Justizrat im Zivilkabinett des Königs.
- 176 Von Vely-Junkenn, Reckes Gutsnachbar auf Schloß Hüffe, Verfechter der Erhaltung des adligen Jagdrechtes auf fremdem Grund, Vertreter des Kreises Lübbecke im zweiten Vereinigten Landtag vom April 1848.
- 177 August Friedrich Wilhelm von Meding (1792–1871), Oberpräsident der Provinz Brandenburg.
- 178 Von Mellenthin, Mitglied der Programmkommission des Vereins, Maginat aus Pommern.
- 179 Name fehlt in der Quelle.
- 180 Das Kasino war wichtiger Treffpunkt der konservativen Abgeordneten und war mit allen Korrespondenzen ausgestattet.
- 181 von Banck, Rittergutsbesitzer in Schlesien; nach Reckes Angabe einer der Sekretäre des Ausschusses wie er selber und Graf Itzenplitz.
- 182 Platz vor der Singakademie, vgl. Anm. 136.
- 183 Hinweis auf den Waffenstillstand von Malmö vom 28. August 1848.
- 184 Zu den abendlichen demokratischen Volksversammlungen *Unter den Linden*, die im Widerspruch zur gewährten Versammlungsfreiheit nun oft von Konstablern aufgelöst wurden, vgl. Hachtmann, wie Anm. 4, S. 631.
- 185 Ernst Freiherr von der Recke, des Verfassers 1826 geborener Bruder; er diente damals beim Militär in Minden und hielt sich oft in Lübbecke und Obernelfe auf.
- 186 Rudolf Barre, Brauereibesitzer und Stadtverordneter in Lübbecke.
- 187 Die Maiwahlen vom 1. und 8. Mai 1848 zur Frankfurter und Berliner Nationalversammlung.
- 188 Sicilianische Vesper: Blutbad der Spanier (1282) unter Franzosen in Sizilien, beginnend zu Ostern in Messina.
- 189 Georg von dem Bussche-Münch (1791–1874), Landrat des Kreises Rahden, später Lübbecke, Gutsnachbar der Recke-Obernelfe.
- 190 Moritz von Lavergne-Peguilhen, Verfasser der *Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft* in drei Bänden, (Königsberg 1838–41); vgl. Anm. 49.
- 191 Johann, Karl Rodbertus-Jagetzow aus Westfalen, Sprecher des linken Zentrums in der Nationalversammlung; vgl. Manfred Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit, Düsseldorf, 1977, S. 622.
- 192 Unter den Zelten, Ausflugs- und Versammlungslokal an der Spree mit breiter Rednertribüne.
- 193 Adolph Friedrich Karbe, Volksschullehrer, bekannter Volksredner, im Vorstand des Vereins für Sozialpolitik.
- 194 Dr. Eduard Schmidt, Herausgeber der Zeitung des Handwerkervereins mit großem Einfluss in der Berliner Bevölkerung.
- 195 Anspielung auf zahlreiche Briefe des

- Herrn von Vely-Jungkenn-Hüffe an Abgeordnete der Nationalversammlung und Vorstandsmitglieder des Grundbesitzervereins, vgl. Anm. 176.
- 196 L. Graf von Pfeil/Schlesien, konservativer Vermittler zwischen dem Grundbesitzerverein und den sich bildenden Parteien; Verfasser des Berichts *Mein politisches Treiben im Sommer 1848* (Berlin 1856).
- 197 Im Sommer 1848 gegründeter populärer, demokratischer Verein, in dessen Konkurrenz gemäßigt Konservative im September 1848 den Verein für sozialpolitische Reform gründeten.
- 198 Die Besteuerung von Zucker gehörte zum Gesetzesvorschlag Gierkes und war unter Agrariern ebenso unbeliebt wie in der Bevölkerung. Der Lübbecker Abgeordnete Keiser stellte einen Ablehnungsantrag, der durchging.
- 199 Graf von Lynar, Rittergutsbesitzer in Schlesien, wie Elsner zum Kompromiss bereites Mitglied des Vereins.
- 200 Robert, Heinrich Graf von Goltz (1817–1869), Vorstandsmitglied des Vereins für König und Vaterland in Berlin; er warb für einen Zusammenschluss aller Konservativen zu einer permanenten Partei, vgl. Schwentker, wie Anm. 5, S. 277ff.
- 201 Adolf Freiherr von der Horst (1806–1880), Gutsnachbar, Landrat des Kreises Lübbecke und eifriger Korrespondenzpartner des Verfassers. Adressat des erwähnten Briefes könnte aber auch sein Vater August Friedrich Freiherr von der Horst, vormaliges Regierungspräsident in Minden, sein.
- 202 Robert Blum (1807–1849), bekannter Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, später ermordet.
- 203 Lavergne-Peguilhen, vgl. Anm. 49 u. 190. Die in Westfalen seit 1843 gültige Landgemeindeordnung war häufiger Anlass für Unruhen der unterbäuerlichen Bevölkerung im März 1848 gewesen. Laverignes Darlegungen darüber interessierten den Abgeordneten des Kreises Lübbecke, Keiser, daher eminent.
- 204 Das Militär hatte die Hauptstadt zwar im März 1848 verlassen müssen, befand sich aber seit Mai z. T. wieder in Berliner Quartieren, vgl. Hachtmann, wie Anm. 4, S. 260f.
- 205 I.R. Bessel, Justizrat aus Bielefeld.
- 206 Zur schlechten Moral der Truppe und zu Meutereien besonders unter den einfachen Soldaten nach der Debatte über die Vereidigung des Offizierskorps in der Nationalversammlung vgl. Hachtmann, wie Anm. 4, S. 698ff.
- 207 Carl von dem Bussche-Münch, Sohn des o. g. Georg v. d. B.-M., vgl. Anm. 189.
- 208 Hermann von Beckerath (1801–1870), rheinischer Industrieller, Abgeordneter des Rechten Zentrums, im Herbst kurzfristig als Ministerpräsident im Gespräch.
- 209 In Herford fand am 9. September 1848 auf Betreiben des Landrats von der Horst eine Versammlung ostwestfälischer Großgrundbesitzer statt. Zu ihr waren auch die Münsteraner Adelsvertreter Freiherr von Landsberg und Graf von Merveldt angereist, um die geplante Generalversammlung des Vereins in Westfalen vorzubereiten. Bei dieser Gelegenheit wurde Reckes offizielle Deputation nach Berlin verlängert. Vgl. StAMs, Depot von der Horst / Hollwinkel, Nr. 575, Bl. 34.
- 210 Die Generalversammlung fand in Münster am 16. September 1848 statt, vgl. Anm. 72 u. 75.

ULRICH HUSSONG

9. März 1933: SA im Amtshaus Hausberge

Absetzung des Amtsbürgermeisters Rudolf Günther

Georg Heinrich August Rudolf Günther wurde am 21. Juli 1888 in Minden geboren und besuchte dort das Gymnasium. Nach Jurastudium (Bonn und Göttingen) und Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg wurde er Gerichtsassessor in Kiel, 1920 dann Amtmann in Hausberge an der Porta als Nachfolger seines verstorbenen Schwiegervaters Ernst Schwoßmann.¹ Das Amt Hausberge zählte 1933 22 000 Einwohner.² Es war das größte im Kreis Minden; zu ihm zählten 16 Gemeinden, deren Bevölkerungszahl insgesamt nicht viel weniger als die der Kreisstadt Minden ausmachte.³ Der Größe der Ämter entsprechend waren die Gehälter der Amtsmänner sehr unterschiedlich festgesetzt. Am höchsten war das für Hausberge mit 5700 Mark, wozu noch 1200 Mark persönlicher Zulage für den zeitigen Inhaber, zusammen also 6.900 Mark, kamen.⁴ Vom



Rudolf Günther, Amtsbürgermeister, um 1936 nach seiner Absetzung (1933).

Privatbesitz

Frühjahr 1924 bis zum Frühjahr 1925 zog sich eine Auseinandersetzung um die Erhöhung des Gehaltes von Amtmann Günther hin. Günther fand Unterstützung in seinem Amt selbst, während der Regierungspräsident gegenüber dem Innenminister argumentierte, dass eine höhere Eingruppierung des Amtmannes in Hausberge nicht zu rechtfertigen sei: *Das Amt Hausberge ist das einzige Amt im Regierungsbezirke, welches mit einem juristisch vorgebildeten Beamten besetzt ist. Die Amtsmänner in Brackwede und Schildesche haben höchstens die Prüfungen für den Regierungsbürodienst abgelegt. Die Uebertragung der Stelle in Hausberge an den Regierungsassessor Günther im Jah-*

re 1920 ist namentlich deshalb erfolgt, weil er der Schwiegersohn seines verstorbenen Amtsvorgängers Schwollmann ist.⁵ Die Bezeichnung *Amtmann* wechselte spätestens 1929 in *Bürgermeister des Amtes Hausberge*.⁶

Die Untersuchung der Absetzung Günthers als Amtsbürgermeisters in Hausberge stützt sich zum einen auf amtliche Akten⁷, zum anderen aber auch auf die Erinnerung von Rudolf Günthers Tochter Ingrid, meiner Mutter, die die Geschehnisse als Zehnjährige erlebt hat, sowie auf einzelne Dokumente aus ihrem Besitz. Überraschenderweise liegen die aussagekräftigsten Archivalien nicht am Ort oder in der Region, sondern im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz zu Berlin: Im preußischen Innenministerium sind nicht nur Angelegenheiten von allgemeiner Wichtigkeit behandelt und Grundsatzentscheidungen für den Gesamtstaat gefällt, sondern auch Einzelfälle von nur örtlicher Bedeutung entschieden worden.⁸

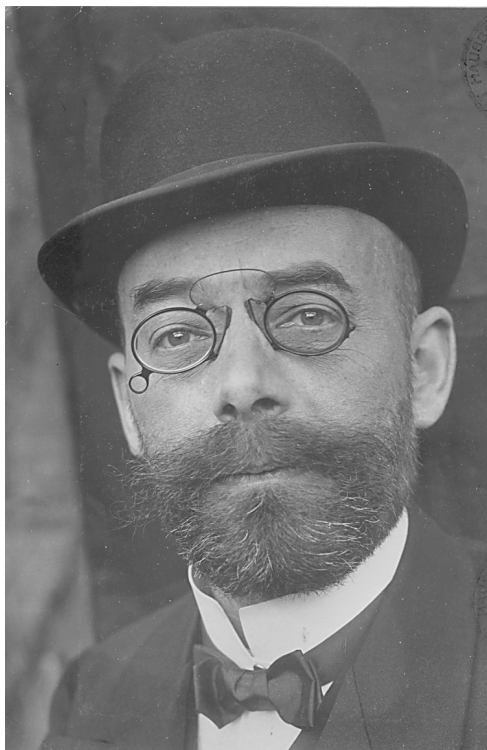
In der vom Kreisausschuss Minden geführten Personalakte⁹ findet sich nichts Spektakuläres, auch keine Dokumentation des Alltagsgeschäftes, wie es für Personalakten üblich ist. Nicht einmal ein Lebenslauf ist dort abgelegt. Aus dem Jahre 1923 stammt eine Auseinandersetzung mit dem Oberstaatsanwalt über den Tonfall in dienstlichen Schreiben. Hintergrund war der Aufruhr von Arbeitern, die zu Hunderten Fahnen sowie Kaiser- und Hindenburgbilder verbrannten und auch die Hausberger Fahnen verbrennen wollten. Günther überredete sie zum Rückmarsch. Der Landrat bat, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.



Amtshaus Hausberge.

KAM, Bildsammlung, A II 8a

Als sehr viel ernster entpuppte sich der Streit um die Hoko-Werke.¹⁰ 1926 sei Günther auf Kosten der Firma zur Mustermesse nach Leipzig gefahren. Der Beschuldigte rechtfertigte sich damit, dass bei der Firma sehr viele Menschen beschäftigt waren. Hohmeyer, der Besitzer der Hoko-Werke, hatte 1924 Konkurs anmelden müssen. Die Amtssparkasse musste die Werke im Rahmen der Zwangsversteigerung erwerben, und Hohmeyer führte sein Geschäft als Einzelhandelskaufmann fort. 1929 ging Hohmeyer erneut in Konkurs. Gegen den Konkursverwalter erstattete er Strafanzeige. Ende 1929 beantragte Hohmeyer bei Landrat Petersen vergeblich die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen Günther. Offenbar war er der Überzeugung, dass Günther anders als 1926 nicht zu viel, sondern über das Instrument der kommunalen Amtssparkasse zu wenig für seine Firma getan hatte. Hohmeyer war eine politisch schillernde Figur. Nach eigener



Ernst Schwoillmann (1866–1920), Amtmann in Hausberge, um 1916.

Privatbesitz

Aussage dachte er bäuerlich-konservativ, gehörte lange dem Stahlhelm an, beantragte dann aber die Aufnahme in die SPD, die abgelehnt wurde. Hohmeyer ließ nicht davon ab, seine Anschuldigungen zu verbreiten, und zwar gerade gegenüber Landrat und Regierungspräsident in Minden. Seine Bemühungen, die Beamten zu amtlichem Vorgehen zu veranlassen, hatten keinen Erfolg: Wegen fehlenden öffentlichen Interesses wurde er auf den Weg der Privatklage verwiesen. Politische Brisanz bekamen Hohmeyers Anschuldigungen, als Anfang 1931 ein nationalsozialistischer Redner die Vorwürfe aufgriff.

Typisch für die aufgeheizte Atmosphäre in der Endphase der Weimarer Republik war die erregte Stimmung in einer Amtsversammlung im Frühjahr 1930 wegen der geplanten Anschaffung eines Autos für Amtsbürgermeister und Amtsbaumeister. Müssen deswegen die Steuern erhöht werden? – so lautete die rhetorische Frage.¹¹

Anfang 1932 beteiligte sich Günther an der in jenen Jahren heftig geführten Diskussion um die *Reichsreform*, worunter die Neueinteilung der Länder verstanden wurde. Im konkreten Fall ging es um Territorialansprüche der Provinz



Familie Günther um 1926.

Privatbesitz

Hannover, die im Anschluss an die Entwicklung eines Niedersachsenbegriffes auf Teile von Westfalen gerichtet wurden. Günther lehnte sie in einer Denkschrift mit Nachdruck ab – so wie die westfälischen Politiker, Verwaltungsbeamten und Historiker.¹²

Noch vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten hat es in Hausberge, wie überall auch, politische Auseinandersetzungen gegeben. In den Amtsakten¹³ ist eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Richter im Landtag überliefert, die die Anbringung und Abnahme einer nationalsozialistischen Kranzschleife am Kriegerdenkmal in Hausberge betraf. Im Mittelpunkt stand hierbei der Gemeindevorsteher, also der Vertreter der Legislative, nicht der Bürgermeister.¹⁴

Die näheren Umstände der Absetzung von Bürgermeister Günther lassen sich aus Amtsakten nicht ermitteln. In einer Bescheinigung für Günthers Tochter, ausgestellt am 10. Oktober 1945 vom damaligen Amtsbürgermeister, heißt es, dass Amtsbürgermeister Günther am 9. März 1933 von etwa 80 bewaffneten SA- und SS-Leuten aus politischen Gründen zwangsweise abgesetzt wurde. Ein Disziplinarverfahren, welches Bürgermeister Günther gegen sich beantragte, verlief zu seinen Gunsten. Trotzdem wurde er in den Ruhestand versetzt. Nach der Erinnerung der Tochter fuhren zwei offene Lastwagen vor dem Amtshaus vor, auf denen Männer – meist in SA-Uniform – standen. Die Kinder eilten in der Dienstwohnung, die im gleichen Hause untergebracht war, zu einem der großen Fenster an der Front zur Weser. Von dort aus sahen sie, wie die Uniformierten von den Autos sprangen, sich verteilten und alle Hauseingänge und den Büroeingang besetzten. Günther verschwand in heller Aufre-

gung in den Büroräumen, wo dann die Verhandlungen stattfanden. Zwischendurch kam er in die Wohnung und besprach sich mit seiner Frau. Das Dienstmädchen Minna Schmeding beabsichtigte, Wäsche von der Bleiche ins Haus zu holen. Sie wurde von den Uniformierten zurückgehalten: Das sei verboten und *Dienst ist Dienst*. Minna antwortete: *Für mich ist auch Dienst Dienst!* – und man ließ sie die Wäsche hereinholen. Die Schwiegermutter Günthers, Anna Schwoßmann, hatte in ihrer Wohnung in der Hoppenstraße von der Aufregung gehört und verlangte Zutritt zum Amtshaus, den man ihr auch gewährte. Von den Unterredungen im Büro erfuhren die Kinder nichts, da bei Tisch nicht darüber gesprochen wurde. Das alltägliche Leben, insbesondere der Schulbesuch, ging weiter.

Bereits am selben Tag fand im Amtshaus eine *Verhandlung von Mitgliedern der Ortsgruppe der N.S.D.A.P. Hausberge* statt, auf der *scharfe Angriffe* gegen Günther erhoben wurden. Folgende Verfehlungen wurden ihm zur Last gelegt: 1. mangelhafte Führung der Geschäfte der Amtssparkasse, 2. unerlaubte Beziehungen zu einer Angestellten, 3. falsche Angaben über ein Waffenlager. Die zwangsweise Absetzung vom Amte, die offenbar unmittelbar im Anschluss ausgesprochen wurde, war von Recht und Gesetz, auch der nationalsozialistischen Zeit, nicht gedeckt. Von den staatlichen Behörden wurde sie wie die auch an vielen anderen Orten zu beobachtenden Aktionen von lokalen NS-Gruppen und deren Anführern hingenommen und als Tatsache akzeptiert; nirgendwo ist auch nur ein Versuch zu sehen, solche Maßnahmen rückgängig zu machen. Die Dienststellenleiter der staatlichen Aufsichtsbehörden über Verwaltungsbeamte wie Günther (Landrat, Regierungspräsident, Oberpräsident) waren übrigens alle in der Zeit der Weimarer Republik in ihr Amt gekommen, waren keine frisch eingesetzten Parteibonzen.¹⁵

Wenngleich staatliche Behörden verzichteten, die bestehenden Gesetze anzuwenden, so bestanden sie doch noch fort. Günther jedenfalls bezog sich auf die geltende Rechtsordnung, indem er das tat, was jeder Beamte tut, der eine gegen ihn gerichtete Anschuldigung offiziell untersucht wissen will: Er beantragte ein Disziplinarverfahren gegen sich, und zwar nach der Beamtendienststrafordnung ein förmliches Dienststrafverfahren.¹⁶ Wann er das tat, ist nicht bekannt, da die Unterlagen des Regierungspräsidenten Minden, zu denen auch eine Dienststrafverfahrensakte gehörte, nicht überliefert sind. Nur die Berichte des Regierungspräsidenten an den preußischen Innenminister zu Berlin sind erhalten. Aus ihnen wird der Gang des Verfahrens rekonstruiert.¹⁷

Der Regierungspräsident Minden teilte seinen Einleitungsbeschluss für das förmliche Dienststrafverfahren am 13. März 1933 mit. Drei Punkte waren es, die Günther vorgeworfen wurden. Zum einen *die mangelhafte Führung der Geschäfte der Amtssparkasse [...], wodurch der Amtsverband große finanzielle Schäden erlitten habe*. Diesen dünnen Worten – mehr ist nicht überliefert – lässt sich wenig entnehmen. Der Verdacht liegt nahe, dass die Anschuldigungen Hohmeyers, die bei den Nationalsozialisten auf fruchtbaren Boden gefallen waren, hier nachwirkten. *Ferner wurde ihm zur Last gelegt, dass er im Jahre 1924 versucht habe, die damals bei der Amtssparkasse angestellte Fräulein Emmi Schrott zu vergewaltigen. Diese Anschuldigungen wurden insbesondere von dem Bauunternehmer Vogt – Hausberge, dem Kaufmann*

Düster – Hausberge und dem früher bei der Sparkasse tätig gewesenen Angestellten Drögemeier – Neesen ausgesprochen. Auch wurde auf das Zeugnis der Fräulein Emmi Schrott, wohnhaft Berlin NW 87, Klopstockstr. 30 bei Meineke, Bezug genommen. Diese zweite Anschuldigung war von anderem Kaliber als die erste. Versuchte Vergewaltigung war damals und ist noch heute eine schwere Straftat und mit entsprechenden Sanktionen versehen. Der dritte Punkt der Vorwürfe war die angeblich falsche Angabe über die Zahl der Waffen im Amtshaus. Am 6. März 1933, also drei Tage vor seiner Absetzung, wurde Günther von Mitgliedern der NSDAP befragt, ob im Amtsgebäude, wie behauptet würde, ein Waffenlager vorhanden sei. Sie wollten es vor angeblichen Zugriffen der KPD bewahren. Bezeichnend für die Denkweise in der frühen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft ist der ungenierte Übergriff auf polizeiliche und staatliche Kompetenzen und die Absicht, auch nach dem 30. Januar 1933 einen Bürgerkrieg mit den Kommunisten als Partei, nicht als Staat mit dessen Machtmitteln zu führen.

Zum Beamten der Staatsanwaltschaft wurde ein Regierungsassessor in Paderborn ernannt. Während das Verfahren lief, musste Günther wie alle Beamten den *Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933* ausfüllen. Unter dem Paragraphen 4, der nach der Zugehörigkeit zu politischen Parteien fragte, trug er ein: *Bis 1918 nationalliberal, seit 1918 Deutsche Volkspartei.*¹⁸ Bereits die Voruntersuchungen ergaben, dass die Vorwürfe teils verjährt waren, teils sich nicht beweisen ließen.¹⁹ Der Regierungspräsident beantragte daraufhin am 4. Mai, das Dienststrafverfahren einzustellen. Am 26. Juni beschloss die Dienststrafkammer die Einstellung des Verfahrens.

Wie der Regierungspräsident dem Innenminister am 18. Juli berichtete, wurde Günther während des Dienststrafverfahrens auf seinen Antrag hin beurlaubt. *Nachdem das Verfahren abgeschlossen ist, müsste er an sich sein Amt wieder antreten. Eine Übernahme der Dienstgeschäfte durch Günther würde aber mit Rücksicht auf die im Amtsbezirk gegen ihn herrschende Stimmung der Bevölkerung zu schweren Unzuträglichkeiten führen. Ich bitte daher, Günther bis auf weiteres zu beurlauben.* Die Formulierung *Stimmung der Bevölkerung* ist eine verschleiernde Umschreibung für Stimmung der lokalen NS-Organisationen. Als nationalsozialistischer Parteigänger seit dem 1. April 1933 im Amt, konnte der Regierungspräsident kein Interesse haben, örtliche Parteifunktionäre gegen sich aufzubringen, indem er einen von ihnen abgesetzten Bürgermeister wieder ins Amt brachte.

Im Innenministerium wurde am 29. Juli ein Vermerk formuliert. Die Genehmigung zur Beurlaubung wurde erteilt und dies dem Regierungspräsidenten mitgeteilt. Zu den Punkten 1 und 3 des Dienststrafverfahrens sei nichts Belastendes festgestellt worden. *Jedenfalls aber haben die Untersuchungen die Stellung des Bürgermeisters stark erschüttert. Erwiesen ist außerdem zu Punkt 2 ein intimer Verkehr zwischen dem Bürgermeister und einer Angestellten. Die disziplinarisch zu ahndende Handlung ist zwar verjährt [...]. Doch ist der Vorgang, wie sich aus den Akten ergibt, bei der Bevölkerung des Amtes bekannt geworden. Statt Bevölkerung des Amtes stand zunächst Prüfung des Amtes im Konzept.* Diese gestrichene Formulierung zeigt viel bes-

ser als die endgültige, dass erst im Frühjahr 1933 die Angelegenheit anlässlich des Dienststrafverfahrens amtsbekannt wurde und die Stimmungslage der Bevölkerung nur vorgeschoben war.

Was hatte es nun mit der Beziehung zwischen Rudolf Günther und Emmi Schrott auf sich? Aus der versuchten Vergewaltigung war mittlerweile *ein intimer Verkehr* geworden. Welche Beziehung die beiden zueinander hatten, lässt sich nicht mehr feststellen. Den Kindern²⁰, die sich an Emmi Schrott erinnern können, schien sie eine gute Bekannte der Eltern zu sein. Es war ein anderes Verhältnis, das die Ehe von Rudolf und Mathilde Günther beinahe zerbrochen hätte, nämlich die Liebesbeziehung Rudolf Günthers zu einer verheirateten Frau, die in ihm den Wunsch nach Scheidung weckte – kurz vor den politischen Ereignissen des Jahres 1933. Den Nationalsozialisten am Ort muss sie verborgen geblieben sein, denn sie hätten sonst die Sache gegen Günther verwendet. Die Ehefrau²¹ und die Kinder wussten von der Liebesgeschichte und reagierten mit Trauer und Verunsicherung. Die Amtsenthebung und die ungesicherte Existenz der Familie veranlasste Rudolf Günther, seine Frau zu bitten, bei ihm zu bleiben, was sie auch tat.

Mit der Zustimmung des Innenministers, Günther zu beurlauben, war dienstrechtlich die Angelegenheit geregelt. Allerdings war die Beurlaubung unbefristet ausgesprochen, was dem Charakter eines Urlaubs, nämlich der befristeten Entbindung von den Dienstgeschäften unter Beibehaltung der Bezüge, entgegen stand. Der Regierungspräsident hatte in dem erwähnten Schreiben vom 18. Juli ausgeführt: *Günther hat seine Wiederverwendung im Staatsdienst oder im Kommunaldienst an anderer Stelle beantragt. Nach seinen Fähigkeiten und seiner politischen Einstellung habe ich gegen die Wiederverwendung keine Bedenken. Ich habe seine Wiederverwendung entsprechend [...] bei dem Herrn Oberpräsidenten beantragt.*²² Der Oberpräsident wandte sich am 14. August 1933 an einen Ministeraldirektor im Innenministerium mit dem Wunsch, Günther wieder für eine Bürgermeisterstelle vorzuschlagen. Seine Bemerkung: *Derselbe ist niemals Marxist gewesen, sondern gehörte immer der Volkspartei an*, drückt aus, dass durchaus Unterschiede zwischen den ‚Systemparteien‘ gemacht wurden. Die ‚marxistische‘ SPD (Marxisten von der KPD wurden nicht zu Verwaltungsämtern zugelassen) und ihre Anhänger galten als nicht besserungsfähig, während das bei den bürgerlichen Parteien anders war. Das Innenministerium befürwortete am 21. August 1933 die anderweitige Verwendung von Gemeindebeamten, *schon mit Rücksicht auf die Pensionslasten*. Die Unterbringung der einzelnen austauschfähigen Amtsbürgermeister könne vom Ministerium nicht im Auge behalten werden; *schon die Bemühungen um die Wiederverwendung der leitenden Beamten der grossen und mittleren Kommunen nehmen uns hier stark in Anspruch*. Es schlug deshalb den Austausch von Listen durch die Oberpräsidenten vor, die Vorschläge nach Einvernehmen mit den Gauleitungen enthalten sollten. Wegen Günther bat es, sich direkt mit dem Oberpräsidenten in Münster oder dem Regierungspräsidenten in Minden ins Benehmen zu setzen. Im Bezirk Minden war eine anderweitige Verwendung für Günther nicht möglich. Schon am 5. August 1933 hatte sich der Regierungspräsident an den Oberpräsidenten in Hannover gewendet, offenbar ohne Erfolg. In diesem Zusammenhang wur-

de eine Liste über die im Regierungsbezirk Minden beurlaubten, für eine Wiederverwendung an anderer Stelle in Vorschlag gebrachten Beamten (Bürgermeister) erarbeitet, die einzig Rudolf Günther aufführt.²³ Nur in zwei Fällen sind in der preußischen Provinz Westfalen Anträge auf Versetzungen von Amtsbürgermeistern in staatliche Verwaltungen aus politischen Gründen gestellt worden; beide Male von den Vorgesetzten, nicht von den Betroffenen.²⁴

Günther fand sich mit der ihn nicht zufrieden stellenden Lage als beurlaubter Amtsbürgermeister nicht ab. Im Juli 1934 bat er den Regierungspräsidenten von Minden, Freiherr Adolf von Oeynhausen, um eine persönliche Besprechung seiner Angelegenheiten und legte eine – nicht überlieferte – Eingabe vor.²⁵ Oeynhausen sah es nicht als zweckdienlich an, Günther zu empfangen, da er ihn nicht persönlich kannte und ihm auch keine Zusagen machen konnte. Er reichte aber die Unterlagen an den Landrat des Kreises Minden, Petersen, weiter. Dieser befürwortete eine Einstellung Günthers an anderem Ort, weil so die Geldverhältnisse des Amtes entlastet würden. Jedoch müssten die Quertreibereien in Hausberge gegen Bewerbungen Günthers aufhören. *Die Unterbringung des Günther wird sich niemals ermöglichen lassen, wenn sich nicht die Ortsgruppe der NSDAP sowie der Amtsbürgermeister bereit finden, eine einfache sachliche Auskunft auf Anfragen zu erteilen, und auf überholte und richtiggestellte Vorwürfe nicht eingehen. Es liegt sehr im Interesse des Amtes, wenn es die Pension des G. ersparen kann.* Immerhin habe sich der weitaus größte Teil der Vorwürfe, die im Frühjahr 1933 erhoben wurden, als nicht berechtigt herausgestellt. Mehr als die Empfehlung abzugeben, dass Günther ein guter Verwaltungsbeamter sei, könne er aber nicht tun. Durch solche Überlegungen und Maßnahmen kultivierten Verwaltungsbeamte eine Rationalität, die sich deutlich vom Fanatismus der nationalsozialistischen Mitglieder und Funktionäre auf örtlicher Ebene abhob, auch wenn es dem Regierungspräsidenten nicht um eine Schwächung, sondern um eine Stärkung des nationalsozialistischen Staates ging. Gerade wenn es um die effektive Erfüllung staatlicher Ansprüche ging, musste solchen Beamten Opportunismus und Heuchelei übel aufstoßen, wie es in anderem Zusammenhang, nämlich in einem Vermerk des Innenministeriums vom Oktober 1933 über den *Typ des gehässigen Denunzianten, der umso unsympathischer wirkt, weil er seine Denunziationen in schwülstiger und übertriebener Weise mit Versicherungen seiner besonderen Ergebenheit gegenüber der neuen Regierung einleitet*²⁶, ausgedrückt wird.

Doch auch diese Initiative Günthers blieb ohne Ergebnis. Ein knappes Jahr später, Ende Mai 1935, bat der Regierungspräsident den Landrat von Minden um Übersendung der Personalakte. Warum er das tat, ist nicht bekannt. Die Umstände lassen darauf schließen, dass es um eine Bewerbung Günthers ging.²⁷

Noch einmal, im Oktober 1936, wurde die Sache Günther aktenkundig.²⁸ Der Stabschef des Obersten SA-Führers, Lutze, schrieb an Reichsinnenminister Frick: *Günther sitzt nun als 48-jähriger Mann, der noch äusserst rüstig ist, untätig in Hausberge und bezieht von der Gemeinde Pension. Ich weiss wohl, dass Günther kein Parteigenosse ist und auch früher nicht nationalsozialistisch eingestellt war, meines Erachtens ist er aber genau so politisch*

zuverlässig wie viele andere, die auch heute noch im Staatsdienst stehen. Die finanzielle Belastung der Gemeinde sei untragbar. Vielleicht ließe sich eine Beschäftigung im Finanzwesen ermöglichen. Viktor Lutze war nicht nur Stabschef der SA (seit 1934), sondern auch Oberpräsident der Provinz Hannover (seit 1933).²⁹ Er stammte aus dem Kreis Tecklenburg in der Provinz Westfalen. Weshalb er sich für diese Angelegenheit, die nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fiel, einsetzte, ist den Akten nicht zu entnehmen. Lutze hatte aber eine Hausbergerin zur Frau und hielt sich oft bei seiner Schwiegermutter auf. Er war also mit den Verhältnissen vertraut und wegen seiner einflussreichen Stellung bemühte Günther sich bei ihm. Im Innenministerium wurde von einem Ministerialbeamten ein ausführlicher Vermerk aufgesetzt, der die bekannten Vorgänge um das Dienststrafverfahren enthält. Immerhin geht aus dem Vermerk auch hervor, dass Günther auf Antrag des Amtes Hausberge im Einverständnis mit der Gauleitung der NSDAP am 19. Januar 1934 gem. § 6 des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* in den Ruhestand versetzt worden war.³⁰

Weil sich der Stabschef der SA an Staatssekretär Fritz Reinhardt im Finanzministerium gewandt hatte, tat dies auch der Innenminister, um die Bitte um Einstellung zu unterstützen. Ein ähnliches *Privatdienstschreiben*³¹ erging an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen und den Regierungspräsidenten in Minden und dann auch an den Stabschef der SA, in dem über die Aktivitäten des Ministeriums berichtet, aber auch gebeten wurde, die in Frage kommenden Gauleitungen der NSDAP zu ersuchen, Günther bei der Besetzung geeigneter freier Stellen vorzuschlagen. Der Oberpräsident von Westfalen antwortete, dass er sich von der Empfehlung nicht viel verspreche. Es sei keine glückliche Lösung, dass der Oberpräsident bei der Besetzung kommunaler Stellen unmittelbar nur in sehr geringem Maße beteiligt sei. Er sei überzeugt, wenn der Oberpräsident *die für die Besetzung hauptamtlicher leitender Stellen allgemein maßgebliche Instanz wäre, in manchen Fällen hinsichtlich der vorhandenen Kräfte und wirtschaftlichen Verhältnisse ökonomischer verfahren würde, ohne dass die politischen Notwendigkeiten darüber zu kurz kämen*. Der Reichsminister der Finanzen teilte gegen Ende des Jahres 1936 knapp mit, dass in der Reichsfinanzverwaltung für Günther leider keine Verwendungsmöglichkeit bestehe.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Günther längst nach anderem umgesehen. Die Wohnung im Amtshaus hatte er mit seiner Familie bald nach der Amtsenthebung räumen müssen, da sie der Nachfolger im Amt, von Damaros, beanspruchte. Die Schwiegermutter³², Witwe Ernst Schwollmanns, nahm die Familie in ihre Wohnung in der Hoppenstraße auf. Wegen der beengten räumlichen Verhältnisse zog sie nach Neesen, das näher zu Minden liegt, wo die Kinder die Schule besuchten. Sie wohnte dort gemeinsam mit der Familie des ebenfalls 1933 abgesetzten Konrektors Ellermann. Seit dieser Zeit suchte Günther eine neue Beschäftigung, auch eine mit wenig Gehalt, um die Pension aufzubessern. Mindestens einmal bewarb er sich (in Warburg) auch um einen Verwaltungsposten, der seiner bisherigen Stellung entsprach. Eine Stellung fand er schließlich bei einem Vetter zweiten Grades, Wilhelm Günther, in Hannover. Die Familie zog dorthin um, wohl im Herbst 1935. Günther wurde nicht froh

mit der Beschäftigung und suchte und fand einen neuen Arbeitgeber. Seine neue Stellung konnte er nicht mehr antreten, weil er am 29. Dezember 1937 in Hannover an Blutvergiftung starb.³³ Seine Witwe und seine Kinder verlegten aufgrund der Bombenangriffe während des Zweiten Weltkriegs auf Hannover noch einmal den Wohnsitz nach Hausberge zu Anna Schwillmann.

Anmerkungen

- 1 Ernst Schwillmann (8. Januar 1866 – 30. Juni 1920) war 1897 Kreissekretär, später dann Amtmann.
- 2 GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 316bb, Nr. 14, Bd. 6.
- 3 Nach der Kreisbeschreibung von 1944 zählte das Amt Hausberge 24 303 Einwohner, die Stadt Minden 28 538 und die Stadt Bad Oeynhausen 10 885; der Kreis umfasste die beiden Städte und sechs Ämter mit 73 Gemeinden; die Gesamtbevölkerungszahl belief sich auf 133 300 Einwohner: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Bd. 8: Westfalen, bearb. von Walther Hubatsch, Marburg 1980, S. 168.
- 4 GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 316bb, Nr. 2: *Die Anstellung und die Personal-Angelegenheiten der Kommunalbeamten im Regierungsbezirk Minden, Bd. 3: 1886–1925 mit Gutachten des Regierungspräsidenten Minden* [1919].
- 5 GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 316bb, Nr. 16: *Die Besoldungsordnungen für die Ämter im Regierungsbezirk Minden. 1922–1931*.
- 6 Vgl. die Briefköpfe in: KAM, Kreisausschuss Minden, Nr. 812.
- 7 Für Auskünfte und die Bereitstellung von Unterlagen danke ich den Archiven, deren Archivalien zitiert werden (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold, Kommunalarchiv Minden), und für Auskünfte dem Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Münster, der Stadt Porta Westfalica und Frau Magdalene Ellermann, die im Juli 1988 im Mindener Tageblatt in einer Leserzuschrift an Rudolf Günther erinnerte.
- 8 Ohne Ergebnis wurden durchgesehen: GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Tit. 316b, Nr. 1, Bd. 2; ebd. Tit. 316b, Nr. 2; ebd., Tit. 316b, Nr. 6; ebd., Tit. 739, Nr. 11, Bd. 5.
- 9 KAM, Kreisausschuss Minden, Nr. 812: *Amtmann und späterer Bürgermeister Günther Hausberge a. d. P. 1920–1935*; dort auch zum Folgenden.
- 10 Zusätzlich zur Personalakte: KAM, Kreisausschuss Minden, Nr. 814: *Anschuldigungen gegen Bürgermeister Günther und Lagerhalter Berg seitens Hohmeyer. 1929–1930*.
- 11 KAM, Kreisausschuss Minden, Nr. 812.
- 12 StaatsA Detmold, M 1 Pr. Pers. I, Nr. 1310: *Personalakten des Amtmanns Günther in Hausberge Kreis Minden. 1920–1934*, enthaltend ein 13-seitiges Schreiben in Maschinschrift, abgelegt in der Personalakte Günthers, besonders S. 8 des Papiers = Bl. 18 der Akte); vgl. Ulrich Reuling, Zwischen politischem Engagement und wissenschaftlicher Herausforderung. Der Beitrag der Landesgeschichte zur Reichsreformdebatte der Weimarer Republik im regionalen Vergleich, in: Westfälische Forschungen 46, 1996, S. 275–315, bes. S. 275f., 300–312. 1929 nahm Günther an der Arbeitsgemeinschaft der Verkehrsverbände Unterweser-Jade, Weserbergland und Hesse-Waldeck teil (KAM, Kreisausschuss Minden, Nr. 812).
- 13 Die Tageszeitungen wurden nicht eingesehen, da nicht beabsichtigt ist, ein Lebensbild von Günther zu zeichnen. Nach dem 30. Januar 1933 sind Zeitungen zur Ermittlung historischer Fakten nur noch sehr bedingt benutzbar.
- 14 GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 739, Nr. 14: *Die aus dem Regierungsbezirk Minden in verschiedenen Kommunalangelegenheiten der Landgemeinden eingegangenen Beschwerden und Gesuche. 1838–1935*. Die Anfrage des Abgeordneten wurde abgesandt am 23. Januar und gedruckt am 31. Januar 1933. *Die Ortspolizeibehörde in Hausberge hat die beantragte*

- Entfernung der fraglichen nationalsozialistischen Kranzschleife abgelehnt, da polizeiliche Gründe dafür nicht vorlagen. Die Entfernung der Schleife hat alsdann der Gemeindevorsteher in seiner Eigenschaft als Sachwalter des der Gemeinde gehörigen Kriegerdenkmals angeordnet, um zu vermeiden, dass am Kriegerdenkmal politische Gegensätzlichkeiten ausgetragen werden. Eine Unrechtmäßigkeit kann in diesem Verhalten des Gemeindevorstehers nicht erblickt werden. Die Kranzschleife ist von dem Gemeindevorsteher auf dem Bürgermeisteramt abgegeben worden und kann dort in Empfang genommen werden. Damit erledigen sich die gestellten Fragen.*
- 15 Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Dr. Johannes Gronowski, amtierte von 1922 bis zum 31. März 1933, der Regierungspräsident von Minden, Dr. Paul Hagemeyer, von 1920 bis zum 31. März 1933, der Landrat des Kreises Minden, Erich Petersen, von 1918 bis 1937: Verwaltungsgeschichte Westfalen, wie Anm. 3, S. 42, 132, 171 mit Quellen- und Literaturangaben.
 - 16 Vgl. Beamtendienststrafordnung vom 27. Januar 1932: Preußische Gesetzsammlung 1932, Nr. 7, ausgegeben den 2. Februar 1932, S. 59–78. Dienstvergehen und Dienststrafen sind hiernach vorgesehen, wenn ein Beamter 1. *die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auferlegt, oder 2. sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt* (§ 2 Abs. 1). § 25 Satz 1: *Der Beamte kann die Einleitung des förmlichen Dienststrafverfahrens gegen sich selbst beantragen, um sich von dem Verdacht einer Dienstverfehlung zu reinigen.* Die §§ 90–103 enthalten besondere Bestimmungen für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände und der Körperschaften des öffentlichen Rechts.
 - 17 GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 316bb, Nr. 14, Bd. 6: *Die Wahl und Anstellung der Amtmänner und Gemeindeverordneten in den Landgemeinden des Regierungsbezirks Minden. 1891–1933.*
 - 18 StaatsA Detmold, M 1 Pr. Pers. I, Nr. 1310, Bl. 25–26, ausgefüllt am 16. Juni 1933.
 - 19 Zum Folgenden wieder: GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 316bb, Nr. 14, Bd. 6.
 - 20 Hans (1919–1987), Ingrid und Sigrid (geboren 1922).
 - 21 Mathilde Günther geb. Schwoillmann (1897–1949, verheiratet seit 1918).
 - 22 GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 316bb, Nr. 14, Bd. 6.
 - 23 In der Rubrik *Gründe der Beurlaubung* heißt es: *Mitglied der Deutschen Volkspartei. Wegen früherer Vorkommnisse lehnt die NSDAP die weitere Zusammenarbeit mit Günther ab. Das von ihm selbst beantragte Dienststrafverfahren ist eingestellt, da dienstliche Verfehlungen nicht festgestellt sind.*
 - 24 GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 316b, Nr. 1: *Die Wahl und Anstellung der Amtmänner und der übrigen Kommunalbeamten in der Provinz Westfalen, Bd. 3: 1928–1936.*
 - 25 StaatsA Detmold, M 1 Pr. Pers. I, Nr. 1310; dort auch zum Folgenden.
 - 26 GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 316b, Nr. 5: *Die Gesuche um Anstellung als Amtmänner in der Provinz Westfalen, Bd. 1: 1843–1937.*
 - 27 KAM, Kreisausschuss Minden, Nr. 812. Der Landrat teilte dem Regierungspräsidenten mit: *Weitere Vorgänge insbesondere Lebenslauf des Bürgermeisters sind auch beim Amt Hausberge nicht vorhanden.*
 - 28 GehStaatsA Berlin, I. HA Rep. 77 Innenministerium Tit. 316bb, Nr. 14: *Die Wahl und Anstellung der Amtmänner und Gemeindeverordneten in den Landgemeinden des RB Minden. Bd. 7: 1933–1937; dort auch zum Folgenden.*
 - 29 Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Bd. 10: Hannover, bearb. von Iselin Gundermann u. Walther Hubatsch, Marburg 1981, S. 421.
 - 30 Vgl. *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* vom 7. April 1933 (Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 175–177, § 6: *Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Wenn Beamte aus diesem Grunde in den Ruhestand versetzt werden, so dürfen ihre Stellen nicht mehr besetzt werden.* Sehr viel häufiger als § 6 wurde § 3 angewendet (*Beamte, die nicht arischer Abstammung sind*) oder § 4 (*Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten*). Vgl. Sigrum Mühl-Benninghaus, Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und

Durchführung der einschlägigen Beam-
tengesetze, Düsseldorf 1996 (Schriften
des Bundesarchivs 48), S. 30 u. öfter.

31 Amtliches Schreiben in der Form eines

Privatschreibens.

32 Anna Schwollmann (1871–1960).

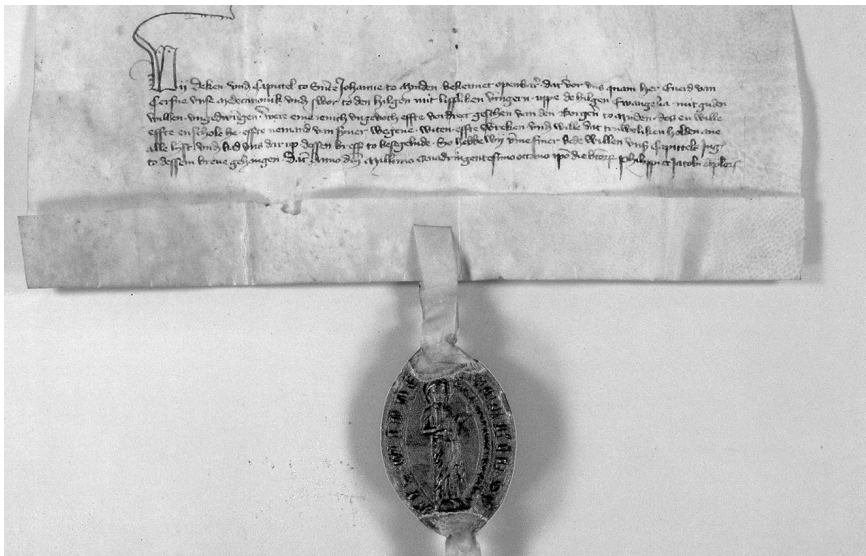
33 Die Sterbebescheinigung im Familien-
buch vermerkt als Beruf *Kaufmann*.

ROLAND KÖHNE

Chorgebet und Minnesang

Der Kanoniker und Dichter Everhard von Cersne aus Minden

Die Österreichische Nationalbibliothek in Wien bewahrt eine spätmittelalterliche Papierhandschrift, einen Codex von 123 Blättern, der in mittelhochdeutscher Sprache das Werk des Dichters Everhard von Cersne aus Minden enthält. Es handelt sich um das 1404 entstandene und 4830 Reimverse umfassende Lehrgedicht *Der Minne Regel* mit einem Anhang von 20 Minneliedern, zum Teil mit Noten. Everhard war der einzige hochdeutsch dichtende Minnesänger des Mittelalters, der in Norddeutschland beheimatet war. Ein besonderes Register nennt auch noch die Anfänge von 13 deutschen und zehn lateinischen Liedern, die aber nicht erhalten sind. Seit die Handschrift im Jahre 1861 zum ersten Mal von Franz Xaver Wöber abgedruckt worden ist¹, fehlt der Name des Dichters in keiner Literaturgeschichte des betreffenden Zeitraums und in keinem größeren Literaturlexikon, auch nicht in der Allgemeinen Deutschen Biographie. Erich Bachmann widmete ihm 1891 eine grundlegende Berliner Dissertation.² Ein verstärktes literaturgeschichtliches Interesse an Everhard bezeugen im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts u.a. eine Neuausgabe der Wiener Handschrift von Danielle Buschinger³ sowie separate Ausgaben der Lieder Everhards von Thomas Cramer⁴ und Elisabeth Hages-Weißflog⁵.



Schwur der Urfehde des Eberhard von Cersne gegenüber der Stadt Minden vor dem Kapitel des Kollegiatstifts St. Johannis zu Minden (Pergamenturkunde von 1408 Mai 1).

KAM, Stadt Minden, A I, Nr. 223

Von musikwissenschaftlicher Seite hat sich in jüngster Zeit Jürgen Brandhorst von neuem mit den relevanten Stellen in *Der Minne Regel* und den überlieferten Melodien zu vier der Lieder Everhards befasst.⁶ Im lokalen Mindener Schrifttum hat er aber erst merkwürdig spät Beachtung gefunden.⁷

Everhard von Cersne (das ist Zersen bei Hessisch Oldendorf) entstammte einer Familie von Vasallen der Fürstbischöfe von Minden, die *um Minden herum begütert waren*⁸, so in Eisbergen⁹. Er war Kanoniker des Stifts St. Johannis in Minden und erscheint als solcher in einer Urkunde vom 1. Mai 1408, worin bestätigt wird, dass er geschworen habe, sich für das durch die Mindener erlittene Ungemach (während der Mindener Schicht von 1405 bis 1408) nicht rächen zu wollen¹⁰. Als Angehöriger des Klerus seiner Kirche muss er aber nicht Priester gewesen sein. Was für die Domherren galt, wird auch für die Stiftsherren zutreffen, dass nämlich die niederen Weihen genühten, um Mitglied des Kapitels werden zu können.¹¹ Zu ihren Pflichten gehörte die Teilnahme am täglichen Chorgebet und an den Kapitelsitzungen.

Everhard war ein studierter Mann, der sich seine Bildung über die Schule hinaus auch auf einer auswärtigen Universität erworben hatte (so wie es das Domkapitel seit 1317 von seinen eigenen jungen Kandidaten verlangte¹²). Das war die 1392 gegründete Universität in Erfurt, in deren Matrikel für das Sommersemester 1395 ein *Ebirhardus de Czersen* erscheint, wie auch in der Liste derer, die im Herbst 1397 den akademischen Grad eines Baccalaureus erhielten, ein *Everhardus de Mynda* (Minden).¹³ Auch bei letzterem kann es sich wohl nur um Everhard von Cersne handeln. Wenn er zum Beweis seiner Belesenheit neben Autoren des klassischen Altertums auch Wolfram von Eschenbach, Heinrich von Meißen, genannt Frauenlob, und Neidhart von Reuenthal, dazu die Nibelungen und den Sänger Horant aus dem Kudrun-Epos nennt (*Der Minne Regel*, V. 552ff.), so waren das, wie seine eigenen Dichtungen erkennen lassen, nur Beispiele für eine weit umfassendere Vertrautheit mit älterer und jüngerer mittelhochdeutscher Poesie.

Freilich ist er selber über die Schwierigkeiten hinaus, welche die mittelhochdeutsche Dichtersprache ohnehin bereitet, oft nicht leicht zu verstehen. Das liegt unter anderem daran, dass er Hochdeutsch auf dem heimischen niederdeutschen Substrat schreibt, so dass etwa die Bedeutung scheinbar mittelhochdeutscher Wörter erst klar wird, wenn man sie auf ihre niederdeutsche Form zurückführt. So ist etwa das unverständliche Wort *glufen* aus niederdeutsch *glupen* gebildet und bedeutet dann: einen heimlichen Blick aus halb geöffneten Augen tun¹⁴. Mitunter begegnen auch ganz unbekannte oder rein niederdeutsche Wörter wie zum Beispiel *telge* (Zweig) oder die Präpositionen *mang* und *achter*. Zudem kann auch die sprachliche Fassung der überkommenen Handschrift nicht immer authentisch sein.¹⁵

Der Minne Regel ist eine sogenannte Liebeskunst (Ars amandi), die im Gefolge der zahlreichen Minnereden und -allegorien des 13. und 14. Jahrhunderts steht, aber zum Teil auch direkt auf dem lateinischen Traktat *De amore* des französischen Hofkaplans Andreas aus dem 12. Jahrhundert beruht. Das Werk ist in drei Teile gegliedert: *Zwei kürzere, aber erzählende Rahmenteile [...] umgeben einen breiten Mittelteil [...], der aus 38 Fragen und Antworten, gelegentlich auch Zwischenargumenten besteht. [...] Im ersten Teil findet der*

*Dichter über Zwischenstationen zur Minnekönigin und wird von ihr unterwiesen, im zweiten gibt sie auf seine Fragen eingehend Auskunft, und im dritten erwirbt er in ritterlichem Kampf Handschuh, Habicht und die 31 Minneregeln des Königs Sidrus und gewinnt dadurch die Hand der Minnekönigin wie die Herrschaft in ihrem Reich.*¹⁶

In der Handschrift wird das Werk meist als *Buch* bezeichnet, also zum Lesen bestimmt. Wie aber für die Minnereden allgemein¹⁷, so ist auch für *Der Minne Regel* zunächst einmal mündlicher Vortrag eines Sprechers, ja des Dichters selbst anzunehmen. Ein Indiz dafür im Text ist z.B. die Schilderung jenes Saales am Hofe der Minnekönigin, wo die Ritter und Frauen sich auf kostbar bezogenen Betten miteinander paaren und es dann augenzwinkernd heißt: *Ir werk ich nicht enruche*, das heißt: Ihr Treiben kümmert mich nicht (V. 527). Der Vers bewahrt hier die Situation des lebendigen Vortrags durch den Autor, über dessen anzügliche Bemerkung die Hörer lachen konnten. Überhaupt dürfte Erich Bachmann darin recht haben, dass in *Der Minne Regel* *wol mehr die poetische unterhaltung, nicht eigentliche belehrung* beabsichtigt war.¹⁸ So fragt der Dichter die Minnekönigin, wie er zu der Geliebten sprechen solle, wenn er zum ersten Mal vor ihr steht. Die Königin erklärt ihm sehr ergötzlich, dass es dafür keine bestimmte Regel gebe; dass Verliebte ohnehin gar nicht wissen, was sie sagen; dass sie stammeln und Unsinn reden und nur ans Küssen und Kosen denken. Überhaupt sind die Liebhaber nicht alle gleich. Der eine will nur *mang die Beine*, indem er sich listig anschleicht, ohne viele Worte zu machen; der andere legt Wert auf gutes Benehmen, spricht liebevoll und ehrlich und gelobt wahre Treue.

Die Hörer Everhards werden sich auch sehr für die nun auf Andreas Capellanus zurückgehende Diskussion über den Vorrang der oberen oder niederen Organe in der Liebe (V. 1019ff.) interessiert haben¹⁹, welche anscheinend die scholastische Unterscheidung zwischen den edlen und unedlen Körperteilen (*partes honestae et inhonestae*) voraussetzt, der wiederum 1. Korinther 12, 22ff. zugrunde liegt. So argumentiert der Dichter, hier als Widerpart der Minnekönigin, dass die Liebe natürlicherweise auf der Sinnlichkeit beruht wie der Bau des Hauses auf dem Fundament. Folglich gehören die zärtlichen Regungen des Herzens und ihre Äußerungen nur zum *Vorspiel* für das Eigentliche. Die Königin erwidert darauf: *Wenn du eine schöne Burg siehst, so preist du sie nicht wegen ihres Fundaments, sondern wegen ihrer Krone, die den Lüften zugewandt ist*. Sie tritt entschiedener als Andreas für einen ganzheitlichen Begriff der Liebe ein, der dem Seelischen wie dem Körperlichen gleichermaßen gerecht wird. Damit verbindet sie aber die bei Andreas vorgefundene Warnung, das Pferd nicht vom Schwanz aufzuzäumen, in Form eines launigen Denkspruchs:

*Wer gute Pferde zäumen will,
Der achte wohl auf den Anfang,
Dass er den Zaum nicht an den Stert
Binde, wo ihm der Schwanz sitzt.*

Everhard moralisiert nicht, sondern zeigt das Törichte des falschen Verhaltens. In der *Beschließung* des Buches gibt er sich als Verfasser zu erkennen: *Wer E:V:E:R:H:A:R und danach die Buchstaben dus zusammenfügt, erkennt leicht den, der es [das Buch]²⁰ gemacht hat. In diesen Verschen steht zugleich sein Zuname geschrieben, seine Heimat und sein Aufenthalt: Wollt ihr ihn finden, begebt euch straks nach Minden. C:E:R:S: und Neß heißt auch sein Zuname.* (V. 4816–4824). Im Jahre Tausendvierhundertundvier war sein Buch fertig, dem in der Handschrift nun noch seine Lieder folgen. Diese bilden einen der Ausläufer des ritterlich-höfischen Minnesangs im hohen Mittelalter, wobei auch die Person des ritterbürtigen Herrn von Zersen zum Bürgen für die Kontinuität dieser Tradition wird. Wenn Ingeborg Glier 1980 schrieb, dass Everhards Lieder *mehr Beachtung [verdienen], als sie bislang gefunden haben*²¹, so hat zuletzt Elisabeth Hages-Weißflog dies Versäumnis wettgemacht, durch deren Übersetzungen und Kommentare auch die Inhaltsanalysen in Albert Leitzmanns älteren Studien zu Everhard von Cersne²² weitgehend entbehrlich geworden sind. Natürlich gehören Everhards Minnelieder, die er nach eigenen Melodien wohl auch selber gesungen hat, auf engste mit *Der Minne Regel* zusammen. Ein paar Mal klingen Liedverse direkt an das Lehrgedicht an.²³ Nach Horst Brunner könnte es sein, dass der Dichter *außerhalb seines Lehrbuchs auch im Liedgenre eine Reihe exemplarischer Situationen durchspielen wollte, in die Liebende, insbesondere Liebhaber, geraten können.*²⁴

Das erste Lied (I) der handschriftlichen Sammlung ist schon das beste Beispiel dafür, wie Everhard thematisch *noch kräftig mit dem Erbe des Minnesangs* zu wuchern versteht (I. Glier): Der Dichter klagt über die Wankelmütigkeit und Herzlosigkeit der Geliebten, der er doch immer treu war. Sein Liebeswerben ist eingebunden in die herkömmliche Vorstellung eines Dienstverhältnisses zwischen der Herrin und ihrem *Knecht*. Merker (Aufpasser) und Neider können den guten Ruf der Dame gefährden. Aber der Dichter bewährt die Unverbrüchlichkeit seiner Liebe auch im Leiden und hofft auf einen Sinneswandel der Geliebten. Ungewöhnlich wirkt in diesem Kontext nur die aus dem Westfälischen bezugte Redensart vom Kohl und den Strünken und der Wunsch, mit der Herzensdame Gras zu schneiden, wohlgemerkt im Garten der werten Minne, also züchtig und nicht, wie es bei der Heumahd zugehen mochte. Doch ist das Grasschneiden mit der Geliebten auch ein alter erotischer Topos. Die Verse 9–16 wiederholen sich in Strophe 2 und 3 als Refrain:²⁵

1
*Heute spricht sie zu mir ja,
 Von der ich große Traurigkeit und Freude habe.
 So meine ich, dass es aufs Gleiche hinauskommt.²⁶
 Sie bezwingt mich mehr als Achiloyde den Krane.²⁷
 Das Ja ist morgen wieder nein geworden; (5)
 So quält sie mich, die liebenswerte Reine,
 Dass ich keine Freude mehr habe.
 Das muß ich geduldig von ihr allein erleiden.
 Sie hält mich hin, daß ich nicht weiß,
 Ob ich im Kohl oder an den Strünken bin. (10)*

*Wirklich, ich habe nie etwas Bittereres gegessen,
Das mir meinen Liebestraum so vergällt hätte.
Ich kann wohl behaupten, wie man sagt,
Dass ich in den Gedanken der Minniglichen
Einen halben Monat, auf meinen Eid, (15)
weniger 14 Nächte war²⁸ [d.h. null, gar nicht], wie ich jetzt erkenne.*

2
*Könnte ich ihr Gras schneiden helfen,
Ich meine im Garten der werten Minne,
Mir könnte wahrlich nichts Besseres geschehen.
Ich will in Liebe doch darauf hoffen,
Dass sie mir ihr Ja noch hält,
Das sie mir freudenarmem Knecht einst gab,
Und mich in ihren Dienst aufnimmt;
Ihr zu eigen gäbe ich mich mit allen Rechten.
Sie hält mich hin usw.*

3
*Ich habe ihr je und je gedient,
Die mich so willkürlich behandelt.
Will sie mich entgelten lassen,
Dass Merker und Neider sie mit ihrem Gerede kränken?
Das ist mir wahrlich allzu schwer.
Ihr lieben, werten, reinen, zarten Frauen,
Nun gebt ihr gütigst eine kluge Lehre,
Dass ich sie bald, wie ich mir wünsche, schauen möge.
Sie hält mich hin usw.*

In stärkstem Kontrast zu diesem Lied steht Nr. XVIII²⁹. Während das erste der ‚hohen‘ Minne verpflichtet ist, begibt sich der Dichter hier ohne Scheu in den Bereich der ‚niederer‘ Minne zu einem Mädchen geringer Herkunft. Es ist aber zugleich eines der schwierigsten, besonders in der 1. Strophe. Anscheinend sind in das Lied auch externe (Mindener) Faktoren eingegangen, die wir nicht kennen, so die genauen Gründe für den Unmut des Dichters über das *ingesinde* der Bauern, die er geringschätzig *Knospen*³⁰ nennt. Mein Übersetzungsversuch weicht von der Auffassung E. Hages-Weißflogs zum Teil bewusst ab:

1
*Die Dorfköter haben die Windhunde (Jagdhunde)
So arg zerzaust,
Dass man sie nicht mehr achtet.
Ich finde alle Tage,
Dass die „Knospen“ und ihr Anhang
Sich ganz ungebührlich breit machen.
Sie haben auch die zarten Kinder der Minne³¹
An sich gezogen.*

2

*Mit ihnen muss ich mich einlassen,
Wenn ich nicht ins Hintertreffen geraten soll.
Fürwahr, ich will dabei sein,
Obwohl mir's Humbolt nicht gönnt,
Dass ich „schimpelieren“ [das Minnespiel treiben] kann
Auch mit 'ner kleinen Metze.
Ihr Glupen³² hat mich gleich gebrannt.
Hui, ich will ein Töchterlein (Mädchen).*

3

*Was wollt' ich viel prahlen?
Sie kann wohl Geschirr spülen,
Die mir frischen Mut gibt.
Hätt' ich was in der Tasche,
Dass ich nicht zu naschen [oder zu betteln] brauchte,
So könnte es gut werden.
Sie puttelt in der Asche,
Die mir's nun alles (zu Gefallen) tut.*

Das Lied zeigt, wie unter den gegebenen Verhältnissen die *Knospen* gesellschaftlich aufsteigen, so dass sie jetzt auch für die *Kinder der Minne* interessant werden, während umgekehrt der Herr von Stande nicht mehr die Mittel hat, um etwa eine anspruchsvollere Geliebte aushalten zu können,³³ und sein Glück bei dem Mädchen in der Küche sucht. Aber Verlust ist hier zugleich Gewinn. Denn das Mädchen sieht nicht auf das, was *in der Tasche* ist, sondern schenkt ihm alles umsonst.³⁴ Der Dichter spielt hier die aus der Literatur bekannte Rolle des armen Ritters, die es denn auch verbietet, auf ein persönliches erotisches Erlebnis zu schließen. In der Armut des Ritters liegt jedoch die Gewähr für die aufrichtige Liebe des Mädchens. Beide befinden sich damit moralisch, um an eine Kategorie in *Der Minne Regel* anzuknüpfen, im Einklang mit der *Natur*. Darin wäre der Zusammenhang mit dem Lehrgedicht erkennbar.

Hätte Everhard dies nichtsdestoweniger recht frivol wirkende Lied auch wohl kaum im Beisein der *lieben, werten, reinen, zarten Damen* vortragen können, die er in Lied I um Fürsprache bei der Geliebten bittet; so waren die Adressaten aller seiner Lieder (wie auch des Lehrgedichts) natürlich doch in seiner eigenen gesellschaftlichen Sphäre zu Hause (mit der gleichen arroganten Abneigung gegen die *buoren*). Dabei spiegelt sich in seinen Gedichten nun auch das Auffassungs- und Urteilsvermögen eines Publikums, das hochdeutsche Verse verstand und selber eine gewisse literarische Bildung besaß. An diese appelliert der Dichter, wenn er in Lied I auf den alten Versroman vom *Crane* anspielt oder sich in *Der Minne Regel* auf Wolfram, Neidhart, Frauenlob und die Nibelungen- und Gudrunsa bezieht. Horst Brunner hielt es für denkbar, daß *Eberhard für den ihm ja vielfach verwandtschaftlich verbundenen Adel der Gegend gedichtet hat*.³⁵ Es bleibt unklar, wie man sich das vorstellen soll. Konkreter wäre an den städtischen Adel, die vornehme Geistlichkeit, Vasallen und Dienstmannen des Bischofs, vielleicht auch an die patrizischen Familien in

Minden zu denken. Wo aber wären Ort und Gelegenheit gewesen, sich durch Everhard belehren, unterhalten und in Stimmung versetzen zu lassen? Man kann mit guten Gründen vermuten, dass Everhards Publikum am ehesten in der Umgebung des Bischofs zu suchen ist. Denn besonders die Minnelieder verlangen als Ausdruck einer gehobenen Geselligkeit einen entsprechenden gesellschaftlichen Rahmen, für den der geistliche Fürst selber die beste Gewähr bieten konnte, sei es als Gastgeber in seiner Mindener Residenz oder in seiner Burg Petershagen oder als Gast auf einem Adelssitz. Der Bischof, der zur Entstehungszeit von *Der Minne Regel* und der überlieferten Lieder³⁶ in Minden regierte, war Otto IV. (1403/4–1406), ein geborener Graf von Rietberg, vorher Domherr in Köln.³⁷ Die jüngere Mindener Bischofschronik häuft auf ihn lauter Schmähungen: Er sei ein Feind des Klerus und aller guten und ehrenhaften Männer gewesen, töricht, eidbrüchig, treulos; aber ein Freund der Possenreißer und Strolche, der Räuber und jedes liederlichen Schelms; ganz und gar ausschweifend, habe er sogar Nonnen, arme Jungfrauen, geschwängert und sei ohne Sakrament elend gestorben, angeblich an dem Gift, das ihm ein gekränkter Ehemann wegen seiner Frau beigebracht hatte.³⁸ Man fragt sich, was an dieser Charakteristik wahr sein kann. Dass der Bischof amourös angefochten war und die Geselligkeit mit Gleichgesinnten liebte, wird aber zutreffen. Die Vermutung, dass Everhard am Hofe Ottos aufgetreten ist, erhält möglicherweise eine Stütze durch das Lied Nr. XIV³⁹, dessen Inhalt Albert Leitzmann so umschrieben hat: *Zweifle nie an der Treue deines Knechts. Könnte ich bis zum Tode dein bleiben, wäre mir aller Reichtum gleichgültig; du hast mir wie ein schlüpfriger Aal mein Herz durchkrochen, daß ich keine Ruhe mehr habe. Alle Zweifel will ich ins Gras schlagen: nur deine Gunst kann mich erfreuen.*⁴⁰ Die 1. Strophe schließt dabei mit den Versen:

*Fänd ich dein Wort auch jetzt noch echt,
Daß es verbliebe wie gesagt,
So wär ich froher noch als froh.
Ich könnt mir Bessres wünschen nicht.
Zeig freundlich mir dein Angesicht
Und laß mich sein allein dein O.*

Die letzten vier Verse kehren als Refrain in der 2. und 3. Strophe wieder. Dass Everhard selber dies Lied gemacht hat, ist kaum zu bezweifeln. Aber er kann nicht der O. sein, es sei denn, es handelt sich um einen Kosenamen, der uns natürlich unbekannt bleiben müsste. Wahrscheinlicher ist jedoch die Vermutung Horst Brunners, dass Everhard das Lied in fremdem Auftrag gedichtet hat.⁴¹ Für O. kommt dann eigentlich nur Otto in Frage. So findet sich z. B. im umfangreichen Bielefelder Urkundenbuch kein anderer Name auf O als eben Otto und dieser *Kaisername* mit wenigen Ausnahmen auch nur in adligen und herrschaftlichen Familien. Wenn sich also hinter der Signatur O. ein prominenter Otto verbirgt, dann liegt nichts näher, als an Bischof Otto von Rietberg zu denken. Da Herr Everhard von Cersne kein Lohndichter war, könnte die Auftragsarbeit nur ein Freundschaftsdienst für den verliebten Prälaten gewesen sein. Wahrscheinlich gehörte er schon um 1403 zu den geistlichen Parteigän-

gern Ottos in dessen Streit mit dem Domkapitel und starken Gegnern in der Stadt, die einen anderen Bischof als den vom Papst Ernannten haben wollten, schließlich aber doch mit Otto Frieden schlossen.⁴²

Diese Deutung der Signatur *O.* in Lied XIV ist zwar kein zwingender Beweis für eine engere persönliche Beziehung zwischen dem Dichter und dem Bischof, sondern eine Hypothese, die auf der Voraussetzung beruht, dass das Lehrgedicht und die Lieder Everhards für eine exklusive Gesellschaft bestimmt waren, in deren Mitte der Bischof stand, damals Otto von Rietberg. Die Annahme seiner Identität mit jenem *O.* im Liede hat aber doch wohl so viel für sich, dass auch sie hier die Stelle eines Arguments einnehmen mag. Wenn Everhard von Cersne also am Hofe des Bischofs oder doch in dessen Gegenwart seine Liebeskunst vorgetragen und seine Lieder gesungen hat, so repräsentiert er noch einmal die Gestalt des ritterlichen Dichters vergangener Zeit, der aus der feudalen Gesellschaft hervortrat, um mit seiner Kunst einen Beitrag zu ihrer aller *vröide*, Daseins- und Festesfreude, zu leisten, – während allenthalben auch in der Dichtung schon das bürgerliche Zeitalter begonnen hatte.

Anmerkungen

- 1 Der Minne Regel von Everhardus Cersne aus Minden (1404). Mit einem Anhang von Liedern hrsg. von Franz Xaver Wöber, Wien 1861, ND Hildesheim 1981. Die Handschrift in der Österreichischen Nationalbibliothek trägt die Signatur Cod. 3013.
- 2 Erich Bachmann, Studien über Everhard von Cersne, 1. Teil (ohne Forts.), Dresden 1891.
- 3 Eberhard von Cersne, Der Minne Regel, Lieder. Edition du manuscrit avec introduction et index par Danielle Buschinger, Edition des mélodies par Helmut Lomnitzer, Göttingen 1981 (Göppinger Arbeiten zur Germanistik 276).
- 4 Thomas Cramer, Die kleineren Liederdichter des 14. und 15. Jahrhunderts, Bd. 1, München 1977, S. 164–187.
- 5 Elisabeth Hages-Weißflog, Die Lieder Eberhards von Cersne. Edition und Kommentar, Tübingen 1998 (Hermaea NF 84).
- 6 Jürgen Brandhorst, Musikgeschichte der Stadt Minden. Studien zur städtischen Musikkultur bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, Hamburg – Eisenach 1991 (Schriften zur Musikwissenschaft aus Münster 3), S. 225–251.
- 7 Johann Karl von Schroeder, Der Mindener Minnesänger Eberhard von Zersen, in: MiHbl 36, 1964, Nr. 11/12, S. 300–304; Karsten Ernst Strack (Hrsg.), Mindener Lesebuch. 800 Jahre Literatur in Minden, Paderborn 1997; darin S. 52–61: Eberhard von Cersne, Die zehn Gebote der Minne.
- 8 O. Preuß/A. Falkmann (Bearb.), Lippische Regesten, Bd. 2, Lemgo u. Detmold 1863, S. 433*. Hier auch aufgrund der Ausgabe Wöbers die erste Erwähnung des Dichters in der landesgeschichtlichen Literatur.
- 9 Siehe Karl Adolf von der Horst, Die Rittersitze der Grafschaft Ravensberg und des Fürstbistums Minden, 2. ND der Ausg. 1894–1899, Osnabrück 1979, S. 115f. u. 185.
- 10 Vgl. Wilhelm Schroeder, Chronik der Stadt Minden, Minden 1883, S. 328. Der Wortlaut der Urkunde bei von Schroeder, wie Anm. 6, S. 300; Ausfertigung der Urkunde: KAM, Stadt Minden, A I, Nr. 223.
- 11 Vgl. Wilhelm Dräger, Das Mindener Domkapitel und seine Domherren im Mittelalter, in: Mindener Jahrbuch 8, 1936, S. 1–119, hier S. 17, Anm. 9.
- 12 Dräger, wie Anm. 10, S. 16f.
- 13 Diese Angaben nach der Arbeit von E. Hages-Weißflog, wie Anm. 5, S. 6f.
- 14 Karl Schiller/August Lübben, Mittelniederdeutsches Wörterbuch, Bd. 2, Bremen 1876, S. 123.
- 15 Vgl. Bachmann, wie Anm. 2, S. 56–58.
- 16 Ingeborg Glier, Eberhard von Cersne, in:

- Die deutsche Literatur des Mittelalters / Verfasserlexikon, 2. Aufl., Bd. 2, Berlin – New York 1980, Sp. 270.
- 17 Vgl. Hans Rupprich, Die deutsche Literatur vom späten Mittelalter bis zum Barock, 1. Teil: Das ausgehende Mittelalter, Humanismus und Renaissance 1370–1520 (= Helmut de Boor/Richard Newald, Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. 4,1), München 1970, S. 199; auch das Reallexikon der deutschen Literaturgeschichte, 2. Aufl., hrsg. von Werner Kohlschmidt u. Wolfgang Mohr, Bd. 2, Berlin 1965, S. 332f.
 - 18 Bachmann, wie Anm. 2, S. 15.
 - 19 In der lateinischen Ausgabe von Emil Trojel, 2. Ausg., München 1964 (durch Walther Bulst), S. 206ff.; in der Übertragung von Hanns Martin Elster, Des Königlich Fränkischen Kaplans Andreas 3 Bücher über die Liebe, Dresden 1924, S. 244ff.
 - 20 In der Handschrift irrtümlich *yn, ihn* (vgl. Buschinger, wie Anm. 3, S. 145 (Fußnoten)).
 - 21 Verfasserlexikon, wie Anm. 15, Sp. 273.
 - 22 Albert Leitzmann, Studien zu Everhard von Cersne, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Sprache und Literatur 71, 1949, S. 306–330.
 - 23 Bachmann, wie Anm. 2, S. 4, Anm. 1. Der rätselhafte *Herr Trurenfeld* in *Der Minne Regel* kommt auch in Lied II vor.
 - 24 H. Brunner, Das deutsche Liebeslied um 1400, in: Hans-Dieter Mück/Ulrich Müller (Hrsg.), Gesammelte Vorträge der 600-Jahrfeier Oswalds von Wolkenstein, Seis am Schlern 1977, Göppingen 1978 (Göppinger Arbeiten zur Germanistik 206), S. 114.
 - 25 Die Übersetzung folgt der Ausgabe von E. Hages-Weißflog, wie Anm. 5, S. 31f.
 - 26 E. Hages-Weißflog übersetzt den Vers *sus meynich, daz ez eben stat mit Also glaube ich, es stünde günstig* (S. 32). Der Satz zeigt auch sprachlich die Schwierigkeit, den Vers in diesem Sinne aufzufassen.
 - 27 Anspielung auf das Versepos *Crane* Bertholds von Holle aus den 50er Jahren des 13. Jahrhunderts. *Crane* (Kranich) ist das Pseudonym des jungen Königssohnes Gayol am Hofe des Kaisers, der durch ritterliche Taten die Hand der Kaiser-tochter Acheloide gewinnt.
 - 28 So wörtlich, aber besser in der Übersetzung von E. Hages-Weißflog: *zwei Wochen minus vierzehn Tage*.
 - 29 Hages-Weißflog, wie Anm. 5, S. 241.
 - 30 Zu Knospe als Bezeichnung für einen klotzigen, plumpen Menschen s. Grimm, Deutsches Wörterbuch, Bd. 5, Sp. 1495; bedeutungsgleich auch *Knolle*, ebd. Sp. 1466f., z. B. *die groben knollen* für die Bauern. Als *buren* bezeichnet Everhard in *Der Minne Regel*, V. 4815, und in Lied XIII, 2, 20 offenbar auch die ihm feindlich gesonnenen Bürger Mindens: vgl. Hages-Weißflog, wie Anm. 5, S. 123, Anm. 26.
 - 31 Das sind wohl die für die Minne begabten jungen Damen der besseren Gesellschaft; E. Hages-Weißflog, wie Anm. 5, S. 241, nennt sie *Minnedämchen*.
 - 32 Die Erklärung des Wortes oben im Text.
 - 33 Vgl. Dräger, wie Anm. 10, S. 17ff. über das *Konkubinenunwesen* auch unter Mindener Kanonikern.
 - 34 Hages-Weißflog, wie Anm. 5, S. 242, übersetzt den letzten Vers *de mirs nu allez tut: Die es mir nun derart angetan hat*, wobei offen bleibt, ob das Mädchen den Liebhaber erhört. Der Text meint aber zweifellos die bereitwillige Gegenliebe des Mädchens. Ähnlich die Auffassung des Verses bei Lambertus Okken/Hans-Dieter Mück, Die satirischen Lieder Oswalds von Wolkenstein wider die Bauern, Göppingen 1981 (Göppinger Arbeiten zur Germanistik 316), S. 572. Die dort vertretene Deutung des Liedes aus der angeblichen Konkurrenz des *Herrn ohne Qualifikation* mit den studierten Bauernsöhnen *auf dem gehobenen Arbeitsmarkt* ist freilich kaum nachzuvollziehen.
 - 35 Brunner, wie Anm. 23, S. 140, Anm. 24.
 - 36 Zur Chronologie der Lieder Everhards s. Bachmann, wie Anm. 2, S. 4.
 - 37 Vgl. Hans Jürgen Brandt/Karl Hengst, Victrix Mindensis Ecclesia. Die Mindener Bischöfe und Prälaten des Hohen Domes, Paderborn 1990, S. 48.
 - 38 Vgl. Klemens Löffler (Hrsg.), Die Bischofschroniken des Mittelalters, Münster 1917 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Provinz Westfalen 13, Mindener Geschichtsquellen 1), S. 232.
 - 39 Hages-Weißflog, wie Anm. 5, S. 194.
 - 40 Leitzmann, wie Anm. 21, S. 329.
 - 41 Brunner, wie Anm. 23, S. 141, Anm. 32.
 - 42 Vgl. Löffler, wie Anm. 37, S. 230; von Schroeder, wie Anm. 6, S. 315f.

Vertraut und vertraulich

Die Geheimsprache der Buttjer in der Alt- und Fischerstadt Mindens

„Rotkäppchen, komm, du musst dich zu unsere Omma, die is dich malache. Die muss dich was zu kottern haben. Kapp dich den korb, da is dich achiele drin – pellmänner und flattermänner. Hier hast de dich pieselotten, mich bringste pimangies mit und für den vatermann bringste de epi mit. Wenn der vonne maloche kommt, muss der was zu schlucken haben. Wenne durch den wald gehst, geh dich mit keinem freier mit. Nachher kriegste nen schablie, und den können wir nicht gebrauchen, wir haben keine poofe mehr.“ Rotkäppchen kappt sich den korb und teilackt los. Im wald kommt sich der wolf daher und fragt: „Wo willstest denn hin?“ „Ich will dich nache Omma und achiele bringen.“ „Mensch,“ sagt der wolf „dann schor dich doch noch nen paar blumen für de omma“, und dann teilackt er ganz schnell los in richtung omma...

Grimms Märchen in Mindens dritter Sprache – kurios, amüsant und für die Wissenschaft von Wert.

Sprachnamen

Aus den Gesprächen mit Sprechern und Sprecherinnen der Mindener Geheimsprache hat sich ergeben, dass die Mindener zur Bezeichnung ihres Rotwelsch verschiedene Sprachnamen kennen. Die einen bezeichnen es als *Buttjersprache*. Der Sprachname geht auf ein Wort der Buttjersprache, die als Geheimsprache funktioniert hat, selbst zurück: *buttjen* ‚arbeiten‘, also Sprache der Arbeiter. Andere nennen sie *Latscho*-Sprache. Dem unterliegt wiederum ein Wort aus der Geheimsprache selbst, das aus dem Zigeunerischen stammt: *lat-scho* ‚gut‘. Dieser Sprachname ist im Gefüge vergleichbarer Geheimsprachen einmalig, und dennoch hat er in der Grundausrichtung, nämlich seine eigene Geheimsprache als Sprache von Klugen, Eingeweihten zu bezeichnen, manche Parallelen. Erreicht wird die Geheimsprachlichkeit durch den Einbau fremder Wörter in das Textganze, z.B. aus dem Zigeunerischen und Hebräischen.

Die Be- oder Bi-Sprache meint von der Sache her eine andere Form der Geheimsprachlichkeit in Minden, nämlich den silbenbrechenden Einschub des Elements *bi*, wobei die Geheimsprachlichkeit zusätzlich durch schnelles Sprechen der solchermaßen verfremdeten Wörter erreicht worden ist. Ihren Zusammenhang haben Bi-Sprache und Buttjer- bzw. Latscho-Sprache darin, dass sie gelegentlich in Kombination auftreten.

Sprecher/Sprecherinnen

Das Mindener Rotwelsch ist im großen und ganzen die Geheimsprache der Männer und der männlichen Lebenswelt außerhalb der Familie. Dennoch ist es keine exklusive Männersprache gewesen, wie sich bei den Befragungen gezeigt hat. Da ist etwa das Mindener Original, die Wirtin der *Kajüte* in der Fischerstadt, Eta. Nach Aussagen der Sprecher und Gewährsleute beherrschte



Die Pöttcherstraße in Minden.

KAM, Bildsammlung, A I 79

sie die Geheimsprache perfekt. Und dann sind da noch die Damen von der *ra-bimpe*. Sie, deren Gunst im Rampenloch gegen *lobi* zu erringen war, haben die Geheimsprache zumindest verstanden. Beide Fälle schließt zusammen, dass es sich um Frauen handelte, die in unmittelbarem Kontakt zur externen Lebenswelt der Männer standen, sei es in der alten Kneipe in der Fischerstadt oder im Straßenbordell.

Mündlichkeit und Schriftlichkeit

Eines der wesentlichen Merkmale von Geheimsprachen ist, dass sie gesprochene Sprachen waren. Schriftlichkeit ist ihnen in aller Regel fremd. Das gilt auch für das Mindener Rotwelsch. Die Sprecherbefragungen vor Ort haben das eindrücklich bestätigt. Die Gründe dafür sind vielfältig: Der Zweck einer Geheimsprache ist Vorteilsnahme in einer bestimmten konkreten Situation, die durch die Lebenswelt der Sprecher charakterisiert ist. Hinzu kommt aber auch, dass jede Form der Verschriftlichung einer als solcher noch gebrauchten Geheimsprache die Gefahr der Entschlüsselung mit sich brachte. Weiterhin ist zu sehen, dass manche der Sprecher, selbst wenn sie es gewollt hätten, gar keine Schriftlichkeit hätten hervorbringen können. Für das Mindener Rotwelsch ist bis heute kein einziges schriftliches Zeugnis aus geheimsprachlichen Bezügen bekannt geworden.

Das Rotkäppchen-Märchen in der Buttjersprache ist in erster Linie als Sprachspaß zu sehen und steht als solches in diametralem Gegensatz zur ursprünglichen Funktion und Lebenswelt der Sprecher. Im übrigen ist auch für andere vergleichbare Geheimsprachen feststellbar, dass in späterer Zeit Texte entstehen, die mit der ursprünglichen Lebenswirklichkeit der Sprecher wenig zu tun haben, so etwa für die Masematte Übersetzungen von Grimms Märchen in die Münstersche Sondersprache oder auch die Übersetzung von Bildungszitate: ‚veni, vidi, vici‘ *ich böschte hin, ich dibberte, ich dellte sie machulle*.

Funktion

Die eigentliche und ursprüngliche Funktion des Mindener Rotwelsch ist Geheimsprachlichkeit. Über die Verfremdung des Wortschatzes mit bestimmten Mitteln soll eine interne Kommunikation ermöglicht werden, die Dritte vom Verständnis ausschließt. Indessen haben die Sprecherbefragungen vor Ort ergeben, dass das Mindener Rotwelsch auch als Familiensprache und Schülersprache funktioniert und damit in ganz anderen funktionalen Bezügen gestanden hat.

Entstehung und Sprechergebiete

Die Entstehung des Mindener Rotwelsch liegt weithin im Dunkeln. Zwar lässt es sich sprachlich nach seinen Wurzeln auf das alte Rotwelsche, also die Geheimsprache der Fahrenden (ab dem 12./13. Jahrhundert), zurückführen, doch wann oder in welcher Zeit es in Minden erstmals gesprochen wurde, lässt sich mit Sicherheit kaum behaupten. Historische Begebenheiten deuten hier Zeiträume an, wie etwa das Auftreten der ersten Zigeuner in Minden. Einschlägige historische Dokumente aus der Stadtgeschichte sind bislang auch noch nicht gefunden worden, obwohl hier intensive Recherchen womöglich nähere Auf-

schlüsse erbringen. So ist an Polizeiakten zu denken, die aus Schutzbedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft heraus in dieser Richtung aufmerksam machen. Nach Auskunft der Sprecher und Gewährsleute ist das Mindener Rotwelsch jedenfalls weit vor dem Zweiten Weltkrieg in Minden bezeugt. Indessen ist die Frage, wo, insbesondere in welchen Teilen der Stadt Minden die Geheimsprache gesprochen worden ist, leichter zu beantworten. Unzweifelhaft waren die Altstadt und die am linken Weserufer gelegene Fischerstadt Zentren des Mindener Rotwelsch. Sicher ist auch, dass auf dem rechten Ufer des Flusses das Mindener Rotwelsch so gut wie gar nicht gesprochen wurde. Hier bildet der Fluss die Sprachgrenze.

Sieben Sprachen im Kontakt

Nach den Aussagen der Sprecher befindet sich die Mindener Buttjersprache in dem Gebiet der Oberstadt zwischen Königswall im Westen und Kampfstraße und Ritterstraße im Osten in ganz besonderer Situation: Hier treffen drei verschiedene Geheimsprachen aufeinander. Wie der Mindener Buttjer Karl GiesseImann berichtet, war seinerzeit auf dem Viehmarkt am Königswall die Viehhändlersprache zu hören, eine sehr stark mit hebräischen Anteilen durchsetzte Geheimsprache, die der Vorteilsnahme der Viehhändler beim Verkauf diente. Einige Besonderheiten der Viehhändlersprache sind Karl Giesselmann noch in Erinnerung. Es waren seinem Bericht zufolge vor allem die Zahlen, die in der Viehhändlersprache durch hebräische Elemente verfremdet waren: *olf, bes, kimmel, dollar, hei* usw. Was sehr leicht nachvollziehbar ist, spielten die Zahlen doch beim Einkaufs-Verkaufs-Gespräch der Viehhändler eine entscheidende Rolle. Vorteilsnahme bedeutet in diesem Zusammenhang etwa interne Preisabsprache, ohne dass der potenzielle Ankäufer etwas verstand. Eine weitere, von der Buttjersprache zu unterscheidende Geheimsprache ist das Jenisch der Schausteller, die in dem Bereich der Oberstadt zu Hause waren. Über die drei Geheimsprachen hinaus kommen weitere Sprachen hinzu. Das den Sinti angestammte Sintcs (Zigeunersprache), das Plattdeutsche als Mundart der Region und die Umgangssprache. Zählt man Bi-Sprache und Buttjersprache gesondert, sind in der Oberstadt von damals tatsächlich sieben Sprachen in Kontakt. Eine solche Mehrsprachigkeit auf kleinstem Raume ist für das deutsche Sprachgebiet sonst so nirgendwo feststellbar.

Sprachliche Besonderheiten

Das Mindener Rotwelsch ist im sprachlichen Gefüge der Stadt eine Besonderheit und als dritte Sprache Mindens zu unterscheiden von der niederdeutschen Mundart und der Umgangssprache sowie der Hochsprache vor Ort. Auch in weiteren Bezügen der deutschen Sprachlandschaft ist die Buttjersprache etwas Einmaliges: nach ihren historischen Koordinaten, nach der örtlichen Bindung an bestimmte Viertel der Stadt und vor allem in ihrer Bindung an die Sprecher und Sprecherinnen. Und dennoch gibt es im deutschsprachigen Bereich verwandte Geheimsprachen, die von der Sprachwissenschaft als sogenannte Rotwelsch-Dialekte zusammengefasst werden. Ihnen gemeinsam ist zunächst die beabsichtigte Funktion, Geheimsprache sein zu wollen, das heißt, das Bemühen darum, einen Dritten bewusst von der Verständigung auszuschließen, zu

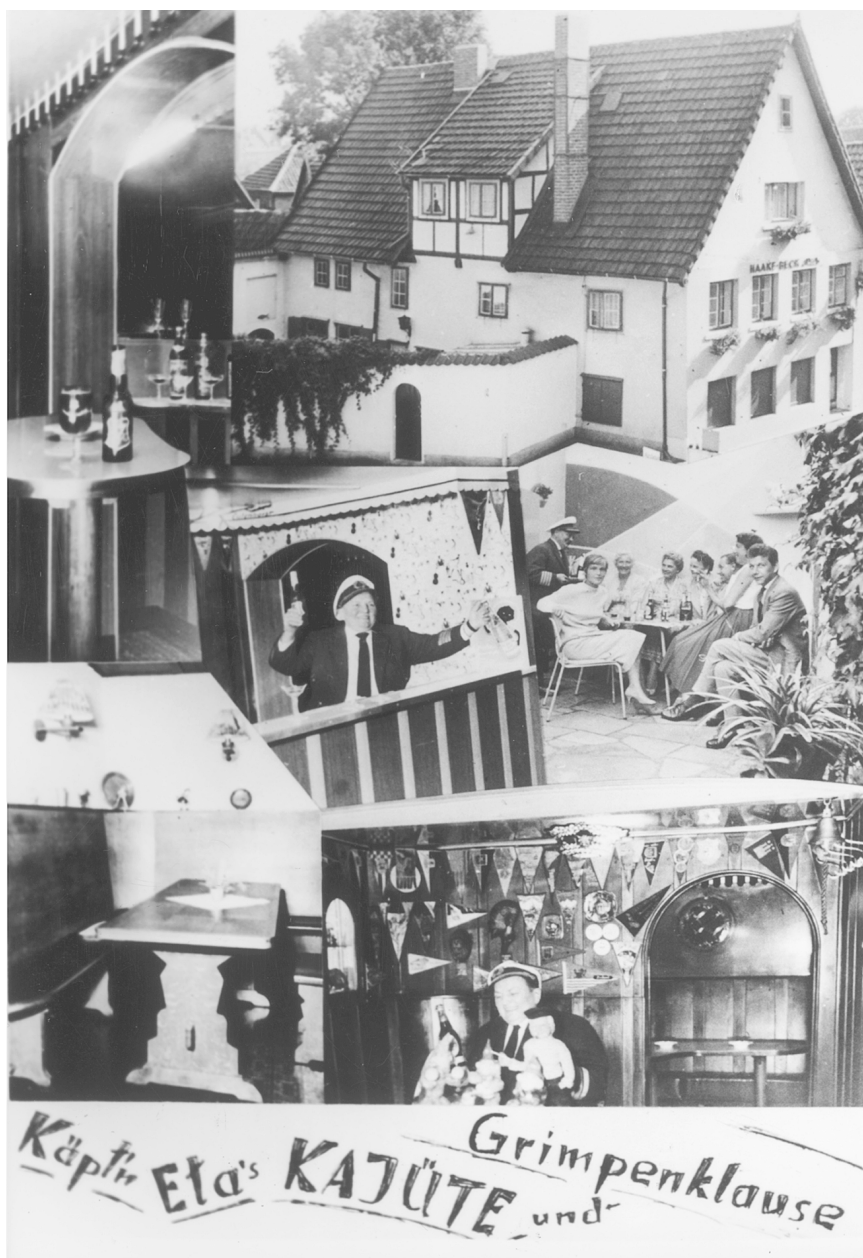


Der Weingarten in Minden.

KAM, A I 95

welchem Zweck auch immer. Verwandtschaft besteht aber auch in ihrem Lexikon. Eine gewisse Schnittmenge des Vokabulars, das zur Verdunklung dient, ist all diesen Rotwelsch-Dialekten – in jeweils unterschiedlichem Umfang – gemeinsam. So kommen etwa Wörter wie *achilen* und *beis* in der Münsterschen Masematte, im Schloßberger Jenisch, im Sauerländer Schlausmen, im Gießener Manisch und auch in anderen sogenannten Rotwelsch-Dialekten vor. Solche gemeinsamen Wörter fußen in der Regel auf dem alten Rotwelschen, der Sprache der Fahrenden und Vaganten, die sich bereits seit dem 12./13. Jahrhundert auf den Straßen Deutschlands als Geheimsprache herausgebildet hat.

Bei der Dokumentation des Mindener Rotwelsch haben sich aber auch sprachliche Besonderheiten herausgestellt, die das Mindener Rotwelsch von allen bislang dokumentierten Rotwelsch-Dialekten des Deutschen abgrenzen und der Mindener Geheimsprache ihr eigenes Profil geben: In erster Linie betrifft das das System der Verfremdung. Bislang war der Sondersprachenforschung kein einziger Rotwelsch-Dialekt bekannt, der zwei Typen der Verdunklung (Buttjer- und Bi-Sprache) miteinander kombiniert, also die Verfremdung durch die Integration fremdsprachiger Wörter in die Sätze und Texte, die ja zum Teil durch allgemeinverständliches, umgangssprachliches Vokabular gefüllt sind, sowie zusätzlich durch *bi*-Einschub an der Silbengrenze: zum Beispiel die aus dem Jüdisch-Deutschen stammende Fremdvokabel *reunen*, die für den Außenstehenden noch unverständlicher wird, indem sie nach dem Prinzip



Käpt'n Eta's Gaststätte, die Kajüte, in der Oberstraße. In der Bildmitte
Käpt'n Eta. KAM, Bildsammlung, A I 121

der Bi-Sprache, also durch den Einschub des *bi*-Elements an der Silbengrenze, zusätzlich kodiert wird, so dass aus *reunen* ‚sehen‘ *reubinen* wird. Beim Vergleich des Mindener Rotwelsch mit anderen Lexika verwandter Rotwelsch-Dialekte fällt auch ein sogenannter Sonderwortschatz ins Auge, der in keinem der sonst dokumentierten Rotwelsch-Dialekte belegt ist. Das betrifft etwa Wörter wie *bimse* ‚Uhr‘ oder *bommetör* ‚Kartoffel‘.

Vergleicht man die Anteile der unterschiedlichen Spendersprachen miteinander, stellt sich eine weitere Besonderheit des Mindener Rotwelsch heraus: Es überwiegen in ungewöhnlicher Anzahl die zigeunersprachlichen Wörter. Demgegenüber zeichnet sich die Münstersche Masematte dadurch aus, dass sie mit etwa fünfzig Prozent des Verdunklungsvokabulars aus dem Hebräischen ganz andere Verhältnisse zeigt. In beiden Fällen sind es natürlich die besonderen sozialhistorischen Bedingtheiten, die solche unterschiedlichen Anteile erklären. Waren es in Münster insbesondere die jüdischen Viehhändler, die die Masematte prägten, so sind es in Minden die zahlreichen Sinti gewesen, die diesen hohen Anteil zigeunersprachlicher Verdunklungswörter erklären dürften. Im Vergleich mit anderen Rotwelsch-Dialekten fällt weiterhin auf, dass das Mindener Rotwelsch nicht zum Ausbau von Wortfamilien neigt. So stehen die meisten der geheimsprachlichen Grundwörter für sich alleine, wie etwa *beies* (das, zum Vergleich, in der Münsterschen Masematte zu 54 Weiterbildungen in der Wortfamilie geführt hat). Eine Besonderheit des Mindener Rotwelsch ist weiterhin die hohe Produktivität des Wortbildungsmittels *-mann*: z.B. *backmann*, *bleimann*, *butzemann*, *dibbermann*, *flattermann*, *heiermann*, *kawentsmann*. Im Blick auf die Wortarten zeigt sich hingegen im Mindener Rotwelsch dasselbe Bild wie in anderen Rotwelsch-Dialekten. Hier sind es eben die Substantive, Adjektive und Verben als Träger der Hauptbedeutung eines Satzes, die verfremdet werden.

Zur Forschungsgeschichte

Im Gegensatz zu anderen deutschen Geheimsprachen wie etwa dem Schlausmen der Sauerländer Sensenhändler oder dem Manischen in Gießen, hat eine wissenschaftliche Dokumentation und Erforschung der Mindener Geheimsprache niemals stattgefunden. Erst im Jahre 1999 ist das Mindener Rotwelsch vom Verfasser als offene Aufgabe der Forschung, als Desiderat markiert worden. Dabei ist die Existenz einer Mindener Geheimsprache für die Mindener, soweit zu sehen, niemals ein Geheimnis gewesen, so dass man hier mit einem gewissen Recht von einem Versäumnis der Sprachwissenschaft der letzten Jahrzehnte reden kann.

Bislang unbekannte Quellen zur Buttjersprache

Das Glossar von Hermann Hartwig

Erste Bemühungen um die Mindener Geheimsprache verbinden sich mit Hermann Hartwigs Buch *Dreierlei Platt in einer Stadt*. Das Glossar von Hermann Hartwig ist die älteste bisher bekannt gewordene Aufzeichnung der Mindener Buttjersprache. Es enthält 95 Wörter, die Hartwig nach eigenen Angaben *Anfang der zwanziger Jahre [...] sammelte*. Hartwigs Angaben zufolge stammten

seine Gewährsleute aus der Fischerstadt. Das bislang in der Forschung unbekannte Glossar ist bei den Recherchen zu diesem Buch entdeckt worden. Es wäre wohl weiterhin verborgen geblieben, weil der Titel des Buches *Dreierlei Platt in einer Stadt* nur auf Mundart hindeutet und eine solche Sammlung sondersprachlichen Wortgutes nicht erwarten lässt. Überdies befindet es sich versteckt im Anhang zwischen den *Tier- und Pflanzennamen in der Mundart von Minden-Oberstadt* und dem *Wortschatz des Sprachatlas-Fragebogens in die Mindener Mundarten übertragen*. Für die sprachwissenschaftliche Forschung ist das Glossar von Hartwig von großem Wert. Das Glossar ist der erste sichere Nachweis dafür, dass bereits zu Beginn der 20er Jahre die Buttjersprache in Minden gesprochen worden ist.

Die Entstehung der Mindener Buttjersprache lässt sich mit hinreichender Sicherheit weit vor die Zeit der 20er Jahre, die durch das Glossar von Hartwig den ältesten sicheren Anhaltspunkt bieten, datieren. Die *ältere Generation meiner Fischerstädter Gewährsleute* hat die Buttjersprache nicht erst im hohen Alter gelernt: Das geht eindeutig aus der Beobachtung von Hartwig hervor, dass seine älteren Gewährsleute über einen Wortschatz verfügten, den die Jüngeren der 20er Jahre nicht mehr gekannt haben. Wenn man sieht, dass Hartwigs Gewährsleute um die Mitte des 19. Jahrhunderts geboren worden sind, darf man danach getrost von einer Entstehung spätestens in der Mitte des 19. Jahrhunderts ausgehen.

Für die sprachwissenschaftliche Forschung ist das Glossar als Dokument der gesprochenen Buttjersprache der Fischerstadt zugleich methodisch von hohem Wert, ermöglicht es doch den Vergleich mit späteren Sprachzuständen der Buttjersprache. Tatsächlich hat der Abgleich des Wortbestandes bei Hartwig mit dem aus den heutigen Sprecherbefragungen und aus den schriftlichen Glossaren hervorgegangenen Lexikon des Mindener Rotwelsch interessante Ergebnisse gebracht. 83 der 95 Wörter sind tatsächlich nur bei Hartwig verbucht. Anders gesagt: Nur zwölf der bei Hartwig verbuchten Wörter der Buttjersprache werden von den heutigen Sprechern und Gewährsleuten noch gekannt oder, vorsichtiger formuliert, der Buttjersprache zugerechnet. Grundsätzlich ist der Befund, wie er sich aus dem Vergleich mit dem Hartwig-Glossar und den aus heutigen Sprecherbefragungen ermittelten Wörtern der Buttjersprache ergibt, mit drei Möglichkeiten zu rechnen. Einige der nur bei Hartwig verbuchten Wörter der Mindener Buttjersprache, etwa Wörter wie *kontrillje* ‚Rock‘, *schatrillje* ‚Frauenrock‘, *posselkasse* ‚Küche‘, *schmock-stock* ‚Zigarre‘ oder etwa *bentenfeiler* sind im Laufe der Zeit einfach verloren gegangen. Andere sind durch bedeutungsgleiche Wörter ersetzt worden. Das gilt etwa für das bei Hartwig verbuchte *schovel* ‚schlecht‘, für das in der heutigen Buttjersprache in der Regel *ful*, *fulebaske*, *lau* steht, oder das alte *pinker* ‚Uhr‘, das in der späteren Buttjersprache durch *osnik* ersetzt worden ist. Wiederum andere, wie *kaff*, *kittchen* und *berappen*, die Hartwig der alten Buttjersprache zurechnet, werden von den heutigen Sprechern und Gewährsleuten nicht mehr als sondersprachliche Wörter benannt. Das wird daran liegen, dass diese Wörter im Laufe der Zeit aus den engen Grenzen der Sondersprache in die allgemeine Umgangssprache eingewandert sind und aus der Perspektive der Heutigen mit Recht als allgemeinverständliches Wortgut empfunden werden.



Kinder aus der Fischerstadt, um 1930.

KAM, Bildsammlung, A I 121

Das bedeutet allgemein gesagt, dass sich die Mindener Buttjersprache im Laufe des letzten Jahrhunderts in ihrem Wortbestand erheblich verändert hat. Das Qualitätsmerkmal ist hier sogenannter Sprachabbau. Viele der damals Anfang der 20er Jahre noch in der Fischerstadt gesprochenen Wörter sind im Laufe der Jahrzehnte verloren gegangen.

In diesem Zusammenhang ist die Bemerkung von Hartwig – *viele davon waren nur noch der älteren Generation meiner Fischerstädter Gewährsleute bekannt* – sehr aufschlussreich. Hartwigs Beobachtung, dass ein Großteil des von ihm verbuchten Vokabulars nur noch den älteren seiner Gewährsleute aus der Fischerstadt bekannt gewesen sei, bedeutet, dass er bereits für diese Zeit, die frühen 20er Jahre, Sprachabbau-Erscheinungen beobachtet hat.

Das Glossar von Käpt'n Eta

Ein weiteres bedeutsames Dokument zur Mindener Sprachgeschichte ist von Monika M. Schulte in den Beständen des Kommunalarchivs Minden (KAM, Stadt Minden, W, Nr. 489) entdeckt worden. Dabei handelt es sich um ein von Käpt'n Eta aus der Fischerstadt zusammengestelltes Glossar mit *Vokabeln der Bettler, die die Lande durchstreifen*. Es ist Bestandteil einer *Sammelmappe über Landstreicher und Mindener Stadtstreicher aus den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts*. Im Vergleich mit dem Sprachschatz der Buttjersprache zeigen sich prägnante Unterschiede, die die Sprache der Mindener Stadt- und Landstreicher deutlich als weithin eigenständige Mindener Sondersprache zeigen: So sind etwa die Zahlen durchgängig anders.

Buttjersprache	Sprache der Stadt- und Landstreicher
1 <i>jeck</i>	<i>olf</i>
2 <i>dui</i>	<i>bais</i>
3 <i>tren</i>	<i>kümmel</i>
4 <i>star</i>	<i>dollar</i>
5 <i>pansch</i>	<i>hai</i>
6 <i>schopp</i>	<i>wof</i>
7 <i>efta</i>	<i>nés</i>
8 <i>ochta</i>	<i>tés</i>
9 <i>enger</i>	<i>jés</i>
10 <i>desch/besch (?)</i>	<i>jütt</i>

Das Zahlensystem der Sprache der Stadt- und Landstreicher entspricht dem Zahlensystem der Geheimsprache der Viehhändler, das auf den hebräischen Buchstabennamen aufbaut.

Auch im sonstigen Wortschatz zeigen sich exklusive Differenzen, zum Beispiel bei der Bezeichnung von ‚Messer‘:

Buttjersprache	Sprache der Stadt- und Landstreicher
<i>katowe, katzoff</i>	<i>Platte</i>
<i>knistos</i>	<i>Knief</i>
<i>schori</i>	
<i>zachel, zachibe</i>	
<i>zacken</i>	

Das Glossar von Winfried Wesemann

Weitere Bemühungen um eine wörterbuchartige Dokumentation der Mindener Geheimsprache sind für die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts feststellbar. Das betreffende, für die Forschungsgeschichte zum Mindener Rotwelsch bedeutende Dokument ist von dem heute in Münster lebenden Oberstudiendirektor a.D. Winfried Wesemann dem Verfasser gegeben worden und vor kurzem in der Ausstellung Sondersprachenforschung in Münster in der Universitäts- und Landesbibliothek Münster zu sehen gewesen. Wegen seiner Bedeutung als neu entdecktes schriftliches Dokument des Mindener Rotwelsch wird es hier gesondert publiziert. Für sich genommen ist es ein Ausschnitt des vor rund 50 Jahren in Minden gesprochenen Rotwelsch unter Pennälern. 1956 hat der damalige Referendar am Bessel-Gymnasium in Minden, Winfried Wesemann, zusammen mit Schülern der Unterprima I versucht, diese sprachliche Besonderheit der Stadt festzuhalten. Ergebnis der damaligen Recherchen ist ein kleines Zettelglossar, das handschriftlich angelegt worden ist und Wörter von *achilen* bis *zechinen* notiert. Dem Empfinden von Winfried Wesemann für den Wert und die Besonderheit der Mindener Buttjersprache ist es zu verdanken, dass wir heute dieses Dokument der vor einem halben Jahrhundert gesprochenen Buttjersprache besitzen. Nach Auskunft von Herrn Wesemann hat er seine Sammlung der Mindener Buttjersprache nicht nach Angaben von alten Sprechern oder Gewährsleuten aus den einschlägigen Sprechervierteln erstellt, sondern das Vokabular notiert, das er als Referendar am Bessel-Gymnasium von

Schülern gehört und als sondersprachlich identifiziert hat. Damit ist das Glossar von Winfried Wesemann zugleich ein Dokument der damaligen Schülersprache und bezeugt das Phänomen des Eingangs der Mindener Buttjersprache in die Sondersprache der Pennäler.

Einige Besonderheiten fallen ins Auge. Hier und da scheint der Wortsammler so tief in die Welt der Sondersprache versunken, dass er ein sondersprachliches Wort durch ein anderes erklärt, wie etwa *buttjer* ‚bunke‘, *hallermann* ‚tacken‘, *kober* ‚macker‘. Die Erklärung von *buttjer* und ‚bunke‘ scheint dabei besonders bedingt zu sein. *bunke*, das nach den Befragungen der Sprecher und Gewährsleute für die Mindener Buttjersprache nicht bezeugt ist, kommt in einer verwandten Sondersprache, der Masematte in Münster, vor, wo Wesemann im Jahre 1929 geboren wurde, Kindheit und Jugend verbrachte.

Womöglich ist ihm dieses Wort aus der Masematte im Zusammenhang seiner Mindener Aufzeichnungen in die Feder geflossen. Hier und da erscheinen auf der Bedeutungsseite lediglich Varianten desselben Wortes, so etwa bei *dindelo* ‚dinlo‘ oder *knülch* ‚knilch‘. Auffällig sind weiterhin die zahlreichen Bezeichnungen für ‚trinken‘ und ‚Geld‘: *rasten*, *ölen*, *löten*, *picheln*, *schmarseln*, *schickern* ‚trinken‘; *lobi*, *poscher*, *knöpfe*, *piepen*, *flöhe*, *moneten*, *moos* ‚Geld‘. Auch für den Zustand nach ausgiebigem Trunke kennt das Glossar zwei Wörter: *kolone* und *schesemann*. Schließlich wird der nach dem Trunke unweigerlich erforderliche Schlaf durch immerhin drei verschiedene Wörter benannt: *koksen*, *pennen*, *ratzen*. Was schließlich mit *klits* ‚Dreier‘ gemeint ist, mag das Geheimnis des Glossators bleiben.

Lexikon der Buttjersprache nach Winfried Wesemann (Mitte des 20. Jahrhunderts)

Die Bedeutungsangaben in eckigen Klammern, die auf den betreffenden Zeteln bei Wesemann fehlen, sind vom Verfasser ergänzt worden. Ansonsten ist das Glossar unverändert belassen.

<i>achielen</i>	[essen]
<i>Ische</i>	Biene, spitze Biene
<i>quetten</i>	bläuen
<i>dibbern</i>	buckern; hast das gebuckert?
<i>krücken</i>	einen bügeln
<i>Buttcher</i>	Bunke
<i>dellen</i>	geben, leihen
<i>dibbern</i>	erblicken, sehen, gucken
<i>dindelo</i>	dinlo
<i>Fluppe</i>	[Zigarette]
<i>Gammelmann kriegen</i>	verhauen werden
<i>Gondel</i>	Auto
<i>Hallermann</i>	Tacken
<i>Ische</i>	[Frau]
<i>Jabbel</i>	Mund; halt den J[abbel].
<i>jabbeln</i>	quatschen
<i>auf Kaif</i>	auf Pump

Karpathen
Katrente gehen
kneistern
Knülch
Kober
koksen
kolone, schesemann
kottern
Kottermann
krücken
Knepen
kure kriegen
kuren
Küttjen
lau schickern
Lawine
lobi
Makker
malochen
meschugge
Moos
Mücke machen
Muij
nablo
natschen
neißen
niebeln
olchen
Was schmust die Osnick?
pan(t)sch(en)
pesen
pimango
poscher
pucken
Rallo
rasten
ölen
löten
picheln
schmarseln
schickern
roinen
Schabo
Scheie
schnurcheln
pennen
ratzen

Umgebung
 abhauen
 [gucken]
 Knilch
 Makker
 schlafen
 betrunken
 Butterbrot essen
 Knirfte
 [lügen]
 Augen
 vgl. kuren
 makkeimen
 kl. Mädchen
 [umsonst trinken]
 Bier
 Geld
 [Kerl, Mann]
 [arbeiten]
 [verrückt]
 [Geld]
 [abhauen]
 Mund; halts Muij
 nerblo
 gehen
 gehen
 sehen
 quallern
 [Wie spät ist es?]
 dof
 rennen
 Fluppe
 Geld
 leihen
 Makker (unt. Schicht)
 trinken
 [trinken]
 [trinken]
 [trinken]
 [trinken]
 [trinken]
 [sehen]
 kl. Mickeriges Männchen (scherzhaft)
 Ische; pl. Scheichen
 pennen
 [schlafen]
 [schlafen]

<i>schrauben</i>	lachen; schraubst dich kaputt
<i>schwofen</i>	[tanzen]
<i>Seejen</i>	Seger
<i>spachteln</i>	[essen]
<i>lau lone</i>	kein Stück
<i>Tacken</i>	[Groschen]
<i>tengeln</i>	makkeimen; vgl. kuren
<i>ticken</i>	tick dich! Da staunste!
<i>tschuka</i>	tofte
<i>lauer Tuck</i>	laue Kugel
<i>Wali</i>	Bier
<i>Zechinen</i>	Geld
<i>Knöpfe</i>	[Geld]
<i>Piepen</i>	[Geld]
<i>Flöhe</i>	[Geld]
<i>Moneten</i>	[Geld]
<i>Knisterfinken</i>	Stielmus
<i>zinschen</i>	stehlen
<i>klits</i>	Dreier

Rund zwei Jahrzehnte später widmet sich auch der Mindener Buchhändler Klaus Marowsky der dritten Sprache Mindens. In seiner aus Anlass des 100jährigen Bestehens der Buchhandlung Marowsky herausgegebenen Broschüre *Hei dampet noh!* hängt er seiner Sammlung von kleinen Geschichten aus dem alten Minden ein Wörterverzeichnis an, das in bunter Mischung mit anderem auch Wörter des Mindener Rotwelsch erfasst.

Wörterbuch der Mindener Buttjersprache

Das Wörterbuch ist die lexikographische Dokumentation der Mindener Buttjersprache und ein Teil des Buches „... und sie knospelte ihr ersten kutschabo. Die Mindener Buttjersprache“. Grundlage des Wörterbuchs sind die in Minden vom Verfasser durchgeführten Sprecherbefragungen sowie die schriftlichen Quellen. Jedes an den Verfasser gelangte Dokument ist dabei systematisch ausgewertet worden. Zunächst waren das Zuschriften von alten Sprechern und Gewährsleuten, die in vielen Fällen Wörterlisten beibrachten. Nach der Kontaktaufnahme mit den Sprechern und Gewährsleuten wurden dann in Minden vor Ort erste Gespräche geführt, die sich im Wesentlichen zunächst auf die sozialhistorischen Hintergründe bezogen.

Auch in diesen Gesprächen fiel das eine oder andere Wort und der eine oder andere Satz in der Buttjersprache, und auch solche Sprachbeispiele sind in das Wörterbuch eingegangen. In einem dritten Schritt sind dann systematische Sprecherbefragungen durchgeführt worden, die auf dem bis dahin zusammengetragenen Sprachmaterial beruhten. Bei dem Wörterbuch handelt es sich um eine authentische Dokumentation der Mindener Buttjersprache, wie sie nach den heute noch verfügbaren Quellen überhaupt möglich ist. Das Wörterbuch ist nach dem Prinzip eines Wortfamilienwörterbuches gebaut.

Literatur zur Mindener Buttjersprache

- Hermann Hartwig, Dreierlei Platt in einer Stadt. Sprachliche und volkskundliche Studien aus Alt-Minden, Minden 1953 (Mindener Beiträge 5), S. 31–33: Glossar *Rotwelsche Wörter in der Mundart der Fischerstadt*.
- Hermann Hartwig, Kinnste düsse? 111 lustige plattdeutsche Votellsel nebst mancherlei Ernsthaftem über unsere niederdeutschen Mundarten, Bielefeld 1954.
- Klaus Marowsky/Fritz Homann/Heinrich Wesemann, Hei dampet noh! Minden 1996, S. 33–49: Glossar aus dem Mindener Sprach- und Wortschatz.
- Klaus Siewert, Forschungen und Funde, in: ders. (Hrsg.), Aspekte und Ergebnisse der Sondersprachenforschung, Wiesbaden 1999 (Sondersprachenforschung 4), S. 8–17, bes. S. 13 mit Hinweis auf das Mindener Rotwelsch und das Glossar von Winfried Wesemann.
- Klaus Siewert, ... und sie konspelte ihr ersten kutschabo. Die Mindener Buttjersprache, Minden 2002.

Literatur zu der Buttjersprache verwandten Sondersprachen

- Christian Efing, Das Jenisch der Schausteller. Mit einem Glossar aus schriftlichen Quellen, Magisterarbeit, Münster 2001 [im Druck als: Sondersprachenforschung 9].
- Yaron Matras (Hrsg.), The Romani element in non-standard speech, Wiesbaden 1998 (Sondersprachenforschung 3).
- Jutta Middelberg, Romanismen in deutschen Rotwelsch-Dialekten. Unter besonderer Berücksichtigung französischstämmiger Lexeme, Wiesbaden 2001 (Sondersprachenforschung 5).
- Georg Schuppener, Bibliographie zur Sondersprachenforschung, Wiesbaden 2002 (Sondersprachenforschung 6).
- Klaus Siewert (Hrsg.), Rotwelsch-Dialekte. Symposion Münster 10. bis 12. März 1995, Wiesbaden 1996 (Sondersprachenforschung 1).
- Klaus Siewert, Karte der Rotwelsch-Dialekte in Deutschland, in: Zusammenarbeit mit Jörg Begemann und dem Deutschen Sprachatlas/Marburg, in: Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik 63, 1996, S. 282–288 (mit einer Faltkarte).
- Klaus Siewert (Hrsg.), Aspekte und Ergebnisse der Sondersprachenforschung. II. Internationales Symposion 28. bis 31. Mai 1997 in Brüssel, hrsg. unter Mitarb. von Thorsten Weiland, Wiesbaden 1999 (Sondersprachenforschung 4).
- Klaus Siewert (Hrsg.), Akten des III. und IV. Internationalen Symposions Sondersprachenforschung. Rothenberge 17. bis 19. März 1999 / Münster 6. bis 8. April 2000, hrsg. unter Mitarb. von Christian Efing, Wiesbaden 2002 (Sondersprachenforschung 7).
- Klaus Siewert, Grundlagen und Methoden der Sondersprachenforschung. Mit einem Wörterbuch der Masematte aus Sprecherbefragungen und den schriftlichen Quellen, Habilitation Münster 1998 [im Druck als: Sondersprachenforschung 8].
- Wolfram Windolph, Nerother Jenisch. Schriftliche Quellen und Glossar, Wiesbaden 1998 (Sondersprachenforschung 2).

Kaiser Karl IV. in Minden (1377)

Aus dem Reisetagebuch eines mittelalterlichen Herrschers*

Im November 1377 – vor 625 Jahren – kam Kaiser Karl IV.¹ nach Minden. Er war bereits alt und gebeugt, von Gicht geplagt und befand sich auf seiner letzten großen Reise durch sein Reich. Geboren am 14. Mai 1316, war er am 20. Mai 1346 im Alter von 30 Jahren zum König gewählt, am 27. August 1346 zum König und am 5. April 1355 zum Kaiser gekrönt worden. Woher kam er? Wohin ging er? Warum war er im Spätherbst unter widrigen Bedingungen – bei Regen und Kälte, bei Dunkelheit und auf schlammigen Wegen – unterwegs? Wer reiste mit ihm? Wo hielt er sich auf? Wie wurde er dort, wo er ankam, empfangen und beherbergt?

Herrschaft aus dem Sattel

Zepter und Zügel: Das sind grundlegende Requisiten des mittelalterlichen Kaisers im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. Die Regierungstätigkeit des mittelalterlichen Königs und Kaisers fand hoch zu Ross statt. Tag für Tag, Jahr für Jahr war er in seinem Reich unterwegs, um seinen Herrschaftsanspruch immer wieder aufs Neue durchzusetzen, Recht zu sprechen, Lehnspande zu erneuern, Privilegien zu gewähren und die Würde seines Amtes jedermann sinnfällig zu machen, indem er sich mit Zepter, Krone und den übrigen Insignien seiner Macht dem Volk zeigte.² Der deutsche König und Kaiser des Mittelalters kannte keine Regierungshauptstadt, von der aus er die Fäden seines Reiches in den Händen hielt, sondern er übte seine Herrschaft im Reisen aus: Im Gegensatz beispielsweise zum französischen König, der von seiner Krondomäne in der Ile de France aus regierte und dort einen Verwaltungsmittelpunkt eingerichtet hatte, war er immer – oder fast immer – unterwegs. Er hatte Pfalzen, blieb aber ohne Residenz ein archaischer Wanderkönig, ein Herrscher im Sattel.³

Während seines Umherziehens konnte der Herrscher auf seine Pfalzen, auf sein Reichs- und Königsgut, ein festes Versorgungs- und Beherbergungssystem⁴ für sich und seinen Tross zurückgreifen: In Königshöfen war man entsprechend eingerichtet, und in Pfalzen, die große Gutshöfe waren, war außerdem beispielsweise aufgrund von Zehntleistungen in Form von Nahrungsmitteln aller Art aus der näheren und weiteren Umgebung die längerfristige Versorgung des Herrschers und seines Gefolges unproblematisch. Befanden sich an den gewählten Reiserouten keine königlichen Stützpunkte, so hielt er sich zusammen mit seinen Gefolgsleuten als Gast in Klöstern, an Bischofs- und Fürstenhöfen, auch in Städten auf. Die Größenordnung seiner Gefolgschaft – oft reisten mit dem Herrscher 25 oder mehr geistliche und weltliche Fürsten mit ihren eigenen Bediensteten, zudem Schreiber, Dienstboten, Knechte und Mägde, auch Krieger für den Fall notwendig werdender Verteidigung – stellte besondere Anforderungen an die Gastgeber. Der Besuch des Herrschers musste also zeitig angekündigt werden, damit Vorbereitungen unterschiedlichster Art getroffen wer-

den konnten. Der Norden und der Westen Deutschlands gehörten im Mittelalter nicht zu den Gebieten, die sehr oft von Königen und Kaisern besucht wurden. Sie galten unter dem Vorzeichen, dass dort, wo der Kaiser ist, auch das Reich ist, als reichsfern.

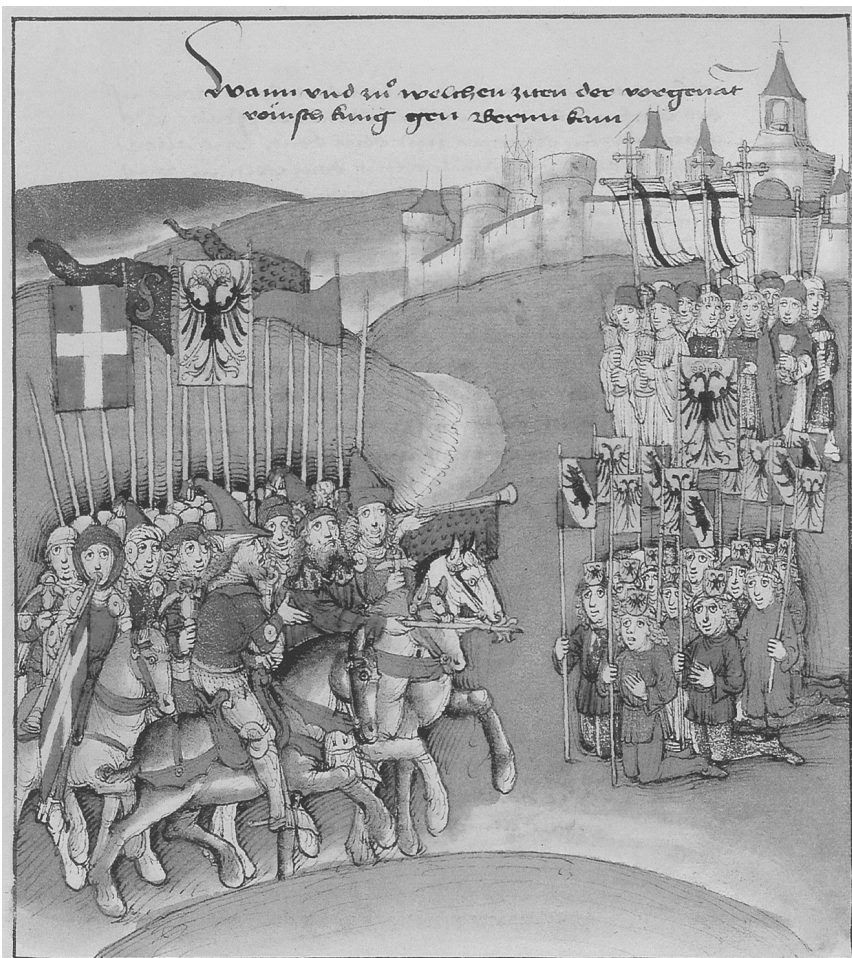
Von Tangermünde nach Paris

Über die Ziele und den Zweck der letzten großen Reise Kaiser Karls IV. ist immer wieder spekuliert worden. Grundsätzlich diente sie der Herrschaftssicherung für seine Söhne: Karl IV. war 1377/78 von der Gicht geplagt im Herbst und Winter unterwegs, um durch eine geschickte Heiratspolitik die Macht der Luxemburger über seinen Tod hinaus zu sichern und dafür vorab alles zu regeln.⁵ Gleichzeitig war der Kaiser unterwegs mit unterschiedlichsten Angelegenheiten befasst, die sich reichsweit ereigneten oder vor Ort ergaben.

Lüneburg⁶

Am 10. November 1377 kam Karl IV. von Tangermünde, dem Ort seines letzten mehrmonatigen Aufenthalts, auf seiner Reise nach Frankreich an seinem ersten Etappenziel, Lüneburg, an.⁷ Dort hielt er sich bis zum 12. November auf.⁸

Schon am 30. Oktober hatte Karl IV. sich von Tangermünde aus mit Lüneburger Angelegenheiten beschäftigt: Er musste Streitigkeiten zwischen dem Herzog zu Sachsen-Lüneburg einerseits, den Bürgermeistern und Ratsherren der Stadt Lüneburg als dessen Territorialstadt andererseits schlichten. Darum hatte er zwei seiner Räte, einen Bischof und einen Domherrn, zusammen mit dem Herzog von Sachsen-Lüneburg dorthin geschickt. Nach ihrer Rückkehr berichteten ihm seine Räte über die gütliche Beilegung der Uneinigkeiten: Die Schulden, die durch einen Krieg der Landesherrschaft entstanden waren, sollte nicht nur die Geistlichkeit Lüneburgs aus ihren Renteneinkommen aus der Lüneburger Saline zu tilgen helfen, sondern auch der Rat der Stadt Lüneburg sollte ein redliches Teil übernehmen, und zwar zur Auslösung von Schlössern des Herzogs.⁹ Die Verhandlungen zu diesem Schiedsspruch wurden von den beiden kaiserlichen Räten gemeinsam mit Wedekind, dem Vogt vom Berge, und einem weiteren Schlichter geführt. Wedekind, der im kaiserlichen Mandat vom 30. Oktober als Vogt vom Berge auftritt, ist der Mindener Bischof Wedekind II. († 4. August 1383). Er war am 12. Juni 1369 mit kaiserlicher Unterstützung nach dreijähriger Sedisvakanz, in der der Mindener Bischofsstuhl unbesetzt blieb, was dem Stift Minden aus der Sicht des Landesherrn nicht zum Besten ausgeschlagen war,¹⁰ zum Bischof von Minden gewählt worden. Bereits seit 1350 war er Dompropst zu Minden, kannte sich also mit den Gegebenheiten des Bistums bereits zum Zeitpunkt seiner Amtseinsetzung bestens aus. Wedekind besaß nicht nur das Vertrauen des Kaisers, sondern handelte höchstwahrscheinlich in dessen Auftrag, wie an seiner Vermittlerrolle abzulesen ist. Aber offensichtlich kamen die kaiserlichen Räte nach Erfüllung ihres Auftrags aus Lüneburg allein, also ohne Wedekind, nach Travemünde zurück: Bischof Wedekind gehörte also nicht zum Tross, zum unmittelbaren Gefolge des Kaisers. Dass er sich dennoch in Lüneburg, dem ersten Etappenziel Karls IV. auf seiner Reise nach Frankreich befand, lässt aufhorchen. Es ist zu vermuten, dass Wedekind längst über die Reisepläne des Kaisers informiert war, zunächst Lüne-



In Sant ißwugs abend des vorgenanten
 Tages / vorten der künig und der Graff
 von Saffon von feiburg gen Bern / und
 als er vort vespere nit kam fur dinstag
 darn mit freuden und geyren / dann uf des künigs

König Sigmund, Sohn Kaiser Karls IV., zieht 1414 in Bern ein.
 Spiezer Bilderchronik (1484/85) des Diebold Schilling
 aus der Burgerbibliothek Bern

burg und danach Minden aufzusuchen. Er dürfte dem Kaiser, dem er eng verbunden war, also bis Lüneburg entgegen gereist sein, um ihn schon dort treffen und ihm anschließend das Geleit bis Minden geben zu können. Denn schließlich hatte er mit Blick auf die Stadt Minden noch einiges mit dem Kaiser zu besprechen, bevor sie gemeinsam nach Minden kamen...

Aus diesen Details lässt sich erschließen, ab wann spätestens in Minden bekannt gewesen sein muss, dass Karl IV. hierher reisen würde und wieviel Zeit der Geistlichkeit und der Bürgerschaft mindestens blieb, um sich auf den Besuch des Kaisers vorzubereiten. Am 30. Oktober wurde in Travemünde das Mandat über den geschlichteten Streit zwischen dem Stadtherren von Lüneburg und der Stadt Lüneburg ausgefertigt. Das konnte erst nach dem Bericht der kaiserlichen Räte über die erfolgreiche Vermittlung geschehen, die von Lüneburg nach Travemünde etwa 100 Kilometer reiten mussten. Die mittelalterliche Reisegeschwindigkeit bei gutem Wetter und guten Wegen betrug per Pferd etwa 70 Kilometer pro Tag, so dass hier etwa anderthalb bis zwei Tage anzusetzen sind, wenn die kaiserlichen Räte unmittelbar nach Abschluss der Verhandlungen aufgebrochen sind. Wird für die Verhandlungen in Lüneburg auch nur ein einziger Tag veranschlagt, dann könnten diese am 27. Oktober stattgefunden haben. Zu diesem Zeitpunkt muss Wedekind vom Berge bereits in Lüneburg gewesen sein. Von Petershagen, seiner bischöflichen Residenz aus, hatte er bis hierher etwa 140 Kilometer zurücklegen müssen. Wenn er zu Pferde geritten und nicht im Wagen gereist ist, wie es sich für einen Mann von Stand gehörte,¹¹ dann benötigten er und seine Begleiter – auch ein Bischof reiste schließlich nicht ohne Gefolge – für diese Strecke bei herbstlichem Wetter gut zwei Tage. Wenn nur ein einziger Tag für das Aufsatteln der Pferde und die Vorbereitungen in Petershagen benötigt worden sind, was als sehr gering veranschlagt anzusehen ist, so muss Bischof Wedekind spätestens am 24. Oktober davon Kenntnis erhalten haben, dass der Kaiser von Travemünde über Lüneburg nach Minden zu reisen plante. Und dieses Wissen wird er mit seinem Hofstaat in Petershagen, mit dem Domkapitel und der Bürgerschaft in Minden geteilt haben. In Minden blieben also gerade einmal 24 Tage bis zum tatsächlichen Eintreffen und damit zur Vorbereitung auf den kaiserlichen Besuch, wahrscheinlich ohne genau zu wissen, wann dieser Besuch schließlich tatsächlich stattfinden würde.

Über den Besuch Kaiser Karls IV. in Lüneburg ist ansonsten nur bekannt, dass der Herrscher von Rat und Bürgerschaft gebührend empfangen wurde und sich zwei Nächte lang in den Mauern der Stadt aufhielt, bevor er sich auf die Weiterreise begab.¹²

Minden

Nach Minden, das er nach etwa 150 Kilometern erreichte, reiste der Kaiser mit großer Wahrscheinlichkeit über die Reichsstraße von Lüneburg über Rethem und Nienburg¹³, denn von Minden aus wurde ein Mandat zugunsten des Grafen Gerhard von Hoya erlassen, das ihm einen Zoll bei Gadesbünden an der Straße zwischen Rethem und Nienburg bewilligte.¹⁴ Die Einrichtung dieses neuen Zolls dürfte durch den persönlichen Kontakt des Grafen mit dem Kaiser auf dessen Reise motiviert sein.¹⁵ Wie lange er für diese Strecke brauchte, ist nicht bekannt. Im weiteren Verlauf führte diese Straße an Lahde vorbei auf

Minden zu, wo die Weserbrücke zu passieren war, um in die Bischofsstadt zu gelangen.¹⁶ Am 16. November 1377¹⁷ kam der Kaiser im frühen Abend schließlich vor Minden an. Bei seiner Ankunft in Minden wurde das Zeremoniell des Einzugs in die Stadt peinlich genau beachtet:¹⁸ In seinem Tross dürfte sich spätestens seit dem Aufenthalt in Lüneburg der Mindener Bischof Wedekind vom Berge befunden haben, um dem Kaiser das Geleit in sein Territorium zu geben. Der Mindener Bischof konnte so dem Domkapitel und der Bürgerschaft augenfällig demonstrieren, dass der Kaiser auf seiner Seite war. Außerdem wird Wedekind vom Berge die gemeinsame Reise genutzt haben, um den Herrscher für das günstig zu stimmen, was er von ihm zu erlangen wünschte. Denn über den Besuch Karls IV., besonders über die symbolhaften Handlungen bei seinem Eintritt in die Stadt Minden, wurde auf Bitten des Bischofs noch am 16. November 1377, am Tag des kaiserlichen Erscheinens in Minden, eine Urkunde¹⁹ ausgestellt, die aber nur Ausschnitte des Kaiserbesuchs zeigt. Da es sich bei der Ankunft des Königs oder Kaisers um ein Zeremoniell handelt, das über Jahrhunderte hinweg immer wieder für zahlreiche Städte belegt ist, ist davon auszugehen, dass es in Minden sehr ähnlich, also nur unter Berücksichtigung der spezifischen lokalen Gegebenheiten leicht abgeändert vollzogen wurde.

Vor dem Eintritt in die Stadt kleidete sich der hohe Besuch – vermutlich in einer vor der Stadt im Mindener Feld östlich der Weser gelegenen Kapelle²⁰ – dem Ereignis angemessen an: Er vertauschte die bequeme, unterwegs schmutzig gewordene Reisekleidung gegen ein aufwändiges Gewand, ließ sich die Kaiserkrone aufsetzen, vielleicht Reichsapfel und Zepter geben. So vorbereitet ritt er zu Pferde, das mit verziertem Zaumzeug, aufwändiger Satteldecke und kostbarem Sattel geschmückt war, mit seinem Gefolge auf die Stadt zu. Im kaiserlichen Zug ritt der Reichsmarschall Herzog Albrecht von Sachsen-Wittenberg, der das Schwert führte, an der Spitze; ihm folgte der Kaiser mit seinen geistlichen und weltlichen Ratgebern sowie seinem Hofstaat. Ab diesem Zeitpunkt wissen wir dann aus dem zugunsten des Bischofs ausgestellten Notariatsinstrument viele Details. Aus der Stadt waren dem kaiserlichen Zug bereits die Geistlichen – allen voran Bischof Wedekind als Landes- und Stadtherr, dann die Domherren, Kollegiatherren, Mönche und Nonnen – in einem feierlichen Zug bis auf die äußere Weserbrücke entgegengееilt, die den kaiserlichen Zug außerhalb der städtischen Bannmeile auf dem Territorium des Bistums Minden empfingen.²¹ Unter frommen Gesängen wurde Karl IV. dann bis an den Punkt geleitet, der die Grenze des Sprengels städtischer Gerichtsbarkeit markierte, also bis zur inneren Weserbrücke. Dort kamen dem Kaiser die Bürgermeister, Ratsherren, Bürger und Bürgerinnen entgegen. Mitten auf der Brücke kam Bürgermeister Johann Bodendorf dem Kaiser entgegen und der Kaiser ritt ihm bis zur Brückenmitte entgegen. Zum Zeremoniell der Herrschereinholung in die Stadt gehörte die Übergabe der Stadtschlüssel: Die Schlüssel zu den Toren wurden aus Angst vor Feinden, die sich in die Stadt schleichen und Unheil hätten anrichten können, immer sorgsam verwahrt. Der Bürgermeister übergab auf der Weserbrücke im Namen des Rates und der Bürgerschaft die Schlüssel der Stadt Minden und ihrer Vorstädte dem Bischof zum Zeichen der Anerkennung seiner Herrschaft über die Stadt. Danach gab der Bischof die Schlüssel dem Kaiser in Anerkennung von dessen Herrschaft im Reich weiter. Aus den

Händen des Kaisers gelangten die Schlüssel dann zurück in die Hände des Bischofs zum Ausdruck dafür, dass dem Bischof vom Kaiser auf ewig Recht und Herrschaft gegenüber Bürgermeistern, Ratsherren und Volk gegeben ist. Aus den Händen des Bischofs schließlich erhielt der Bürgermeister die Schlüssel zurück. Dadurch erkannte der Bürgermeister die Herrschaft des Bischofs über die Stadt an. Der damals amtierende Bürgermeister Johann Bodendorp übergab die Schlüssel also nicht selbst dem Kaiser, sondern vermittelt über den Bischof: Symbolhaft wurde so das hierarchische Herrschaftssystem im mittelalterlichen deutschen Reich für jedermann sichtbar. Mehr sagt die genannte Quelle leider nicht aus.

Weil der Besuch des Kaisers für die Stadt, die er besuchte, etwas Ungewöhnliches war, wurde das immer wiederkehrende Zeremoniell besonders oft beschrieben, so dass wir aus der Geschichtsschreibung anderer Städte das erfahren, was die Mindener Quellen verschweigen. Demnach fand nach der Schlüsselübergabe eine feierliche Prozession in die Stadt statt, an der sich auch die Bürgerschaft beteiligte: Wie am Fronleichnamsfest der Bischof unter einem Baldachin durch die Straßen geleitet wurde,²² so wurde der Kaiser nun in die Hauptkirche am Ort geleitet, in Minden also in den Dom. Dass der Kaiser vorher bereits seine Herberge aufsuchte, um sich von den Strapazen seiner Reise kurz auszuruhen und nach dem Ritt über staubige und schlammige Wege zu erfrischen, ist nicht zu erwarten, denn dazu war Gelegenheit vor dem Anlegen seiner festlichen Gewänder außerhalb der Stadtmauern.

Kaiser Karl IV. fand nicht bei Bischof Wedekind, dem er doch durch die Ausfertigung des Notariatsinstruments bei der Erfüllung seiner landesherrlichen Aufgaben dienlich gewesen war, seine Unterkunft. Denn bereits 1306/07, etwa 70 Jahre zuvor, hatte der Mindener Bischof seine Residenz aus der Mindener Domimmunität nach Petershagen verlegt, so dass es in Minden keine bischöfliche Hofhaltung mehr gab.²³ Während seines dreitägigen Aufenthalts in Minden wurde der Kaiser im Dominikanerkloster St. Pauli untergebracht und gepflegt.²⁴

Dem Kaiser war offensichtlich der Ruhm des Mindener Dominikaners Heinrich von Herford († 9. Oktober 1370) entgegen geeilt, so dass er sich direkt vor Ort an dessen Lebens- und Wirkungsstätte – nämlich in seinem Quartier – ein Bild von dessen Gelehrsamkeit besonders in puncto Historiographie machen konnte.²⁵ Karl IV. war von den Arbeiten Heinrichs von Herford augenscheinlich so tief beeindruckt, dass er dessen einfache Grabstätte im Mindener Dom besuchte und veranlasste, dem Dominikaner ein ehrenvolleres Grab im Chor herzurichten. Der sicherlich feierlichen Neubestattung wohnte der Kaiser persönlich bei.²⁶ Und da er sich im Dom befand, nutzte Karl IV. auch hier, wie es vielfach für ihn überliefert ist, die Gelegenheit, eine Reliquie zu erbitten: Den Daumen der im Dom zu Minden verehrten Reliquie des heiligen Felicianus, die schon Wunder vollbracht haben sollte, bat er sich aus.²⁷ An seinem zweiten Tag in Minden bestätigte Karl IV. dem Mindener Bischof alle von seinen Vorgängern dem Stift erteilten Freiheiten, Privilegien, Rechte und Schenkungen und nahm wie schon am 13. Oktober 1359 von Prag aus nun vor Ort die Diözese Minden, also die Geistlichen, gegenüber Anmaßungen weltlicher Behörden in Schutz.²⁸

Herford und Bielefeld Blick zurück im Zorn nach Minden

Nach drei Tagen, am 18. November 1377, verließ Karl IV. die Bischofsstadt, um nach Herford zu reisen, wo er noch am selben Tag eintraf,²⁹ denn der Weg dorthin – gerade einmal 30 Kilometer – war nicht sonderlich weit und daher auch bei schlechtem Wetter recht gut zu bewältigen. Und so wie Bischof Wedekind den Kaiser von Lüneburg bis Minden geleitet haben dürfte, geleitete er ihn wohl auch aus seinem Territorium heraus: In Herford erhielt er zum Dank urkundlich die Erlaubnis, in Petershagen einen Zoll erheben zu dürfen³⁰ und in Bielefeld am 19. November ein kaiserliches Mandat gegen die Stadt Minden, das in sehr drastischen Worten die Kalamitäten, in denen der Bischof mit seiner Stadt befangen war, schildert.³¹

Das Mandat nennt ein schweres Zerwürfnis zwischen Bischof Wedekind als dem Stadtherrn und der Stadt Minden als seiner Territorialstadt.³² Der Streit rankte sich aus der Sicht des Bischofs und schließlich auch der des Kaisers, den er dahingehend auf der Reise zwischen Lüneburg und Bielefeld genügend Zeit gehabt hatte, sich geneigt zu machen, hauptsächlich darum, dass der Bischof sich in seinen Rechten, aber auch in seinen Einnahmen durch die Bürgerschaft eingeschränkt sah: Die Ratsherren würden vom Wahlmännergremium der Vierziger ohne Zustimmung des Bischofs eingesetzt³³; die Ratsherren verpflichteten sich – anders als die Ratsherren zu Herford, die vor der Äbtissin erscheinen mussten – dem Bischof nicht durch einen Eid; der Rat setzte gar eigene Richter ein und ließ den Wichgrafen als bischöflichen Richter außer Acht.³⁴ Auch die Handwerksämter wählten ohne bischöfliche Zustimmung ihre Amtsmeister und würden diese als Gerichtsinstanz anerkennen. Zudem triebe der Rat Steuern von Juden ein, machte aber in dieser Hinsicht auch vor Geistlichen nicht Halt und hätte von diesen bereits Pfänder genommen; und die Stadt erhöhe Straßen-, Wege- und Brückengeld. Damit ist der Katalog der Klagepunkte des Bischofs über die Anmaßungen der Mindener Bürgerschaft aber noch längst nicht vollständig.³⁵ Gegen alle bischöflichen Beschwerden setzt der Kaiser nun sein Mandat, dem aber keine durchschlagende Wirkung beschieden war.³⁶ Nur so ist auch die spätere Klage des Bischofs zu verstehen, dass der Kaiser gestorben sei, bevor er ihm zu seinem Recht hätte verhelfen können.³⁷

In Herford³⁸ hielt der Kaiser sich am 18. und am 19. November auf. Er nahm nicht Quartier bei der Reichsäbtissin von Herford als der allein ihm unterstellten Stadtherrin von Herford, sondern fand Unterkunft im Augustinerkloster.³⁹ Noch am Tag seiner Ankunft wurde ein Notariatsinstrument über die in seiner Gegenwart im Augustinerkloster verlesenen Privilegien des Stifts Herford ausgefertigt.⁴⁰ Zu diesem Zweck ließ der Kaiser die Reichsäbtissin zu sich bitten: Nicht er ging zu ihr, sondern sie musste zu ihm kommen. Auch so konnten Rangunterschiede symbolisch manifestiert werden. Von Herford nach Bielefeld waren 20 Kilometer zurückzulegen und am 19. November⁴¹ ist der Kaiser mit dem Mandat gegen die Stadt Minden als in Bielefeld weilend bezeugt; auch am folgenden Tag⁴² hielt er sich wohl hier auf.

Abseits des Weges in Enger

Bereits in Herford oder aber erst in Bielefeld wich Karl IV. etwas von der kürzesten Reiseroute ab, um das dem von Kaiser Karl I. besiegten Sachsenführer Widukind zugeschriebene Grabmal in der Stiftskirche zu Enger acht Kilometer nordwestlich von Herford zu besuchen und es wieder herzurichten.⁴³ Wie in Minden wird der Kaiser in Enger bei der Verlegung oder Neugestaltung eines Grabmals aktiv.⁴⁴

Paderborn – Soest – Unna

Wieder eine Tagesreise, etwa 40 Kilometer, entfernt, nahm der Kaiser Aufenthalt in der Bischofsstadt Paderborn.⁴⁵ Hier dürfte er sich am 20. und 21. November aufgehalten haben.⁴⁶ Denn es ist bekannt, dass Karl IV. auf seinem weiteren Weg vom Paderborner Bischof, Heinrich III. von Spiegel, begleitet wurde.⁴⁷ Das ist ein sicheres Indiz dafür, dass dieser ihm wie der Mindener Bischof das Geleit nach dessen Aufenthalt in seiner Bischofsstadt gewährte.

Eine weitere Tagesreise, 45 Kilometer, entfernt, lag Soest, das der kaiserliche Tross dann am 21. November erreichte, wo auch der folgende Tag verbracht wurde.⁴⁸ Von Soest aus wandte sich der Kaiser dann nach Dortmund und reiste durch Unna.⁴⁹ Insgesamt waren von Soest bis Dortmund 40 Kilometer zurückzulegen.

Prunk in der Reichsstadt Dortmund

In Dortmund⁵⁰, der westfälischen Reichsstadt, die nur dem Kaiser, aber keinem Landesherren unterstand, kam der Kaiser am 22. November an und blieb wie in Minden drei Tage lang.⁵¹ Über den Aufenthalt Karls IV. in seiner Stadt, die nur selten von mittelalterlichen Kaisern besucht wurde, ließ der Dortmunder Rat genauestens Protokoll führen,⁵² was zeigt, wie bedeutsam, aber auch wie selten ein Kaiserbesuch in den Mauern der mächtigen Hansestadt am Hellweg war.⁵³

Am 22. November, einem Sonntag, kam Kaiser Karl IV. mit seinem Gefolge von Soest her nach Dortmund gezogen. Der Dortmunder Rat hatte die Bürgerschaft auf den hohen Besuch am frühen Morgen durch das Gebot vorbereitet, dass jedermann gut gerüstete Pferde aufsatteln, um der kaiserlichen Majestät angemessen zu begegnen. Und so zogen die Dortmund zu Pferde dem Kaiser in Richtung Soest bis Unna entgegen, wo der Kaiser dann auf das Geleit des Paderborner Bischofs sowie der Bürgermeister und Bürger Soests verzichtete. Bei Körne, einem Dorf vor Dortmund, kamen dem kaiserlichen Zug die Dortmunder Bürgermeister Detmar Kleppinck und Johan Wickede mit den drei Stadtschlüsseln entgegen geritten. An einer markanten Stelle, dem steinernen Kreuz, stieg der ältere Bürgermeister von seinem Hengst ab, um sie dem Kaiser zum Zeichen von dessen Herrschaft über die Stadt zu geben. Der Kaiser gab sie sofort zurück. Nach der symbolischen Anerkennung der Herrschaft über die Stadt und der Herrschaft in der Stadt, die anders ablaufen musste als in Minden – handelte es sich doch bei Dortmund um eine Immediatstadt und nicht wie im Falle Mindens um eine Mediatstadt⁵⁴ – zogen Karl IV. und sein Gefolge mit der geistlichen und weltlichen Priesterschaft und der Bürgerschaft in großer Herrlichkeit und zierlicher Prozession hinter Fahnen auf die Stadt zu. Al-



Karl IV. und seine vierte Gemahlin, Elisabeth von Pommern, auf der Reise.
Chronik des Giovanni Sercambi (1347 – 1424) aus dem Stadtarchiv Lucca

len voran zogen in der Prozession die Nonnen des Katharinenklosters in Zweierreihen, und jede von ihnen hielt eine Reliquie in Händen. Ihnen folgten in Paaren aus je einem Minoriten und einem Dominikaner, auch sie mit Reliquien in der Hand, dahinter singend die übrigen Geistlichen und Schüler mit grünen Kränzen auf den Köpfen und einem grünen Zweig in Gestalt eines Palmreises⁵⁵. Im Anschluss daran wurden dann die Reliquien des Stadtpatrons, der Schädel und der Leichnam des heiligen Reinoldus, in einem silbernen Schrein, begleitet von Wachskerzen, getragen. Als die Reliquie am Kaiser vorbei kommt – und keinen Augenblick früher – steigt Karl IV. vom Pferd ab, um das Heiligtum in demutsvoller Neigung zu küssen: Das Absteigen vom Pferd ist eine Reverenz gegenüber dem Heiligen, die der Kaiser allen Menschen gegenüber verweigern muss, will er nicht an Macht verlieren.⁵⁶ Anschließend besteigt er sofort wieder das Pferd, um sich aus der Menge herauszuheben.

Unter dem Klang der Posaunen, dem Geläut aller Glocken und dem Gesang der Priester, Kleriker und Schüler wurde schließlich das Stadttor, das Ostentor, erreicht. Dort standen zwei der ältesten, ehrwürdigsten Bürgermeister in vollem Harnisch, der eine links, der andere rechts, um das Pferd des Kaisers beim Zaum zu nehmen: Indem sie den Statordienst versehen, bekunden sie im Namen der gesamten Bürgerschaft ihre Unterwerfung unter den kaiserlichen Stadtherrn.⁵⁷ Der Kaiser wird mitsamt seinem Pferd durch einen blauen Baldachin geschirmt, während der Reichserzmarschall mit dem blanken Schwert ihm voraus in die Stadt einzieht.

Dort bot sich dem kaiserlichen Zug ein ungewöhnliches Bild, denn die Straßen waren gesäubert und geschmückt.⁵⁸ Normalerweise waren sie voller Dreck aus Abfällen und Tierkot. Zu beiden Seiten der Straßen standen nach Geschlecht getrennt die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Dortmund in ihren besten Kleidern sowie 245 Pferde. Der erste Weg Karls IV. galt auch in Dortmund der Hauptkirche am Ort, der Stadtpfarrkirche St. Reinoldi. Erst dort stieg er erneut vom Pferd, um in die Kirche einzutreten und auf Knien vor dem heiligen Sakrament am Hochaltar zu beten. Dabei wurden Gesänge laut und die Orgel gespielt. Nach dem Besuch der Kirche setzte er sich wieder auf sein Pferd und wurde von zwei Bürgermeistern in sein Quartier gebracht: in keinen Bischofshof, in kein Kloster, sondern in das Haus des Bürgermeisters Johan Wickede. Denn dieser ist als der Ranghöchste in der Reichsstadt Dortmund anzusprechen, so dass der Kaiser bei ihm adäquat untergebracht war. Dorthin wurden aus der ganzen Stadt Brot, Bier, Wein, Fleisch und alles weitere zur Versorgung des hohen Gastes gebracht.⁵⁹

Den nächsten Morgen beginnt Karl IV. mit dem Besuch der Messe in der Reinoldikirche. Dort wird der Schrein des Heiligen geöffnet und dem Kaiser auf seinen Wunsch hin ein Stück der Reliquie geschenkt, das dieser selbst dem Schrein entnimmt. Und der Kaiser war nicht bescheiden, denn er wählte zwei lange Knochen, unter anderem den eines Armes aus. Obendrein wurde der Kaiser mit einer Vita des Märtyrers Reinold, einem kostbaren Buch, das von dessen Leben erzählt, beschenkt.

Aber auch ein Kaiser kennt menschliche Bedürfnisse. Und so kehrt er zum Mittagessen in seine Herberge zurück. Trotz der friedlichen Mittagszeit zieht am Horizont eine Krise auf, denn unterschiedliche Adlige fordern an den Toren Einlass in die Stadt. Doch nicht allen wird der Zutritt gestattet, weil sie nicht sämtlich mit friedlichen Absichten erschienen sind. Und der Kaiser schaltet sich ein, indem auch er es bestimmten Herren, die der Stadt erst kürzlich geschadet haben, abschlägt, einzuziehen. Vor diesem konflikträchtigen Hintergrund, den Karl IV. hautnah erlebte, sind die noch am selben Tag ausgefertigten Urkunden zugunsten der Reichsstadt zu verstehen: erstens eine Privilegienbestätigung, zweitens das Recht, vom Kaiser nicht verpfändet werden zu dürfen, und drittens die Aufforderung an den Erzbischof von Köln und die Grafen von der Mark und von Berg, Dortmund gegen alle Eingriffe in Privilegien, Rechte und Freiheiten zu schützen.⁶⁰

Am Morgen des dritten Tages zogen Kaiser und Gefolge zum Westentor in Richtung Lütgendortmund aus der Stadt fort. Zum Dank für die Beherbergung bei Johan Wickede verlieh der Kaiser dem Bürgermeister das Privileg, sich immer, wenn er sich in Dortmund aufhalte, im Haus des dann jeweils Ältesten des Geschlechts Wickede aufhalten zu wollen und zum Lohn für den geleisteten Dienst das Pferd, auf dem er, der Kaiser, in die Stadt geritten ist, dem Gastgeber zu schenken.⁶¹

Essen

Von Dortmund ging die Reise Karls IV. nach Essen⁶², wo er sich am 24. und 25. November aufhielt.⁶³ In Essen wurde er von der Äbtissin des Stifts Werden, Elisabeth von Nassau, der Territorialherrin und Stadtherrin der Stadt Essen, empfangen und zur Abtei geführt.⁶⁴ Dort bekundete er, obwohl er der Äbtissin ihre landesherrlichen Rechte und die Herrschaft über die Stadt bereits zweimal verbrieft hatte, am 24. November auf Bitten und gegen gute Bezahlung der Stadt, dass die Stadt seit altersher dem Reich unmittelbar unterworfen sei, und bestätigte ihr alle Rechte, Privilegien, Gewohnheiten und Statuten.⁶⁵ Einen Tag später stellte der Kaiser in Essen eine zweite Urkunde aus, in der er – ähnlich wie kurz zuvor für Dortmund – den Kölner Erzbischof sowie die Grafen von der Mark und von Berg beauftragte, die Stadt Essen gegen jeden Angriff auf ihre Reichsunmittelbarkeit zu schützen.⁶⁶ Vom Kaiserbesuch in Essen zeugen auch ein Bruchstück der städtischen Weinrechnung und ein Merkvers im Formelbuch.⁶⁷

Weiterreise zur Kaiserpfalz Aachen

Der weitere Verlauf der Reise geht über Ratingen am 25. November und Jülich am 29. November nach Aachen zur Kaiserpfalz, wo Karl IV. am 29. November eintrifft. Dort hält er sich mindestens bis zum 8. Dezember auf. Zwei Tage später ist er in Trier bezeugt, am 16. Dezember in Brüssel. Zu Beginn des neuen Jahres, am 4. Januar 1378, ist er endlich am Ziel seiner Reise und zieht feierlich in Paris ein, wo er vom französischen König und von der Bürgerschaft gebührend empfangen wird.⁶⁸

Elisabeth, eine Kaiserin auf Abwegen?

Von Tangermünde bis Aachen lässt sich die Reise des Kaisers 1377 durch sein Reich zwar nicht minutiös, aber doch sehr detailliert verfolgen. Es ist immer nur von ihm die Rede, der in die Städte einzieht, nie von der Kaiserin. Und so stellt sich die Frage: Wo war die Kaiserin? An seiner Seite oder anderswo?⁶⁹

In die Reisetätigkeit des mittelalterlichen Herrschers war grundsätzlich auch seine Gemahlin eingebunden.⁷⁰ Doch Königinnen verfügten über einen eigenen Haushalt und Hofstaat jenseits von Haushalt und Hofstaat ihres Gemahls. Zwar dürfte derjenige der Königin kleiner ausgefallen sein, aber das Gefolge der Elisabeth von Pommern, die seit 1363 mit Kaiser Karl IV. verheiratet war, soll immerhin 500 Personen gezählt haben, darunter neben dem Militär auch Adlige, die nicht zum Hofstaat gehörten. Der Umfang des Personals der Kaiserin dürfte aber wohl bei höchstens 100 Personen gelegen haben. Sie konnte also auch ohne weiteres allein mit ihrem Tross unterwegs sein und war keineswegs nur die Gemahlin an der Seite des Herrschers, sondern selbst Herrschaftsträgerin. So war sie nicht nur in Ausnahmesituationen wie Schwangerschaften, Krankheiten und Kriegen vom König getrennt.⁷¹

Für das Jahr 1377 wird in der Chronistik bisweilen behauptet, Karl IV. sei zusammen mit Elisabeth unterwegs gewesen.⁷² Aber die Quellen sprechen eine ganz andere, deutliche Sprache: Die Kaiserin begleitete den Kaiser auf seiner Reise von Tangermünde nach Paris nicht, sondern ging eigene Wege. Für Minden ist belegt, dass sie hier erst am 9. Januar 1378 war.⁷³ Und die Dortmunder

Chronik, die sich eng an das vom Rat in Auftrag gegebene zeitgenössische Protokoll des Kaiserbesuchs hält, kennt gar ein eigenes Kapitel über den Besuch der Kaiserin vom 16. bis zum 18. Januar 1378.⁷⁴ Sie fuhr dort in einem vergoldeten Wagen vor und trug die mit kostbaren Edelsteinen geschmückte Königinnenkrone auf dem Kopf. Wie der Kaiser wurde auch die Kaiserin im Hof des Bürgermeisters Johan Wickede untergebracht. Und in ihrem Verhalten scheint das Zeremoniell der Ankunft des Herrschers durch, wenngleich es um bestimmte Aspekte wie die Schlüsselübergabe verkürzt erscheint. Auch sie geht am Morgen nach ihrer Ankunft zum Besuch der Messe in die Reinoldikirche, wo ihr anschließend der Reliquienschrein des Stadtpatrons vorgezeigt wird. Und sie teilt offenbar dieselben Vorlieben wie ihr Mann, denn auch sie lässt sich ein Stück der Reliquie schenken. Nachmittags wurde die Kaiserin dann zusammen mit ihrem Hofgesinde aufs eigens dazu mit Tapeten und kostbaren Stücken geschmückte Rathaus geführt, wo sich Bürgermeister und Ratsherren, aber auch der Adel der Umgebung eingefunden hatten, um sich zu präsentieren. Am Morgen des dritten Tages zog sie dann weiter, nicht ohne sich für die geschehenen Wohltaten zu bedanken, indem sie versprach, sich beim Kaiser für die Stadt Dortmund zu verwenden.

Reiste die Kaiserin schneller als der Kaiser, um ihn einzuholen? Nein, wie sich an der Strecke von Minden nach Dortmund belegen lässt. In Minden traf sie 55, in Dortmund 56 Tage nach ihrem Gemahl ein. Sie legte demnach ein ähnliches Reisetempo vor wie er, konnte ihn demnach nur dann einholen, wenn er für längere Zeit an einem Ort, beispielsweise in einer Pfalz blieb. Und so hatte er am 4. Januar 1378 längst Paris, das Ziel seiner Reise erreicht, bevor sie am 9. Januar 1378 in Minden eintraf. Was aber war der Grund für die zeitweilige Trennung von Tisch und Bett des Kaisers und der Kaiserin? Bekannt ist, dass die Kaiserin 1377 von Tangermünde, dem mehrmonatigen Aufenthaltsort Karls IV. vor seiner Reise nach Paris, aus nach Magdeburg⁷⁵ reiste und von dort nach Tangermünde zurückkehrte. Vermutlich trennten sich bereits hier die Wege von Kaiser und Kaiserin: Während er sich auf den Weg nach Paris machte, folgte sie ihm erst im Abstand von fast zwei Monaten nach. Über den späteren Aufbruch der Kaiserin können nur Spekulationen angestellt werden. Vielleicht hatte sie im Rahmen ihrer Herrschaftsausübung noch unaufschiebbare Angelegenheiten vor Ort in Tangermünde oder mittels einer Reise von dort aus zu regeln. Vielleicht fühlte sie sich aber auch zu einer Pause gezwungen: In der zweiten Julihälfte des Jahres 1377 hatte sie einen Sohn, Heinrich, geboren, der, was angesichts der damals hohen Kindersterblichkeit gerade in den ersten Lebensjahren nicht überraschen kann, bereits im darauffolgenden Jahr 1378 starb.⁷⁶ Vielleicht war sie, obwohl dieser Sohn keinerlei Chancen hatte, auf den Königs- und Kaiserthron zu gelangen, weil ältere Söhne Karls IV. diesen gemäß der Thronfolgeregelung für sich beanspruchen würden, bemüht, ihren womöglich schwachen oder gar kranken Sohn zu schonen. Auf jeden Fall ging die Kaiserin ganz eigene Wege.

Anmerkungen

- * Für freundliche Auskünfte bedanke ich mich bei Herrn Dr. Frank Bischoff (Staatsarchiv Münster), Frau Dr. Uta Reinhardt (Stadtarchiv Lüneburg), Herrn Prof. Dr. Reinhard Vogel-sang (Stadtarchiv Bielefeld), Herrn Dr. Norbert Wex (Stadtarchiv Soest), Herrn Prof. Dr. Thomas Schilp (Stadtarchiv Dortmund), Herrn Dr. Klaus Wisotzky (Stadtarchiv Essen) und Herrn Dr. Thomas Kraus (Stadtarchiv Aachen).
- 1 Ferdinand Seibt, Karl IV. Ein Kaiser in Europa 1346–1378, München ²1978; Heinz Stooß, Kaiser Karl IV. und seine Zeit, Graz – Wien – Köln 1990.
 - 2 Ingeborg Seltsmann, Zepter und Zügel. Unterwegs im Troß der mittelalterlichen Kaiser, Augsburg 1999, S. 7.
 - 3 Norbert Ohler, Reisen im Mittelalter, München – Zürich 1991 (dtv 11374); Seltsmann, wie Anm. 2, S. 34. Manfred Balzer, Ergebnisse und Probleme der Pfälzenforschung in Westfalen, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 120, 1984, S. 105–134; Albert K. Hömberg, Probleme der Reichsguttforschung in Westfalen, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 96, 1960, S. 1–21; Wolfgang Metz, Das Problem des Capitulare de villis, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 2, 1954, S. 96–104; Andri E. Verhulst, Karolingische Agrarpolitik: Das Capitulare de villis und die Hungersnöte 792/93 und 803/06, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 13, 1965, S. 175–189.
 - 5 Dieter Veldtrup, Zwischen Ehre und Familienpolitik. Studien zu den dynastischen Heiratsprojekten Karls IV. Waren-dorf 1988 (Studien zu den Luxemburgern und ihrer Zeit 2).
 - 6 Wilhelm Schroeder, Chronik der Stadt Minden, Minden 1883, S. 290, nimmt an, dass Karl IV. von Tangermünde aus zunächst nach Lübeck gereist ist. Er wird sich dort aber nach gerade einmal zehn Kilometern Reise kaum lange aufgehalten haben, dürfte allenfalls die Huldigungen von Geistlichkeit und Bürgerschaft entgegengenommen haben.
 - 7 J.F. Böhmer, Regesta Imperii, Bd. VIII: Die Regesten des Kaiserreichs unter Kaiser Karl IV. 1346–1378, hrsg. u. erg. von Alfons Huber, Hildesheim 1968, S. 487 (zitiert als: RI Karl IV.); Martin Last, Der Besuch Karls IV. am Grabmal Widukinds in Enger, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 114, 1978, S. 307–341, hier S. 308, Anm. 13.
 - 8 Last, wie Anm. 7, S. 308, Anm. 13.
 - 9 Urkundenbuch der Stadt Lüneburg, bearb. von W. F. Volger, Bd. 2, Hannover 1875, Nr. 894, S. 259f. (zitiert als: UB Lüneburg).
 - 10 Vgl. die Klagepunkte des Bischofs, die deutlich im kaiserlichen Mandat vom 19. November 1377 zum Ausdruck kommen.
 - 11 Seltsmann, wie Anm. 2, S. 33, für die Zeit Karls I.: *Die Masse der Reisenden war zu Fuß unterwegs. Mit dem Wagen zu reisen galt als unmännlich. Nur Frauen, Kranke und Alte benutzten einen ungefederten Wagen oder eine Sänfte. [...] Wer es sich leisten konnte, reiste hoch zu Roß. Er mußte aber damit rechnen, daß die Kosten für das Pferd, für Hafer, Stallbenutzung und Brückengelder mindestens so hoch waren wie diejenigen der eigenen Verpflegung und Unterbringung.*
 - 12 RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 487. Der Besuch hat sich aber in der städtischen Chronistik niedergeschlagen: *Anno 1377 Carolus IV. imperator mense Novembri Luneburgum venit, a senatu populoque splendide exceptus. De Caroli in urbem ingressu Heinricus Meibomius senior hos versicolos reperit in codice MS: Post tria C, post M, post septuaginta-que septem Sancti Martini profesto, mense Novembri Tunc Caesar Augustus Romanus Rexque Bohemus Ad Luneburgensem Carolus pervenerat urbem.* (Caspar Sagittarius/Heinricus Gause, Memorabilia Historiae Luneburgicae, Halle 1714, S. 14, Nr. XXX, unter Hinweis auf Heinrich Meibom als Quelle. Der Merkvers findet sich auch gedruckt in: UB Lüneburg, wie Anm. 9, Bd. 2, Nr. 896, S. 261.
 - 13 Hansische Handelsstraßen, Textband, auf Grund von Vorarbeiten von Friedrich Bruns (†) bearb. von Hugo Weczerka, Weimar 1967 (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte N. F., Bd. XIII, T. 2), S. 259–261; Hansische Handelsstraßen, Atlas, bearb. von Hugo Weczerka, Köln – Graz 1962 (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte N.F., Bd. XIII, T. 1).
 - 14 StadtA Lüneburg, UA b 1377 Nov. 17;

- Druck: UB Lüneburg, wie Anm. 9, Bd. 2, Nr. 897, S. 261f.
- 15 Eine Übernachtung Karls IV. bei Graf Gerhard von Hoya erscheint durchaus denkbar, weil man bestimmt bemüht war, den alten und kranken Kaiser nicht im Zelt, sondern unter einem regenfesten Dach und bei Kaminfeuer in einem Bett übernachten zu lassen. Doch das muss eine Vermutung bleiben. Das Zollprivileg könnte dann als Dank des Kaisers für die Gastung interpretiert werden.
 - 16 Bruns/Weczerka, wie Anm. 13, Textbd., S. 261.
 - 17 RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 487, datiert den Aufenthalt fälschlich auf den 15. bis 17. November: Das von Karl IV. für Bischof Wedekind ausgefertigte Notariatsinstrument vom 16. November über die Schlüsselübergabe nennt als Tag und Stunde *die lune, que fuit decima sexta dies mensis novembris, anni jam dicti et hora quasi vespere* (Mindener Stadtrecht 12. Jahrhundert bis 1540, bearb. von Johann Karl von Schroeder, Münster 1997 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen VIII, Rechtsquellen, A. Westfälische Stadtrechte 2), Urkunden, Nr. 69 (zitiert als: Mindener Stadtrecht)), also den 16. November gegen Abend. Fälschlicherweise der 25. November wird genannt: Das *Chronicon domesticum et gentile* des Heinrich Piel, hrsg. von Martin Krieg †, Münster 1981 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XIII, Geschichtsquellen des Fürstentums Minden 49), S. 69 (zitiert als: Piel). Die erste Auseinandersetzung mit dem Kaiserbesuch bei: Schroeder, wie Anm. 6, S. 289–293.
 - 18 Gerrit Jasper Schenk, Zeremoniell und Politik. Herrschereinzüge im spätmittelalterlichen Reich, Köln – Weimar – Wien 2003 (Forschungen zur Kaiser- und Papstgeschichte des Mittelalters. Beihefte zu J. F. Böhm, Regesta Imperii 21). Mark Mersiowsky/Ellen Widder, Der Adventus in mittelalterlichen Abbildungen, in: Der weite Blick des Historikers. Einsichten in Kultur-, Landes- und Stadtgeschichte. Peter Johanek zum 65. Geburtstag, hrsg. von Wilfried Ehbrecht, Angelika Lampen, Franz-Joseph Post u. Mechthild Siekmann, Köln – Weimar – Wien 2002, S. 55–98; Anna-Maria Drabek, Reisen und Reisezeremoniell der römisch-deutschen Herrscher im Spätmittelalter, phil. Diss. Wien 1964; Winfried Dotzauer, Die Ankunft des Herrschers. Der fürstliche „Einzug“ in die Stadt (bis zum Ende des Alten Reichs), in: Archiv für Kulturgeschichte 55, 1973, S. 245–288; Klaus Tenfelde, Adventus. Zur historischen Ikonologie des Festzugs, in: Historische Zeitschrift 235, 1982, S. 45–84; Klaus Tenfelde, Adventus: Die fürstliche Einholung als städtisches Fest, in: Paul Hugger (Hrsg.), Stadt und Fest. Zu Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur. Festschrift der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich zum 2000-Jahr-Jubiläum der Stadt, Zürich 1987, S. 45–60.
 - 19 *Subsidia diplomatica ad selecta juris ecclesiastici Germaniae et historiarum capita elucidanda*, 13 Bde, hrsg. von Stephan Alexander Würdtwein, Frankfurt – Leipzig 1781–1789, ND Frankfurt 1969, Bd. X, S. 209–213; Mindener Stadtrecht, wie Anm. 17, Urkunden, Nr. 69, S. 210f.
 - 20 Hans Nordsiek, Kaiser Karl IV. und das Bistum Minden, in: MittMiGV 50, 1978, S. 71–102, hier S. 93.
 - 21 Nordsiek, wie Anm. 20, S. 94.
 - 22 Johann Karl von Schroeder, Die Mindener Fronleichnamsprozession. Ihr Ablauf bis zur Einführung der Reformation beschrieben von dem Mindener Chronisten Heinrich Piel (1516/1517–1580), in: MittMiGV 38, 1966, S. 164–166.
 - 23 Monika M. Schulte, Macht auf Zeit. Ratherrschaft im mittelalterlichen Minden, Warendorf 1997 (Beiträge und Quellen zur Stadtgeschichte Niedersachsens 4), S. 81; Bernd-Wilhelm Linnemeier, Der bischöfliche Hof zu Minden. Anmerkungen zur historischen Topographie des Mindener Dombezirks zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert, in: MittMiGV 67, 1995, S. 9–42.
 - 24 Piel, wie Anm. 17, S. 69: *und in dem closter zur Bruderhus drie tage gelegen*; Die Bischofschroniken des Mittelalters (Hermanns v. Lerbeck Catalogus episcoporum Mindensium und seine Ableitungen), hrsg. von Klemens Löffler, Münster 1917 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XIII, Geschichtsquellen des Fürstentums Minden 1), S. 78 (zitiert als: Lerbeck): *ubi in conventu praedicatorum usque in diem tertium moram traxit*. Der Dominikanerorden war berühmt für die aus ihm stammenden Gelehrten, was eine große, zweckmäßig ausgestattete und funktionierende Kanzlei mit entsprechender Zahl ausgebildeten Personals voraussetzt: Der Kaiser durfte diese Kanzlei mutmaßlich auch für seine Zwecke in Anspruch nehmen; dazu Hans Nordsiek, Nikolaus von Kues in Minden. Ein Beitrag zur Geschichte der Stadt und des Bistums Minden, in: MittMiGV 73, 2001,

- S. 79–125, bes. S. 80f.
- 25 Ob er in *langen wissenschaftlichen Gesprächen mit den Mönchen [...] höchstes Interesse an den hinterlassenen Werken des damals berühmten Geschichtsschreibers Heinrich von Herford* zeigte (so Rainer Pape, *Sancta Herfordia. Geschichte Herfords von den Anfängen bis zu Gegenwart*, Herford 1979, S. 113), muss dahingestellt bleiben.
- 26 So Pape, wie Anm. 25, S. 113, nach Lerbeck, wie Anm. 24, S. 77: *Eodemque anno [1370] recolendae memoriae frater Henricus de Herfordia post labores, quos in studendo, dictando utiliter desudaverat, anno scilicet Domini MCCCLXX. in die beati Dionysii migravit ad Christum sepultusque ante ostium chori versus ambitum.* mit Anm. b: *Deinde anno Domini MCCCCLXXVII. de voluntate ac mandato Karoli Bohemi, Romanorum imperatoris, exhumatus et ante altare maius penes candelabrum stanneum denuo sepultus est, cuius anima requiescat in pace.*
- 27 Des Domherrn Heinrich Tribbe Beschreibung von Stadt und Stift Minden (um 1460), hrsg. von Klemens Löffler, Münster 1932 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission des Provinzialinstitutes für Westfälische Landes- und Volkskunde, Mindener Geschichtsquellen 2), S. 75f. (zitiert als: Tribbe), erzählt um 1460: *Sed dicunt etiam, quando imperator Karolus fuit Mindae, voluit aliquando partem habere de corpore suo [des heiligen Felicianus], et datum fuit sibi unus pollex, et tunc cessavit cum signis.* Die Reliquie des heiligen Felicianus soll – so steht es in den Bischofschroniken des mittelalterlichen Minden (Lerbeck, S. 77) – nur wenige Jahre zuvor, 1373, Wunder gewirkt haben.
- 28 RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 487.
- 29 RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 487.
- 30 Schroeder, wie Anm. 6, S. 291; Nordsiek, wie Anm. 20, S. 95.
- 31 StaatsA Münster, RKG M 1157, Bl. 31f. (beglaubigte Abschrift des 16. Jahrhunderts, um 1573); Druck: *Nova subsidia diplomatica ad selecta juris ecclesiastici Germaniae et historiarum capita elucidanda*, 14 Bde, hrsg. von Stephan Alexander Würdtwein, Frankfurt – Leipzig 1781–1789, ND Frankfurt 1969, Bd. XI, S. 256–258; Mindener Stadtrecht, wie Anm. 17, Urkunden, Nr. 70.
- 32 Nordsiek, wie Anm. 20, S. 96, urteilt: *Es macht die anti-städtische Einstellung des Kaisers besonders deutlich, der sich mit diesem Mandat die Beschwerden des Bischofs gegenüber der Stadt zu eigen machte und der versuchte, die politische Entwicklung der Stadt und ihre Autonomiebestrebungen aufzuhalten.* Diese These ist zu überprüfen an den folgenden Beispielen Dortmund und Essen.
- 33 Monika M. Schulte, *Macht auf Zeit? Rathsherrschaft in Minden (1301–1539)*, in: Blick (wie Anm. 18), S. 475–494; dies., *Macht auf Zeit. Das Mindener Ratswahlstatut vom 6. Januar 1301*, in: MittMiGv 73, 2001, S. 127–136; dies., wie Anm. 23.
- 34 Dietrich W. Poeck, *Rituale der Ratswahl in westfälischen Städten*, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.): *Vormoderne politische Verfahren*, Berlin 2001 (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 25), S. 207–262, zu Herford S. 222–226.
- 35 Nordsiek, wie Anm. 20, S. 96f.
- 36 Und schon vor mehr als 100 Jahren konnte gemutmaßt werden: *doch dürfen wir nicht annehmen, daß das Dekret sonderlich gewirkt habe, da es dem Kaiser in Norddeutschland an Macht gebracht um seinen Geboten Nachachtung zu verschaffen* (Schroeder, wie Anm. 6, S. 292).
- 37 Nordsiek, wie Anm. 20, S. 97.
- 38 Pape, wie Anm. 25, S. 112–114.
- 39 RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 487f.; Last, wie Anm. 7, S. 308, Anm. 13.
- 40 StaatsA Münster, Abtei Herford, Urkunden, Nr. 420; Druck: *Urkundenbuch der Stadt Herford*, T. 1: *Urkunden von 1124–1450*, bearb. von Rainer Pape u. Erich Sandow, Herford 1968 (Herforder Geschichtsquellen 1), Nr. 90, S. 69; als Insert: ebd., Nr. 170, S. 132f.
- 41 RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 488.
- 42 Last, wie Anm. 7, S. 308, Anm. 13.
- 43 Zum Besuch Karls IV. am Grab Widukinds sehr ausführlich und instruktiv: Last, wie Anm. 7.
- 44 Last, wie Anm. 7, S. 332–338.
- 45 Keine Nennung in: RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 488.
- 46 Last, wie Anm. 7, S. 308, Anm. 13.
- 47 R. P. Nicolaus Schaten S. J., *Annalium Paderbornensium*, Bd. 2, Münster ²1775, S. 287 (zitiert als: Schaten); Ludwig Eberhard Rademacher, *Annales oder Jahr-Bücher der Uhr-alten und weitberühmten Stadt Soest*, hrsg. von Gerhard Köhn, Bd. 1, Soest 1999, S. *23; Chronik des Dietrich Westhoff von 750–1550, in: *Die Chroniken der westfälischen und niederrheinischen Städte*, Bd. 1: Dortmund, Neuß, Göttingen ²1887 (Die Chroniken der deutschen Städte vom 14.–16. Jahrhundert 20), S. 230; in der chronikalischen Überlieferung gibt es zu-

- dem zahlreiche Textstellen, die Paderborn ebenfalls benennen.
- 48 Keine Nennung in: RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 488. Hingegen bei: Schaten, wie Anm. 47, Bd. 2, S. 287; R.D. Hermann Stangefol, *Annales circuli Westphalici hoc est opus chronologicum et historicum*, Köln 1656, S. 453; Westhoff, wie Anm. 47, S. 230; Last, wie Anm. 7, S. 308, Anm. 13.
- 49 Rademacher, wie Anm. 47, S. *23; keine Nennung in: RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 488, u. bei Last, wie Anm. 7, S. 308, Anm. 13.
- 50 Der Vergleich der beiden Städte ist auch deshalb interessant, weil Minden sein Stadtrecht von Dortmund bekommen hatte und Dortmund als Oberhof in Streitfällen das vom Kaiser eingesetzte Appellationsgericht war. Das Mindener Stadtrecht wiederum wurde u. a. an Hannover weitergegeben. Dazu: Gudrun Pischke, *Die Entstehung der niedersächsischen Städte. Stadtrechtsfiliationen in Niedersachsen*, Hildesheim 1984 (Studien und Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens 28).
- 51 Last, wie Anm. 7, S. 308, Anm. 13; RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 488, ist nur 23. November angegeben.
- 52 Aus zeitgenössischen Quellen geschöpft ist die um 1550 entstandene Chronik des Dietrich Westhoff, wie Anm. 47, S. 229–236: *Carolus 4 kompt binnen Dortmunde*. Dem Kaiserbesuch ist in diesem Werk ein eigenes, so betitelt Kapitel gewidmet. Wörtliche und inhaltliche Zitate, die nicht gesondert gekennzeichnet sind, haben diesen Text zur Grundlage.
- 53 Thomas Schilp, Reinoldus, unser stat overster patroen und beschermmer, in: Reinoldus und die Dortmunder Bürgergemeinde. Die mittelalterliche Stadt und ihr heiliger Patron, hrsg. von dems. u. Beate Weifenbach, Essen 2000 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Dortmund 15), S. 35–49, zum Besuch Karls IV. S. 43–45; Nicole Hohenberger, *Carolus 4 kompt binnen Dortmunde*. Der Besuch Kaiser Karls IV. am 22. November 1377 in Dortmund, in: Thomas Schilp (Hrsg.), *Himmel, Hölle, Fegefeuer. Jenseitsvorstellungen und Sozialgeschichte im spätmittelalterlichen Dortmund*, Essen 1996 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Dortmund 12), S. 44–51; Udo Kaiser, *Reisen von Kaisern und Königen im Mittelalter. Eine Form der Herrschaftsausübung*, in: *Museumshandbuch*, T. 3: Dortmund 11.8.1899: Der Kaiser kommt zur Hafeneinweihung, Dortmund 1984, S. 137–147.
- 54 Zu bischöflichen Besuchen in ihren Städten anlässlich von Huldigungen, die einem ähnlichen Zeremoniell folgen: Monika M. Schulte, *Herrschaft und Verwaltung in einer spätmittelalterlichen Stadt: Coesfeld zwischen 1320 und 1600*, in: *Coesfeld 1197–1997. Beiträge zu 800 Jahren städtischer Geschichte*, hrsg. von Norbert Damberg, Bd. 1, Münster 1999, S. 61–156, hier S. 70–72.
- 55 Eindeutige Anspielung auf den Einzug Jesu in Jerusalem am Palmsonntag.
- 56 Fuhrmann, wie Anm. 3, S. 24–31, über den Gruß als Rechts- und Standesmerkmal und durch den Gruß ausgelöste *Herrscherrängeleien*; S. 33: Derselbe Ritus ist für Zürich von der Mitte des 14. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts fast identisch im Ablauf belegt.
- 57 Fuhrmann, wie Anm. 3, S. 26–31.
- 58 Vgl. dazu: von Schroeder, wie Anm. 22; zur Bedeutung von Prozessionen in mittelalterlichen Städten: Andrea Löther, *Prozessionen in spätmittelalterlichen Städten. Politische Partizipation, obrigkeitliche Inszenierung, städtische Einheit*. Köln – Weimar – Wien 1999 (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und früher Neuzeit 12).
- 59 Davon, dass der Kaiser oder die Kaiserin für ihren Aufenthalt die Gastgeber schadlos hielten, ist nirgends die Rede. Über die immensen Kosten, die für die mehrtägige Unterbringung des kaiserlichen Gefolges 1377/78 auf dem Weg von Tangermünde nach Paris aufzubringen waren, gibt es leider keine Quellen. Gerade gegen Luxus in den Städten gingen die Räte immer wieder vor, weil sie fürchteten, die Bürger würden sich verausgaben, könnten dann ihre Steuern nicht mehr zahlen oder würden ihre Kaufmannschaft und ihr Handwerk verlieren. Vgl. dazu beispielsweise das Statut des Mindener Rates vom 24. November 1335 über die Beschränkung des Aufwands bei Ratswahlen, Hochzeiten und Taufen: dazu Schulte, *Macht auf Zeit*, wie Anm. 23, S. 21 u. 133–143. Vermutlich dürften die Kosten aus der Stadtkasse bestritten worden sein: Diese dürfte entweder vor oder nach dem Kaiserbesuch durch die Erhebung einer besonderen Steuer von den Bürgern gefüllt worden sein.
- 60 Dortmund Urkundenbuch, bearb. von Karl Rübel und Eduard Roes, Bd. 2, 1 (1372–1394), Dortmund 1890, ND Osnaabrück 1975, Nr. 83, 84 u. 85 (zitiert als: UB Dortmund). Mit Blick auf Dortmund relativiert sich zwangsläufig die

- These, dass Karl IV. grundsätzlich städtefeindlich eingestellt gewesen sei, die Nordsiek, wie Anm. 20, S. 96, am Beispiel der Stadt Minden aufgestellt hat.
- 61 So bei Westhoff, wie Anm. 47.
- 62 Nach wie vor grundlegend: Konrad Ribbeck, *Geschichte der Stadt Essen*, T. 1, Essen 1915, S. 291ff.
- 63 RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 488.
- 64 Brüsseler Äbtissinnenkatalog, in: *Essener Beiträge* 5, 1883, S. 13.
- 65 Als Abschrift im Notariatsinstrument von 1878 Mai 21: StadtA Essen, Bestand 1/Urkunden Nr. 83.2; niederdeutsche Übersetzung: StadtA Essen Bestand 11 Nr. 1.
- 66 Als Abschrift im Notariatsinstrument von 1878 Mai 21: StadtA Essen, Bestand 1/Urkunden Nr. 83.2.
- 67 Freundliche Auskunft von Dr. Klaus Witsotzky, StadtA Essen, vom 15. April 2002.
- 68 RI Karl IV., wie Anm. 7, S. 488–490.
- 69 Amalie Föfel, *Die Königin im mittelalterlichen Reich. Herrschaftsausübung, Herrschaftsrechte, Handlungsspielräume*, Darmstadt 2000.
- 70 Föfel, wie Anm. 69, S. 81–92.
- 71 Föfel, wie Anm. 69, S. 93–150 zu den Rahmenbedingungen für die Herrschaftsausübung der Königin.
- 72 Rademacher, wie Anm. 47, Bd. 1, S. *23: *1377. Kayser Carolus IV. durchreisete gantz Sachsen und diese benachbarte Lande, hatte mit sich seine gemahlin, seinen Sohn Wenceslaum und viele Bischoffe und Herren. [...] vid. Gobel. Pers. Cosm. Schaten. Stangenfol.*
- 73 Lerbeck, wie Anm. 24, S. 78: *Anno istius Wedekindi decimo, qui est Domini MCCCLXXVII. die XV. mensis Novembris imperator Karolus quartus Min-*

dam intravit, ubi in conventu praedicatorum usque in diem tertium moram traxit. Et eodem anno imperatrix eum secuta hora eadem, qua imperator, Mindam intravit in vigilia beati Pauli primi eremitae pervenit [!]. – also am 9. Januar 1378. Danach Piel, wie Anm. 17, S. 69: Und ist hernacher die keiserinne auch gefolget.

- 74 Westhoff, wie Anm. 47, S. 243f.: *Elizabet keiserinne komt to Dortmunde.*
- 75 Gisela Wilbertz, *Elisabeth von Pommern – Eine Kaiserin im späten Mittelalter*, in: *Bohemia* 28, 1987, H. 1, S. 45–68, hier S. 58: *1377 reiste sie von Tangermünde aus nach Magdeburg, das Karls IV. wirtschaftspolitischen Plänen recht reserviert gegenüberstand und besonders aufgrund des vorgesehenen Ausbaus der Elbe zum zentralen Schifffahrtsweg nach Böhmen zur Nordsee Nachteile befürchtete. Sollte oder wollte die Kaiserin dort die Stimmung erkunden und als Botschafterin des guten Willens vermitteln? Wie auch immer – die selbstgewählte oder auferlegte Mission scheiterte. Zwar wurde sie mit den üblichen Geschenken und Ehren empfangen, doch auf dem abendlichen Tanzfest „erschieden die Magdeburger Bürgerfrauen und Töchter in so prächtiger Kleidung, daß sich die Kaiserin darüber wunderte und ärgerte und deshalb ihren weniger reich gekleideten Hofdamen die Teilnahme am Tanz nicht gestattete“. Ein Affront, der auch so verstanden wurde. „Van torne und unmode“ reiste sie zurück nach Tangermünde.*
- 76 Veldtrup, wie Anm. 5, S. 480.

Von Adel, Einwohnerschaft und Kirche getragen

Die Kirchspielschule in Preußisch Oldendorf ab 1584

Einleitung

Die historische Entwicklung des Schulwesens in Oldendorf kann nicht isoliert, sondern muss im größeren territorialen Rahmen gesehen werden. Vor 1584, der Gründung einer Kirchspielschule in Oldendorf, gab es im Fürstbistum Minden und in der Grafschaft Ravensberg nur in größeren Städten Schulen. Nach der lutherischen Reformation sind in Minden die weitaus ältere Domschule und das Gymnasium, in Lübbecke die Stiftsschule, in Herford die Lateinschule und das Gymnasium, in Bielefeld das Gymnasium sowie bereits in Vlotho (1560), Werther (1576), Petershagen (1572) und Schlüsselburg (1563) eine Schule belegt.¹

Die Schulbildung wurde im 16. und 17. Jahrhundert ausschließlich als Aufgabe der Kirche, nicht als staatliche Aufgabe angesehen. Erst im 18. Jahrhundert begannen sich die Anschauungen darüber zu wandeln, und der preußische Staat griff mit Schulordnungen in das Schulwesen ein, ohne jedoch die kirchliche Dominanz anzutasten.² Das Bündnis zwischen Thron und Altar blieb auch hier bestehen. Erst 1872 wurde die Schulaufsicht auf den Staat übertragen, wobei örtlich nach wie vor die Pfarrer die Schulen im Auftrag des Staates überwachten.³ Vor diesem Hintergrund muss auch die Gründung einer Kirchspielschule in Preußisch Oldendorf betrachtet werden.

Von 1584 bis zum Jahre 1922 wurde in der Stadt Preußisch Oldendorf die Kirchspielschule für Allgemeinbildung durch insgesamt sechs Schulbauten neu eingerichtet und erweitert. Daneben gab es im 19. Jahrhundert die jüdische Schule und ab 1820 eine Privatschule, die *Kandidatenschule*, die später durch die heutige Realschule abgelöst wurde. Eine weitere staatlich konzessionierte Schule befand sich ab 1851/52 in der Rettungsanstalt Pollertshof.⁴ Die Geschichte der Oldendorfer Kirchspielschule von 1584 bis 1922 ist zugleich ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt, als der Bau und die Unterhaltung von Schulen noch keine staatlichen Aufgaben waren. Durch eine glückliche Fügung sind die Rechnungen der Oldendorfer St. Dionysius-Kirche u. a. über den Bau einer neuen Schule im Pfarrarchiv seit 1580 in erfreulicher Dichte bis in das 19. Jahrhundert hinein erhalten geblieben.⁵ Der seit 1578 nachweisbare Oldendorfer Kirchenprovisor Arndt Foltermann, manchmal auch Arndt Kramer genannt, hat bis zum Jahre 1608 im Mai des jeweiligen Jahres die Kirchen- und Schulrechnung geführt. Der schreibkundige Kaufmann wird, wie sein Name ausweist, als *Kramer* bezeichnet. Er war Krämer bzw. Kaufmann im Flecken Oldendorf und hatte ein eigenes Haus mit Kramerhandlung in unmittelbarer Nähe der St. Dionysius-Kirche.⁶ Ihm sind auch die Einträge über den Bau der ersten Oldendorfer Schule und die Bestellung des ersten Schulmeisters zu verdanken. Die vorliegenden Rechnungseinträge von 1584 bis 1608 im Pfarrarchiv



Die Oldendorfer St. Dionysius-Kirche war der Ausgangspunkt für die Gründung einer Kirchspielschule im Jahre 1584.

Stadtarchiv Preußisch Oldendorf

dienten der Dokumentation und Abrechnung der Kosten und der Trennung vom sonstigen Kirchenvermögen. Sie sind keine Schulchronik, und so muss aus ihnen der wesentliche Ablauf der Ereignisse in Verbindung mit anderen Quellen herausgefiltert werden.

Soziale Hintergründe der Schulgründung und städtische Entwicklung

Aus den Kirchenrechnungen ab 1584 geht nicht hervor, wer konkret den Anstoß zur Gründung einer Kirchspielschule gab. Darüber gibt es auch keine Urkunde im Pfarrarchiv.⁷ Ein gezielter landesherrlicher Einfluss ist für Oldendorf nicht erkennbar. Auch in mit Oldendorf vergleichbaren Orten und Flecken in der Grafschaft Ravensberg wie Borgholzhausen, Vlotho und Werther gab es keine vom Landesherrn angeordneten oder geförderten Schulgründungen.⁸ Ähnlich sah es im Fürstbistum Minden aus. Die Entstehung evangelischer Kirchspielschulen kurz nach Einführung der Reformation in der Grafschaft Ravensberg und im Fürstbistum Minden außerhalb der Städte Minden, Bielefeld, Herford und Lübbecke hängt offenbar auch mit der zentralörtlichen und städtischen Entwicklung und der Sozialstruktur dieser Orte zusammen.

Aus der von Bruning vorgelegten Übersicht über die Schulen in Minden-Ravensberg ergeben sich offensichtlich unterschiedliche Entwicklungsepochen. Auffällig ist hier in der Gesamtschau, dass sich die Schulgründungen des 16. Jahrhunderts nur in jenen Orten vollzogen, die schon früher oder später als Flecken oder Weichbilder bezeichnet wurden. Die Sozialstruktur dieser Orte muss also den Schulgründungsprozess entscheidend gefördert haben. Auffällig ist dies bei den Orten Oldendorf (Limberg), Vlotho, Borgholzhausen, Werther in der Grafschaft Ravensberg und Petershagen und Schlüsselburg im Fürstbistum Minden zu beobachten, die schon vor 1600 als Flecken oder Weichbilder bezeichnet wurden. Im Gegensatz hierzu kam es bei allen von Bruning genannten ländlichen Bauerschaften und Dörfern erst im 17. und 18. Jahrhundert zur Gründung von Schulen.⁹

Oldendorf befand sich nach 1500 in einer Entwicklungsphase zu einem Flecken. Oldendorf war ein sehr alter Kirchspielort und ist 1556 auch als Gerichtsort und Vogteisitz mit zentralörtlicher Bedeutung bezeugt. 1570 wird Oldendorf erstmalig urkundlich als Flecken erwähnt, wird aber mutmaßlich schon vorher diesen Status gehabt haben. 1719 wurde der Flecken vom preussischen König Friedrich Wilhelm I. zur Stadt erhoben.¹⁰ Der Stadtbegriff von 1719 als Akzisestadt umfasste jedoch nicht die Zuständigkeit über das Schulwesen. Das war nach wie vor Angelegenheit der evangelischen Kirche.¹¹

1584 wurde im Ort eine Kirchspielschule gegründet und ein Schulhaus auf dem Oldendorfer Kirchplatz gebaut. Ob es vor 1584 bereits eine sogenannte Küsterschule gegeben hat, ist nicht bekannt. Ein Küster ist in Oldendorf schon 1406 urkundlich mit dem Namen Hargar de Koster nachweisbar.¹² Bei der ravensbergischen Kirchenvisitation von 1533 und im Ravensbergischen Urbar von 1556 wird – wie für die anderen ländlichen Kirchspiele der Grafschaft Ravensberg – eine Schule in Oldendorf nicht erwähnt. Auch die Akten der ravensbergischen Landesverwaltung von 1535 bis 1584 geben keine Hinweise auf eine Schule in Oldendorf oder anderen ravensbergischen Orten. Lediglich im kirchlichen Lagerbuch von 1850 wird erwähnt, dass zur Zeit der Reformati-

on die Pfarrer die Kinder in Religion und im Lesen, später auch der Kantor im Schreiben und Rechnen unterrichtet habe. Diese in den Akten nicht nachweisbare und nur auf Überlieferung beruhende Angabe ist wegen des großen zeitlichen Abstands mit Vorsicht zu bewerten. Vermutlich ist gemeint, dass anfänglich häufig Pfarramtskandidaten die Schulmeisterstelle einnahmen, die später eine Pfarrerstelle in Oldendorf oder anderen Orten erhielten.¹³

Mehrere Gründe dürften in Oldendorf für die Schulgründung eine Rolle gespielt haben. Wir wissen nicht, wer die Initiative ergriffen hat. Doch lassen sich die Hintergründe aus den Rechnungseinträgen und den Patronatsurkunden erfassen. Arndt Foltermann schreibt in der Kirchenrechnung zu 1585/1586: *Als mir bevollen eine Schole zu Oldendorf zu bauwen, hab ich demselben der Geber nachgesetzt und ist an Unkost darauß gang wie folget. Item ist in bei sein Drosten und Rentmeister mit M. Heinrich Vortmeier gehandelt die Schole zu bauwen welche ich im verrichtet umb 30 Thal.*¹⁴

Oldendorf gehörte zum Amt Limberg in der Grafschaft Ravensberg und war mindestens seit 1535 auch Sitz der Vogtei Oldendorf des Amtes Limberg, zu der die Kirchspiele Oldendorf und Holzhausen gehörten. Es gab in Oldendorf also einen landesherrlichen Vogt, der seine Weisungen vom Amtmann auf der Burg Limberg erhielt. Amtmann war im Jahre 1584 Reineke von Schloen genannt Tribbe aus dem Hause Groß-Engershausen im Kirchspiel Oldendorf.¹⁵

Der Rechnungseintrag belegt also, dass der Kirchenprovisor Arndt Foltermann den Auftrag über den Bau der Kirchspielschule erhalten hatte. Offen muss bleiben, wer den entscheidenden Einfluss hatte. Daher ging der Auftrag für den Schulbau wohl vom Amtmann zum Limberg Reineke von Schloen genannt Tribbe als dem Vertreter des Landesherrn in Düsseldorf aus, da er auch später als wichtiger Faktor in Erscheinung tritt. Er wird den im Kirchspiel Oldendorf beschlossenen Bau der Schule als Vertreter des Landesherrn begleitet haben. Er war aber auch der Erbherr des adeligen Gutes Groß-Engershausen und in dieser Funktion auch Patronatsstifter für die Oldendorfer Schulmeisterstelle.¹⁶

Die beiden Oldendorfer Geistlichen, der Pastor Johannes Witte und sein Kaplan Peter Lembruch, dürften schon vor 1584 den Gedanken an eine christliche Schule im Sinne des Reformators Martin Luther in der Gemeinde entscheidend gefördert haben, wenn man die nachfolgende Spendenfreudigkeit von Adel und Einwohnern in Rechnung stellt.¹⁷ Schließlich hatte Martin Luther immer wieder die hohe Bedeutung guter Schulen für das geistige Wohl des Volkes betont. Insbesondere den Adel, aber auch alle evangelischen Christen hatte er von 1520 bis 1524 dazu aufgerufen, christliche Schulen zu gründen und zu unterhalten. Diese Schulen sollten das Ziel haben, die Kenntnisse des Evangeliums zu fördern und taugliche Christen zur Mitwirkung an der öffentlichen Verwaltung heranzubilden.¹⁸ Auch die Mindener Kirchenordnung des Reformators Nikolaus Krage von 1530 verweist auf die christliche Pflicht zur Einrichtung guter Schulen und zur Besoldung ehrlicher, redlicher und gelehrter Schulmeister.¹⁹ Diese reformatorischen Einflüsse werden sich auch im Kirchspiel Oldendorf ausgewirkt haben, so dass es hier zum Beschluss über den Bau einer Kirchspielschule kam. In diesem Zusammenhang ist die starke Zunahme der adeligen Güter im Kirchspiel Oldendorf seit etwa 1500 interessant. Neben den



Das heutige Bürgerhaus auf dem Kirchplatz in Preußisch Oldendorf. Neben diesem Haus hinter dem Baum links lag die Oldendorfer Kirchspielschule von 1584 bis 1828.
Verfasser

bereits im 14. Jahrhundert gegründeten Rittergütern Harlinghausen und Klein-Engershausen waren um 1500 Gut Groß-Engershausen und um 1525 Gut Hüffe hinzugekommen. Dies war eine Verdoppelung der adeligen Präsenz im Kirchspiel Oldendorf. Die adeligen Geschlechter dieser Häuser hatten ihre eigenen Sitze in der Oldendorfer Kirche.²⁰ Die Häuser Ippenburg / Hünnefeld, Harlinghausen sowie Groß- und Klein-Engershausen besaßen durch eine Stiftung von 1492 auch das Patronatsrecht an der Kaplanstelle der Oldendorfer St. Dionysius-Kirche, aus der sich später die zweite Pfarrstelle entwickelte.²¹ Im Kirchspiel gab es also einen erheblichen adeligen Einfluss, der sich auch auf die Schulgründung ausgewirkt haben dürfte. Die Kirchspielsadeligen werden mehrfach als adelige Erbxen und Burgmänner in den Kirchenrechnungen bezeichnet, denen ein besonderer Einfluss wohl wegen des von ihnen ausgeübten Patronatsrechtes zukam.

Mit den im Rechnungseintrag genannten *Gebern* sind die eigentlichen Urheber der Schulgründung gemeint. Es handelt sich um die Stifter von Geld- und Sachmitteln für den Bau der Schule. Das waren nach den Kirchenrechnungen der Adel im Kirchspiel, die Einwohner des Fleckens Oldendorf und zahlreiche Spender aus den Bauerschaften des Kirchspiels Oldendorf. Nach der Intensität der Stiftungen zu urteilen, muss es einen starken Impuls aus dem Kirchspiel zur Gründung einer Schule gegeben haben. Eine direkte landesherrliche Beteiligung am Bau der Schule ist nicht nachzuweisen, obwohl der Herzog von Jülich und Berg als Graf von Ravensberg das Besetzungsrecht für den Pfarrer der St. Dionysius-Kirche ab 1533 vom Mindener Domkapitel usurpatorisch über-

nommen hatte.²² Wesentliche Entscheidungen beim Bau der Schule mussten jedoch mit dem Limberger Drost Reineke von Schloen genannt Tribbe als Vertreter des Landesherrn abgestimmt werden.

Eine nähere Betrachtung verdient die Frage, welcher Einfluss auf die Schulgründung sich aus den aufstrebenden lokalen Kräften des Fleckens Oldendorf ergeben konnte. Während Oldendorf im Ravensbergischen Urbar von 1556 noch als Dorf genannt wird,²³ wird der Ort 1570 urkundlich bereits als Flecken bezeichnet.²⁴ Ein Flecken steht rechtlich zwischen Stadt und Dorf: Einzelne städtische Rechte waren verliehen, andere wurden beansprucht oder geduldet. Die bis 1570 andauernde lange Friedensepoche wird zu einer positiven Entwicklung von Oldendorf geführt haben.

Neben der noch vorhandenen bäuerlichen Bevölkerung gab es in einem solchen Ort einen bedeutenden Anteil von Gewerbetreibenden und Händlern, Krämern oder Kaufleuten, Gastwirten, Müllern und Handwerkern.²⁵ Diese Struktur hat es auch in Oldendorf schon vor 1570 gegeben, so dass die Bezeichnung Flecken gerechtfertigt erscheint. Allein in der Schulrechnung von 1584 sind zwei Kramer in Oldendorf erwähnt: Arndt Foltermann selbst und der Vogt des Amtes Limberg, Jost Kramer, der schon 1556 genannt wird. Oldendorf befand sich also auf dem Wege der Entwicklung zur Stadt, die jedoch erst 1719 durch die Gründung als Akzisestadt verwirklicht wurde.

Wenn auch nicht von einem Patriziat in Oldendorf gesprochen werden kann, gab es in Oldendorf neben dem im Kirchspiel ansässigen Adel eine kleine gehobene bürgerliche Schicht mit besonderem Ansehen, Einfluss und eigenem Standesbewusstsein, die sich klar von der bäuerlichen Bevölkerung unterschied. Dazu sind neben dem Kirchspielsadel die im Ort wohnenden Adeligen, Personen mit öffentlichen Ämtern wie der hier wohnende Vogt des Amtes Limberg, die ansässigen Krämer und Kaufleute, der evangelische Pfarrer, der Kaplan, der Kirchenprovisor und die Olderleute und weitere selbständige Handwerker zu zählen. Daneben gab es weitere vermögende und wirtschaftlich besser gestellte Bürger und Einwohner, die es in einer Bauerschaft nicht gab. Die Lebensauffassung dieser besser gestellten gesellschaftlichen Schichten unterschied sich nach ihrem Lebensstil erheblich von der der bäuerlichen Bevölkerung. Bei dieser Gruppe ist auch von einem erhöhten Bildungsbedürfnis für den Nachwuchs auszugehen.²⁶

Diese Schicht lässt sich in den Urkunden und Rechnungsregistern des Pfarrarchivs der St. Dionysius-Kirche und im Ravensbergischen Urbar von 1556 teilweise erkennen. Das Urbar verzeichnet nur die bäuerlichen Stätten und nicht die hier angesprochene Oberschicht. Während die bäuerliche Schicht weitgehend eigenbehörig war, sind zahlreiche Einwohner als Freie ausgewiesen. Oldendorf hatte sogar von allen verzeichneten Bauerschaften und Dörfern in der Grafschaft Ravensberg laut Urbar von 1556 den weitaus größten Anteil an Freien, nämlich 67,7 % aller aufgeführten Stätten und Einwohner. Schon 1556 gab es also in Oldendorf eine ganz andere Bevölkerungsstruktur als in den umliegenden, überwiegend von Eigenbehörigen bewohnten Bauerschaften.²⁷ In Oldendorf kam hinzu, dass der Ort von alters her zentrale Funktionen als Kirchspielort, Gerichtsplatz des Gogerichts Auf der Angelbeke und später des Amtes Limberg und als Zentralort der großen Oldendorfer Mark hatte.

Schon 1470 ist eine Taverne urkundlich nachzuweisen, die am Hellweg, der Heerstraße lag, über die der Ost-West-Verkehr durch Oldendorf lief. Die Landesherrschaft ließ im Ort militärische Übungen veranstalten, eine Art Schützenfest, bei dem auf einen Vogel geschossen wurde; der beste Schütze erhielt eine Belobigung des Amtmanns zum Limberg.²⁸

Nicht zuletzt dürfte auch die Zunahme der adeligen Güter im 16. Jahrhundert in der Vogtei und im Kirchspiel Oldendorf zu einer gesteigerten Nachfrage nach Gütern des gehobenen Bedarfs und nach gewerblich-kaufmännischen Tätigkeiten geführt haben. So wurden zwischen 1500 und 1530 allein drei neue Rittergüter in der Umgebung gegründet, nämlich Groß-Engershausen, Hüffe und Holzhausen.²⁹ Auch in Oldendorf selbst lebten Mitglieder der adeligen Familien des Kirchspiels. Sie sind dort 1615 bezeugt. So wohnte Rixa von Schloen genannt Tribbe 1615 in Oldendorf und ist als Stifterin für Kirche, Schule und Arme bekannt.³⁰

Demnach ist für Oldendorf zu dieser Zeit von einer sich entwickelnden kleinstädtischen gehobenen Honoratiorenschicht auszugehen. Das geht auch aus späteren Schulakten hervor, wo sich insbesondere 1779 um eine ausreichende Schulbildung für *die Kinder unserer Honoratioren* gesorgt wurde.³¹

Zu dieser Schicht zählten die Einwohner mit Bildung, öffentlichen Ämtern und Vermögen, wie der einheimische Adel, der Pastor, der Kirchenprovisor, Kaufleute und Krämer. In diesen Kreisen ist auch von einem erhöhten Bildungsbedürfnis insbesondere für die Nachkommen auszugehen. Neben der Vermittlung der Religion mit Schreib- und Lesekenntnissen wurden hier für die Kinder der Einwohner der Erwerb besonderer Fähigkeiten für den Kaufmannsberuf, die Vermittlung von Grundkenntnissen der lateinischen Sprache sowie gehobener Beherrschung der deutschen Sprache und der schriftlichen Ausdrucksfähigkeit erwartet.

Da sich nur der Adel Hauslehrer leisten konnte, war dieses Bildungsbedürfnis die Basis für die vom Flecken Oldendorf und vom Kirchspiel Oldendorf getragene Initiative zur Gründung einer Kirchspielschule. Damit steht in Einklang, dass die Oldendorfer Schule zu einem erheblichen Teil aus Schenkungen und Zuwendungen des Adels und vieler Einwohner aus dem Flecken und darüber hinaus finanziert wurde, wie die Rechnungen des Oldendorfer Kirchenprovisors Arndt Foltermann ausweisen. Dabei hofften die Spender auch auf ein frommes und gottgefälliges Werk für ihr Seelenheil. Dies dürfte auch eine Folge der reformatorischen Einflüsse insbesondere beim Adel des Kirchspiels gewesen sein.³² So ist es nicht verwunderlich, dass nach der Stadt Lübeck im Flecken Oldendorf als erstem Ort im Altkreis Lübecke eine Kirchspielschule gegründet wurde. Alle anderen Orte außer Levern und Rahden waren rein bäuerliche Ansiedlungen. In diesen Ortschaften kam es erst sehr viel später, im 17. und 18. Jahrhundert, zur Gründung von Schulen.³³

Die Schulbauten im Verlauf der Geschichte

Schulhausbau auf gemeinsame Initiative von Adel und Einwohnerschaft (1584)

Wir wissen nicht endgültig, wer den Anstoß zur Gründung einer Kirchspiel-schule in Oldendorf gab. Ob es nun eine Nachwirkung von Luthers Aufruf von 1520 bis 1524 an die Ratsherren aller Städte und Landschaften oder der Aufruf an den christlichen Adel deutscher Nation zur Einrichtung christlicher Schulen war, ist nach der Quellenlage nicht exakt festzustellen. Das reformatorische Gedankengut Martin Luthers dürfte sich jedoch ausgewirkt haben. Beteiligt waren der heimische Adel und die Einwohner des aufkommenden Fleckens Oldendorf.³⁴

1584 erhielt der Oldendorfer Kirchenprovisor Arndt Foltermann oder auch Kramer genannt die Anweisung, ein Schulgebäude zu bauen, wie er es in der Kirchenrechnung 1585/86 schreibt.

Dann folgen in der Kirchenrechnung von 1584 beginnend fein säuberlich beschrieben die einzelnen Kostenpositionen des Schulneubaus von 1584, der auf dem Oldendorfer Kirchhof auf einem Grundstück, das nach späteren Nachrichten vom adeligen Haus Groß-Engershausen zur Verfügung gestellt war, errichtet wurde.³⁵

Die Anweisung zum Schulhausbau wird der Kirchenprovisor Arndt Foltermann vom Drost des Amtes Limberg, Reineke von Schloen genannt Tribbe, Erbherrn von Groß-Engershausen, erhalten haben, da er auch in späteren Rechnungen häufig auf Anweisung des Drostens handelt. Dieser wird nicht auf landesherrlichen Befehl gehandelt haben, da es in den Kirchenrechnungen und anderen Quellen keine Hinweise auf einen Einfluss des Landesherrn, des Herzogs von Jülich und Berg, Grafen von Ravensberg, für ländliche Schulbauten gibt. Vielmehr wird er den erklärten Willen des Fleckens und des Kirchspiels Oldendorf zum Bau einer Schule umgesetzt haben.³⁶

Bei der entscheidenden Verhandlung über den Schulhausbau waren auch der Drost Reineke von Schloen genannt Tribbe und der Rentmeister des Amtes Limberg, Franz Schrage, sowie Arndt Foltermann anwesend, als 1584 mit Meister Heinrich Vortmeier über den Schulhausbau für einen Preis von 30 Talern verhandelt wurde. Nach der Art der Rechnungseinträge muss Vortmeier Zimmermeister gewesen sein. Die vorherrschende Bauweise war der Fachwerkbau und es ist nicht davon auszugehen, dass ein Steinbau auf dem Kirchplatz in Oldendorf errichtet wurde. Daher wird der mit dem Bau beauftragte Meister Heinrich Vortmeier ein Zimmerbaumeister gewesen sein. Die Summe von 30 Talern kann nach den späteren Rechnungseinträgen nur der Arbeitslohn gewesen sein, da die notwendigen Hölzer vom Kirchspiel aus der Oldendorfer Mark geschlagen und gestellt wurden. Hinzu kamen Schlafgeld für den Meister und seine Gesellen sowie die Verpflegung.

Der Schulbau war ab 1584 unter der Leitung von Arndt Foltermann ein Gemeinschaftswerk des Kirchspiels und für ihn selbst auch eine wesentliche organisatorische Aufgabe, denn er und auch der Oldendorfer Vogt Jost Kramer mussten die Arbeiten beaufsichtigen. Alle Materialien für den Bau waren nach Zeitplan anzuliefern. An den Arbeiten waren viele Einheimische beteiligt, die



Epitaph des am 4. Februar 1607 gestorbenen Drostens und adeligen Patronatsherren der Oldendorfer Schule Johann von Hassfurt in der St. Dionysius-Kirche in Preußisch Oldendorf mit Darstellung des jüngsten Gerichts.
 Stadtarchiv Preußisch Oldendorf

für ihre Mühe natürlich von der Kirche entlohnt wurden. So hatten nach der Kirchenrechnung die Offelter Bauern zwei Wagen Kalk aus Bielefeld zu holen, wofür sie natürlich ein fein säuberlich aufgezeichnetes Entgelt erhielten. Im heutigen Wiehengebirge wurden in der Oldendorfer Mark Bäume für das Fachwerk geschlagen und von Meister Heinrich Vortmeier bearbeitet.

Dies lenkt den Blick auf die Bauart des Schulgebäudes. Es war ein Fachwerkbau, der nordöstlich der Kirche auf dem Kirchplatz lag. Da eine Wendeltreppe gebaut wurde, war das Gebäude offenbar zweigeschossig. Auch wird ein *Schulmeister Haus* in der Kirchenrechnung erwähnt. Damit wird das Schulhaus selbst oder die Schulmeisterwohnung gemeint sein.

Die Kirchenrechnung von 1584 überliefert auch die Namen weiterer Meister, die am Schulhausneubau gearbeitet haben. Als weitere Handwerker werden 1584/85 ein Meister Johan von der Lippe und der wohl in Oldendorf wohnende Meister Gerd Kiste erwähnt. Letzterer wird aus heutiger Sicht ein Tischlermeister gewesen sein, denn er fertigte die Fenster für die Schule und baute eine Wendeltreppe in der Schule. Über diese Treppe war offenbar die Schulmeisterwohnung erreichbar, die in den Quellen erwähnt wird. Bei dem Gebäude dürfte es sich also um einen Fachwerkbau gehandelt haben. Gedeckt wurde das Haus nicht mit Stroh, sondern mit insgesamt 1300 steinernen Dachziegeln, wie die Rechnungen ausweisen. Die Ziegel wurden von Meister Hermann Wechter aufgehängt und eingedeckt.

Die Kosten für den Bau der Schule betrugen 92 Taler, 19 Groschen und 2 Pfennig. Diese Summe wurde aus Mitteln der Oldendorfer St. Dionysius-Kirche, aus Spenden des Adels und der Einwohner des Fleckens und des Kirchspiels Oldendorf aufgebracht. In der Kirchenrechnung sind daher auch zahlreiche Einzelspenden in Höhe von einem bis zu sechs Talern jährlich verzeichnet.

Die Kirchenrechnungen überliefern auch die Finanzierung des Baus der Schule und der Schulmeisterstelle. Aufgeführt sind jeweils die Namen der adeligen und bürgerlichen Stifter und die zugesagten Geldbeträge oder Naturalstiftungen. Nicht in allen Fällen gingen die zugesagten Beträge ein. Die Vermerke hierüber sind überliefert. Aus dem Jahre 1599 bis 1604 ist eine Kirchenrechnung erhalten, die rückwirkend überliefert, in welchem Maße der Adel und die Einwohner des Fleckens und des Kirchspiels Oldendorf durch private Spenden die Schule und den Schulmeister unterstützten. Insbesondere der in der Oldendorfer Kirche eingepfarrte Kirchspielsadel war an der Finanzierung der Schule und der Schulmeisterstelle beteiligt. Es sind folgende Stiftungen verzeichnet:

- 1584 Katharina von dem Werder, Frau von dem Borne, auf Gut Harlinghausen spendet jährlich fünf Taler Zinsen von 100 Talern Kapital.
- 1585 Reineke von Schloen genannt Tribbe, auf Gut Groß-Engershausen, Drost zur Burg Limberg, stiftet jährlich fünf Taler Zinsen von 100 Talern Kapital.
- 1585/86 Anna von Ascheberg, Witwe von dem Bussche, auf Gut Hünnefeld und Ippenburg, stellt 100 Taler Kapital zur Verfügung, dessen Zinsen in Höhe von fünf Talern der Schulmeister erhält.

- 1585 Johann von Hassfurt zu Gut Klein-Engershausen gibt ein ungenanntes Kapital mit jährlicher Zinszahlung an den Schulmeister.

Finanzielle Zusagen zum Bau der Schule und zur Unterhaltung des Schulmeisters erhielt das Kirchspiel auch von außerhalb des Kirchspiels. So wurden die Fenster der Schule durch weitere adelige Dotationen finanziert, die der Kirchenprovisor Arndt Foltermann nach ihrem Eingang ab 1584 notiert hat:

- Bürgermeister Johan von Westrup zu Lübbecke hatte den Glasmacher selbst bestellt und bezahlte zwei Fenster mit einem Taler.
Ernst von Schloen genannt Gehle zu Hollwinkel bezahlte für zwei Fenster einen Taler.
Caspar Ledebur, ravensbergischer Drost zur Burg Ravensberg, hatte einen Taler zugesagt, wovon jedoch bis dahin nur 15 Groschen gezahlt worden waren.
Johan Münch zu Ellerborg hatte 17 Groschen zugesagt.
Matheus von Quernheim zu Nienburg und Eberhardt Korff zu Waghorst hatten je einen Taler zur Finanzierung der Fenster versprochen.

Neben den adeligen Erbxen und Burgmännern des Kirchspiels, wie es manchmal in den Akten heißt, gab es ab 1584 auch Dotationen und Spenden aus den Reihen der Einwohner. Dieser Personenkreis wurde von Arndt Foltermann folgendermaßen beschrieben: *Nachfolgen haben sich versprochen die Zeitt ires Lebens ein jedens Thaler zur Scholle zu geben und ist 84 das erste Jahr. Bartolt Niesink[.] Alerdt Ristenpadt[.] Jost Kramer Vogt.* [Er war der in Oldendorf sitzende Vogt des Amtes Limberg.] *Tonies Ristenpadt[.] Stas Wißmann[.] Berndt Sloer* [zu Klein-Engershausen.] *Pastor zu Rödink hußen[.] Arndt Schomaker* [gab dem Schulmeister jährlich vier Paar Schuhe.] Diese Stifter kamen überwiegend aus dem Flecken Oldendorf.

Eine weitere Gruppe hatte sich verpflichtet, Geld und Korn zu stiften, denn es heißt: *Nachfolgen haben sich versprochen zur Scholle Eins ump alle zu late zu geben: Johan Snelle* in zwei Jahren ein Molt Roggen, *Reneke Nagel* drei Taler, *Herbordt Kroger* drei Taler, *Jakob Steinman* drei Taler, *Meiger zu Offelten* einen Taler, *Hinderik Rode* ein Molt Roggen, *Jakop Roige und Alike Eikhanink sein Hausfruwe* zwei Taler, *Reneke Hasellhorst* einen Taler, *Berendt Nobbe* drei Taler, *Hellmich Bisander* zwei Taler, *Hinderik Im Bussche* einen Taler.

Diese Stifter kamen überwiegend aus den Bauerschaften im Kirchspiel Oldendorf.

Die Finanzierung des Schulbaus zog sich über 20 Jahre hin und noch nach 1600 sind Stiftungen von Einwohnern nachzuweisen:

- 1600 durch die *Witwe Wibeschen* sechs Taler für die Schule,
1601 zu Ostern durch *Stas Wißmann* sechs Taler für den Schulmeister,
1601 auf Michaelis durch die *Witwe Wibeschen* sechs Taler für die Schule,
1602 durch *Godeke Kiste* drei Taler für den Schulmeister,

- 1602 zu Ostern durch *Stas Loysman* sechs Taler,
- 1602 von *Tonies Ristenpatt* einen Taler für den Schulmeister,
- 1602 durch die *Witwe Wibeschen* sechs Taler für den Schulmeister,
- 1602 von *Adam Siltmann* drei Taler für den Schulmeister,
- 1603 zu Ostern von *Stas Wißmann* für den Schulmeister,
- 1603 zu Pfingsten durch *Tonies Ristenpatt* einen Taler für den Schulmeister,
- 1603 von *Godeken Kiste* drei Taler für den Schulmeister,
- 1603 zu Weihnachten von *Johan Kerke* sechs Taler für die Schule,
- 1603 von *Hinderich Rode* sieben Taler,
- 1603 von *Godeke Kiste* drei Taler,
- 1603 von *Tonies Ristenpatt* ein Taler,
- 1603 von *Johan Kerke* sechs Taler für den Schulmeister,
- 1604 zu Michaelis von *Arndt Foltermann* vier Taler.

Die Zusagen und Schenkungen der Einwohner und des Adels für den Bau der Schule und den Schulmeister waren nicht ganz uneigennützig. Denn zum einen sollten die eigenen Kinder eine angemessene Bildung in der Schule erhalten. Zum anderen fühlten sich die Einwohner und auch die außerhalb des Kirchspiels ansässigen Adeligen, die im Kirchspiel Eigenbehörige hatten, verpflichtet bzw. waren durch das Wohnheitsrecht gebunden, Schulbauten und Kirchenbauten finanziell zu unterstützen. Das leitete sich aus dem Selbstverständnis des Adels, dem Besitz an Eigenbehörigen und auch aus dem Patronatsrecht her. Deutlich ist dies auch bei den nicht im Kirchspiel ansässigen adeligen Familien von dem Bussche zu Ippenburg und Hünnefeld und von Langen zu Crollage zu sehen. Beide Familien hatten in erheblichem Umfang Eigenbehörige im Kirchspiel Oldendorf, durch die sie an der Baulast von Kirche und Schule beteiligt waren.³⁷ Aber es dürften auch allgemeine reformatorische Einflüsse und die Einflussnahme der beiden Oldendorfer Geistlichen bei der auflebenden Spendentätigkeit des Adels und der Einwohner eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Auffällig ist sowohl bei den adeligen als auch bei den bürgerlichen Stiftern der Zeitpunkt der Schenkungen, die in vielen Fällen an den hohen kirchlichen Festtagen wie Ostern, Pfingsten und Weihnachten erfolgten. Es muss wohl auch religiöse Gründe für die Stiftungen gegeben haben. Die Schenker sahen offenbar ihre Spenden im Sinne Martin Luthers als ein frommes und gottgefälliges Werk an. Daneben spielte sicherlich auch die Hoffnung und Furcht vor dem Jüngsten Gericht und die Sorge um das eigene Seelenheil eine Rolle. Fromme Stiftungen sollten für die Stifter den Platz im Himmelreich sichern. Dieser Glaube ist als eine Nachwirkung der früheren katholischen Lehre vor der lutherischen Reformation anzusehen. Wie stark die noch vom katholischen Glauben beeinflussten christlichen Jenseitsvorstellungen das Denken der Menschen beherrschten, zeigt überzeugend die Interpretation der Darstellung des Jüngsten Gerichts des heute noch in der St. Dionysius-Kirche hängenden Epitaphs des 1606 verstorbenen adeligen Drostens Johann von Hassfurt zu Klein-Engershausen. Er war selbst einer der Stifter und adeliger Patronatsherr der Oldendorfer Schule ab 1584.³⁸



Kurz nach 1752 erbautes Kantor- und Küsterhaus der St. Dionysius-Kirche in Preußisch Oldendorf um 1935. Stadtarchiv Preußisch Oldendorf

Aus den vorliegenden Kirchenrechnungen und Urkunden ist zu ersehen, dass die Existenz der Oldendorfer Kirchspielschule und die dauerhafte Einrichtung eines hauptamtlichen Schulmeisters bis zum Jahre 1605 gesichert war.³⁹

Die Oldendorfer Schule blieb auch nicht von den Zerstörungen des 30-jährigen Krieges verschont. 1623 wurden an der Schule durch Soldaten Fenster zerschlagen, und so musste Meister Kord Gieselmann, der als Glaser bezeichnet wird, vier neue große Fenster herstellen und einbauen. Vielleicht hingen diese Ausschreitungen damit zusammen, dass im September 1623 der kaiserliche Oberst Pappenheim, der spätere Generalfeldmarschall, mit seinem Regiment in Oldendorf lag.⁴⁰ 1634 war es wieder zu Beschädigungen an der Schule durch Soldaten gekommen. Die Soldaten hatten Fenster zerschlagen, so dass viele Fenster in der Schule erneuert werden mussten. 1659 war eine Renovierung des 1584 errichteten Schulgebäudes notwendig geworden. Es mussten neue Fenster angefertigt und die Schule innen mit Kalk gestrichen werden. 1671 wurden neue Bänke für die Schule angefertigt und die Schule außen gestrichen. Zwischen 1678 und 1689 mussten mehrfach Reparaturarbeiten an der Schule, insbesondere an den Fenstern und den Fußböden durchgeführt werden. 1699 war die Schule offenbar in einem baulich schlechten Zustand. Denn der anliegende Gastwirt Johann Hermann Schlingmann beschwerte sich 1699 bei dem Oldendorfer Pastor Mylius wegen der räumlichen Enge an seinem Haus, das direkt neben der 1584 errichteten Schule stand.⁴¹ Schlingmann woll-

te sein neues Haus sechs bis sieben Fuß weiter auf den Kirchplatz bauen bis dorthin, wo die alte Schule stand. Er bot der Kirchengemeinde eine Reparatur der aus seiner Sicht baufälligen Schule an, um diese dann etwa drei Meter zur Kirche hin zu versetzen und auf seine Kosten wieder herzurichten. Außerdem bot er eine Stiftung von 50 Talern an.

Nach einer Besichtigung durch den ravensbergischen Superintendenten Dreckmann aus Bielefeld lehnte das Konsistorium diesen Plan ab, u.a. mit der Begründung, da Schlingmann auch *Brantwein schenket, eine ordentliche Schenke da Selbst angeleget und also nebst dem gottes Hause ein Zech und Saufshauß errichte*, solle er abgewiesen werden. Das Angebot wurde daher von der Oldendorfer Kirche, auch nach einer Erhöhung der Stiftung auf 100 Taler, nicht angenommen mit dem Hinweis, es *sei ein Sündengeld und stamme von Bier und Brandewein*. Dieser Vorgang ist ein Beleg dafür, dass die 1584 erbaute erste Schule an der Ostseite des Kirchplatzes an der Stelle der im Jahre 1828 abgebrochenen Schule direkt neben der Besitzung Menze, heute Stapel, gestanden hat.⁴²

Schulhausneubau durch die Kirche (1716/1717)

Der Bauzustand der 1584 errichteten einklassigen Kirchspielschule ließ schon längere Zeit zu wünschen übrig. Die Beschädigungen während des 30-jährigen Krieges und das Alter des Schulbaus, der 1699 als baufällig bezeichnet wurde, werden ihre Spuren hinterlassen haben. Es wurde daher beschlossen, ein neues Schulgebäude zu errichten. Leider haben sich die Kirchenrechnungen über diesen Bau nicht im Original, sondern nur in Abschrift erhalten.⁴³

So wurde 1716 das alte Schulgebäude an der Nord-Ost-Seite des Kirchhofes abgebrochen und etwa an der gleichen Stelle ein neues Schulgebäude errichtet, das wie die alte Schule nur einen Schulraum hatte. Die nur in späterer Abschrift erhaltene Kirchenrechnung belegt, dass das Schulgebäude von der Kirche errichtet und finanziert wurde. Hierfür zuständig war der Kirchenprovisor Christoph Heinrich Schwartzmeyer, der selbst auf dem Kirchplatz wohnte. Aus der Kirchenrechnung geht hervor, dass er die Aufträge im Benehmen mit dem königlich-preußischen Oldendorfer Vogt Hermann Henrich Niemann erteilte, der Verwalter des Rittergutes Groß-Engershausen war. Die Bauaufsicht oblag Schwartzmeyer, der dafür eine separate Vergütung erhielt. Bei dem neuen Schulgebäude handelte es sich um einen massiven Bau aus Bruchsteinen, wie später berichtet wird. Die Schulchronik von 1877 berichtet nämlich von dem *alten massiven Schulgebäude mit nur einem Schulzimmer* und bei der Beschreibung für einen Anbau im Jahre 1806 wird auch von dem massiven Schulbau berichtet.⁴⁴

An dem Neubau waren der Maurermeister Hermann Maschmeyer, der Zimmermeister Ortmann, der Glaser Vorkamp, der Schmiedemeister Bernd Duncker, der Steinbrecher Johann Curdt Haler und der Meister Ludolf Abcke beteiligt.

Mit dem Bau wurde im Jahre 1716 begonnen. Viele Arbeiten, insbesondere Führen von Steinen, Sand, Kalk und Holz, wurden von Bauern aus dem Kirchspiel gegen Bezahlung ausgeführt. Detailliert sind in der Kirchenrechnung die einzelnen Positionen aufgeführt. Insgesamt 119 Fuder Steine mussten gebro-



Schulhausneubau von 1826/27 (rechts) auf dem Kirchplatz mit Schülern, um 1905 bis 1910. Links gegenüber der Schule das Pfarrhaus der ersten Pfarre. Stadtarchiv Preußisch Oldendorf

chen und zur Baustelle gefahren werden. Vermutlich wurden die Steine aus alten, noch heute sichtbaren Steinbrüchen im Wiehengebirge gebrochen. Die Fuhrn werden nur klein gewesen sein, damit sie aus dem Berge kommend transportiert werden konnten. Die Steine musste der Maurermeister Hermann Maschmeyer verarbeiten. In der Rechnung wird auch auf altes Brauchtum eingegangen, denn der Maurermeister Hermann Maschmeyer erhielt ein Deputat von 24 Mariengroschen, als er den ersten Stein wohl für das Fundament legte. Als die Zimmerleute im Mai 1717 den Schulbau richteten, musste nach altem Brauch Bier und Tabak gegeben werden: Auch diese Position ist in der Rechnung mit 11 Mariengroschen vermerkt.

Am 31. Mai 1717 konnte Maurermeister Hermann Maschmeyer mit den Ausmauerungsarbeiten beginnen. Noch im Jahre 1717 konnte die neue Schule, weiterhin aus einem Klassenzimmer bestehend, bezogen werden.

Die Kosten betrugen 472 Reichstaler, 32 Groschen und 9 Pfennig. Dem standen jedoch nur Einnahmen von 342 Reichstalern, 17 Groschen und 10½ Pfennigen gegenüber. Darüber hinaus wurden viele Dienste durch ortsansässige Bauern geleistet, die eine Vergütung erhielten. Daher musste der Kirchenprovisor Schwartzmeyer für den Schulbau eine Summe von 200 Reichstalern bei Rentmeister Strubberg zu Gut Hüffe aufnehmen, die jährlich mit 20 Reichstalern zu tilgen und zu verzinsen war.

Beim großen Oldendorfer Stadtbrand im Jahre 1752 brannten auch das Kantor- und Küsterhaus ab und mussten neu errichtet werden.⁴⁵ Um 1800 wird in der Chronik des Kirchspiels Oldendorf unter den öffentlichen Gebäuden auch

die Küster- und Kantorwohnung aufgeführt, die gegenüber der zweiten Pfarre an der Spiegelstraße am Kirchplatz in einem Fachwerkhaus lag. Dieses Gebäude wurde nach einem Brand um 1970/71 abgebrochen.⁴⁶

Schulhausanbau durch die Kirche (1806)

Durch die ab 1734 nachweisbare Getmolder Schule nahm die Zahl der Schüler an der Oldendorfer Kirchspielschule ab. Nur noch die beiden letzten Jahrgänge der Getmolder Schüler wurden anfänglich bis etwa 1760 vom Oldendorfer Kantor unterrichtet.⁴⁷ 1779 hatte die Oldendorfer Schule ca. 180 Kinder, die in einem Klassenraum unterrichtet werden mussten.⁴⁸ Im Jahre 1804 hatte die Zahl der Schulkinder so zugenommen, dass ein Erweiterungsbau der Schule von der Kirchengemeinde beschlossen wurde. Es wurde ein Anbau an das bestehende Schulgebäude in Aussicht genommen, in dem eine zweite Klasse eingerichtet und unterrichtet werden konnte. Diesen Unterricht sollte der Getmolder Schullehrer Conrad Heinrich Vette halten, der als Küster, Organist und Kirchenprovisor nach Oldendorf versetzt worden war.

Bei diesem Schulbau ist nunmehr erstmalig eine stärkere Einflussnahme des preußischen Staates festzustellen. In einem Schreiben des Königs vom 7. September 1804 wurde dem Referendar Walbaum zu Bünde vom König befohlen, sich nach Oldendorf zu begeben, und unter *Zuziehung eines oder mehrerer Sachverständiger und der Altarleute zu prüfen, ob die neue Schulstube für die Küster Classe wozu die Kosten aus den Kirchen Mitteln bewilligt werden sollen, dem Cantor oder Küsterhause angebaut werden müsse*. Der König verlangte über diese Frage die Übersendung eines Gutachtens durch einen Sachverständigen und auch durch die Altarleute der Kirche.

Den am 19. September 1804 vom Amt Limberg angesetzten Ortstermin lehnte Conrad Heinrich Vette als Küster und Kirchenprovisor schriftlich ab und erklärte, dass die Mittel zum Schulbau von der Kirche bestritten werden sollten und der Schulbau nicht an das Kantor- und Küsterhaus angebaut werden könnte, da diese Wohnungen von der Gemeinde unterhalten und repariert würden, eine gemeinschaftliche Unterhaltung daher nicht ratsam sei. Er schlug vor, die neue *Schulstube* an die separat stehende Schule anzubauen.

Von dem in Offelten wohnenden Baumeister Nobbe, der auch Amtstaxator war, und Maurermeister Maschmeyer wurde am 1. November 1804 ein Kostenanschlag über einen massiven quadratischen Anbau von 21 Fuß Seitenlänge an das auf dem Kirchplatz stehende alte Schulgebäude für ein zweites Klassenzimmer in gleicher Größe wie das erste Klassenzimmer eingeholt. Der Kostenanschlag betrug 521 Reichstaler und 21 Groschen.

Proteste kamen von dem anliegenden Kaufmann Menze Nr. 25, der sich, wie sein Vorgänger Schlingmann im Jahre 1699, über die Nähe der Schule und deren Beeinträchtigungen an seinem Haus und Garten sogar beim König in Berlin beklagte.

Die doch hohe Bausumme veranlasste den Küster und Kirchenprovisor Vette zu einem Schreiben an den König, in dem er vorschlug, die zweite Schulklass in einer an die Kirche angebauten und nicht genutzten Beichtkammer einzurichten. Hierzu habe der Superintendent sein Einverständnis erteilt, teilte Vette mit. Der König forderte einen Bericht zu diesem Plan an, und am 16. März



*Schulhausneubau von 1879 außerhalb des Kirchplatzes im Garten der zweiten Pfarre.
Stadtarchiv Preußisch Oldendorf*

1805 fand ein Ortstermin in der Kirche statt. Hier protestierten die beiden Oldendorfer Geistlichen heftig gegen den Plan zur Anlage eines Klassenzimmers in der Beichtkammer, in der auch nicht die geplanten 50, sondern höchstens 30 Kinder unterzubringen wären.

Wegen der hohen Kosten musste Meister Nobbe am 30. März 1805 einen erneuten Kostenanschlag für einen kleineren quadratischen Schulanbau als Fachwerkbau mit 17 Fuß Seitenlänge erstellen, dessen Baukosten sich auf 380 Reichstaler beliefen. Aber auch dieser Kostenanschlag verfiel der Zensur, musste doch dieser wegen der anhaltenden Proteste des anliegenden Kaufmanns Menze, der sich über den befürchteten Tropfenfall von dem neuen Schulgebäude in seinen Garten sogar in Berlin beschwerte, nochmals verändert werden. Der neue Kostenanschlag vom 24. Mai 1805 berücksichtigte nun die Rechte des Kaufmanns Menze, denn es heißt: *Der Anbau hält 17 Fuß breit und 3½ Fuß zum Tropfenfall in Menzen Garten, und 22 Fuß 6 Zoll lang.* Die Kosten betrugen nunmehr 419 Reichstaler, 16 Groschen und 4 Pfennig.

Dieser Anbau wurde errichtet und wohl noch im gleichen Jahr fertiggestellt. Auch dieser Schulbau wurde aus der Kirchenkasse finanziert und durch den Kirchenprovisor Vette organisiert und geleitet. 1806 wurde der Schulbetrieb aufgenommen.⁴⁹

Schulhausneubau durch den preußischen Staat auf Kosten der Kirchengemeinde (1826/1827)

Seit 1805 hatte die Kinderzahl im Kirchspiel Oldendorf weiter zugenommen. 1818 werden 340 Schüler an der Oldendorfer Kirchspielschule genannt. Daher wurde ab 1822 der Bau eines neuen Schulgebäudes überlegt.⁵⁰ Nun brach ein Streit darüber aus, wer den Schulbau zu bezahlen hatte. Die Kirchenvertretung weigerte sich erstmalig, die Schule zu bauen. Das kann damit zusammenhängen, dass der preußische Staat zunehmend in das von der Kirche verwaltete Schulbauwesen eingriff, ohne selbst zu den Baukosten beizutragen.⁵¹

Der Gutsherr zu Klein-Engershausen und Oldendorfer Verwaltungsbeamte, Karl Kornelius Finke, teilte am 23. Mai 1823 den *Schulinteressenten* auf eine Verfügung des Landrats von dem Bussche-Münch hin mit, dass die Kirche sich weigere, den Schulneubau zu bezahlen. Finke verlangte nun von den Bauerschaftsvorstehern in Offelten, Engershausen und Harlinghausen, dass die Bauerschaften entsprechende Beiträge zahlen sollten.⁵²

Damit waren nun die Bauerschaftsvorsteher nicht einverstanden und verwiesen darauf, dass die Schule immer auf Kosten der Kirchenkasse gebaut worden war, letztmalig vor 17 oder 18 Jahren bei der *kleinen Schule*, deren Kosten noch der Kirchenprovisor Vette für die Kirchengemeinde bezahlt hatte. Damit war der Anbau des zweiten Klassenraumes im Jahr 1806 gemeint. Von Finke wurde festgelegt, dass alte erfahrene Einwohner zu dieser Sache befragt und weitere Nachforschungen im Kirchenarchiv angestellt werden sollten.

Die Aussagen alter Oldendorfer Einwohner ergaben, dass die Schulgebäude bis dahin immer aus Kirchenmitteln erbaut und unterhalten wurden. Auch die zweite Schulklasse, die 1806 an die alte Schule angebaut worden war, wäre auf Rechnung der Kirchenkasse errichtet worden. Hingewiesen wurde auch auf die Zeit der französischen Fremdherrschaft, als die 1806 erbaute neue Schule für die Wachstube ausgeräumt werden musste, und alle Bänke und Tische von den Franzosen ruiniert worden waren. Die Kirchengemeinde hatte diese Schäden wieder ersetzen müssen. Schließlich wurden aus dem Oldendorfer Pfarrarchiv Kopien der Oldendorfer Kirchenrechnungen für die Schulbauten von 1584 bis 1586 und 1716 bis 1718 präsentiert, die einwandfrei die Bauverpflichtung der Kirchengemeinde bewiesen.

Gleichwohl wurde im Amtsblatt der Regierung Minden am 20. April 1824 der Bau eines neuen massiven Schulgebäudes durch den Verwaltungsbeamten Finke ausgeschrieben. Die Kirchengemeinde weigerte sich aber nach wie vor, den Bau zu finanzieren, obwohl die Regierung in Minden ihn bereits genehmigt hatte. Neben der offenen Frage der Bauverpflichtung gab es auch Streit über den Standort der neuen Schule.

Nach der Anzeige im Amtsblatt war der Bau eines neuen massiven Schulgebäudes geplant. Dieser Bau wurde nun insgesamt oder teilweise ausgeschrieben. Nach einer Kostenschätzung sollte sich die Summe des Anschlages auf 2229 Reichstaler, 2 Groschen und 10 Pfennig belaufen. Nun war endgültig die Zeit vorbei, in der der Oldendorfer Kirchenprovisor den Schulhausbau organisierte, denn das übernahm jetzt die preußische Verwaltung. Am 13. Juni 1826 wurde auf Gut Klein-Engershausen ein Vertrag zwischen der Königlichen Regierung zu Minden, vertreten durch Landrat Georg von dem Bussche-Münch,



Der 1919 aufgestockte Schulbau von 1828 nördlich der St. Dionysius-Kirche um 1931/32.
Stadtarchiv Preußisch Oldendorf

und dem Oldendorfer Verwaltungsbeamten Karl Kornelius Finke mit dem Oldendorfer Mühlen-Besitzer Carl Ludwig Göring, dem früheren Oldendorfer Küster und Organisten, unter Hinzuziehung des Kirchenvorstandes der Oldendorfer Kirche abgeschlossen. Danach übernahm Göring die Erstellung des Schulgebäudes nach beigefügter Zeichnung vom 16. April 1825 für die Summe von 2326 Reichstalern.

Schließlich übernahm 1826 doch die Kirchengemeinde die Finanzierung und die neue Schule wurde 1828 trotz des Widerspruchs der Kirchengemeinde gegen den Standort am nördlichen Ende des Kirchhofes westlich von der alten Schule erbaut. Die neue Schule hatte drei Klassenräume für je 115, 122 und 155 Kinder; davon war einer für die Oldendorfer Konfirmanden vorgesehen. So konnten insgesamt 392 Kinder in der Schule unterrichtet werden. Vielleicht wurde der Widerstand der Kirchengemeinde damit überwunden, dass in der Schule für den Konfirmandenunterricht ein separater Klassenraum geschaffen wurde. Das alte Schulgebäude von 1716/1806 wurde von der Kirche an den angrenzenden Kaufmann Menze verkauft.⁵³

Aus diesem Vorgang ist ersichtlich, dass das Thema Schulhausbau nunmehr straff von der Regierung in Minden über den Landrat zu den einzelnen Verwaltungsbeamten gehandhabt wurde. Stück für Stück hatte sich nach den Quellen

bei jedem Schulhausneubau seit 1584 der staatliche Einfluss vergrößert. Nunmehr schloss die Regierung in Minden den Vertrag über den Schulbau ab und nicht mehr die Oldendorfer Kirchengemeinde. Deutlich erkennbar ist, dass der Schulhausbau und das Schulwesen im 19. Jahrhundert sehr viel stärker als noch im Jahrhundert zuvor als staatliche Aufgabe begriffen wurden und der kirchliche Einfluss zurückgedrängt war. So wurde der Schulhausbau von 1826 in Oldendorf von der Regierung in Minden *verfügt*, wie dem Amtsblatt der Regierung Minden vom 8. Oktober 1825 zu entnehmen ist, und die Oldendorfer Kirche hatte ihn zu bezahlen.⁵⁴

Im Juli 1826 war mit dem Bau des neuen Schulhauses begonnen worden und am 30. September 1827 erfolgte die feierliche Einweihung in Anwesenheit des Landrats Freiherr von dem Bussche-Münch.

Nach späteren Nachrichten soll über dem Eingang der Schule die Jahreszahl der Erbauung und die Inschrift gestanden haben: *Gottes Haus für unsere Kinder. Erbaut 1826.*⁵⁵

Der Schulhausneubau durch den Schulverband Preußisch Oldendorf (1878/1879)

Im Jahre 1870 war die Schülerzahl erneut angestiegen: Es werden 415 Schüler genannt, und die Klassenzimmer der 1827 neu bezogenen Schule reichten für diese große Schüleranzahl nicht mehr aus. So wurde überlegt, den Schulhausbau von 1826/1827 um ein Stockwerk aufzustocken. Die Verhandlungen über eine Erweiterung oder einen Schulneubau zerschlugen sich 1870 aber, da die Kirchengemeinde als Eigentümerin nicht gewillt war, die Erweiterung von sich aus durchzuführen. Außerdem war auf dem Kirchplatz einfach kein Platz mehr vorhanden.⁵⁶ Die Kirche hatte den Plan favorisiert, den nahe am Kirchplatz liegenden Bauernhof Hüffmeyer Nr. 5 zu einem Schulgebäude umzubauen. 1871 verlangte die Regierung in Minden jedoch einen Neubau und präsentierte einen Neubauplan mit vier Klassenzimmern für je 80 Kinder. Es waren aber schon 415 Kinder vorhanden.

Nach längeren Verhandlungen wurde 1876 gegenüber dem Kirchplatz im Garten der ersten Pfarre der Neubau eines zweiklassigen Schulhauses beschlossen. Dazu verkaufte die Kirchengemeinde an die kommunale Schulgemeinde Preußisch Oldendorf, die nunmehr für den Schulhausbau zuständig war, einen Teil des Gartens der zweiten Pfarre für den Schulhausbau. Am 1. August 1877 wurde der in massiver Bauweise geplante Neubau öffentlich ausgeschrieben. Den Auftrag für den Bau erhielt der Maurer- und Zimmermeister Hunke aus Lübbecke für 13500 Mark. Die Finanzierung erfolgte nunmehr durch den Schulverband und nicht durch die Kirchengemeinde, wozu ein Darlehen von 15000 Mark bei der Kreissparkasse Lübbecke aufgenommen wurde. Dieses war mit Zins/Abschreibung von 9% jährlich versehen, so dass in gut 16 Jahren der Schulbaukredit getilgt war.

Das neue Schulgebäude mit zwei Klassenzimmern wurde nach Fertigstellung ab Ostern 1879 für die Schüler der beiden letzten Jahrgänge genutzt. Als im Jahre 1957 die neue Volksschule eingeweiht wurde, kaufte der Tischlermeister Holsing das alte Schulgebäude. Es steht noch heute und wird gewerblich genutzt.⁵⁷

Der Schulbau von 1919/1920

Im Jahre 1917 werden von Rektor Ernst Blumenkamp 464 und 1919 etwa 460 bis 470 Schüler an der alten Oldendorfer Kirchspielschule, die nunmehr Volksschule hieß, genannt. Die Platznot war groß und Rektor Ernst Blumenkamp beantragte am 3. Februar 1919 einen Erweiterungsbau. Dieser Plan fand in der kommunalen Schulgemeinde Zustimmung und der Lübbecker Architekt Bomnüter wurde mit der Bauplanung beauftragt. Erneut mussten weitere Klassenzimmer geschaffen werden. Nach relativ kurzer Planungszeit im Vergleich zu früheren Schulbauten wurde 1919 das alte Schulgebäude von 1826/27 auf dem Kirchplatz wegen gestiegener Schülerzahlen umgebaut und aufgestockt. Nach der Fertigstellung dieser Erweiterung im Jahre 1920 hatte die Schule in den zwei Gebäuden sieben Klassenräume, ein Schulleiterzimmer, ein Konferenzzimmer und einen Lehrmittelraum. Die Finanzierung erfolgte durch die Schulgemeinde Preußisch Oldendorf durch Kreditaufnahmen, auch durch staatliche Zuschüsse als Notstandsarbeit. Dieses Gebäude wurde bis zum Bau der damals neuen Volksschule im Jahre 1957 für Schulzwecke genutzt. Es steht noch heute auf dem Kirchplatz und dient privaten Wohnzwecken.⁵⁸

Fazit

Die relativ gute Quellenlage der Oldendorfer Schulgeschichte erlaubt die Verfolgung grundsätzlicher Entwicklungslinien im Verhältnis von Staat und Kirche. Von 1584 bis 1920 kam es in Preußisch Oldendorf zu insgesamt sechs Schulneu- oder -erweiterungsbauten. Auf Initiative der Oldendorfer St. Dionysius-Kirche, des Adels und der Einwohner des Fleckens Oldendorf wurden die notwendigen Voraussetzungen für die Besoldung der Schulmeister und die Schulbauten geschaffen, wobei bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts der kirchliche Einfluss dominierend war. Diese im Kirchspiel initiierte Gemeinschaftsaufgabe ist als eine Nachwirkung mittelalterlicher christlicher Auffassungen über die gottgewollte Gewaltenteilung zwischen sacerdotium und imperium sowie auch späterer reformatorischer Einflüsse anzusehen, die die soziale Fürsorge für Kranke, Arme und Schwache, auch die Sorge um das Schulwesen der Kirche zuwiesen. Noch bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts waren diese über fast 800 Jahre gewachsenen Strukturen unbestritten intakt.

Im absolutistischen preußischen Staat des 18. und 19. Jahrhunderts war für diese Auffassungen jedoch kein Raum mehr. Die Durchdringung des Landes mit der preußischen Verwaltung führte zu einer neuen Ansicht über das Bündnis zwischen Thron und Altar: Es kam zu einem Bedeutungswandel. Die auf dem mittelalterlichen Gewohnheitsrecht beruhenden kirchlichen Zuständigkeiten wurden durch die preußische Verwaltung verdrängt. Stück für Stück bauten die preußische Regierung in Minden und der König in Berlin ihren Einfluss aus. Nun hatte die Kirche zu gehorchen, musste aber weiterhin die Schulbauten bezahlen. Der kirchliche Einfluss und das mittelalterliche Gewohnheitsrecht wurden nach und nach zurückgedrängt und ab 1716 nahm die Dominanz der preußischen Regierung in Minden und auch des Königs in Berlin bei Entscheidungen vor Ort in Oldendorf wesentlich zu. Sehr viel stärker wurde nun das Schulwesen und damit auch der Schulhausbau als staatliche Aufgabe begriffen. Versuche der 1719 zur Akzisestadt erhobenen Stadt Oldendorf,

sich einen bescheidenen Einfluss auf das Schulwesen zu sichern, scheiterten.

Im 19. Jahrhundert wurde die Oldendorfer Kirche ab 1827 weitgehend aus der Zuständigkeit für die Schulbauten verdrängt. Der Schulhausbau von 1827 wurde nun gemäß der preußischen Verwaltungsauffassung durch den Oldendorfer Verwaltungsbeamten als unterste Instanz der Verwaltungshierarchie durchgeführt und die Oldendorfer Kirche hatte lediglich die Kosten zu tragen. Dies führte zu Konflikten auch vor dem Hintergrund, dass die Kirchenkasse durch die immer größer und teurer werdenden Schulbauten finanziell überfordert wurde.

Ab 1872 nahm der kirchliche Einfluss auf das Schulwesen fast völlig ab. Der Oldendorfer Kirche blieb nur noch das lediglich geduldete und ständig gefährdete kirchliche Patronatsrecht für die Kantor- und Lehrerstelle und die im Auftrag des Staates durchgeführte Schulaufsicht in Verbindung mit den kommunalen Schulverbänden, bis 1922 auch diese Reste der überkommenen mittelalterlichen Gewohnheitsrechte aufgehoben wurden.

Anmerkungen

- 1 Grundlegend hierzu Jens Bruning, Das pädagogische Jahrhundert in der Praxis. Schulwandel in Stadt und Land in den preußischen Westprovinzen Minden und Ravensberg 1648–1816, Berlin 1998, S. 361ff.; Heiner Koop, Das niedere Schulwesen im Altkreis Lübbecke. Von der Reformation bis zum Kaiserreich, Bielefeld 1988.
- 2 Bruning, wie Anm. 1, S. 142ff.
- 3 Friedrich Wilhelm Bauks, Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945, Bielefeld 1980 (Beiträge zur westfälischen Kirchengeschichte 4), S. XXVIII, u. Frank Michael Kuhlemann, Modernisierung und Disziplinierung. Sozialgeschichte des preußischen Volksschulwesens 1794–1872, Göttingen 1992, S. 77.
- 4 Zur jüdischen Schule und der *Kandidatenschule* fehlen noch Einzeldarstellungen. Zur Schule der Rettungsanstalt Pollertshof siehe Ulrich Rottschäfer, Erweckung und Diakonie in Minden-Ravensberg. Das Rettungshaus Pollertshof 1851–1930, Minden 1987 (Mindener Beiträge 24).
- 5 Archiv des Kirchenkreises Lübbecke, C 12 Pr. Oldendorf, M 1: Kirchenrechnungen, Bd. 1 (1580–1594) und 2 (1595–1657).
- 6 Dies ergibt sich aus späteren Urkunden und den Rechnungseinträgen.
- 7 Zu den Urkunden im Pfarrarchiv vgl. Ludwig Köchling, Die Urkunden des Pfarrarchivs Preußisch-Oldendorf, in: Jahrbuch des Vereins für westfälische Kirchengeschichte 38/39, 1937/38, S. 5–47.
- 8 Bruning, wie Anm. 1, S. 137.
- 9 Bruning, wie Anm. 1, S. 361ff. Diese Schlussfolgerungen drängen sich förmlich auf, wenn man die genannten Orte nach der Entstehungszeit ihrer Schulen und ihrer städtischen Verfassung ordnet.
- 10 Dieter Besserer, Von der Bauerschaft „Aldenthorpe“ zur Stadt Preußisch Oldendorf. Ein Beitrag zum Stadtjubiläum 1994, in: MittMiGV 66, 1994, S. 67–38, hier S. 7ff.
- 11 Zur Verfassung der Akzisestädte siehe Friedrich-Wilhelm Hemann, Akzisestädte in Westfalen als Beispiele eines neuzeitlichen Städtetyps, in: 275 Jahre Stadtrechte 1719–1994, Stadt Bünde, Stadt Enger, Stadt Preußisch Oldendorf, Bielefeld 1994, S. 7–60.
- 12 Köchling, wie Anm. 7, Nr. 4.
- 13 HauptstaatsA Düsseldorf, Jülich Berg II, Nr. 239 (Kirchliche Visitation 1533); Franz Herberhold, Das Urbar der Grafschaft Ravensberg von 1556, T. 3: Ergänzende Quellen zur Landes- und Grundherrschaft in Ravensberg (1535–1559), Münster 1997; StaatsA Münster, Mscr. VII, Nr. 3101 (Akten der Ravensbergischen Landesverwaltung). Weiter wie Anm. 5, Lagerbuch der Oldendorfer Kirche von 1850.
- 14 Wie Anm. 5.
- 15 Das Besetzungsrecht für die Oldendorfer Pfarrstelle hatte der Landesherr. Das sicherte dem Amtmann auf dem Limberg einen wichtigen Einfluss im Kirchspiel.

- 16 Wie Anm. 15.
- 17 Grundlagen dieser Spenden dürften auch reformatorische Einflüsse gewesen sein.
- 18 Alois Schröer, Die Reformation in Westfalen. Der Glaubenskampf einer Landschaft, Münster 1979, S. 288f.; Hellmut Diwald, Luther, Bergisch Gladbach 1982, S. 376.
- 19 Nikolaus Krage, Christliche Ordnung der ehrenhaften Stadt Minden 1530, Minden 1980, S. 78f.
- 20 Dies ist für alle genannten adeligen Güter nachweisbar.
- 21 Köchling, wie Anm. 7, Nr. 23.
- 22 HauptstaatsA Düsseldorf, Jülich Berg II, Nr. 239 (Visitationsprotokoll 1533).
- 23 Franz Herberhold, Das Urbar der Grafenschaft Ravensberg von 1556, Bd. 1: Text, Münster 1960, S. 581ff.
- 24 Köchling, wie Anm. 7, Nr. 54. In der Urkunde vom 11. November 1570 wird Oldendorf mit der Unterschrift des Drostens zum Limberg als *Flecken* bezeichnet.
- 25 Eugen Haberkern/Joseph Friedrich Walach, Hilfswörterbuch für Historiker, Tübingen 1987, S. 202, u. Lexikon des Mittelalters, Bd. IV, Stuttgart – Weimar 1999, Stichwort Flecken, Sp. 539.
- 26 Lexikon des Mittelalters, Bd. VI, Stichwort Patriziat, Sp. 1797, und Brockhaus, Die Enzyklopädie in 24 Bänden, 1996, Stichworte Bürgertum, Honoratioren, Patrizier und Flecken.
- 27 Wie Anm. 23.
- 28 Wie Anm. 10.
- 29 Wie Anm. 10.
- 30 Köchling, wie Anm. 7, Nr. 55.
- 31 StaatsA Münster, Konsistorium Minden-Ravensberg, IV, 580, S. 95.
- 32 Die lutherische Reformation war in Oldendorf ein länger andauernder Prozess bis in das 17. Jahrhundert hinein. Noch 1632 machte Heilwig von dem Bussche bei einer Geldstiftung den Vorbehalt geltend, dass bei einer Abschaffung der Augsburgerischen Konfession in der St. Dionysius-Kirche in Oldendorf die Geldspenden an die Stifter, die Familie von dem Bussche, zurückgezahlt werden müssten.
- 33 Auch im Kirchspielsort Rahden kann im 16. und 17. Jahrhundert von einer Struktur ähnlich der eines Fleckens ausgegangen werden. Auf jeden Fall handelte es sich nicht um ein reines Bauerndorf.
- 34 Wie Anm. 5.
- 35 Wie Anm. 5.
- 36 Wie Anm. 5. Die nachfolgende Darstellung entstammt dieser Quelle.
- 37 Lexikon des Mittelalters, Bd. VI, Stichwort Patronat, Sp. 1809.
- 38 Dieter Besserer, Rittergut Klein-Engershausen, in: MittMiGV 68, 1996, S. 31–60, hier S. 43ff.
- 39 Wie Anm. 5.
- 40 Wie Anm. 10. Die nachfolgende Darstellung bezieht sich auf die Quelle nach Anm. 5.
- 41 Wie Anm. 10, S. 18.
- 42 Wie Anm. 5, C 12 Pr. Oldendorf, J 1 (Kirchhofsangelegenheiten 1675–1878), u. Chronik von Bernhard Brönnner, Pr. Oldendorf, Straßen und Häuser, um 1950–62. Im Besitz der Verfassers.
- 43 StadtA Preußisch Oldendorf, Akten 18. 11 (Acta über den Bau einer neuen Schule zu Oldendorf 1822 bis 1826).
- 44 Wie Anm. 5, C 12 Pr. Oldendorf, F. 3 (Schule zu Oldendorf, u. a. Schulchronik von Oldendorf 1812–1859), u. StaatsA Münster, Kriegs- und Domänenkammer Minden, Nr. 3425.
- 45 PfarrA Holzhausen/Limberg, Holzhäusisches Kirchenbuch Anno Domini 1684, u. Anm. 31, S. 267.
- 46 StadtA Preußisch Oldendorf, Chronik des Kirchspiels Oldendorf 1814ff. und freundliche Auskunft von Herrn Wilhelm Nordsieck, Preußisch Oldendorf, vom 18. Oktober 2002.
- 47 Wie Anm. 5, C 12, Preußisch Oldendorf, Kirchliches Lagerbuch von 1850.
- 48 Wie Anm. 31, S. 95ff.
- 49 StaatsA Münster, Kriegs- und Domänenkammer Minden, Nr. 3425 u. 3426.
- 50 Wie Anm. 43.
- 51 Aus den Akten ergibt sich bei den Schulbauten von 1584, 1716, 1806 und 1826, dass der staatliche Einfluss auf die Oldendorfer Kirchengemeinde als Schulträgerin ständig zunahm.
- 52 Wie Anm. 43.
- 53 Wie Anm. 43 u. Akte 18.13 (Acta über den Verkauf der alten Schule zu Oldendorf).
- 54 So ist es nicht verwunderlich, dass die Kirchengemeinde ursprünglich die Finanzierung des Schulbaus ablehnte.
- 55 Pfarrer i. R. Ernst Hartmann, Erinnerungen eines alten Oldendorfers aus seiner Vaterstadt, ca. 1865–1875. Abschrift von Gerhard Baumann, Preußisch Oldendorf 1985. Kopie im Besitz des Verfassers.
- 56 Schulchronik der Volksschule Preußisch Oldendorf von Rektor Friedrich Wattenberg 1960. Kopie im Besitz des Verfassers. StadtA Preußisch Oldendorf, Akte E I, Fach 6, Nr. 1, Bde I u. II.
- 57 Wie Anm. 56.
- 58 Wie Anm. 56.

Besprechungen

Bernd-Wilhelm Linnemeier, Jüdisches Leben im Alten Reich. Stadt und Fürstentum Minden in der Frühen Neuzeit. (Studien zur Regionalgeschichte Bd. 15). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2002. 831 S.

Galt die deutsch-jüdische Geschichte in der Frühen Neuzeit bis vor zehn Jahren noch weitgehend als terra incognita, so ist in letzter Zeit doch eine Reihe aufschlussreicher Regionalstudien erschienen, die aufgrund intensiver Quellenarbeit das Leben der Juden v. a. im 16. und 17. Jahrhundert eingehend verdeutlichen. Zu diesen Studien ist auch Bernd-Wilhelm Linnemeiers Arbeit zu rechnen, die das Leben der zahlenmäßig nicht sehr großen jüdischen Einwohnergruppe im ehemaligen geistlichen und seit 1650 preußischen Fürstentum Minden analysiert. Dabei ist der Verfasser nach eigenen Angaben bestrebt (S. 19), eine „Territorialisierung“ in der Darstellung zu vermeiden, um nicht die Perspektive unzulässig zu verengen. Dies bezieht er für die Zeit bis 1650 auf die Reichsgeschichte, für die Zeit danach auf den „frühabsolutistischen Zentralstaat“ Preußen. Das erkenntnisleitende Interesse des Verfassers richtet sich auf die berufliche Differenzierung jüdischer Existenzsicherung, auf die komplexen Berührungspunkte zwischen Juden und Christen, aber auch das „Mit- und Gegeneinander innerhalb der jüdischen Gruppen“.

Für seine Untersuchung hat der Verfasser einen immensen Quellenfundus erarbeitet und in die Studie eingebracht, so dass dem Leser wohl kaum eine Information vorenthalten wird. Dabei zeigt sich, dass im Fürstentum Minden nach dem großen Pestpogrom von 1348 erst wieder seit den 1540er Jahren eine jüdische Bevölkerung bis in die neueste Zeit kontinuierlich sesshaft war. Doch diese betrug nie mehr als 0,5 % der Gesamtbevölkerung, wie der Verfasser in seinem ersten Kapitel der Darstellung deutlich macht. Das Vergeleitungsrecht lag in fürstbischöflicher Zeit weitgehend bei den Städten, die – wie 1579 Minden – mit der Geleiterteilung auch entsprechende Einschränkungen verfügten. Hier war es die Familie Gans, die vier Haushalte stellte. Diese Zahl war von der Stadt festgeschrieben worden, was wohl auch im Interesse der Familie Gans lag. Eine Zuwanderung weiterer jüdischer Familien in die anderen Städte und vereinzelt auch Dörfer des Fürstentums erfolgte infolge der am Ende des 16. Jahrhunderts vorgenommenen Vertreibung der Juden aus den welfischen Territorien. Auf Drängen der Stände kam es jedoch auch im Fürstentum Minden 1621 zu einer Reduktion jüdischer Einwohner durch die Einziehung der Geleitbriefe. Die unruhigen Verhältnisse des Dreißigjährigen Krieges ermöglichten jedoch zumindest einen neuen Anstieg, ohne dass dies allerdings zu einem generellen Umschwung führte. Schon 1647 verfügte die Stadt Minden eine Verweisung der Juden, wovon nicht nur die unter schwedischem Schutz eingewanderten jüdischen Bewohner, sondern auch die alteingesessene Familie Gans betroffen war. Damit verließ eine Familie die Stadt, die zu den bedeutendsten in Norddeutschland zählte und durch Heiratsbündnisse mit anderen bedeutenden jüdischen Familien in Norddeutschland verbunden war, wie der Verfasser in einem weiteren Kapitel ausführt. Wie wir auch aus den Lebenserinnerungen der Glikl Hameln wissen, die ebenfalls zu diesen Familien zählte,

geschah dies auch zur geschäftlichen Absicherung bei der Vergabe größerer Kredite. Nach der Vertreibung der Gans-Familie ließen sich neue Familien wie die des Feibusch Minden in der Stadt nieder, die ebenfalls zur jüdischen aschenasischen Oberschicht Norddeutschlands zählten, wie die dargestellten Heiratskreise zeigen. Eingehend befasst sich der Autor in einem weiteren Kapitel mit den rechtsgeschichtlichen Aspekten, die durch die Geleitbriefe und die fürstbischöfliche Judenordnung von 1621 gegeben waren. Die Möglichkeiten, die trotz Kreditrahmen und eingeschränkter Berufserlaubnisse geboten wurden, erregten die Einsprüche der christlichen Konkurrenz. Das in einem Geleitbrief von 1621 ausgesprochene Blasphemieverbot verurteilt der Verfasser besonders scharf (S. 138). Doch wurde der Umgang damit im Vergleich zu anderen Städten wie Braunschweig oder Hannover, wo dieses angebliche Delikt zu einer Vertreibung führte, in Minden eher moderat gehandhabt. Interessanterweise kann der Verfasser für Minden keinen Quellenbeleg anführen, dass hier die lutherische Geistlichkeit der Stadt in dieser Beziehung tonangebend war (S. 141). Für Hildesheim oder Hamburg lassen sich da recht negative Beispiele nachweisen. Die landesherrliche (fürstbischöfliche) Judenordnung von 1621 verzichtet sogar gänzlich auf Bestimmungen zur jüdischen Religionsausübung.

In einem weiteren ausführlichen Kapitel befasst sich der Autor mit der Rolle der jüdischen Bevölkerung im Wirtschaftsgefüge des Mindener Kleinstaats bis 1650. Dabei sind v. a. die Tabellen aufschlussreich, die etwas über die Kapitalkraft der jüdischen Einwohner aussagen. Hierbei bleibt allerdings zu berücksichtigen, dass jüdische Kapitalgeber auch als Vermittler für christliche Darlehensgelder auftraten (S. 215). Nach einer aufgrund der Quellenlage fragmentarischen Darstellung der Wohnsituation jüdischer Einwohner im Land kommt der Verfasser auf die Berührungspunkte zwischen Juden und Christen zu sprechen. Trotz gelegentlicher Konflikte beweist die Darstellung einen normalen alltäglichen Umgang der beiden Gruppen miteinander. Dafür sprechen gemeinsame Trinkgelage, aber auch die nachbarschaftlichen Streitereien.

Etwas zu knapp und ziemlich am Rand behandelt der Verfasser im ersten Teil das zentrale Kapitel über die innerjüdische Organisation, die Religion und den Kultus, also Angaben zum jüdischen Selbstverständnis, soweit es die von den Christen verfügbaren Rahmenrichtlinien zuließen. Minden besaß, wie die sog. Frankfurter Rabbiner-Versammlung von 1603 ausweist, keinen eigenen Rabbinersitz und war in geistlichen Angelegenheiten auf das Rabbinat in Frankfurt / Main angewiesen. Dennoch besaß es eine jüdische Infrastruktur, verfügte über zehn männliche Gemeindemitglieder (Minjan), eine Synagoge und ein Judenbad. Der städtische Geleitbrief von 1571 hatte der jüdischen Gemeinde in einer für eine lutherische Stadt ungewöhnlichen Großzügigkeit Synagoge und den jüdischen Ritus zugestanden. Vor allem aber war den Juden ein Begräbnisplatz, die für die Gründung einer jüdischen Gemeinde wohl wichtigste Voraussetzung, von der Stadt zugesagt worden.

Der Übergang des ehemals geistlichen Fürstentums Minden nach dem Westfälischen Frieden an Preußen stellt eine wichtige Zäsur auch in der deutsch-jüdischen Geschichte dieses Territoriums dar. Der Staat zog die Judenvergeleiung an sich und bestellte mit Berend Levi, der bis 1667 in Minden lebte, einen

Schadlan bzw. Vorgänger. Dieser fungierte nun als Oberhaupt der Juden im Fürstentum. Auch im zweiten Teil seiner Darstellung der preußischen Periode von 1650 bis zum Ende des Alten Reiches (1806) verfährt der Verfasser nach dem selben Strukturmuster wie im ersten Teil. Er behandelt die Bevölkerungsentwicklung, die rechtlichen Rahmenbedingungen, recht umfassend die wirtschaftliche Entfaltung und die Wohnsituation wie auch die Grundbesitzverhältnisse. Auch in diesem Teil gerät die Darstellung von Religion, Kultus und Gemeindeorganisation als Unterkapitel etwas an den Rand. Die Untersuchung schließt mit einer Einschätzung als stigmatisierter Randgruppe der Juden in der modernen Gesellschaft und einem knappen Ausblick.

Mit seinen über 800 Seiten stellt das Buch für die Historiker und Historikerinnen, die sich mit der deutsch-jüdischen Geschichte der Frühen Neuzeit befassen, eine wahre Fundgrube dar. Die Quellen werden sehr ausführlich als Belege in den einzelnen Kapiteln wiedergegeben. Trotz der vielfältigen Informationen bleibt das Ganze jedoch eigenartigerweise recht unpräzise. Es fehlt ein direkter Zugriff. Der Leser muss sich die Struktur weitgehend aus dem Text konstruieren. Zum schwierigen Verständnis tragen auch die langen Satzperioden des Verfassers bei, die die Redeabsicht verunsichern. Zudem führt der methodische Ansatz zu zahlreichen Wiederholungen, so wenn zu unterschiedlichen Sachverhalten dieselben Quellenbelege aufgeführt werden. Trotz der Ankündigung, die Untersuchung nicht als Territorialgeschichte zu verengen, fehlen weitgehend aufschlussreiche Vergleiche mit den Nachbarterritorien, für die einschlägige Untersuchungen vorliegen. Das gilt auch für die Rolle des Berend Levi, der wohl interessantesten und umstrittensten jüdischen Persönlichkeit Westfalens – und nicht nur Mindens – in der Frühen Neuzeit. Wenn der Verfasser auch vorhat, die alltäglichen Handlungsebenen der Juden im Mindener Territorium zu behandeln, so bleibt vieles doch unberücksichtigt. Die zahlreichen internen Streitigkeiten, die immer wieder erwähnt werden, bedürften einer Interpretation. Auch sagen vermutlich Quellen wie das Mindener Memorbuch oder die Memoiren des Feibusch Minden etwas mehr über das jüdische Selbstverständnis aus, als der Leser vom Verfasser erfährt. Trotz dieser Einwände bleibt das Buch ein wichtiges Ergebnis jahrelanger Forschungsarbeit, das mit beiträgt zum Diskurs deutsch-jüdischer Geschichte in der Frühen Neuzeit.

Arno Herzig, Hamburg

Anke Hufschmidt: Adlige Frauen im Weserraum zwischen 1570 und 1700. Status – Rollen – Lebenspraxis, Münster: Aschendorff 2001. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XXII A, Geschichtliche Arbeiten zur westfälischen Landesforschung, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Gruppe, Bd. 15). 584 S., 16 Abb., 21 Tab., 11 Graf.

Trotz einer Legitimationskrise in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, die sich in Funktionsverlusten und in der Infragestellung seiner überkommenen Position in der Ständegesellschaft äußerte, behauptete der Adel bis zum Ende

des 17. Jahrhunderts seinen herausgehobenen Rang in der frühneuzeitlichen Gesellschaft. Diese Erkenntnis ist der Ausgangspunkt für die Studie von Anke Hufschmidt: Aus der Perspektive der Geschlechtergeschichte stellt sie die Frage nach dem Anteil der Frauen aus dem Niederadel des Weserraums an der Konsolidierung des eigenen Standes. Die Verfasserin beantwortet diese Frage in ihrer von Prof. Dr. Heide Wunder betreuten und im Sommersemester 2000 vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gesamthochschule Kassel als Dissertation angenommenen Arbeit kenntnis- und detailreich.

Rekonstruiert werden die Biografien von etwa 300 Frauen aus ritterschaftlichen Familien, die um 1600 im mittleren Weserraum – in den Grafschaften Lippe und Schaumburg und im Hochstift Paderborn – ansässig waren. Die aus 70 hier ansässigen Familien ausgewählten 17 Geschlechter – von der Borch, von dem Brinck, von Dittfurth, von Donop, von Exter, von Friesenhausen, von Kanne, von Kerßenbrock, von der Lippe, von Mengersen, von Münchhausen, von Oeynhausen, von Offen, von Schwartz, von Spiegel zum Desenberg und zu Peckelsheim, von Westphalen und von Zerssen – waren verwandtschaftlich besonders eng miteinander verflochten. Zudem werden aufgrund vielfältiger verwandtschaftlicher Beziehungen und großer räumlicher Nähe die Familien von Fürstenberg (kurkölnisches Westfalen), von dem Bussche (Hochstift Osnabrück), von Alten, von Hake, von Saldern und von der Schulenburg (braunschweigische Herzogtümer bzw. Hochstift Hildesheim) in die Studie einbezogen.

Für die Untersuchung wurden nicht nur schriftliche Zeugnisse wie Familien- und Eheverträge, Briefe, Haushaltsaufzeichnungen, Gerichtsakten, Inventare, Testamente und Leichenpredigten aus den Staatsarchiven Bückeburg, Detmold, Hannover und Münster sowie aus privaten Adelsarchiven, sondern auch Porträts, Möbel und Bauwerke ausgewertet.

Am Beispiel der Ritterfamilien des Weserraums werden die Schlüsselpositionen von Frauen in der Positionierung des Adels in der frühneuzeitlichen Gesellschaft von der Erziehung über die Aufgabe als Hausmutter bis hin zu ihrer Bedeutung für die Ökonomie und für die Sicherung der Kontinuität ihrer Familien beleuchtet.

Nicht nur die Erziehung der Söhne, sondern auch die Erziehung der Töchter wurde keineswegs Ammen überlassen, sondern lag vielmehr bei den Müttern selbst. Bei der Weitergabe von als adlig angesehenen Werten wurden sie durch Tanten und Großmütter der Kinder unterstützt. Bisweilen wurden Mädchen aber auch in Klöstern oder Stiften, bei Verwandten und an fürstlichen Höfen untergebracht, um den adligen Lebensstil zu erlernen. Die Töchter des Niederadels wurden meist sehr jung, bevor sie in der Wahl des Ehepartners mit 25 Jahren mündig wurden, und so, dass die Fruchtbarkeitsphase möglichst ausgenutzt werden konnte, verheiratet.

Entsprechend erzogen und ausgebildet, übernahmen sie dann als Hausmütter die Führung des ehelichen Haushalts. Ihr Brautschatz stellte für ihre Herkunftsfamilien keineswegs nur einen Kostenfaktor dar, sondern galt als Investition in ein eng verflochtenes, verwandtschaftliches Netz. Da die Ehefrauen als Teil des adligen Arbeitspaares tätig waren, setzten ihre Ehemänner sie in Testa-

menten zumeist als Erbinnen des gemeinsam erwirtschafteten häuslichen Besitzes ein. Religiosität war die zentrale Aufgabe von Frauen innerhalb des adligen Familienverbandes: Auf die Initiative von Frauen geht zumeist die Übernahme des protestantischen Glaubens durch ihre Ehemänner zurück. Bereits in den Eheverträgen wurde den Frauen die Ausübung ihrer Religion zugesichert und die Übernahme der mütterlichen Konfession durch die Kinder festgelegt.

Unverheiratete Frauen halfen bei der Haushaltsführung des verwitweten Vaters oder des unverheirateten Bruders. Witwen nahmen bis zur Mündigkeit des ältesten Sohnes sogar komplett die Herrschafts- und Verfügungsrechte wahr, traten auch als vermögende Kreditgeberinnen auf.

Frauen des Niederadels waren aber auch in der Sicherung von Kontinuität zwischen den Generationen sehr aktiv: Mit dem Niederschreiben von Hausbüchern und Kinderverzeichnissen, wie sie sonst meist von Männern angelegt wurden, aber auch mit der Führung von Stammbüchern, die die engen verwandtschaftlichen Verbindungen innerhalb des Adels dokumentieren und so zur Selbstvergewisserung des Standes beizutragen vermochten, sowie durch das Zusammentragen von Porträts Angehöriger des engeren Familienkreises und der weit verzweigten Verwandtschaft trugen sie zum Zusammenhalt innerhalb des Niederadels bei. Mit Stiftungen für Bedürftige, mit Stiftungen von Kunstgegenständen in Kirchen und mit Stiftungen zum Seelenheil der Angehörigen des eigenen Geschlechts sorgten sie für eine nach außen wirksame Repräsentation in der frühneuzeitlichen Gesellschaft.

Die Dissertation ist mit 21 Tabellen (z. B. Heiratsalter, Lebenswege, Heiratsverbindungen, Brautschätze, Buchbesitz, Witwensitze), elf Grafiken (v.a. zu Brautschätzen) und 16 Farbtafeln (v.a. Porträts von Frauen) reich ausgestattet.

Alle Erkenntnisse der Doktorarbeit von Anke Hufschmidt in einer Rezension detailliert wiedergeben zu wollen, hieße, wortwörtlich alles abschreiben zu müssen: So sei auf die Arbeit selbst verwiesen, die vielfältige und überraschende Details bietet.

Monika M. Schulte, Minden

Westfalia Picta. Erfassung westfälischer Ortsansichten vor 1900, Bd. VII: Minden-Ravensberg. Stadt Bielefeld – Kreis Güterloh – Kreis Herford – Kreis Minden-Lübbecke, hrsg. im Auftrag des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom Institut für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Münster, bearb. von Michael Schmitt, Münster: Ardey-Verlag 2002. 462 S., 325 s/w-Abb., 16 Farbbabb.

Die Faszination historischer Ortsansichten liegt darin, dass sie Städte und Dörfer, Architekturen und Landschaften aus der Perspektive einer vergangenen Zeit anschaulich machen. Topografische Darstellungen kommen einem allgemeinen Bedürfnis nach dem Abbild verlorener Stadtgestalt und Bausubstanz entgegen. Vor allem liefern diese Bildzeugnisse als Quellengruppe mit vielschichtigem Aussagewert wichtige Informationen zu Orts- und Baugeschichte, aber auch zu Wandlungen der Seh- und Darstellungsweisen.

Mit zahlreichen bisher noch nicht veröffentlichten Ansichten bietet der im Dezember 2002 erschienene siebte Band der Dokumentationsreihe *Westfalia picta* mit Abbildungen des Minden-Ravensberger Landes eine Grundlage für historische Forschung. Seit 1976 betreibt der Landschaftsverband Westfalen-Lippe unter wechselnder fachlicher Leitung und mit etwas veränderter inhaltlicher Konzeption mit diesem Projekt die erste umfassende und flächendeckende Sammlung aller (nicht fotografischen) westfälischen Ortsansichten vor 1900. Bei der Objekterfassung wurden alle erreichbaren topographischen Ansichten in unterschiedlichsten Techniken aufgenommen: Zeichnungen, Druckgrafiken, Gemälde sowie Porzellanmalereien und Gestaltungen auf Glas. Dem Anspruch einer möglichst vollständigen Erfassung konnte man sich für den Bereich der Druckgrafik annähern. Bei der Vielfalt der gesammelten Bildzeugnisse, zu denen Topografien, Karten und Pläne, Ansichtenfolgen und Sammelbilder gehören, sind die Sammlungsumstände sehr unterschiedlich und, etwa bei Amateurzeichnungen, zu sehr vom Zufall bestimmt.

Von den über 600 aufgeführten Objekten des vorliegenden Bandes erscheinen etwa die Hälfte mit Abbildungen versehen, davon 16 als Farbwiedergaben. Im Katalogteil werden die Ortsansichten unter den alphabetisch gegliederten Hauptorten der Region aufgelistet. Neben Minden und Porta Westfalica sind Herford sowie Bielefeld stark vertreten. Die Angaben zu den einzelnen Bildzeugnissen vermitteln die den üblichen Katalogschemata entsprechenden Daten. Kurztexte informieren zur Bildtradition der Darstellung, zu Vorbildbeziehungen, zur Sammlungsgeschichte und bieten auch Einschätzungen zur technisch-künstlerischen Qualität. Erläuterungen zu den wiedergegebenen Orten oder Bauten, die manch einer hier vielleicht erwartet, finden sich nur in Ausnahmefällen, etwa wenn sie zur Datierung eines Blattes von Bedeutung sind.

Wie in der kurzen informationsreichen Einleitung hervorgehoben wird, gibt es für das Minden-Ravensberger Land im westfälischen Vergleich eine für das 19. Jahrhundert überdurchschnittlich umfangreiche Überlieferung von Ortsansichten. Neben landschaftlichen und architektonischen Attraktionen spielen neue Bildinhalte eine wichtige Rolle: „von der malerisch empfundenen Flusslandschaft an der Porta Westfalica über die mittelalterlichen Baudenkmäler Mindens und die Architektur des industriellen Fortschritts in Bielefeld bis zu den kunstvoll auf Badegläsern dargestellten Bauten des Kurbetriebs in Oeynhausen“, so der Klappentext. Beispiele für topografische Darstellungen aus der Zeit vor 1800 konnten nicht so zahlreich ermittelt werden, für die Frühzeit fehlen sie fast vollständig. Anhand der wichtigsten Künstler, die in ihrem Arbeits- und Wirkungsumfeld dargestellt werden, veranschaulicht der Autor die Bildüberlieferung des Minden-Ravensberger Landes. Namhafte Künstler finden nur knappe Erwähnung, unbekanntere werden um so ausführlicher beleuchtet. Detaillierte Informationen zu Vorbildern und Bildgattungen, Auftraggebern und Marktsituation, Themen und Darstellungsweisen usw. richten sich eher an ein Fachpublikum, auf das die Konzeption dieser umfangreichen Dokumentationsreihe in erster Linie zielt.

Dennoch bietet der vorliegende Band mit einer Vielzahl sonst nicht zugänglicher Ortsdarstellungen reizvolles Anschauungsmaterial für interessierte Laien.

Ulrike Faber-Hermann, Minden

Klaus Siewert, „und sie knospelte ihr ersten kutschabo“. Die Mindener Buttjersprache, Minden: Selbstverlag 2002, 187 S.

Die Veröffentlichung seiner Dokumentation des Mindener Rotwelsch hätte Klaus Siewert besser nicht terminieren können: „und sie knospelte ihr ersten kutschabo“ („und sie gebar ihren ersten Sohn“) erschien kurz vor Weihnachten 2002 und enthält ein Versatzstück aus der Weihnachtsgeschichte, erzählt in der Mindener Buttjersprache.

Der spielerische Titel dient dabei als Schlüssel zum Verständnis der Ausrichtung der Publikation: Klaus Siewert sieht sie als „persönliche Referenz“ an seine Heimatstadt Minden und ist bei aller Wissenschaftlichkeit darum bemüht, allgemeinverständlich und für ein breites Publikum zu schreiben. Die Aufbereitung des Mindener Rotwelsch ist daher „um vieles erleichtert worden, das für den Fachwissenschaftler interessant wäre“ (Vorwort), andererseits aber angereichert um unterhaltsame Nachdichtungen in der Buttjersprache (etwa das Märchen vom Rotkäppchen), Geschichten, Sprüche und Anekdoten sowie die das Buch durchziehenden Gesprächssplinter, in denen Klaus Siewert die im Zuge seiner Feldforschungen befragten Sprecher und Gewährsleute der Buttjersprache selbst zu Wort kommen lässt. Hierdurch entsteht neben einer großen Nähe zum originären Sprecherkreis dieser Sondersprache ein hohes Maß an Authentizität und Eindringlichkeit; Situationen, in denen die Geheimsprache Verwendung fand, treten plastisch hervor; das sozialhistorische Umfeld der Buttjersprache wird so anschaulich ausgeleuchtet.

Hintergrund der Publikation ist ein von Siewert geleitetes Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), das die deutschen Geheimsprachen aus dem Bereich der Rotwelsch-Dialekte dokumentiert. Das in der jetzt vorgelegten Monographie präsentierte Wörterbuch zum Mindener Rotwelsch, mit knapp 120 Seiten Kernstück der Arbeit, wird in das DFG-Projekt eingebracht.

Unter Rotwelsch-Dialekten versteht man ortsgebundene Geheimsprachen, die auf das Rotwelsch I zurückgehen, eine Geheimsprache, die seit dem 12./13. Jahrhundert von Gaunern, Landstreichern und anderem, nicht-sesshaftem Volk gesprochen wurde, um Dritte vom Verständnis auszuschließen. Unverständlichkeit erreichen diese Sondersprachen durch die Integration von fremdsprachigem Vokabular (vor allem aus dem Sintes / Romanes und dem Jüdisch-deutschen) in die eigene Mundart, d. h., die Sprecher ersetzen einzelne deutsche oder mundartliche Lexeme durch fremde. So heißt im Mindener Rotwelsch etwa der ‚Arzt‘ *dramasko* und das ‚Bier‘ *epi*. Ein *buttjer* ist ein ‚Bewohner der oberen Altstadt‘ (zu *butchen* ‚arbeiten‘), der als originärer Sprecher der Sprache auch seinen internen Sprachnamen gegeben hat: *Buttjersprache*. Zudem ist es gerade für Minden typisch, Komposita aus deutschen Bestandteilen mit einer eigenen Bedeutung zu versehen (*friedhofsspargel* ‚Zigarette‘, *leidenpension* ‚Gefängnis‘). Die Charakteristika des Mindener Rotwelsch stellt Klaus Siewert in den Kapiteln zu Sprachnamen und Verfremdungsverfahren, zu den Sprechern, zu Aspekten der Mündlichkeit und Schriftlichkeit, zur Funktion der Sondersprache, zur Entstehung und den Sprechergebieten, zu soziolinguistischen Aspekten und zum Sprachkontakt zu anderen sprachlichen Varietäten in Minden gut heraus und erarbeitet so das sehr eigenständige Profil

der Buttjersprache im Rahmen der deutschen Rotwelsch-Dialekte. Wichtigstes Ergebnis ist die Erkenntnis, dass der Sprachname *Buttjersprache* eine Einheitlichkeit des Mindener Rotwelsch suggeriert, die es so nie gegeben hat – denn es gab keine homogene Sprechergruppe: Beteiligt waren etwa Fischer, Schrotter, ambulante Händler, Messerschärfer, Straßenmusiker. Später wurde die Buttjersprache gar Pennälersprache. Zudem gab es Berührungen zu Viehhändlern, Schaustellern sowie zu Stadt- und Landstreichern, die jeweils über eine eigene Sondersprache verfügten. Jede Gruppe und jedes Sprechergebiet innerhalb Mindens hatte daher eine leicht unterschiedliche Geheimsprache. Siewert verwendet den Namen *Buttjersprache* daher als Ordnungsbegriff für das Mindener Rotwelsch, der ein Gemisch aus den rotwelsch basierten Geheimsprachen Buttjer-, Latscho- und Apachensprache subsummiert.

Dieser Kontakt so vieler Sprechergruppen und Sprachen auf engstem Raum hat besonders befruchtend auf die Entwicklung der Mindener Sondersprachen eingewirkt. In einigen Bereichen gelingt es Siewert, die Wege der Vermischung nachzuvollziehen, etwa wenn er in Minden das seltene Phänomen der Kreuzung zweier grundverschiedener Typen von Geheimsprachen, der Buttjersprache und der Bi-Sprache, die Wörter durch den Einschub eines *bi*-Elementes verfremdet (z.B. *ken* ‚ja‘ < *kebin*), aufdeckt und auf die Mitte des 20. Jahrhunderts terminieren kann.

Bezüglich der Zusammensetzung des Konglomerats an Mindener Rotwelsch, das Siewert in seinem Wörterbuch aus den bekannten schriftlichen Quellen sowie den Ergebnissen seiner Sprecherbefragungen präsentiert, gelingt ihm dies leider nicht: Da heute kaum noch originäre Sprecher leben, ist es nicht mehr möglich, die versammelten rotwelschen Wörter den einzelnen Sprechergruppen oder -gebieten zuzuweisen und so einen Vergleich der verschiedenen rotwelsch basierten Geheimsprachen anzustellen. Dennoch ist das Wörterbuch ein wichtiges Dokument, das die Entwicklung der Mindener Buttjersprache über eineinhalb Jahrhunderte erstmals wissenschaftlich erfasst, beschreibt und vor dem Vergessen rettet.

Sprachwissenschaftlich war das Mindener Rotwelsch bislang nicht erforscht. Die wenigen Bemühungen, die es von anderen Seiten um die Dokumentation dieser Sondersprache gab, zeichnet Klaus Siewert gewissenhaft nach, wobei er anlässlich seiner Forschungen wertvolle unbekannte Dokumente zur Forschungsgeschichte des Mindener Rotwelsch entdeckt hat. Siewerts Publikation ist ein zugleich amüsantes, unterhaltsames und lehrreiches Buch für alle Leser und Ansprüche, das es schafft, eine Lücke in der deutschen Sondersprachenforschung zu schließen.

Christian Efing, Darmstadt

Jahresbericht 2002

des Mindener Geschichtsvereins

erstattet durch den Vorsitzenden Michael Funk
in der Jahreshauptversammlung am 25. März 2003

Mitgliederentwicklung

Zum Jahresbeginn hatte der Verein 513 Mitglieder. Den 2002 neu eingetretenen 25 Mitgliedern stehen 26 Abgänge gegenüber. Damit verringert sich die Zahl der Mitglieder zum Jahresende 2002 auf 512 Mitglieder.

Wir betrauern den Tod von sieben Mitgliedern. Ihre Namen sind:

Wilhelm Brepohl, Petershagen
Liesel Imming, Minden
Heinz Lax, Minden
Karl Ramsbrock, Minden
Margarete Retzlaff, Minden
Dr. Reintraud Schimmelpfennig, Minden
Dr. Wilfried Vogeler, Essen

Wir werden unseren verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Vortragsveranstaltungen 2002 / 03

- ▷ 15. Januar 2002
Jan Witt M.A., Salzkotten: „...**daß sich die Polen derart frech benehmen.**“
Vom Saisonarbeiter zum Zwangsarbeiter – Der „Ausländereinsatz“ in Minden 1939–1945 (Vortrag im Kommunalarchiv Minden)
- ▷ 5. Februar 2002
Rainer Fröbe M.A., Hannover: **Die Konzentrationslager an der Porta Westfalica 1944/45** (Vortrag im Ev. Gemeindehaus Hausberge, Porta Westfalica)
- ▷ 19. Februar 2002
Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, Münster: **Die Wehrmacht im Vernichtungskrieg** (Vortrag im Vortragsraum der Sparkasse Minden-Lübbecke, Minden)
- ▷ 5. November 2002
Prof. Dr. Dietrich W. Poeck, Münster: **Rituale der Ratswahl in Westfalen** (Vortrag im Ständersaal des Preussenmuseums, Minden)
- ▷ 19. November 2002
Andreas Nowak, Petershagen / Christian Kröger, Löhne: **Begräbnisstätte von Schlotheim in Rothenuffeln – Einblicke in die Restaurierungswerkstatt** (Vortrag in Kooperation mit dem Freundeskreis Wasserschloss Ovelgönne im Wasserschloss Ovelgönne, Eidinghausen, Bad Oeynhausen)

▷ 3. Dezember 2002

Dr. Gisela Wilbertz, Lemgo: „**Traurige Akte der Gerechtigkeit...**“ **Über Scharfrichter und Hinrichtungen im Westfalen des 19. Jahrhunderts** (Vortrag in Kooperation mit der Volkshochschule im Altkreis Lübbecke im Alten Amtsgericht Lübbecke)

▷ 28. Januar 2003

Podiumsdiskussion: „**Vor 30 Jahren. Die Gebietsreform 1972/73**“ (Podiumsdiskussion im Sitzungssaal des Kreistages im Kreishaus des Kreises Minden-Lübbecke, Minden)

▷ 25. Februar 2003

Dr. Armin Owzar, Münster: **Modellstaat oder Fremdherrschaft? Das Königreich Westphalen (1807–1813)** (Vortrag im Bürgerzentrum (BüZ), der säkularisierten Johanniskirche, Minden)

Die Wahl auswärtiger Orte für die Vorträge wurde vom Publikum mit Zustimmung aufgenommen und führte zu erfreulichem Zuspruch. Das Angebot zur Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten durch die Geschäftsstelle wird auch für die kommenden Vortragsreihen aufrecht erhalten.

Studienfahrten

▷ 25. Mai 2002

Ganztagesfahrt **Kalkriese und Bramsche**. Leitung: Hanns-Joachim Zwiefka

▷ 15. Juni 2002

Ganztagesfahrt nach **Soest**, die heimliche „Hauptstadt Westfalens“ und ihre Baudenkmäler. Leitung: Otto Kracht

▷ 6. Juli 2002

Ganztagesfahrt **Museumsdorf Cloppenburg** mit den bauerlichen Kulturdenkmälern Niedersachsens. Leitung: Vinzenz Lübben

▷ 1.–4. August 2002

Viertägige Fahrt nach **Leipzig**. Leitung: Hans Eberhard Brandhorst

▷ 7.–11. September 2002

Fünftägige Fahrt nach **Vorpommern**. Leitung: Walter Klepper

▷ 28. September 2002

Ganztagesfahrt zu **Wasserburgen des Münsterlandes**. Leitung: Dr. Ulrike Faber-Hermann

▷ 19. Oktober 2002

Halbtagesfahrt nach **Levern** – das Dorf und sein Kloster. Leitung: Christine Probst

Dem Organisationsteam und den Leiterinnen und Leitern der Studienfahrten sei herzlich für ihre Bemühungen und ihren Einsatz für die Gestaltung des abwechslungsreichen Fahrtenprogramms gedankt.

Veröffentlichungen

Der Jahrgang 2001 der **Mindener Heimatblätter** erschien in gewohnter Weise in zwölf Folgen als Beilage zum Mindener Tageblatt.

Mitte Dezember 2002 erschien der Jahrgang 73, 2001, der **Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins**, der zum Jahreswechsel von der Geschäftsstelle an die Mitglieder, Abonnenten und Tauschpartner im In- und Ausland ausgeliefert wurde.

Geschäftsstelle und Vorstand

Die Geschäftsstelle des Vereins im Kommunalarchiv Minden bearbeitete im Berichtsjahr 425 schriftliche Vorgänge und brachte etwa 3100 Postsendungen zum Versand. Die Vereinsbibliothek erhielt 2002 einen Zugang von 26 Einzelschriften und etwa 200 Zeitschriftenbänden.

Der Vorstand setzte sich 2002 neben dem Vorsitzenden aus Dr. Ulrike Faber-Hermann als stellvertretender Vorsitzender, Dr. Monika M. Schulte als Geschäftsführerin, Hans Eberhard Brandhorst als Schatzmeister und Reinhard Busch als Beisitzer zusammen. Als weitere Beisitzerin gehört seit 2003 auch Frau Cornelia Lindhorst-Braun dem Vorstand des Geschichtsvereins an. Ihnen allen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kommunalarchivs, darunter besonders Frau Muxfeldt, sei für ihre Unterstützung und Mitarbeit im vergangenen Berichtsjahr herzlich gedankt.

Im Herbst des Jahres 2002 wurde eine Mitgliederbefragung durchgeführt, die dem Vorstand ein Bild von der Zufriedenheit der Vereinsmitglieder mit den laufenden Aktivitäten des Vereins vermitteln sollte und die zugleich die Möglichkeit bot, Anregungen zu geben und Wünsche zu äußern. Erfreulich viele Mitglieder haben den umfangreichen Fragebogen beantwortet. Die EDV-technische Auswertung wurde dankenswerterweise von Herrn Dr. Andreas Schulte-Ruchmann übernommen.

Als wichtigstes Ergebnis lässt sich festhalten, dass die meisten Mitglieder mit der Vereinsarbeit zufrieden sind, dass es aber auch Nachfrage nach weiteren Veranstaltungen wie z.B. Seminaren (u.a. Lesen alter Handschriften) oder Arbeitsgruppen (u.a. zur Stadt- und Ortsgeschichte, zur jüngeren Vergangenheit), nach historischen (Rad)Wanderungen sowie nach einem Rezensionsteil mit einschlägiger Fachliteratur in den **Mindener Mitteilungen** gibt. Diesen Wünschen soll bei der Gestaltung des künftigen Programms Rechnung getragen werden.

Große Sorge bereiten dem Geschichtsverein die dunklen Wolken, die angesichts der schwierigen Finanzlage der Stadt Minden über den Kultureinrichtungen der Stadt aufgezogen sind. Der Geschichtsverein hat sich in einer öffentlichen Stellungnahme sehr nachdrücklich gegen Pläne gewandt, für das lebendige kulturelle Leben der Stadt unverzichtbare Einrichtungen wie das Mindener Museum zu schließen. Die Schließung einer solchen für die Dokumentation der regionalen Geschichte bedeutenden Einrichtung würde auch überregional ein fatales Zeichen setzen. Dies gilt umso mehr, als sich das Mindener Museum noch anlässlich seines 80. Geburtstags im September 2002 allseits größter Zustimmung und – zumindest verbaler – Unterstützung sicher sein durfte. Der Geschichtsverein wird auch in Zukunft seine Möglichkeiten dafür

einsetzen, dass das Museum erhalten bleibt. Der Geschichtsverein ermöglichte dem Museum aus Anlass seines Geburtstags die Restaurierung eines Sofas: Das Stück gehört zu einem Biedermeierzimmer, das von den damaligen Hausbesitzern, der Familie Freytag, im Haus Ritterstraße 23, der Keimzelle des Mindener Museums, aufgestellt worden war. Nach dem Verkauf des Hauses 1922 war das Zimmer nach London verbracht worden, wo es sich bis zu seiner Schenkung an das Mindener Museum im September 2002 im Besitz von Charles Frazer (Freytag) befand.

Weiterhin befasste sich der Vorstand mit der Neugestaltung und Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes des Vereins auf Plakaten, Briefköpfen und bei seinen Publikationen. Dazu gehört auch der erstmalige Auftritt des Mindener Geschichtsvereins im Internet. Die Ergebnisse dieser Überlegungen werden im Laufe des Jahres 2003 abgeschlossen und den Mitgliedern präsentiert.

Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **ARCHÄOLOGIE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **WIRTSCHAFTSGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **SOZIALGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **TECHNIKGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **VERKEHRSGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **RECHTSGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **VERFASSUNGSGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **VERWALTUNGSGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **KIRCHENGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **SCHULGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **FAMILIENGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **BEVÖLKERUNGSGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **WISSENSCHAFTSGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **NAMENSKUNDE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **SIEDLUNGSGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **LITERATURGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **SPRACHGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **KUNSTGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **KULTURGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **VOLKSKUNDE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **LANDESGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **ORTSGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **PERSONENGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins **STADTGESCHICHTE** Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins

Förderpreis

des Mindener Geschichtsvereins

Der Mindener Geschichtsverein hat zum 1. Januar 2002 zum zweiten Mal einen Preis zur Förderung der historischen Forschung im Minden-Lübbecker Raum ausgeschrieben, den **„Förderpreis des Mindener Geschichtsvereins“**. Der Preis ist mit 2500,00 € (zweitausendfünfhundert Euro) dotiert.

Der Wettbewerb soll die Erforschung der Geschichte des Kreises Minden-Lübbecke und die Erforschung der Geschichte dieses Raumes vor 1816 fördern.

Im Rahmen des Wettbewerbs können Arbeiten aus allen Bereichen der Geschichte eingereicht werden, z. B. aus der Archäologie, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Technik- und Verkehrsgeschichte, der Rechts-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, der Kirchen- und Schulgeschichte, der Familien- und Bevölkerungsgeschichte, der Geschichte der Naturwissenschaften, der Namenskunde und Siedlungsgeschichte, der Literatur- und Sprachgeschichte, der Kunst- und Kulturgeschichte, der Volkskunde sowie der Landes-, Städte-, Orts- und Personengeschichte. Das behandelte Thema kann den gesamten Kreis Minden-Lübbecke oder einzelne Städte und Ortschaften, Personengruppen wie Einzelpersonen betreffen. Die eingereichten Arbeiten müssen bedeutende Erkenntnisse aufzeigen, wesentlich Neues erbringen oder Bekanntes in neuer Sicht darstellen. Entscheidend ist nicht die Quantität der eingereichten Arbeit, sondern die Qualität der Forschungsergebnisse.

Zur Teilnahme am Wettbewerb ist jede fachwissenschaftlich interessierte und fachwissenschaftlich orientierte Person berechtigt. Auch Gemeinschaftsarbeiten können vorgelegt werden. Die Arbeiten müssen auf wissenschaftliche Standards ausgerichtet und sprachlich wie formal angemessen gestaltet sein.

Kosten, die im Zusammenhang mit der eingereichten Arbeit entstehen, können nicht ersetzt werden.

Auf Vorschlag einer vom Vorstand des Mindener Geschichtsvereins berufenen Jury – bestehend aus drei Mitgliedern: einem/r Fachwissenschaftler/in, einer/m Vertreter/in des Kommunalarchivs Minden, einer/m Vertreter/in der Mitgliedschaft des Mindener Geschichtsvereins – entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit über die Vergabe des Förderpreises.

Mit dem Preis wird grundsätzlich nur eine Arbeit ausgezeichnet. Nur in besonderen Fällen können zwei Arbeiten prämiert werden, wobei dann der Preis geteilt wird. Die Preisträgerin / der Preisträger wird öffentlich bekannt gegeben.

Aus der Preisverleihung erwächst kein Anspruch auf Publikation in den Schriftenreihen des Mindener Geschichtsvereins. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Abgabeschluss ist der 31. Dezember 2003; die Bekanntgabe der Preisträgerin/des Preisträgers erfolgt zum 30. Juni 2004.

Für weitere Informationen steht die Geschäftsführerin des Mindener Geschichtsvereins und Leiterin des Kommunalarchivs Minden, Dr. Monika M. Schulte (Fon: 05 71 / 9 72 20 - 27, Fax: 05 71 / 9 72 20 - 11, Mail: kommunalar-chiv@minden.de) zur Verfügung.

Arbeitsgemeinschaften im Mindener Geschichtsverein

Der Vorstand des Mindener Geschichtsvereins hat im Herbst 2002 alle Mitglieder des Vereins gebeten, einen Fragebogen auszufüllen. Nach ihren Vorstellungen für die zukünftige Gestaltung des Vereinslebens befragt, haben viele den Wunsch geäußert, sich in Arbeitsgemeinschaften zu historischen Themen, die unsere Region – das alte Bistum Minden, das Fürstentum Minden, den Kreis Minden-Lübbecke – betreffen, engagieren zu wollen. Für den 21. Oktober 2003 hat der Vorstand alle Mitglieder zu einem ersten Ideenaustausch eingeladen: In einem lebhaften Brainstorming sind sehr unterschiedliche Wünsche sowie Themen zur Geschichte unserer Region geäußert worden. Zu folgenden sechs Themen haben sich spontan Arbeitsgemeinschaften gebildet:

- ▷ Lesenlernen von Handschriften
- ▷ Sprachgeschichte von Flurnamen
- ▷ Franz Boas (Anthropologe, *1858 Minden)
- ▷ Industriegeschichte in Minden-Lübbecke
- ▷ Hexen
- ▷ Römer in Westfalen / Varusschlacht 9 n. Chr.

Diese Arbeitsgemeinschaften haben noch vor Ablauf des Jahres 2003 erste Treffen organisiert. Weitere Interessierte sind herzlich willkommen und können sich an die Geschäftsstelle des Mindener Geschichtsvereins wenden, um Ansprechpartner und Termine zu erfahren.

Die am 21. Oktober 2003 anwesenden Mitglieder haben gebeten, auch die Themen, zu denen sich bislang zu wenige Personen gefunden haben, um eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, allen Mitgliedern sowie anderen Interessierten auf diesem Wege bekannt zu machen: Vielleicht – so die Hoffnung – ergibt sich dann doch noch die Gelegenheit, weitere Arbeitsgemeinschaften zu diesen Themen zu begründen:

- ▷ (Binnen)Schifffahrt / Weser / Mittellandkanal
- ▷ Schlacht bei Minden 1759
- ▷ Rechts- / Gerichtswesen
- ▷ Pietismus / Erweckungsbewegung in Minden-Ravensberg
- ▷ Organisation der Festung Minden
- ▷ Geschichte der Sportvereine
- ▷ Sozialstruktur der Stadt Minden in der frühen Neuzeit
- ▷ Armenfürsorge
- ▷ Vereine
- ▷ Sozialgeschichte der Eisenbahn, u. a. Laxburg
- ▷ Transkription und Erforschung von Briefen an Gerecke (Ende 19. Jahrhundert) aus dem Nachlass Bruns
- ▷ Gesundheitswesen, u.a. Hebammen
- ▷ Salonkultur in Minden

Diese Liste versteht sich allerdings keineswegs als vollständig: Sie kann jederzeit ergänzt werden. Interessierte Mitglieder und Nicht-Mitglieder wenden sich bitte auch in diesem Fall an die Geschäftsstelle:

Geschäftsstelle des Mindener Geschichtsvereins
c/o Kommunalarchiv Minden
Tonhallenstr. 7
32423 Minden
Fon: 05 71 / 9 72 20-0
Fax: 05 71 / 9 72 20-11
Mail: kommunalarchiv@minden.de